Der EU-Erweiterungsprozess und die soziale Konvergenz.

Ein „Working Paper“ zur Globalisierung und wachsenden Ungleichheit im neuen und alten Europa

Arno Tausch[1]

[11] Universitätsdozent der Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck. E-mail-Adresse arno.tausch@bmsg.gv.at. Die hier dargelegten Meinungen sind die akademischen Lehrmeinungen des Autors in seiner Eigenschaft als Universitätsdozent und nicht unbedingt die der Regierung der Republik Österreich.

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG 3
ZUR FRAGESTELLUNG – DIE ZIELSETZUNG DER AUSGEWOGENEN UND NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG VON CARDIFF BIS GÖTEBORG 4
DIE SOZIALEN KOHÄSIONSZIELE VON LISSABON 6
ENTWICKLUNG VON KRITERIEN, MIT DENEN DIE „NACHHALTIGE UND AUSGEWOGENE“ ENTWICKLUNG IM ERWEITERUNGSPROZESS GEMESSEN WERDEN SOLL 8
ARMUT, BEMESSEN NACH DEM EUROSTAT- „60%-KRITERIUM“ 12
DIE NUR TEILWEISE STATTFINDENDE KONVERGENZ DER KAUFKRAFT 16
SOZIALE KOHÄSION IN EUROPA, BEMESSEN NACH DEN ANERKANNTEN EU-INDIKATOREN UND LISSABON-ZIELEN BESCHÄFTIGUNGSQUOTE, LEBENSLANGES LERNEN UND VERMEIDUNG DES SCHULABBRUCHS 20
WEITERE BEWERTUNGSKRITERIEN DER SOZIALEN KOHÄSION IM GEEINTEN EUROPA 24
BEWERTUNGSKRITERIEN DES ENTWICKLUNGSTEMPOS 28
DIREKTER VERGLEICH DER ABSOLUTEN ARMUT IM „ALTE“ UND „NEUEN“ EUROPA 31
WÄCHST MIT DER KOMMENDEN ERWEITERUNG DIE SOZIALE „AMERIKANISIERUNG“ EUROPAS? 36
EXTREME ARMUT IN EUROPA UND DIE ARMUT UNTER DEN ROMA 44
DIE REGIONALE DIMENSION DER KONVERGENZ 50
STATISTISCHE SCHLUSSFOLGERUNGEN 54
DIE EUROSTAT SOZIALDATEN UND ZUR METHODE DER FOLGENDEN “ARBEITSBLÄTTER“. 63
ARBEITSBLATT 1 – EXTREME ARMUT - SCHÄTZUNGEN 80
ARBEITSBLATT 2: TENDENZ ZUR WELTWEITEN EINKOMMENSPOLARISIERUNG, ANTEILE DER ÄRMSTEN 20% 91
ARBEITSBLATT 3: SENKUNG DER KINDERSTERBLICHKEIT, POLITIK EINER HOHEN LEBENSERWARTUNG 101
ARBEITSBLATT 4: KLUFT ZWISCHEN DEN GESCHLECHTERN 128
ARBEITSBLATT 5: ARME NACHWELT 136
ARBEITSBLATT 6: DER DRUCK DES BINNENMARKTES – DER DRUCK DER GLOBALISIERUNG 142
ARBEITSBLATT 7: SOZIALE ENTWICKLUNG UND EU-BEITRITT – DIE STATISTISCHE ERFAHRUNG SEIT DEN 60-ER JAHREN IN EUROPA 156
ARBEITSBLATT 8: WIRTSCHAFTLICHES WACHSTUM UND EU-BEITRITT 162
ARBEITSBLATT 9: EUROPA IM SINKFLUG? WIRTSCHAFTSWACHSTUM IN EUROPA NACH 1962 – WACHSTUMSBESCHLEUNIGUNG ODER VERLANGSAMUNG NACH EU-BEITRITT ODER NICHT-BEITRITT. ZEITREIHEN-ANALYSE DER DATEN DER WELTBANK 165
ARBEITSBLATT 10: DIE STATISTISCHEN EFFEKTE DES EU-BEITRITTS 169
ARBEITSBLATT 11: DIE “MESSLATTEN” 170
FARBKARTEN 185

Einleitung

Ziel dieser Untersuchung ist eine möglichst objektive Darstellung der Armut in Europa vor und nach der großen Erweiterung am 1. Mai 2004. Mit der Aufnahme von 10 Mitgliedsstaaten wird sich auch die sozialpolitische Landkarte Europas fundamental verändern. Es gibt jene, die befürchten, dass mit dem Einzug des „neuen Europas“ in das gemeinsame europäische Haus sich neo-liberale, i.e. „amerikanische“ Verhältnisse in Europa „einnisten“ werden, und es gibt jene, die hoffen, dass mit der EU-Erweiterung neue und dynamische Impulse für die europäische Gesellschaft ausgehen werden.

Wiewohl sowohl Befürchtungen als auch Hoffnungen weit verbreitet sind, fehlen konkrete empirische Analysen.

Hier soll also lediglich der empirische Befund dargelegt werden. Politische Schlüsse aus der Analyse werden nicht gezogen.

Zur Fragestellung – Die Zielsetzung der ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung von Cardiff bis Göteborg

Im Artikel 2 des Vertrages über die Europäische Union (EUV) heißt es bekanntlich:

„Die Union setzt sich folgende Ziele:
- die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts und eines hohen Beschäftigungsniveaus sowie die Herbeiführung einer ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung“

Verschiedene Europäische Räte haben diese Zielsetzungen konkretisiert. Der **Cardiff-Prozess** (1992/93) thematisierte **"Strukturreformen im EU-Binnenmarkt"** und gemeinschaftliche **Anstrengungen in der Umweltpolitik**. Seit 1996 bemühen sich Kommission und Rat ebenfalls um eine gewisse Koordination der **Steuerpolitiken** der Mitgliedstaaten - zumindest, um den **"unlauteren Steuerwettbewerb"** zu begrenzen.

Der **Luxemburg-Prozess** (1997) hat die **Koordinierung der Beschäftigungspolitiken der Mitgliedstaaten zum Inhalt.** Auf Basis eines neuen Beschäftigungskapitels im Amsterdamer EU-Vertrag wird eine EU-Beschäftigungsstrategie mit jährlichen europäischen Leitlinien entwickelt, die jedoch praktisch keinen verbindlichen Charakter hat. Die Mitgliedsstaaten setzen diese Leitlinien in Nationalen Aktionsplänen zur Beschäftigungspolitik um. Die Reform der Struktur- und Regionalpolitik sollte diesen Prozess flankieren, indem dem Kriterium der Beschäftigungsintensität ein höherer Stellenwert in den geförderten Maßnahmen eingeräumt wurde.

Der Köln-Prozess (1999) behandelte den **makroökonomischen Dialog zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten, der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank** (EZB) und den **Sozialpartnern**. Hier geht es darum, die Wirtschafts- und Fiskalpolitiken der Mitgliedstaaten zu koordinieren und sie mit der Geldpolitik der EZB und der Lohnpolitik der Sozialpartner abzustimmen. Offizielles Ziel des makroökonomischen Dialogs ist die Förderung von Beschäftigung. Allerdings geben sowohl die Regierungen als auch die Europäische Kommission zu, dass der Dialog bisher unter seinen Möglichkeiten geblieben ist.

Der **Lissabon-Prozess** (2000) war ein erster Versuch zur **Bündelung der bisherigen Koordinationsprozesse**. Im Mittelpunkt steht die Idee, ein **"gleichschenkliges Dreieck" aus Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik** zu schaffen, die sich gegenseitig durchdringen und unterstützen sollen. So werden die Binnenmarkt-Strukturreformen aus dem Cardiff-Prozess, der makroökonomische Dialog aus dem Köln-Prozess, die Beschäftigungsstrategie aus dem Luxemburg-Prozess und der Koordinationsprozess zur Sozialpolitik vom Anspruch her miteinander kombiniert.

Der **EU-Gipfel von Nizza** (Dezember 2000) lancierte eine **"neue offene Methode der Koordination" in der Sozialpolitik.** Die Mitgliedstaaten wurden angehalten, nationale **Aktionspläne auf 2-Jahresbasis zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung aufzustellen und über die Ergebnisse zu berichten**. Die "offene Koordination" erwies sich zugleich als **Bestreben, die "intergouvernementale" Zusammenarbeit im Rat zu Lasten der Rolle der EU-Kommission und "gemeinschaftlicher" Politik zu stärken**.

Die **EU-Gipfel von Stockholm und Göteborg** (2001) ergänzten den Lissabon-Prozess um weitere Koordinationsvorhaben. Es geht zum einen darum, aus dem makroökonomischen "Dreieck" durch eine **"Umweltdimension der Gemeinschaft"** zumindest hinsichtlich der Absichten ein "Viereck" zu machen, und zum anderen um eine neue offene Koordination zur Rentenpolitik der Mitgliedstaaten.

Mit der **unmittelbar bevorstehenden Erweiterung** wird die Union nun die Fortschritte beim Lissabon- und Göteborg-Prozess mit 25 Staaten zu beurteilen haben.

Die sozialen Kohäsionsziele von Lissabon

Die EU hat sich bekanntlich in Lissabon als "neues strategisches Ziel" für das kommende Jahrzehnt gesetzt, **"die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen mit einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen".** [2]

Zur Erreichung dieses Zieles sollen:

1 der **Übergang zu einer wissensbasierten Wirtschaft und Gesellschaft vorbereitet** (bessere Politiken für die Informationsgesellschaft, Forschung und Entwicklung; Forcierung des Prozesses der Strukturreform im Hinblick auf Wettbewerbsfähigkeit und Innovation; Vollendung des Binnenmarktes) und
2 **das europäische Sozialmodell modernisiert** (**Investition in die Menschen, aktive Arbeitsmarktpolitik, Reform des Sozialschutzes, Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung**) werden.

Damit sollen die Voraussetzungen für **Vollbeschäftigung** geschaffen und eine **durchschnittliche wirtschaftliche Wachstumsrate von 3%** erzielt werden. Zur Umsetzung wurde eine "neue offene Methode der Koordinierung" eingeführt, die eine kohärentere strategische Leitung und eine effektive Überwachung der Fortschritte gewährleisten soll.

Das Maßnahmenpaket von Lissabon lautete im Sozialbereich bekanntlich im Einzelnen:

- Substanzielle jährliche Steigerung der **Humankapitalinvestitionen** pro Kopf;
- bis 2010 **Halbierung der Zahl der 18- bis 24-jährigen, die lediglich über einen Abschluss der Sekundarstufe I** verfügen und keine weiterführende Schul- oder Berufsausbildung durchlaufen;
- **Weiterentwicklung von Schulen und Ausbildungszentren**, die alle **Internetanschluss** haben sollten, zu "lokalen Mehrzweck-Lernzentren", die allen offen stehen und ein möglichst breites Spektrum von Zielgruppen erreichen sollen;
- Festlegung der durch **lebenslanges Lernen** zu vermittelnden neuen Grundfertigkeiten durch einen "europäischen Rahmen"; Einführung eines europäischen Diploms für grundlegende IT-Fertigkeiten;
- Festlegung der **Mittel zur Förderung der Mobilität von Schülern, Studenten und Lehrern**;
- Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Musters für **Lebensläufe**;
- ein Auftrag an den Rat (Bildung), Überlegungen über die konkreten künftigen **Ziele der Bildungssysteme** anzustellen.
- **Beschäftigungspolitische Leitlinien**: Zwischenbewertung; neuer Impuls durch weitere Ausgestaltung, konkretere Ziele, engere Verknüpfungen mit anderen einschlägigen Politikbereichen, effizientere Verfahren für die Einbeziehung der verschiedenen Akteure;

---

[2] der folgende Text basiert insbesondere auf einer Aufarbeitung des Lissabon-Prozesses aus der Feder der Bayrischen Staatskanzlei: http://www.bayern.de/Europa/ERLissabon-Ergeb+Bewert.html

- Rat und Kommission sollen folgende vier Kernbereiche in Angriff nehmen: Verbesserung der **Beschäftigungsfähigkeit** (u.a. Einrichtung einer europaweiten Datenbank über Job- und Lernangebote), höhere Priorität für **lebenslanges Lernen** (u.a. europäische Auszeichnung für besonders progressive Unternehmen), **Ausbau der Beschäftigung im Dienstleistungsbereich**, **Förderung der Chancengleichheit** (insbesondere neue Benchmark für bessere Kinderbetreuungsmaßnahmen);
- bis 2010 Erhöhung der **Beschäftigungsquote** von heute 61% auf 70% und derjenigen der Frauen von heute 51% auf über 60%; die Mitgliedstaaten sollen die Festlegung nationaler Ziele für die Steigerung der Beschäftigungsquote prüfen.
- Anpassung der Sozialschutzsysteme mit Blick auf 4 Ziele: **Arbeit muss sich lohnen**, langfristige **Sicherung** der **Altersversorgungssysteme**, **Förderung** von **sozialer Integration** und **Gleichstellung der Geschlechter**, Gewährleistung einer guten **Gesundheitsfürsorge**;
- **Intensivierung der Zusammenarbeit** zwischen den Mitgliedstaaten auf diesem Gebiet durch den Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren mittels verbesserter Informationsnetze;
- Vereinbarung von "geeigneten" Zielen zur Bekämpfung der Armut durch den Rat;
- "offene Koordinierung" der Maßnahmen zur **Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung** durch Kombination von nationalen Aktionsplänen und einer Initiative der Kommission für die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet;
- ständiger Dialog und Austausch von Informationen und bewährten Verfahren auf der Grundlage gemeinsam vereinbarter Indikatoren;
- Berücksichtigung der **Förderung der sozialen Integration** in allen Politikbereichen;
- Entwicklung **von prioritären Maßnahmen** für bestimmte **Zielgruppen** (z.B**. Minderheiten, Kinder, alte und behinderte Menschen**), unter denen die Mitgliedstaaten wählen können

Entwicklung von Kriterien, mit denen die „nachhaltige und ausgewogene“ Entwicklung im Erweiterungsprozess gemessen werden soll

Die heute von „**Eurostat**“ regelmässig gesammelten und frei verfügbaren „Strukturindikatoren“ geben wichtige Informationen zu den oben erwähnten **sozialpolitischen Zielen von Lissabon**[3]

---

[3] Die Nummerierung erfolgt nach der Liste der „Strukturindikatoren“ von Eurostat
a1: **BIP pro-Kopf in Kaufkraftstandards** (KKS), (**EU-15**=100)
a2: **Reale Wachstumsrate** des BIP in konstanten Preisen (1995=100) - Veränderung in Prozent des Vorjahres
c1: **Beschäftigungswachstum insgesamt** - Jährliche prozentuale Veränderung der Gesamtbeschäftigung
c2: **Beschäftigungswachstum - weiblich** - Jährliche prozentuale Veränderung der weiblichen beschäftigten Bevölkerung
c3**: Beschäftigungswachstum - männlich** - Jährliche prozentuale Veränderung der männlichen beschäftigten Bevölkerung
I.1.1**: Beschäftigungsquote insgesamt** - Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 15-64 Jahre an der Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe
I.1.2: **Beschäftigungsquote - weiblich** - Anteil der erwerbstätigen Frauen im Alter von 15-64 Jahre an der weiblichen Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe
I.1.3: **Beschäftigungsquote - männlich -** Anteil der erwerbstätigen Männer im Alter von 15-64 Jahre an der männlichen Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe
I.1.4: **Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer insgesamt** - Anteil der älteren Arbeitnehmer im Alter von 55-64 Jahre an der Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe
I.1.5: **Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer - weiblich** - Anteil der älteren Arbeitnehmerinnen im Alter von 55-64 Jahre an der weiblichen Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe
I.1.6**: Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer - männlich** - Anteil der älteren Arbeitnehmer im Alter von 55-64 Jahre an der männlichen Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe
I.2.1: **Durchschnittliches Erwerbsaustrittsalter - insgesamt** - gewichtet mit der Wahrscheinlichkeit eines Ausscheidens aus dem Arbeitsmarkt
I.2.2: **Durchschnittliches Erwerbsaustrittsalter - weiblich** - gewichtet mit der Wahrscheinlichkeit eines Ausscheidens aus dem Arbeitsmarkt
I.2.3**: Durchschnittliches Erwerbsaustrittsalter - männlich** - gewichtet mit der Wahrscheinlichkeit eines Ausscheidens aus dem Arbeitsmarkt
I.3: **Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied ohne Anpassungen** - Durchschnittliche Bruttostundenverdienste von Frauen in Prozent der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste von Männern
I.4: **Die gesamte Einkommensteuer auf die Bruttoverdienste** - zuzüglich Arbeitnehmer- und Arbeitgebersozialbeiträge als Prozent der Arbeitskosten von Niedriglohnempfängern
I.5.1**: Lebenslanges Lernen - insgesamt** - Prozentsatz der an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmenden Bevölkerung im Alter von 25-64 Jahren in den vier Wochen vor der Erhebung
I.5.2: **Lebenslanges Lernen - weibliche Bevölkerung** - Prozentsatz der an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmenden Frauen im Alter von 25-64 Jahren in den vier Wochen vor der Erhebung
I.5.3: **Lebenslanges Lernen - männliche Bevölkerung** - Prozentsatz der an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmenden Männer im Alter von 25-64 Jahren in den vier Wochen vor der Erhebung
I.7.1**: Arbeitslosenquote insgesamt** - Anteil der Arbeitslosen an der gesamten Erwerbsbevölkerung
I.7.2: **Arbeitslosenquote - weiblich** - Anteil der arbeitslosen Frauen an der weiblichen Erwerbsbevölkerung
I.7.3**: Arbeitslosenquote - männlich** - Anteil der arbeitslosen Männer an der männlichen Erwerbsbevölkerung
IV.1: **Ungleichheit der Einkommensverteilung (Verteilungsquintil)** - Verhältnis des Gesamteinkommens von den 20% der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen (oberstes Quintil), zum Gesamteinkommen von den 20% der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen (unterstes Quintil). Unter Einkommen wird das verfügbare Äquivalenzeinkommen verstanden.
IV.2.1**: Rate der vor Armut bedrohten Personen - vor Sozialtransfers - insgesamt** - Anteil von Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen vor Sozialtransfers unter dem Armutsgrenzwert, der auf 60% des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens (nach Sozialtransfers) festgelegt ist. Alters- und Hinterbliebenenrente zählen zum Einkommen vor Sozialtransfers, und nicht zu den Sozialtransfers.

IV.2.2**: Rate der vor Armut bedrohten Personen - nach Sozialtransfers - insgesamt** - Anteil von Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unter dem Armutsgrenzwert, der auf 60% des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens festgelegt ist
IV.2.3: **Rate der vor Armut bedrohten Personen - vor Sozialtransfers - weibliche Bevölkerung** - Anteil der Frauen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen vor Sozialtransfers unter dem Armutsgrenzwert, der auf 60% des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens (nach Sozialtransfers) festgelegt ist. Alters- und Hinterbliebenenrente zählen zum Einkommen vor Sozialtransfers, und nicht zu den Sozialtransfers.
IV.2.4: **Rate der vor Armut bedrohten Personen - nach Sozialtransfers - weibliche Bevölkerung** - Anteil der Frauen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unter dem Armutsgrenzwert, der auf 60% des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens festgelegt ist
IV.2.5**: Rate der vor Armut bedrohten Personen - vor Sozialtransfers - männliche Bevölkerung** - Anteil der Männer mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen vor Sozialtransfers unter dem Armutsgrenzwert, der auf 60% des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens (nach Sozialtransfers) festgelegt ist. Alters- und Hinterbliebenenrente zählen zum Einkommen vor Sozialtransfers, und nicht zu den Sozialtransfers.
IV.2.6**: Rate der vor Armut bedrohten Personen - nach Sozialtransfers - männliche Bevölkerung** - Anteil der Männer mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unter dem Armutsgrenzwert, der auf 60% des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens festgelegt ist
IV.3.1**: Rate der von dauerhafter Armut bedrohten Personen - insgesamt -** Anteil von Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unter dem Armutsgrenzwert im laufenden Jahr und in mindestens zwei von den drei vorangegangenen Jahren. Der Grenzwert ist auf 60% des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens festgelegt.
IV.3.2: **Rate der von dauerhafter Armut bedrohten Personen - weibliche Bevölkerung** - Anteil der Frauen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unter dem Armutsgrenzwert im laufenden Jahr und in mindestens zwei von den drei vorangegangenen Jahren. Der Grenzwert ist auf 60% des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens festgelegt.
IV.3.3**: Rate der von dauerhafter Armut bedrohten Personen - männliche Bevölkerung** - Anteil der Männer mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unter dem Armutsgrenzwert im laufenden Jahr und in mindestens zwei von den drei vorangegangenen Jahren. Der Grenzwert ist auf 60% des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens festgelegt.
IV.4.1**: Dispersion der regionalen Beschäftigungsquoten - insgesamt** - Variationskoeffizient regionalen Beschäftigungsquoten (NUTS Ebene 2) innerhalb der Länder
IV.4.2**: Dispersion der regionalen Beschäftigungsquoten - weibliche Bevölkerung** - Variationskoeffizient regionalen weiblichen Beschäftigungsquoten (NUTS Ebene 2) innerhalb der Länder
IV.4.3: **Dispersion der regionalen Beschäftigungsquoten - männliche Bevölkerung** - Variationskoeffizient männlichen regionalen Beschäftigungsquoten (NUTS Ebene 2) innerhalb der Länder
IV.5.1: **Schulabbrecher - insgesamt** - Prozentsatz der 18-24-jährigen, die an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen und die höchstens einen Bildungsabschluss des Sekundarbereichs I haben
IV.5.2**: Schulabbrecher - weibliche Bevölkerung** - Prozentsatz der 18-24-jährigen Frauen, die an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen und die höchstens einen Bildungsabschluss des Sekundarbereichs I haben
IV.5.3: **Schulabbrecher - männliche Bevölkerung** - Prozentsatz der 18-24-jährigen Männer, die an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen und die höchstens einen Bildungsabschluss des Sekundarbereichs I haben
IV.6.1**: Langzeitarbeitslosenquote - insgesamt** - Langzeitarbeitslose Bevölkerung (über 12 Monate) in Prozentsatz der Erwerbsbevölkerung insgesamt im Alter von 15-64 Jahren
IV.6.2: **Langzeitarbeitslosenquote - weiblich** - Langzeitarbeitslose Frauen (über 12 Monate) in Prozent der weiblichen Erwerbsbevölkerung insgesamt im Alter von 15-64 Jahren
IV.6.3: **Langzeitarbeitslosenquote - männlich** - Langzeitarbeitslose Männer (über 12 Monate) in Prozent der männlichen Erwerbsbevölkerung insgesamt im Alter von 15-64 Jahren
Bevölkerung in erwerbslosen Haushalten - Personen im Alter von 0-65 Jahren - Anteil der Personen in Haushalten, in denen kein Mitglied einer Erwerbstätigkeit nachgeht, an der Gesamtzahl der Gesamtbevölkerung (ausgenommen Personen in Haushalten, in denen alle Mitglieder jünger als 18 Jahre alt sind oder 18-24 Jahre alt und in Ausbildung oder 65 Jahre und älter und nicht berufstätig sind)
Bevölkerung in erwerbslosen Haushalten - Personen im Alter von 0-60 Jahren - Anteil der Personen in Haushalten, in denen kein Mitglied einer Erwerbstätigkeit nachgeht, an der Gesamtzahl der Gesamtbevölkerung (ausgenommen Personen in Haushalten, in denen alle Mitglieder jünger als 18 Jahre alt sind oder 18-24 Jahre alt und in Ausbildung oder 60 Jahre und älter und nicht berufstätig sind)

Die systematische Datensammlung von „Eurostat“ zu den in der Fußnote genannten Indikatoren hat in den letzten Jahren intensiv begonnen, und es ist zum heutigen Zeitpunkt möglich, zumindest bei einigen Größen vergleichbare Datenserien zu berichten, die **ein umfassenderes Bild über den sozialen Zusammenhalt in Europa nach der Erweiterung zulassen.**

In den statistischen Veröffentlichungen von „Eurostat“ wird gemeinhin die von der „Armut“ betroffene Bevölkerung als jene Bevölkerung definiert, die **60% oder weniger des nach Haushaltsgrößen gewichteten Medianeinkommens** des jeweiligen Landes erhält[4]. Für nach dem Durchschnittseinkommen noch relativ homogene Wirtschaftsräume wie Westeuropa mag dieses Kriterium zutreffend sein; internationale Vergleiche von Ländern mit sehr unterschiedlicher durchschnittlicher Kaufkraft werden aber zu systematischen Verzerrungen führen, weil der EU-Indikator nicht die absolute Höhe des Medianeinkommens mit berücksichtigt.

Am 1. Mai 2004 treten – wie erwähnt – 10 Staaten der Union bei, deren durchschnittliches Kaufkraftniveau sich stark vom EU-Durchschnitt unterscheidet.

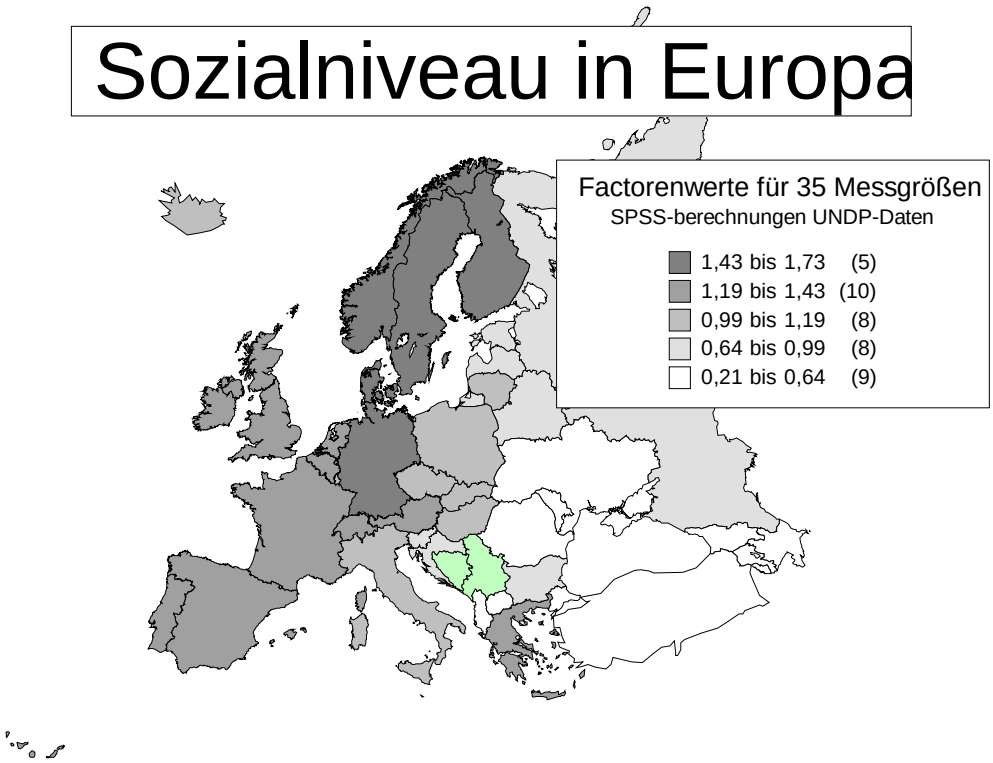
Aus **statistischer Perspektive** sei darauf hingewiesen, dass mathematische Verfahren zur Reproduktion komplexerer Strukturen, wie die **Faktorenanalyse**, der einfachen **Addition diverser Messgrößen** – wie derzeit in Europa in Staatskanzleien zuweilen versucht wird – vorzuziehen sind. Die in der Anlage 11 angeführte Analyse[5] zeigt beispielsweise, dass bei 35 UNDP-Indikatoren die Lebenserwartungsdaten, die Kindersterblichkeit sowie die Überlebenswahrscheinlichkeiten bei Alter 40 bzw. 60 die höchsten „Ladungen“ mit einem hypothetischen, mathematisch gewonnen **Faktor „Soziale Lage“** erzielen, der weit über 1/3 der Abweichungen aller 35 Variablen vom Mittelwert optimal erklärt. Somit steht fest, dass Daten zur Lebenserwartung beispielsweise ein höheres Gewicht haben als Daten wie die von Eurostat gerne verwendete „Quintil-Ratio“ und die Median-Kennziffer. Das Gesamtbild der sozialen Situation für Europa lautet in einer solchen Perspektive:

---

[4] gegeben seien die Zahlen 1, 3, 5, 7, und 900. Der Median dieser Zahlen ist die in der Mitte befindliche Zahl 5; der Mittelwert (arithmetische Durchschnitt) beträgt hingegen kaum realistische 183,2. deshalb ist in der Verteilungsstatistik der Median so beliebt

[5] vgl. auch A. Tausch (Ed) „The Three Pillars of Wisdom?“ Hauppauge, New York: Nova Science Publishers

Sozialpolitische Landkarte 1: Soziale Lage in Europa (35 mathematisch gewichtete Variablen, reduziert auf einen Faktor)



Armut, bemessen nach dem Eurostat- „60%-Kriterium“

Eine unkritische Anwendung des 60% - Kriteriums würde bedeuten, dass die Armut in den heutigen EU-Mitgliedsstaaten Portugal, Griechenland, Irland, Vereinigtes Königreich, Spanien, Italien schlimmer ist als in den 3 baltischen Staaten und in Rumänien, und dass Frankreich gleich oder schlechter abschneidet als Polen, Malta und Bulgarien. Im Schnitt schneiden die Beitrittsländer nach dem Median-Indikator von Eurostat besser ab als das alte „Kerneuropa“:

Tabelle 1: Armut im erweiterten Europa nach Eurostat „Strukturindikatoren“ – Armut nach Sozialtransfers

geordnet nach dem Vorhandensein von Armut laut Eurostat, 1999 oder 2000

	1999	2000	Armut nach Sozialtransfers nach dem 60%-Kriterium in einem der beiden Jahre
Portugal	21	21	21
Griechenland	21	20	20
Irland	19	20	20
Vereinigtes Königreich	19	19	19
Spanien	19	18	18
Italien	18	18	18
Estland	:	18	18
Litauen	17	:	17
Lettland	16	16	16
Rumänien	16	:	16
Frankreich	15	16	16
Polen	15	16	16
EU-15	**15**	**15**	**15**
Malta		15	15
ACC (Schnitt der Beitre-tenden Staaten und Bei-trittswerberstaaten)	**14**		**14**
Bulgarien	14	14	14
Belgien	13	13	13
Luxemburg	13	12	12
Österreich	**12**	**12**	**12**
Dänemark	11	11	11
Deutschland	11	11	11
Finnland	11	11	11

Slowenien	11		11
Norwegen	11	11	11
Schweden	9	11	11
Niederlande	11	10	10

Quelle: eigene Berechnungen aus Strukturindikatoren, EU-Kommission

In einer Abhandlung zum Thema *„Monetäre Armut in den EU-Beitretenden und Bewerberländern"*[6] haben Ian Dennis und Anne-Catherine Guio in der Eurostat-Publikation *„Statistik kurz gefasst"* darauf hingewiesen, dass trotz der Harmonisierungsbemühungen **weder** eine **umfassende Vergleichbarkeit mit den EU-Mitgliedsstaaten noch zwischen den Beitretenden** – und Bewerberländern **untereinander** gegeben ist (Seite 1). Sie warnen auch:

*„Der wesentliche Vorteil dieser **relativen Armutsgrenze** besteht darin, dass sie auf dem **Lebensstandard des jeweiligen Landes basiert** und somit **keine universelle Definition des Mindestlebensstandards erfordert**, unterhalb dessen eine Person als armutsgefährdet zugelten hat. Allerdings scheint diese Methode **nicht uneingeschränkt für eine vergleichende Analyse von Armut** und sozialer Ausgrenzung **im Kontext der erweiterten Union geeignet** zu sein: Im **Vergleich zum EU-Durchschnitt ist der Armutsgrenzwert in den Beitretenden- und Bewerberländern sehr viel niedriger, während die Einkommensverteilung eine relativ geringe Streuung** aufweist. Das liegt mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit zum einen am historischen Kontext (Einkommensverteilungspolitik in den sozialistischen Planwirtschaftssystemen und unterschiedlicher Entwicklungsverlauf im Zuge der Liberalisierung), zum anderen an den Problemen der Sammlung von Informationen über die Schattenwirtschaft und nicht zuletzt an der Tatsache, dass extreme Einkommenswerte (die sehr niedrigen Einkommen und die sehr hohen Einkommen reicher Bevölkerungsschichten) in Erhebungen häufig untererfasst werden. Dies spricht dafür, **den Indikator der relativen Armut in Zukunft um weitere (absolute oder auch nichtmonetäre) Messgrößen zu ergänzen.**" (Dennis und Guio, Seite 2)*

Aus diesem Grund greift die vorliegende Analyse zum einen auch auf verschiedene andere Eurostat-Indikatoren der sozialen Ausgrenzung zurück und entwickelt auch Versuche, „objektive" und auch „nicht-monetäre" Kriterien der „Armut" in Europa, vor allem auf Basis von Daten der Vereinten Nationen, zu entwickeln.

[6] http://www.eu-datashop.de/download/DE/sta_kurz/thema3/nk_03_08.pdf

Die von Dennis und Guio erarbeiteten Vergleichskriterien lauten im Einzelnen:

Tabelle 2: Armut in den Beitretenden und Beitrittswerberstaaten nach Eurostat

geordnet nach der Armut nach allen Sozialtransfers nach Eurostat

	S80/S20 Anteilsverhältnis der Einkommensquintile	GINI-Koeffizient[7]	% der Bev. < 40% des Medians	% der Bev. < 50% des Medians	% der Bev. < 60% des Medians	% der Bev. < 70% des Medians	Armutsgefährdung vor allen Sozialtransfers	einschließlich Renten	nach allen Sozialtransfers	re Armutsgef
Türkei	10,9	49	9	16	23	31	31	26	23	
Estland	6,3	36	6	12	18	27	42	26	18	
Litauen	5	31	6	11	17	24	38	22	17	
Zypern	4,4	29	6	10	16	23	24	18	16	
Lettland	5,1	31	6	10	16	24	45	22	16	
Rumänien	4,4	29	5	9	16	24	39	22	16	
Malta	4,5	30	3	8	15	23	30	21	15	
Polen	4,2	28	4	8	15	22	46	28	15	
EU-15	4,6	29	5	9	15	23	40	24	15	
Bulgarien	3,6	25	4	8	14	22	35	17	14	
ACC (Durchschnitt der Beitretenden Staaten und Beitrittswerberstaaten)	4,2	28	4	8	14	21	43	27	14	
Slowenien	3,2	22	3	6	11	19	37	18	11	
Tschechien	3,3	24	1	3	8	16	35	19	8	

Quelle: eigene Berechnungen aus Dennis und Guio, 2003

Die Daten hätten die wenigstens teils zu hinterfragende Konsequenz, dass die Beitretenden Staaten und Beitrittswerberstaaten heute schon weniger durch Armut gekennzeichnet sind als der EU-Durchschnitt:

Tabelle 3: Armut in den Beitretenden und Beitrittswerberstaaten nach Eurostat im Vergleich mit der EU-15 – um wie viel geringer oder grösser ist die Armut nach dem jeweiligen Kriterium als in der EU-15?

geordnet nach der Messgrösse – um wie viel größer/kleiner ist die Armut als im EU-Schnitt nach Eurostat?

---

[7] Ungleichheitsindex, berechnet nach dem Statistiker Corrado GINI, er reicht von 0 – totale Gleichheit bis 1 – totale Ungleichheit. Oft wird – wie in der vorliegenden Tabelle – dieser Index mit 100 multipliziert.

[8] Die Eurostat-Statistiker definieren: *„Einer der "Laeken"-Indikatoren, mit dem sich genau messen lässt, wie weit unterhalb des Grenzwertes sich das Einkommen der armutsgefährdeten Personen befindet, d. h. "wie arm die Armen sind", ist die Armutsgfährdungslücke (d.h. die Differenz zwischen dem 60%-Grenzwert und dem medianen Äquivalenzeinkommen der ärmeren Bevölkerungsgruppen)“* Dennis und Guio, Seite 3).

	S80/S20 Anteilsverhältnis der Einkommensquintile	GINI-Koeffizient	% der Bev. < 40% des Medians	% der Bev. < 50% des Medians	% der Bev. < 60% des Medians	% der Bev. < 70% des Medians	Armutsgefährdung vor allen Sozialtransfers	einschließlich Renten	nach allen Sozialtransfers	relative Armutsgefährdungslücke
Türkei	6,3	20	4	7	8	8	-9	2	8	5
Estland	1,7	7	1	3	3	4	2	2	3	3
Litauen	0,4	2	1	2	2	1	-2	-2	2	2
Zypern	-0,2	0	1	1	1	0	-16	-6	1	2
Lettland	0,5	2	1	1	1	1	5	-2	1	3
Rumänien	-0,2	0	0	0	1	1	-1	-2	1	-1
Malta	-0,1	1	-2	-1	0	0	-10	-3	0	-4
Polen	-0,4	-1	-1	-1	0	-1	6	4	0	-2
EU-15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Bulgarien	-1	-4	-1	-1	-1	-1	-5	-7	-1	-2
ACC	-0,4	-1	-1	-1	-1	-2	3	3	-1	-3
Slowenien	-1,4	-7	-2	-3	-4	-4	-3	-6	-4	-4
Tschechien	-1,3	-5	-4	-6	-7	-7	-5	-5	-7	-9

Quelle: eigene Berechnungen aus Dennis/Guio, op. cit.

Die nur teilweise stattfindende Konvergenz der Kaufkraft

So ermutigend die Aussage sein mag, dass die Armut in den Beitretenden Staaten und Beitrittswerberstaaten geringer sei als in „Kerneuropa“, so genügt schon ein Blick auf die durchschnittliche **Kaufkraftentwicklung**, um diese Aussage in Frage zu ziehen. Wenn das „Durchschnittseinkommen“ oder Medianeinkommen einer Gesellschaft hoch liegt, wie zum Beispiel in Frankreich, das 2002 bei 102,9% des EU-Durchschnitts erzielte, ist ein Anteil von 15% der Bevölkerung, der 60% unter dem Median liegt, wahrscheinlich weniger gravierend als die Armut von 14% der Bulgaren, die 60% unter dem Median des Landes liegen (das Durchschnittseinkommen in Bulgarien war 2002 nur 25,63% des EU-Durchschnitts).

Tabelle 4: Konvergenz-Tabelle Europa

Entwicklung der Kaufkraft pro Kopf seit 1994 bis 2003

geordnet nach der bereits erreichten Einkommenskonvergenz, 2002

	1999	2000	2001	2002	2003
Österreich	111	114	111	110	110
EU-15	100	100	100	100	100
Slowenien	68,6	70,8	72,5	72,6	
Zypern	82,4	75,8	73,6	71,1	
TschechischeRepublik	59,2	56,6	59,5	59,2	
Ungarn	49	50,1	52,8	55,1	
SlowakischeRepublik	49,5	46,2	47,3	47,8	
Estland	38,6	40,4	40,3	41	
Polen	39	40,7	40,6	38,7	
Litauen	34,5	35,6	38,2	38,4	
Lettland	28,6	31,1	33,8	34,6	
Bulgarien	28,3	25,8	24,7	25,4	
Rumänien	23,9	23,6	24,2	24,4	
Türkei	26,4	25,5	22,5	22,5	

Quelle: eigene Zusammenstellungen aus Strukturindikatoren, EU-Kommission

Nicht nur, dass weiterhin gewaltige Kaufkraftunterschiede in Europa bestehen, auch das **Tempo des Aufschließens der Beitretenden Staaten und Beitrittswerberstaaten an das Europa der 15** ist weit unbefriedigender, als gemeinhin angenommen wird.

Tabelle 5: Konvergenz der Kaufkraft in Europa

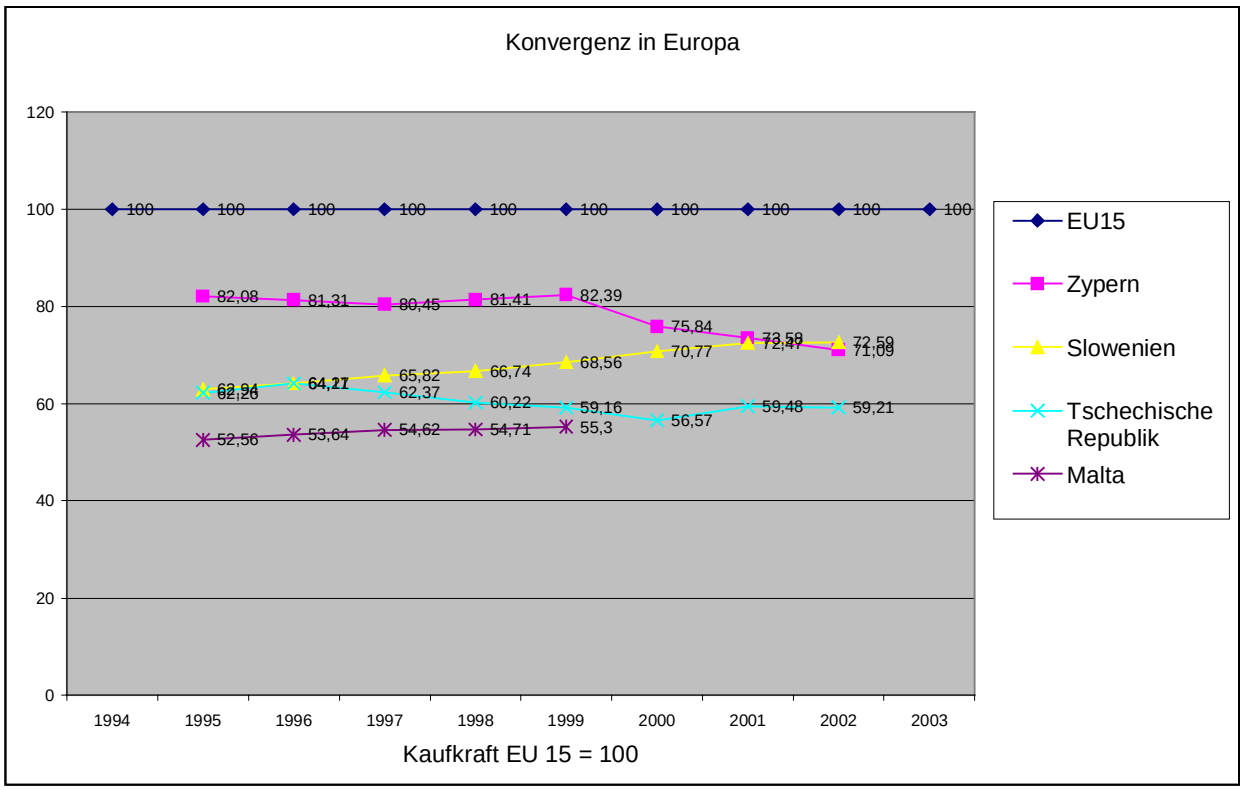
geordnet nach dem Tempo des Konvergenzprozesses

	Konvergenzprozess 1995 - 2002 der Kaufkraft pro Kopf (um wieviele Prozentpunkte hat ein Land gegenüber dem EU-Schnitt gewonnen oder verloren?)
Lettland	9,91
Slowenien	9,65
Ungarn	9,47
Estland	7,04
Litauen	5,39
Polen	4,32
Slowakische Republik	1,83
Österreich	**0**
Tschechische Republik	-3,05
Rumänien	-3,52
Türkei	-4,03
Bulgarien	-7,72
Zypern	-10,99

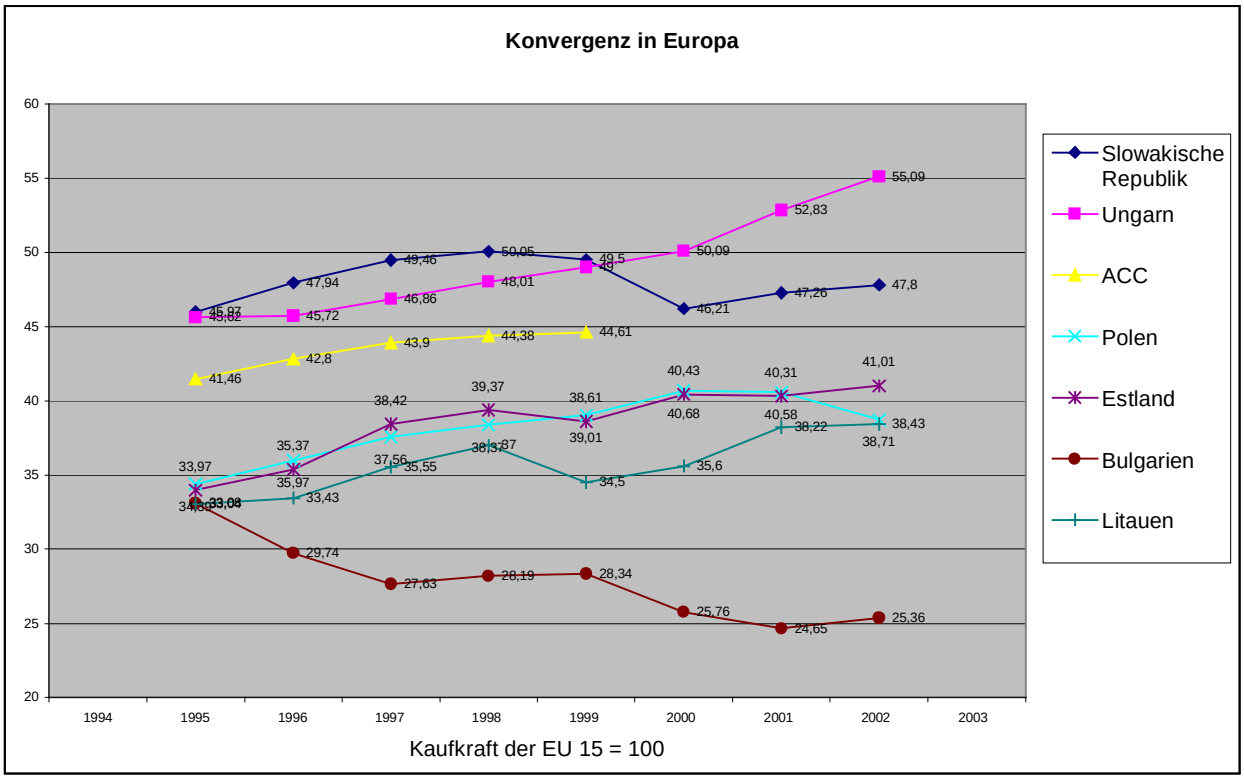
Quelle: eigene Berechnungen aus Strukturindikatoren, EU-Kommission

Am Vorabend der großen Erweiterung muss man leider feststellen, dass in zahlreichen Staaten – unter ihnen Zypern, Tschechien, Polen und dem Kandidatenstaat Türkei, bei oft recht niedrigem vergleichbaren Ausgangsniveau ein weiteres Absinken der durchschnittlichen Kaufkraft gegenüberder **EU-15** festzustellen ist.

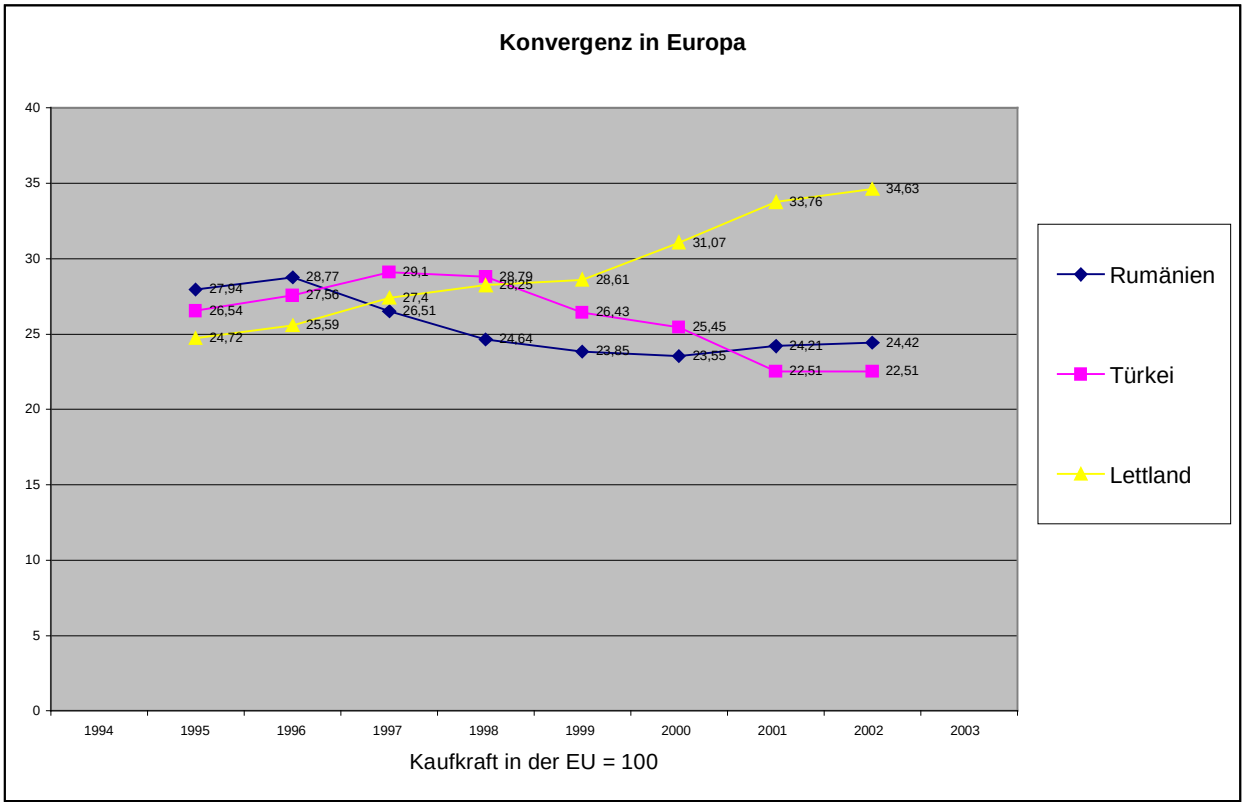
Graphik 1: Konvergenz der Einkommen in Europa



Quelle: eigene Berechnungen aus Strukturindikatoren, EU-Kommission



Quelle: eigene Berechnungen aus Strukturindikatoren, EU-Kommission



Quelle: eigene Berechnungen aus Strukturindikatoren, EU-Kommission

Soziale Kohäsion in Europa, bemessen nach den anerkannten EU-Indikatoren und Lissabon-Zielen Beschäftigungsquote, lebenslanges Lernen und Vermeidung des Schulabbruchs

Wesentliche Standardindikatoren der Sozialpolitik suggerieren, dass die in der Tabelle 1 genannte Reihung der Armut in Europa erheblich in Zweifel zu ziehen ist. Ein Kriterium für ein sozial konvergentes Europa könnte erwarten, dass die Beitrittsstaaten sich bei den wesentlichen Lissabon-Sozialindikatoren (Beschäftigungsquoten, lebenslanges Lernen, Bekämpfung des Schulabbruchs) nicht mehr vom EU-Durchschnitt unterscheiden. Die Beitrittsstaaten müssten eigentlich bereits in diesem Zug„nach Lissabon“ unterwegs sein.

Tabelle 6: Erfüllung der Lissabon-Ziele in den Beitretenden Staaten und Beitrittswerberstaaten 1999/2002 nach Eurostat

Geordnet nach dem Problem des Schulabbruchs

	Beschäftigungsquote insgesamt - Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 15-64 Jahre an der Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe 2000	Lebenslanges Lernen - insgesamt - Prozentsatz der an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmenden Bevölkerung im Alter von 25-64 Jahren in den vier Wochen vor der Erhebung, 2002	Schulabbrecher - insgesamt - Prozentsatz der 18-24-jährigen, die an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen und die höchstens einen Bildungsabschluss des Sekundarbereichs I haben, 2002
Türkei	50,6	keine Daten	keine Daten
Malta	keine Daten	4,4	52,7
Rumänien	63	1,1	23,2
Bulgarien	50,4	1,3	21
Lettland	57,8	8,2	19,5
EU-15	63,4	8,5	18,8
Litauen	60,1	3,3	14,3
Zypern	65,9	3,7	14
Estland	60,7	5,2	12,6
Ungarn	56,3	3,3	12,3
Österreich	68,4	7,5	9,5
Polen	55	4,3	7,6
Slowakische Republik	56,8	9	5,6
Tschechische Republik	65	6	5,5
Slowenien	62,8	5,1	5

Quelle: eigene Zusammenstellungen aus Strukturindikatoren, EU-Kommission

Bulgarien, Lettland, Polen, die Slowakei, die Türkei, und Ungarn erreichen 7 Jahre vor Ablauf der Lissaboner Fristen noch nicht einmal 60% **Beschäftigungsquote** (2010 soll sie 70% betragen). Beim lebenslangen Lernen erreichen Bulgarien, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Ungarn und Zypern weniger als 5% der Bevölkerung. In Bulgarien, Lettland, Malta, Rumänien und Ungarn liegt darüber hinaus der Schulabbruch über dem europäischen Durchschnitt.

Eurostat macht folgende Angaben über die Entwicklung der gesamten Beschäftigungsquote und der weiblichen Beschäftigungsquote:

Tabelle 7: Dynamik der Beschäftigungsquote (insgesamt und weibliche Beschäftigungsquote) und Erreichung der Lissaboner Beschäftigungsziele (2010 70% Gesamtbeschäftigung, 60% weibliche Beschäftigung)

Gesamtbeschäftigung

geordnet nach dem Problem der Gesamtbeschäftigungsquote, 2000

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Bulgarien	:	:	:	:	:	:	:	:	50,4	49,6
Italien	:	52,2	51,3	50,9	51,2	51,3	52	52,7	53,8	54,9
Polen	:	:	:	:	:	:	:	:	55	:
Griechenland	53,7	53,7	54,2	54,7	55	55,1	55,5	55,3	55,7	55,4
Spanien	48,9	46,5	45,9	46,8	47,9	49,3	51,2	53,7	56,2	57,7
Ungarn	:	:	:	:	52,1	52,4	53,7	55,6	56,3	56,5
Slowakische Republik	:	:	:	:	:	:	:	58,1	56,8	56,8
ACC	:	:	:	:	:	:	:	:	57,4	56,7
Lettland	:	:	:	:	:	:	58,9	59,1	57,8	58,7
Litauen	:	:	:	:	:	:	63,2	64	60,1	:
Belgien	56,3	55,8	55,7	56,1	56,2	56,8	57,4	59,3	60,5	59,9
Estland	:	:	:	:	:	64,7	64,5	61,7	60,7	61,3
Frankreich	59,9	59,3	59,1	59,6	59,6	59,6	60,2	60,9	62,1	62,8
Luxemburg	61,4	60,8	59,9	58,7	59,2	59,9	60,5	61,7	62,7	:
Slowenien	:	:	:	:	61,6	62,6	62,9	62,2	62,8	63,8
Rumänien	:	:	:	:	:	65,4	64,2	63,2	63	62,4
EU-15	:	:	59,8	60,1	60,3	60,7	61,4	62,4	63,4	64,1
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	68,6	67,3	65,6	65	65,1
Irland	51,4	51,9	53,3	54,6	55,6	57,8	60,5	63,2	65,1	65,7
Deutschland	66,4	65,1	64,7	64,6	64,1	63,7	63,9	64,8	65,4	:
Zypern	:	:	:	:	:	:	:	:	65,9	:
Finnland	65,4	61,3	60,6	61,8	62,6	63,5	64,7	66,5	67,4	68,2
Portugal	67,9	66	64,7	63,8	63,9	65,2	66,6	67,4	68,2	68,7
Österreich	:	:	68,5	68,7	67,9	67,9	67,9	68,6	68,4	68,4
Vereinigtes Königreich	68,2	67,7	68,1	68,6	69,1	70	70,6	71	71,5	71,8

Niederlande	63,8	63,7	64	64,7	66,1	68,1	69,9	71,4	72,9	74,1
Schweden	75,9	71,3	70,2	71	70,4	69,5	70,3	71,7	73	74,1
Dänemark	73,7	72,1	72,3	73,4	73,8	74,9	75,1	76	76,3	76,2
Türkei	:	:	:	:	:	:	:	:	:	50,6
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	54,2

Quelle: eigene Zusammenstellungen aus Eurostat, 2003

Tabelle 7 - Fortsetzung

weibliche Beschäftigungsquote

geordnet nach dem Problem der weiblichen Beschäftigungsquote, 2000

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Italien	:	35,8	35,4	35,4	36	36,4	37,3	38,3	39,6	41,1
Griechenland	36,2	36,6	37,3	38,1	38,7	39,3	40,2	40,6	41,2	40,9
Spanien	31,6	30,8	30,8	31,8	33	34,4	35,8	38,3	41,2	43
Bulgarien	:	:	:	:	:	:	:	:	46,3	46,8
Polen	:	:	:	:	:	:	:	:	48,9	:
Ungarn	:	:	:	:	45,2	45,4	47,2	49	49,7	49,8
Luxemburg	45,7	44,8	44,4	42,6	43,8	45,3	46,2	48,6	50,1	:
ACC	:	:	:	:	:	:	:	:	51,4	51
Belgien	44,3	44,5	44,6	45	45,4	46,5	47,6	50,4	51,5	51
Slowakische Republik	:	:	:	:	:	:	:	52,1	51,5	51,8
Zypern	:	:	:	:	:	:	:	:	53,2	:
Lettland	:	:	:	:	:	:	53,9	54	53,9	55,7
Irland	37,4	38,9	40,5	42	43,5	46,3	49	51,9	54	54,9
EU-15	:	:	49,3	49,7	50,2	50,8	51,6	52,9	54,1	55
Frankreich	51,4	51,5	51,6	52,2	52,3	52,5	53,1	54	55,2	56
Estland	:	:	:	:	:	60,3	60	57,7	56,8	57,3
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	60,1	58,7	57,4	56,9	57
Rumänien	:	:	:	:	:	59,1	58,2	57,5	57,5	57,1
Deutschland	55,9	55,1	55,1	55,3	55,3	55,3	55,8	57,1	57,9	:
Slowenien	:	:	:	:	57,1	58	58,6	57,7	58,4	58,8
Litauen	:	:	:	:	:	:	58,9	60,7	58,5	:
Österreich	:	:	59,1	59,1	58,4	58,6	58,8	59,6	59,6	60,1
Portugal	56,6	55,4	54,6	54,4	54,8	56,2	58	59,4	60,3	61
Niederlande	51,2	52	52,9	53,7	55,4	57,4	59,5	61,7	63,5	65,2
Finnland	63,8	59,6	58,8	59,1	59,5	60,4	61,3	63,5	64,4	65,4
Vereinigtes Königreich	61,2	61,2	61,5	61,8	62,5	63,2	63,6	64,2	64,8	65,1
Schweden	74,9	70,8	69,4	69,6	68,8	67,7	68,3	69,7	71,1	72,4
Dänemark	69,7	68,2	66,9	66,7	67,4	69,1	70,2	71,1	71,6	72
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	31,6

Türkei	:	:	:	:	:	:	:	:	:	26,7

Quelle: eigene Zusammenstellungen aus Eurostat, 2003

Die Tabellen zu lebenslangem Lernen und Schulabbruch[9] ergeben folgende Tendenzen über den Zeitverlauf:

In

Estland
Ungarn
Rumänien
Zypern

ergibt sich zwar ein zeitlich gesehen steigender linearer Trend zum lebenslangen Lernen. Auch in der **EU-15** ist gegenüber 1995 das lebenslange Lernen gewachsen.

Polen
Bulgarien
Malta
Slowenien
Litauen

haben leider keinen Anstieg beim **lebenslangen Lernen**. Alle Beitrittsstaaten werden erhebliche Anstrengungen aufbringen müssen, um dieses Lissabon-Ziel zu erreichen.

In Rumänien und Bulgarien hat der **Schulabbruch** über die Zeit sogar noch zugenommen, in Malta war er über 50%, aber

Zypern
Slowenien
Ungarn
Litauen
Estland

erfüllen das Kriterium und liegen bereits heute unter dem EU-Durchschnitt. Es wird zu erwarten sein, dass die **EU-15** insgesamt bis 2010 dieses Lissabon-Ziel knapp erreichen wird, aber nicht die EU-25 oder gar die EU27/EU28.

9 http://europa.eu.int/comm/eurostat/Public/datashop/print-product/DE?catalogue=Eurostat&product=1-structur-DE&mode=download#Emploi

Weitere Bewertungskriterien der sozialen Kohäsion im geeinten Europa

Nach der in Lissabon zu Grunde gelegten Logik würde ein Projekt eines sozial und ökonomisch konvergenten Europas aber von den durch die internationalen Behörden erhobenen Daten[10] erwarten lassen, dass

1. die Beitrittsstaaten die **Kluft in der Kaufkraft**, die zum Durchschnitt der EU bestanden hat, schliessen
2. die Beitrittsstaaten sich bei **wesentlichen Sozialindikatoren (Beschäftigungsquoten, lebenslanges Lernen, Bekämpfung des Schulabbruchs) nicht** mehr **vom EU-Durchschnitt unterscheiden.**
3. die **wirtschaftliche** Entwicklung, insbesondere die Budgetentwicklung, weitere **politische Maßnahmen** der **sozialen Konvergenz** finanzieren lässt
4. **Ungleichheit und Verarmung** abnehmen
5. die durch die Transformation bedingte **hohe Arbeitslosigkeit** nun eine **Sache der Vergangenheit** ist
6. die **ärmeren Regionen** mit den **reicheren Regionen in den Beitrittsstaaten** gleichziehen, insbesondere bei der Beschäftigung (Bedingung einer halbwegs ausgeglichenen Regionalentwicklung)
7. - will die EU mit ihrer Lissabon-Strategie, bis 2010 der dynamischste Wirtschaftsraum der Welt zu werden, erfolgreich sein -, **das wirtschaftliche Wachstum der Beitrittsstaaten überdurchschnittlich hoch** ist – auch im **Weltmaßstab**
8. schließlich **„harte" Indikatoren der Verarmung** – wie der Anteil der Bevölkerung, der den 40. Geburtstag nicht erlebt – **deutlich abnehmen**. Die Lebenserwartungsentwicklung sollte deutlich besser sein als der Weltdurchschnitt, unabhängig vom erreichten Entwicklungs- und Sozialniveau in der Ausgangsperiode. Gleiches gilt auch für den von den Vereinten Nationen erhobenen „Humanentwicklungsindex" (er kombiniert, Bildung, Realeinkommen und Lebenserwartung und projiziert die Werte dieser Dimensionen auf eine Skala von 0, sehr arm, bis 1, sehr reich). Klassische Armutserkrankungen wie die TBC sollten in einer erweiterten Union, die bis 2010 der dynamischste Wirtschaftsraum der Welt sein will, der Vergangenheit angehören. Darüber hinaus wäre auch zu erwarten, dass in den Beitrittsstaaten
9. auch die **Kluft zwischen den Geschlechtern weiter abnimmt** und
10. eine nachhaltige Entwicklung eingeleitet wird (Nachhaltigkeit der Pensionssysteme, aber auch allgemeine Nachhaltigkeit der Gesellschaftssysteme)

Eine Verletzung dieser 10 Grundannahmen[11], oder gar, eine zeitlich gesehen Verschlechterung der Lage in den Kandidatenstaaten würde bedeuten, dass der ökonomische Integrationsprozess vielleicht erfolgreich ist, dass aber im Prozess der **„transnationalen Integration"** leider Phänomene der **„nationalen Desintegration"** zu beobachten sind. Die

---

[10] Datenquellen sind vor allem die frei zugänglichen Webseiten EUROSTAT und UNDP: http://europa.eu.int/comm/eurostat/Public/datashop/print-product/DE?catalogue=Eurostat&product=1-structur-DE&mode=download#Genecobgind sowie http://www.undp.org/hdr2003/indicator/index.html und http://hdr.undp.org/reports/default.cfm. Berechnungen der Tabellen, Trends und Erstellung der Graphiken: EXCEL. Weitere Datenquellen werden im Text genannt.

[11] Erfüllung des Kriteriums = 1, keine Daten = 0; Nicht-Erfüllung = - 1

hier angewandte Methode könnte mit einer Serie von 18 (statisch den Ist-Zustand der Erreichung der Lissabon-Ziele messenden) bzw. 13 (dynamisch den Konvergenz-Prozess zur Angleichung an das west-europäische Niveau messenden) „Hausaufgaben“ verglichen werden, die die Beitretenden Staaten bzw. die Beitrittswerber-Staaten absolvieren müssten, wenn nach der Erweiterung Europa ein sozial homogener Raum mit einer nachhaltigen Entwicklung sein sollte. Die folgenden Daten zeigen z.B., dass sich die Beitretenden Staaten bzw. die Beitrittswerber-Staaten beim lebenslangen Lernen, bei der Vermeidung einer hohen Dispersion der regionalen Beschäftigung, bei der Angleichung der Kaufkraft etc. weiterhin sehr hart tun, und die gestellten 18 Aufgaben in ihrer Gänze kaum erfüllen, während beim Schulabbruch, bei der Nachhaltigkeit der Pensionen, bei der Humanentwicklung, bei der Vermeidung von TBC, und bei der Vermeidung der Kindersterblichkeit als Ausdruck der sozialen Armut noch die besten Ergebnisse erzielt wurden. Tabelle 9 zeigt dann, welche einzelnen Beitretende Staaten bzw. Beitrittswerber-Staaten diese 18 Aufgaben noch am besten erfüllten, und welche Länder die Kriterien am wenigsten erfüllen.

Tabelle 8 – Der Ist-Zustand von heute: Defizite in den Beitretenden Staaten und Beitrittswerberstaaten bei 18 Lissabon-Indikatoren

Bewertungskriterien des erreichten Fortschritts	Defizite oder Leistungen der Beitrittsstaaten (ungewichtete Summe der Bewertungen in allen Beitretenden Staaten und Beitrittswerberstaaten)
lebenslanges Lernen 2002 75% des EU-Schnitts (Eurostat)	-8
Dispersion der regionalen Beschäftigungsquoten wenigstens niedriger als das doppelte des **österreichische**n Wertes (6.2) – 2001 (Eurostat)	-4
durchschnittliche Kaufkraft 2002 höher als 50% des EU-Schnitts (Eurostat)	-3
Armutskriterium UNDP (% der Bevölkerung, der **vor dem 60. Geburtstag stirbt**) - Land gehört 2001 zum besseren 2/5 der Weltgesellschaft	-1
Finanzierungsbasis des Sozialstaates **(Maastricht-Neuverschuldungskriterium),** 2002, wird erfüllt (Eurostat)	-1
%-Satz der Bevölkerung, der **weniger als 60% des Medians** der jeweiligen Gesellschaft (Äquivalenzeinkommen) erhält, geringer als der EU-Durchschnitt (1999, Eurostat)	0
ESI-Yale-Columbia-Index der nachhaltigen Entwicklung entspricht oberstem 2/5 der Weltgesellschaft[12]	1
Beschäftigungsquote 2000 (15-64) höher als mindestens 90% des EU-Schnitts (Eurostat)	2
Verteilungsquintil-Maß besser als der EU-Schnitt (1999, Eurostat)	2

[12] Dieser Index ist der international anerkannteste Index der „nachhaltigen Entwicklung“. Er wurde in einem gemeinsamen Projekt der Universitäten Yale und Columbia für über 140 Staaten der Welt erstellt, und gewichtet die Punkte bei einzelnen – 68 – Kriterien der „nachhaltigen Entwicklung“ zu einem einzigen, international vergleichbaren Gesamt-Index des Zustandes der Umwelt in einem beliebigen Land der Welt. Er ist unter http://www.ciesin.org/indicators/ESI/ abrufbar

Arbeitslosenquote heute niedriger als 150% des EU-Schnitts (Eurostat, 2002)	3
UNDP Frauenmachtbeteiligungsindex (kombiniert Daten über Zugang zu politischer Macht, Einkommen, und Spitzenposten in der Wirtschaft) besser als schlechtesten EU-Land	3
"gleicher Lohn" - Einkommensschere (UNDP) zwischen Frauen und Männern gehört zum besten 2/5 der Weltgesellschaft	4
Ist-Zustand der Lebenserwartung 2001: Lebenserwartung gehört zu den besten 2/5 der Weltgesellschaft (UNDP)	5
Schulabbruch höchstens 10% über dem EU-Schnitt (2002, Eurostat)	6
UNDP **Nachhaltigkeit des Pensionssystems - öffentliche Pensionsausgaben** unter 10% des BIP	7
Armutskriterium UNDP **(Humanentwicklungsindex**, der Bildung, Realeinkommen und Lebenserwartung der Bevölkerung kombiniert) - Land gehört 2001 zum besseren 2/5 der Weltgesellschaft	9
Vermeidung der **TBC-Erkrankungsrate** gehört zu den besten 2/5 der Weltgesellschaft (UNDP)	9
Kindersterblichkeit: das Land war 2001 unter den besten 2/5 der Weltgesellschaft (UNDP)	11

Wenn alle Staaten die Kriterien einer sozial konvergenten Entwicklung erfüllen, müssten 13 Punkte erreicht sein.
Quelle: eigene Berechnungen aus Eurostat, UNDP, UTIP, 2003

Die Gesamtbewertung aus allen 18 Indikatoren ergibt, dass die soziale Kohäsion und nachhaltige Entwicklung im Sinne des Lissabon-Prozesses in

Slowenien
Tschechien
Estland
Zypern
Slowakei

bereits heute die besten Ergebnisse erzielt haben, während Bulgarien, Rumänien und die Türkei die schlechtesten Resultate vorweisen. Ein Staat könnte bei den „statischen Kriterien“ der sozial konvergenten Entwicklung maximal 18 Punkte erreicht haben

Tabelle 9 – Der Ist-Zustand von heute: Reihung der Pluspunkte/Defizite in den Beitretenden Staaten und Beitrittswerberstaaten bei 18 Lissabon-Indikatoren

geordnet nach den sozialpolitischen Leistungen der Erreichung von 18 Lissabon-Indikatoren

	Defizite oder Leistungen der Beitrittsstaaten (ungewichtete Summe der Bewertungen bei allen 18 Kriterien)
Slowenien	13
Tschechien	8
Estland	7

Zypern	7
Slowakei	6
Malta	5
Ungarn	4
Polen	2
Lettland	1
Litauen	1
Bulgarien	0
Rumänien	-2
Türkei	-7

Quelle: eigene Berechnungen aus Eurostat, UNDP, UTIP, 2003

Bewertungskriterien des Entwicklungstempos

Aus der Sicht der Beitretenden Staaten und Beitrittswerberstaaten kann argumentiert werden, dass die zum Ende des Kommunismus einsetzende Krise und die darauf folgende Transformationsdepression eine schwierige Ausgangsposition geschaffen haben, und dass für die Zukunft vor allem das richtige Entwicklungstempo in die richtige Richtung entscheidend ist. Zu diesem Zweck sind in dieser Analyse auch 13 „dynamische“ Kriterien einer sozial kohärenten und nachhaltigen Entwicklung angeführt worden. Wenn alle Staaten die Kriterien einer sozial konvergenten Entwicklung erfüllen, müssten 13 Punkte erreicht sein. Die folgenden Daten zeigen z.B., dass sich die Beitretenden Staaten bzw. die Beitrittswerber-Staaten bei der Beschäftigungsentwicklung, bei der zeitliche Abnahme der Ungleichheit der Löhne, bei der Lebenserwartungsentwicklung und bei den notwendigen Zuwächsen beim lebenslangen Lernen weiterhin sehr hart tun, und die gestellten 13 Aufgaben in ihrer Gänze kaum erfüllen, während beim Kaufkraftgewinn gegenüber 1995 und beim Kampf gegen den Schulabbruch noch die besten Ergebnisse erzielt wurden. Tabelle 11 zeigt dann, welche einzelnen Beitretende Staaten bzw. Beitrittswerber-Staaten diese 13 Aufgaben noch am besten erfüllten, und welche Länder die Kriterien am wenigsten erfüllen.

Tabelle 10 – Entwicklungstempo bei 13 Lissabon-Indikatoren in den Beitretenden Staaten und Beitrittswerberstaaten

Bewertungskriterien des Entwicklungstempos	Defizite oder Leistungen der Beitrittsstaaten (ungewichtete Summe der Bewertungen in allen Beitretenden Staaten und Beitrittswerberstaaten)
lineare Projektion der bisherigen **Beschäftigungsentwicklung** mit Korrelationsanalyse ergibt nennenswerten Forschritt (zeitliche Korrelation von grösser als + 0.5 ab 1990) für die Beschäftigungsquote (berechnet nach Eurostat)	-9
zeitliche Abnahme der **Ungleichheit der Löhne** (Universität Texas, UTIP/Theil-Maß, basierend auf UNIDO[13]) im Zeitverlauf ab 1990	-9
Abweichung von der Trendlinie der **Lebenserwartungsentwicklung** in der Weltgesellschaft. Das Land gehört ab 1970 mit seinem Zuwachs unabhängig vom Ausgangsniveau zum guten oberen 2/5 der Weltgesellschaft (berechnet nach UNDP. Es wird dabei ein Polynom 2. Grades der Lebenserwartung im Jahr 1970 als Determinante der Zuwächse für die Jahre 1970 – 2001 angenommen, da in ärmeren Ländern normalerweise die Lebenserwartung rascher zunimmt als in reichen Ländern)	-7
lebenslanges Lernen erfährt im Zeitverlauf wenigstens einen merklichen Zuwachs (zeitliche Korrelation ab 1990 >0.5, berechnet nach Eurostat)	-5
lineare Projektion der bisherigen **Beschäftigungsentwicklung** mit Korrelationsanalyse ergibt nennenswerten Forschritt (zeitliche Korrelation ab 1990 von grösser als + 0.5, berechnet nach Eurostat) für die **Frauen**-Beschäftigungsquote	-5
Zeitliche Abnahme der Arbeitslosigkeit (Korrelation über die Zeit ab 1990 < 0.0, berechnet nach Eurostat)	-5
UNDP-Kriterium **Einkommenskonvergenz -** Wirtschaftswachstum 1990 - 2001 gehört zum besten 2/5 der Weltgesellschaft	-3
Armut nach dem 60%- Kriterium - zeitliche **Abnahme** (zeitliche Korrelation ab 1990, berechnet nach Eurostat < 0.0)	-2
zeitliche **Abnahme der Ungleichheit** (Quintil-Maß) im Zeitverlauf (zeitliche Korrelation ab 1990, berechnet nach Eurostat < 0.0)	-2
Verbesserungen der Ränge der weltweiten **Kindersterblichkeit** 2001 verglichen mit 1970 gehörte zu den besten 2/5 der	-2

[13] Die UTIP-Zeitreihe ist die anerkannteste ökonometrische Zeitreihe über die Entwicklung der Ungleichheit in der Welt. Sie wurde von Professor James K. Galbraith an der Universität Texas im Rahmen des *„University of Texas Inequality Projects“* (UTIP-Project) erstellt und misst ab 1963 für alle Staaten der Welt mit vorhandenen Daten die Divergenz der Löhne mit von der UNIDO erhobenen Zahlen über die Durschnittseinkommen in 21 Wirtschaftssektoren. Die zu Grunde liegende Logik geht auf die Aussage von Nobelpreisträger **Simon Kuznets** zurück: ***besser gute Lohndaten als schlechte Haushaltseinkommensverteilungsdaten.*** Die Datenreihe zeigt vor allem die Veränderungen der Ungleichheit im Zeitverlauf (auf Jahresbasis) auf und ist abrufbar unter: http://utip.gov.utexas.edu/

Weltgesellschaft (berechnet nach UNDP)	
Abweichung von der **Trendlinie der Humanentwicklung** ab 1970 gehört zum guten oberen 2/5 der Weltgesellschaft (berechnet nach UNDP. Es wird dabei ein Polynom 2. Grades der Humanentwicklung 1995 als Determinante der Zuwächse für die Jahre 1995 – 2001 angenommen, da in ärmeren Ländern normalerweise die Humanentwicklung rascher zunimmt als in reichen Ländern)	2
Kaufkraftgewinn gegenüber 1995 bis 2002 gegenüber EU-Schnitt (berechnet nach Eurostat)	3
Schulabbruch - zeitliche Tendenz der Abnahme (negative zeitliche Korrelation ab 1990, berechnet nach Eurostat höher als -0.5)	5

Quelle: eigene Berechnungen aus Eurostat, UNDP, UTIP, 2003

Wenn alle Staaten die Kriterien einer sozial konvergenten Entwicklung erfüllen, müssten 13 Punkte erreicht sein. **Slowenien, Ungarn** und **Zypern** haben die besten Werte vorzuweisen, während die sozialen Verwerfungen, die durch die obigen Indikatoren gemessen werden, in

der Slowakei
Bulgarien
Tschechien
Rumänien

sogar noch zunehmen.

Tabelle 11 – Reihung des Entwicklungstempos bei 13 Lissabon-Indikatoren in den Beitretenden Staaten und Beitrittswerberstaaten

geordnet nach dem Tempo des sozialen Konvergenzprozesses bei 13 Lissabon-Indikatoren

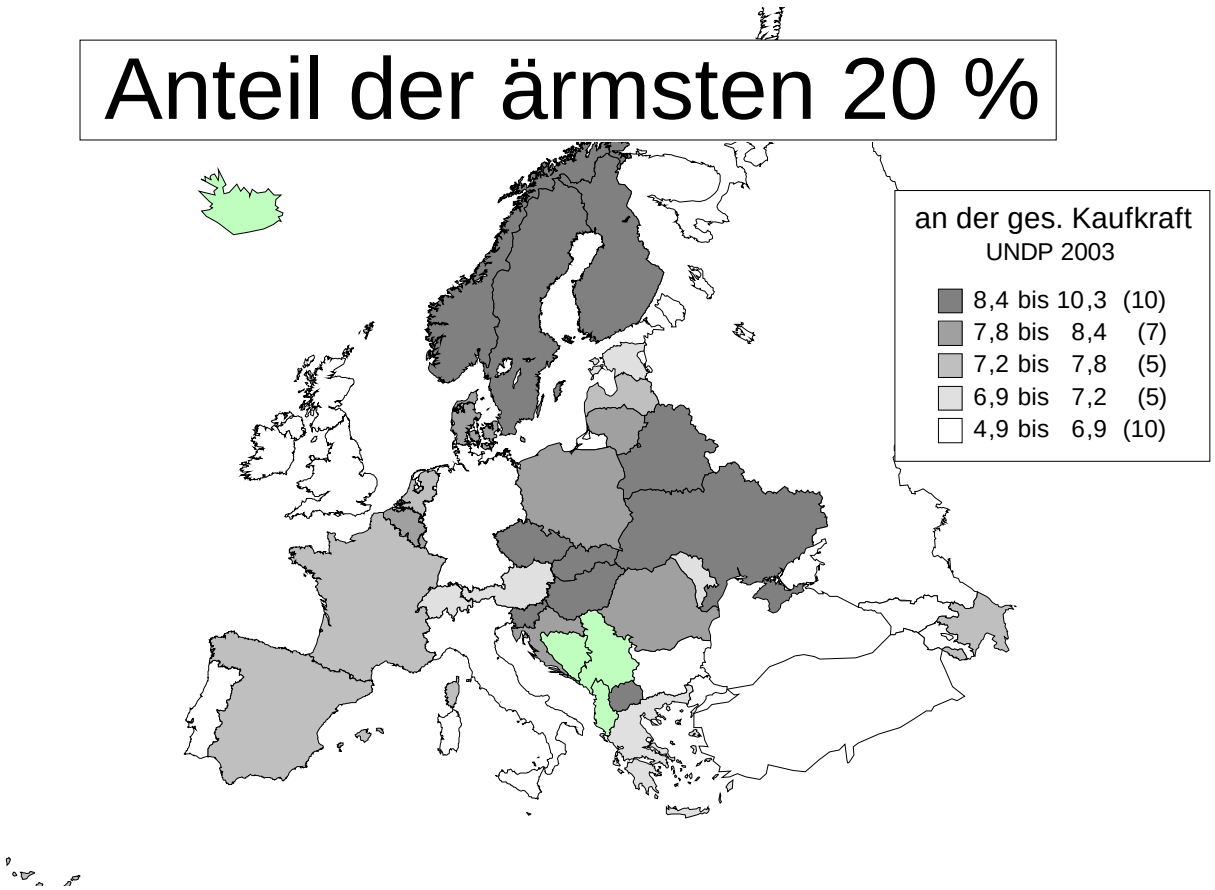
	Defizite oder Leistungen der Beitrittsstaaten (ungewichtete Summe der Bewertungen bei allen 13 Kriterien)
Slowenien	3
Ungarn	3
Zypern	3
Litauen	-1
Malta	-1
Lettland	-2
Estland	-4
Polen	-4
Türkei	-5
Slowakei	-6
Bulgarien	-7
Tschechien	-7
Rumänien	-11

Quelle: eigene Berechnungen aus Eurostat, UNDP, UTIP, 2003

Direkter Vergleich der absoluten Armut im „alte“ und „neuen“ Europa

Wie eingangs erwähnt, sind für eine realistische Betrachtung der bei der Erweiterung zu überwindenden Armutsprobleme neben der in den Beitrittsstaaten auftretenden Ungleichheit (die mathematisch gesehen, das 60% - Medianmaß der EU-Kommission ausschließlich reflektiert) auch die Kaufkraft heranzuziehen – erst sie beide erlauben eine realistische Aussage darüber, wie stark die Armut in einem Land ausgeprägt ist. Im folgenden Abschnitt wird solch ein Versuch – mit Daten der Vereinten Nationen – vorgestellt. Wie schon von Dennis und Guio erwähnt, war die Einkommensverteilung als Teil des kommunistischen Erbes in der Region in den 90-er Jahren noch relativ egalitär; heute haben die ärmsten 20% allerdings laut UNDP-Daten in Bulgarien, Russland, und Estland einen sehr geringen Anteil an den Gesamteinkommen, und auch in Großbritannien, Irland, Portugal, Italien und Deutschland sowie in der Türkei ist der Anteil der ärmsten 20% unter 6.9%:

Graphik 2: Anteil der ärmsten 20% am Gesamteinkommen des jeweiligen Landes in Europa in% v. H. (UNDP-Daten)

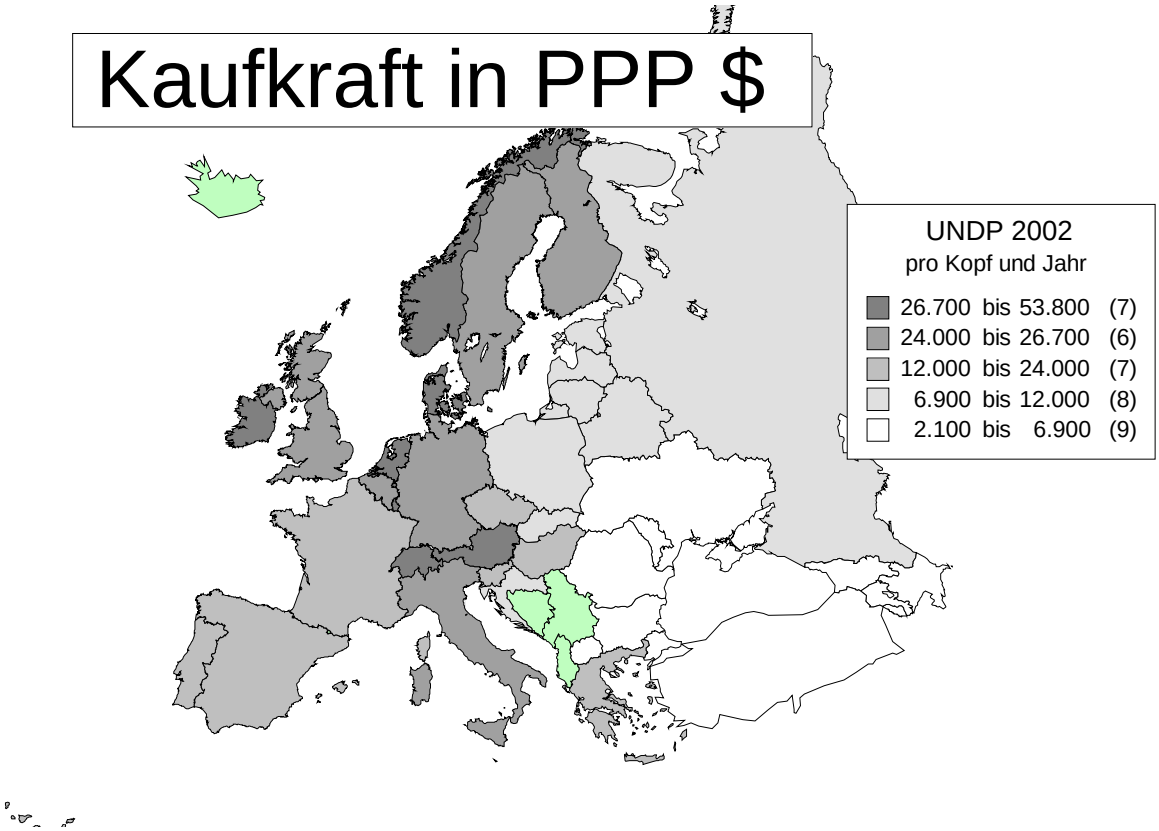


Fehlende Daten für Island, Bosnien-Herzegowina, Jugoslawien und Albanien
Quelle: eigene Berechnungen aus UNDP, 2003

Die relativen Kaufkraftunterschiede sind weiter oben schon mit Daten des Eurostat dokumentiert worden. Die noch erheblichen, teils sich nicht einebnenden

Kaufkraftunterschiede sowie die seit Mitte der 90-er Jahre teils drastisch wachsende Ungleichheit bewirken, dass die reale soziale Kluft in Europa sehr groß ist:

Graphik 3: Kaufkraftunterschiede in Gesamt-Europa (UNDP-Daten)



Fehlende Daten für Island, Bosnien-Herzegowina, Jugoslawien, und Albanien. PPP = „purchasing power parity“[14]. Quelle: eigene Berechnungen aus UNDP, 2003

Mit der bevorstehenden Erweiterung der Union nach Osten und Süden und den bestehenden Kaufkraftunterschieden auf unserem Kontinent kommt der Frage der **absoluten Einkommensunterschiede** eine erhebliche sozialpolitische Bedeutung zu. In 123 Staaten mit kompletten Daten der Vereinten Nationen ist heute zumindest die **absolute Kaufkraft** der ärmsten 20% in den jeweiligen Gesellschaften der Welt **abschätzbar**. Dabei muss berücksichtigt werden, dass in **Slowenien**, **Tschechien** und **Ungarn** das abschätzbare, reale Lebensniveau der ärmsten 20% **über** dem der ärmsten 20% in **Portugal, dem schlechtest placierten EU-15 Land** liegt, das nur **Platz 29** von 123 Staaten der Weltgesellschaft einnimmt.

[14] vgl. auch http://pwt.econ.upenn.edu/aboutpwt.html

Tabelle 12: Kaufkraft der ärmsten 20% in Europa

geordnet nach der Kaufkraft der ärmsten 20%

Land	Kaufkraft der ärmsten 20% in $ pro Kopf und Jahr	Weltrang der Kaufkraft der ärmsten 20%
Luxemburg	21512	1
Finnland	12337	4
Dänemark	12035	5
Schweden	11002	6
Irland	10857	7
Belgien	10591	8
Niederlande	9924	9
Österreich	**9356**	**12**
Frankreich	8636	14
Slowenien	**7794**	**15**
Tschechien	**7581**	**16**
Spanien	7556	17
Italien	7401	19
Großbritannien	7369	20
Deutschland	7225	21
Griechenland	6191	24
Ungarn	**6170**	**25**
Portugal	5264	29
Slowakische Republik	**5262**	**30**
Polen	**3686**	**32**
Estland	**3560**	**33**
Litauen	**3346**	**34**
Lettland	**2937**	**36**
Rumänien	**2390**	**40**
Bulgarien	**2308**	**41**
Türkei	**1796**	**49**

Quelle: eigene Berechnungen aus UNDP, 2003

Idealiter wäre es notwendig, die eingangs erwähnten, relativen Kriterien der Armut durch weitere, **objektivere Kriterien** zu ergänzen. Auch Dennis und Guio in ihrer rezenten Arbeit für Eurostat weisen auf diese Kriterien hin (Seite 5); unten sind erste Vergleiche auf deren Basis angeführt. Die internationalen statistischen Behörden haben folgende Kennziffern erhoben; nur wenige Länder weisen hierbei Daten auf:

Tabelle 13: Objektive Armutskriterien (UNDP/Weltbank) – Ergebnisse für das erweiterte Europa

Funktionaler Analphabetismus

geordnet nach der Abwesenheit des funktionalen Analphabetismus nach UNDP

Land	"People lacking functional literacy skills (% age 16-65)1994-98" **% der Menschen vom funktionalen Analphabetismus betroffen**
Schweden	7,5
Dänemark	9,6
Finnland	10,4
Niederlande	10,5
Deutschland	14,4
Tschechische Republik	15,7
Belgien	18,4
Vereinigtes Königreich	21,8
Irland	22,6
Ungarn	33,8
Slowenien	42,2
Polen	42,6
Portugal	48

weniger als 11 $ pro Tag

geordnet nach der Abwesenheit von Armut (Armut = Einkommen < 11 $ pro Tag)

	"Population living below $11 a day (1994 PPP US$)1994-95" **% der Menschen mit weniger als 11 $ pro Tag**
Luxemburg	0,3
Finnland	4,8
Schweden	6,3
Niederlande	7,1
Deutschland	7,3
Frankreich	9,9
Vereinigtes Königreich	15,7

weniger als 4 $ pro Tag

geordnet nach der Abwesenheit von Armut (Armut = Einkommen < 4 $ pro Tag)

	“Population living below $4 a day (1990 PPP US$)1996-99” **% der Menschen mit weniger als 4 $ pro Tag**
Slowakei	8
Polen	10
Litauen	17
Estland	18
Bulgarien	22
Rumänien	23
Lettland	28

Quelle: eigene Zusammenstellungen aus UNDP, 2003

Wächst mit der kommenden Erweiterung die soziale „Amerikanisierung“ Europas?

Spätestens seit ein amtierender Minister der Regierung der Vereinigten Staaten die politische Unterscheidung von „altem“ und „neuem“ Europa[15] geprägt hat, wächst mancherorts die Angst vor einem **Import „amerikanischer“ Strukturen** der **Gesellschaftspolitik auf dem „alten Kontinent“ nach der großen Erweiterung.** Hinzu kommt, dass analytische Arbeiten mancher Wirtschaftsforscher – in **Österreich** allen voran Professor Karl Aiginger vom WIFO-Institut – zu dem deprimierenden Ergebnis gelangt sind, dass **Europa** – trotz der erklärten Ziele von Lissabon – **gegenüber den USA weiter zurückfällt**. In seinen rezenten Vorträgen an den Universitäten Harvard und Stanford hat Aiginger (und Prof. Michael Landesmann vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche) diese Thesen eingehender explizitiert[16], sie betreffen vor allem den Geschäftsbereich **Wirtschaftspolitik** und **Finanzpolitik** in Europa und brauchen hier nicht näher erläutert werden. Aus analytischer **sozialpolitischer** Perspektive muss festgehalten werden, dass beträchliche **Ungleichheiten in Europa bereits vor der Erweiterung** existierten. Eine rezente Studie der Kommission[17] **(„Sapir-Bericht“)** hat darauf hingewiesen; sie lässt u.a. den Schluss zu, dass die gesamteuropäische Ungleichheit – zwischen und innerhalb der einzelnen Länder kombiniert – **um weitere 33% nach der Erweiterung** am 1. Mai 2004 **wachsen wird**. Der Bericht geht angesichts der Herausforderung des Lissabon-Prozesses und der kommenden Erweiterung von der empirisch untermauerten These aus, dass es seit Jahrzehnten gar keinen Aufholprozess der **EU-15** gegenüber den USA geben würde (Bericht, Seite 21). Im Vergleich mit den USA zeige sich überdies, dass insbesondere **die wirtschaftlich fortgeschritteneren EU-Staaten** wie Schweden, Frankreich, Deutschland gegenüber der Kaufkraft in den USA von 1970 bis 2000 weiter **zurückgefallen** seien (**Österreich** hat, zusammen mit Finnland, dem Süden der Union und Irland, positive Werte aufzuweisen. Die Kaufkraft **Österreich**s betrug 1970 65.2% der amerikanischen Kaufkraft, 2000 schon 79.3%). Der Sapir-Bericht fasst noch einmal die wohl **bekannten Defizite im Bereich der Beschäftigung älterer Menschen, Forschung und Entwicklung, sowie Bildung** in Europa zusammen. Und während in den USA und Japan die gesamte **Abgabenlast** incl. Sozialversicherungsbeiträge unter 1/3 beträgt, erreiche sie in zahlreichen EU-Staaten 40% (**Österreich** 44.7%, Jahr 2000) oder sogar über 50% (Belgien, Deutschland).

Während **die Rate der Ungleichheit** (Ratio zwischen dem Einkommen der reichsten 5% und den ärmsten 20% bzw. der GINI – Index) in Europa noch immer besser ist als in den USA,

---

[15] vgl. hierzu http://www.rferl.org/nca/features/2003/01/24012003172118.asp

[16] http://www.wifo.ac.at/Karl.Aiginger/publications/2002/background.pdf
http://www.wifo.ac.at/Karl.Aiginger/publications/2002/harvard02.pdf

[17] http://europa.eu.int/comm/lisbon_strategy/pdf/sapir_report_en.pdf
[18] Die Erfahrungen in Litauen und Kroatien könnten Anlass zu gewissen Hoffnungen geben
[19] Die gesamte Datenbasis der Weltbank (ab 1960, für alle Staaten der Erde) ist heute frei abrufbar unter: http://www.worldbank.org/research/growth/GDNdata.htm
[20] Die gesamte Datenbasis der Weltbank (ab 1960, für alle Staaten der Erde) ist heute frei abrufbar unter: http://www.worldbank.org/research/growth/GDNdata.htm

und die Ungleichheit bis zu den 80-er Jahren sogar abgenommen hat, ist sie in den letzten Jahren wieder **leicht angestiegen**.

	GINI-Koeffizient der Ungleichheit in Europa
1970	0,320
1980	0,299
1990	0,301
1995	0,303
2000	0,309

Dieser Befund bestätigt sich auch, wenn die Ungleichheit in den Staaten der EU und zwischen den Staaten der EU kombiniert betrachtet wird (Seite 64 des Berichts). Hinzu kommt, dass **nach den Steuern der Unterschied in der Ungleichheit zwischen den USA und Europa gar nicht mehr so groß ist**:

	1985		1995	
	GINI vor Steuer	GINI nach Steuer	GINI vor Steuer	GINI nach Steuer
EU	0,381	0,279	0,408	0,294
USA	0,415	0,337	0,421	0,342

Quelle: eigene Zusammenstellungen des Autors aus Sapir-Bericht, Seite 65

Auch wird der Vorsprung, den Europa in Bezug auf die soziale Gerechtigkeit hatte, im Zeitvergleich mit Amerika immer geringer:

	Um wieviel weniger sozial ungerecht ist Europa im Vergleich mit Amerika?
Differenz der Ungleichheit EU - USA vor der Versteuerung, 1985	-0,034
Differenz der Ungleichheit EU - USA nach der Versteuerung, 1985	-0,058
Differenz der Ungleichheit EU - USA vor der Versteuerung, 1995	-0,013
Differenz der Ungleichheit EU - USA nach der Versteuerung, 1995	-0,048

Quelle: eigene Zusammenstellungen des Autors aus Sapir-Bericht, Seite 65

In einem gemeinsamen Europa der 25, 27 oder 28 werden die regionalen Zonen und sozialen Schichten des Wohlstandes, beispielsweise in Südengland, Nordfrankreich, Süddeutschland etc. den regionalen und sozialen Zonen der Armut in Südspanien, Süditalien, und in den Beitretenden Staaten und Beitrittswerberstaaten gegenüber stehen. Der Bericht zeigt deshalb zum ersten Mal auf, wie sich das Niveau der Ungleichheit in der EU 15 im Vergleich zu den 70-er Jahren verändern wird, wenn drei Prozesse mit in die Betrachtung einbezogen sind:

a) die Ungleichheit zwischen den reicheren und ärmeren EU-Staaten

b) die Ungleichheit in den EU-Staaten selbst
c) die Erweiterung von 15 auf 27 Mitgliedsstaaten, deren Durchschnittseinkommen oft noch weit unter dem EU-Schnitt liegt.

Der Bericht hat dabei mit dem nach oben hin offenen Ungleichheitsmaß des niederländischen Statistikers **Theil** gearbeitet, und folgende Indices berechnet.

Theil-Index der Ungleichheit in Europa

	1970	1980	1990	1995	1998
Theil-Index der Ungleichheit in Europa innerhalb der Staaten der EU-15	0,152	0,13	0,142	0,142	0,152
Theil-Index der Ungleichheit in Europa bedingt durch die verschieden hohen Durschnittseinkommen der Länder der EU-15	0,017	0,016	0,012	0,008	0,008
Theil-Index der Ungleichheit in Europa insgesamt	0,169	0,146	0,154	0,15	**0,160**
Theil-Index EU-27 Annahme GINI-Koeffizient in den Beitrittsstaaten entspricht dem Polens					**0,213**
Theil-Index EU-27 Annahme GINI-Koeffizient in den Beitrittsstaaten entspricht dem Italiens					**0,220**

Insgesamt dürfte sich die gesamteuropäische Ungleichheit nach der Erweiterung, so berechnet, **um insgesamt 33%** erhöhen (Quelle: eigene Berechnungen des Autors aus Sapir-Bericht, Seite 102 und Seite 64).

Die vorhandenen Daten über die Kaufkraft der ärmsten 20% im Vergleich mit der Verarmung in den USA zeigen allerdings, dass Europa noch immer über ein erhebliches Startkapital der sozialen Kohäsion verfügt, das auch nach der Erweiterung noch bestehen bleibt, aber bald verbraucht sein könnte. In Skandinavien, den Benelux-Ländern, Irland, aber erfreulicherweise auch in **Österreich** liegt die Kaufkraft der ärmsten 20% über dem Wert der USA, während Slowenien und Tschechien bei guter Politik auch zu dieser Liga aufrücken könnten:

Graphik 4: Das andere Rennen von Lissabon – die Konkurrenz um die soziale Kohäsion Europa – USA. Die Kaufkraft der ärmsten 20% im Vergleich. Kaufkraft der ärmsten 20% in den USA = 100

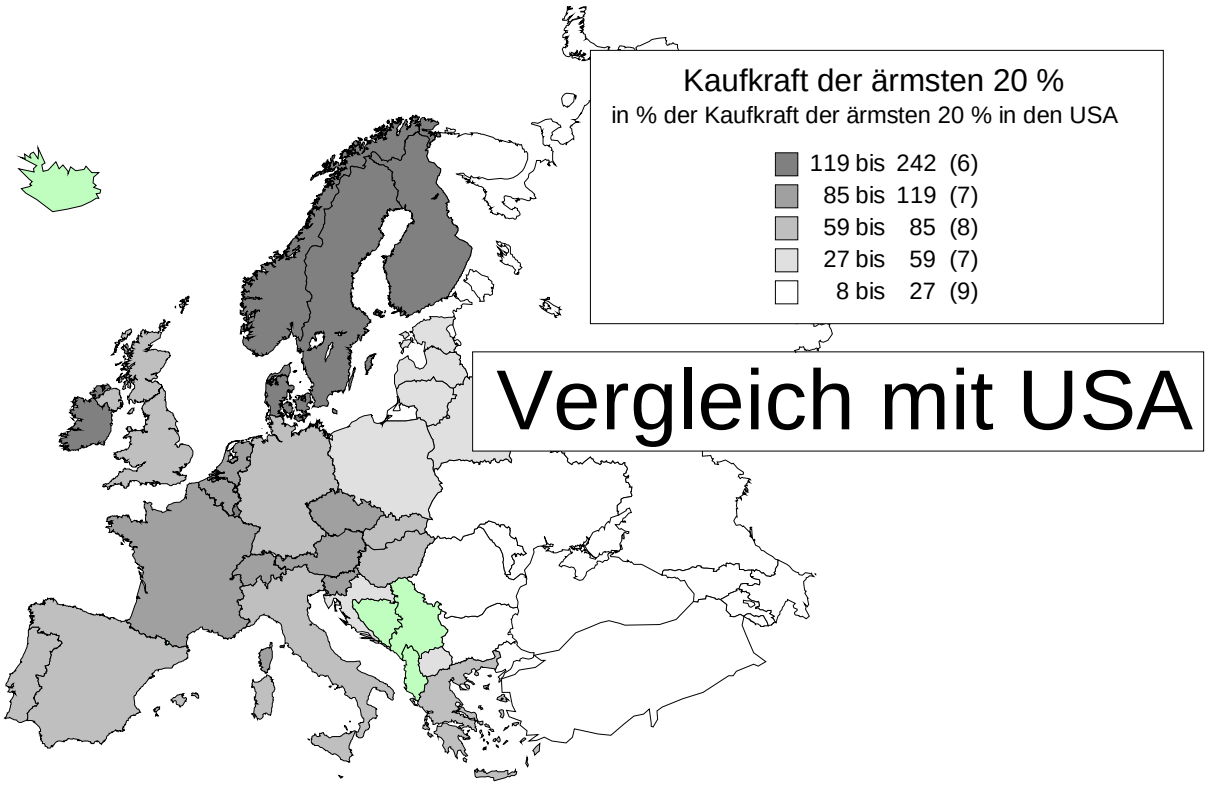


Tabelle 14: Das andere Rennen von Lissabon – die Konkurrenz um die soziale Kohäsion Europa – USA. Die Kaufkraft der ärmsten 20% im Vergleich. Kaufkraft der ärmsten 20% in den USA = 100

geordnet nach der Höhe der Kaufkraft der Ärmsten 20% in Relation zu dem der Ärmsten 20% in den USA

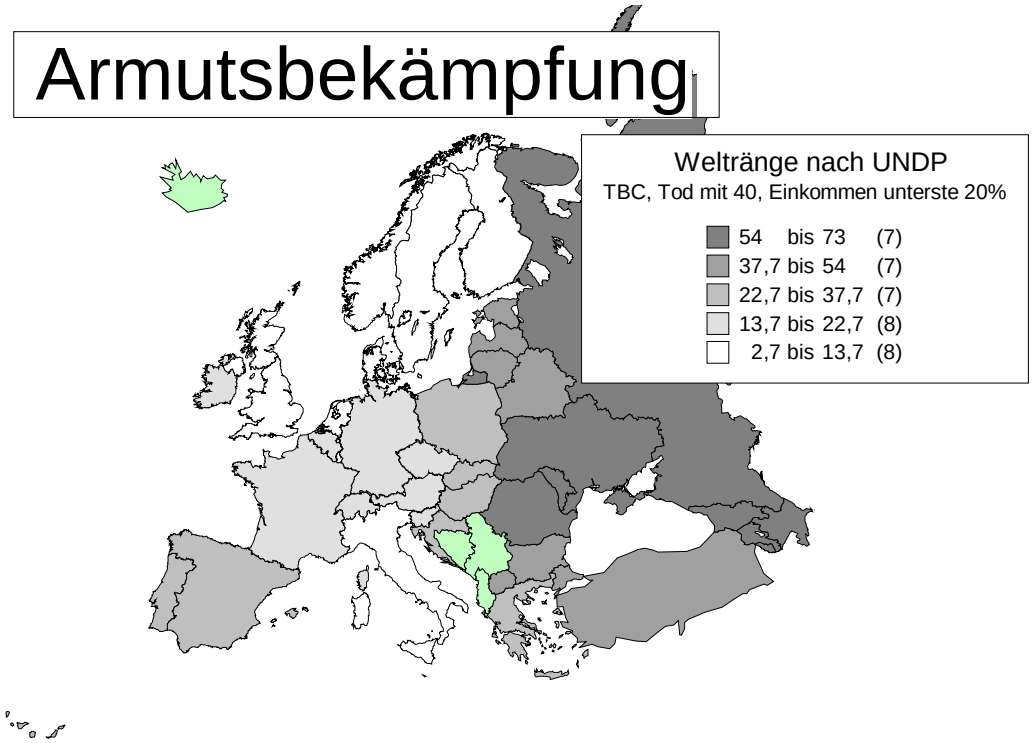
	Die Kaufkraft der ärmsten 20% im Vergleich. Kaufkraft der ärmsten 20% in den USA = 100
Luxemburg	241,1
Finnland	138,3
Dänemark	134,9
Schweden	123,3
Irland	121,7
Belgien	118,7
Niederlande	111,2

Österreich	104,9
Frankreich	96,8
Slowenien	87,3
Tschechien	85
Spanien	84,7
Italien	82,9
Großbritannien	82,6
Deutschland	81
Griechenland	69,4
Ungarn	69,1
Slowakische Republik	59
Portugal	59
Polen	41,3
Estland	39,9
Litauen	37,5
Lettland	32,9
Rumänien	26,8
Bulgarien	25,9
Türkei	20,1

Natürlich hat die Erhaltung des „sozialen Raumes“ Europa auch zur Voraussetzung, dass Formen neu entstehender extremer Armut beseitigt werden. Im Einklang mit dem Humanentwicklungsansatz der Vereinten Nationen ist es auch möglich, einen direkten Vergleich der „extremen Armut“ in Europa anzustellen (vgl. Arbeitsblatt 1). Wessen Lebensbedingungen – aus welchem Grund auch immer – so schlecht sind oder wer so gefährlich lebt, dass er/sie vor dem 40. Lebensjahr stirbt, ist arm. Die extreme Armut zeigt sich auch in der Ausbreitung der TBC.

Die Landkarte der extremen Armut in Europa hat folgende Gestalt. Sie zeigt an, wie sehr die Gefahr besteht, dass durch Fortbestehen extremer Armut in Europa zum Zeitpunkt der Erweiterung „amerikanische Verhältnisse“ einziehen, insbesondere in **Polen**, der **Slowakei** und in den **baltischen Republiken**. Mit dem Beitritt Rumäniens, Bulgariens und der Türkei werden sich diese Strukturen weiter vertiefen, wenn die Politik nicht „gegensteuert“:

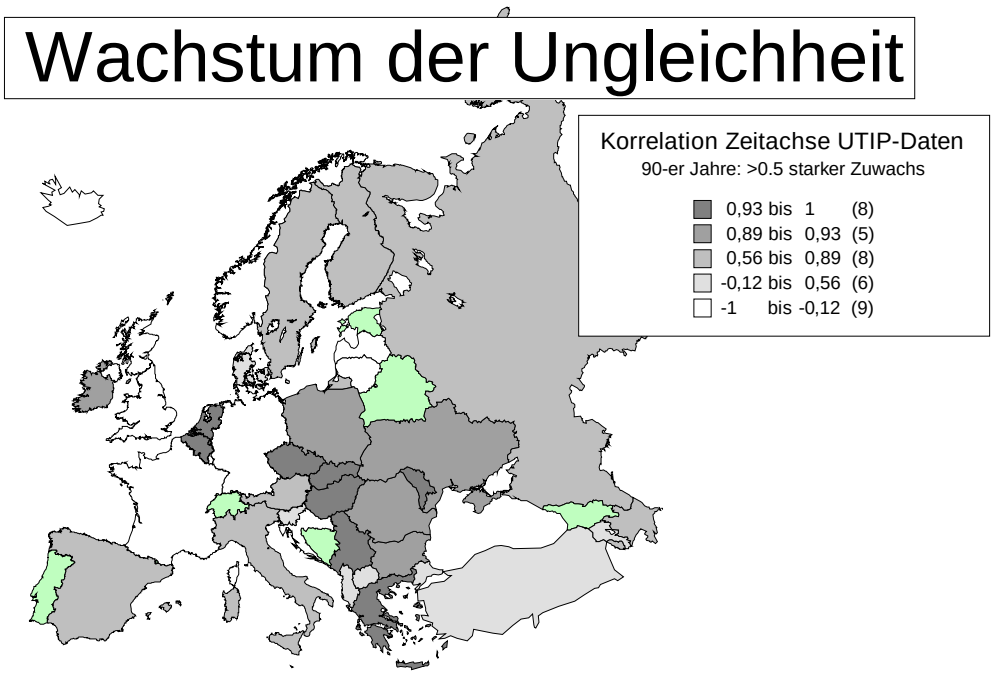
Graphik 5: Ergebnisse für einen kombinierten Armutsindikator: durchschnittlicher Weltrang (n = 123) bei der Bekämpfung von TBC, bei der Bekämpfung des Todes vor dem 40. Geburtstag, und beim Realeinkommen der ärmsten 20% in PPP $ pro Kopf und Jahr



Quelle: eigene Berechnungen aus UNDP-Daten. Keine Angaben für Albanien, Bosnien und Jugoslawien möglich.

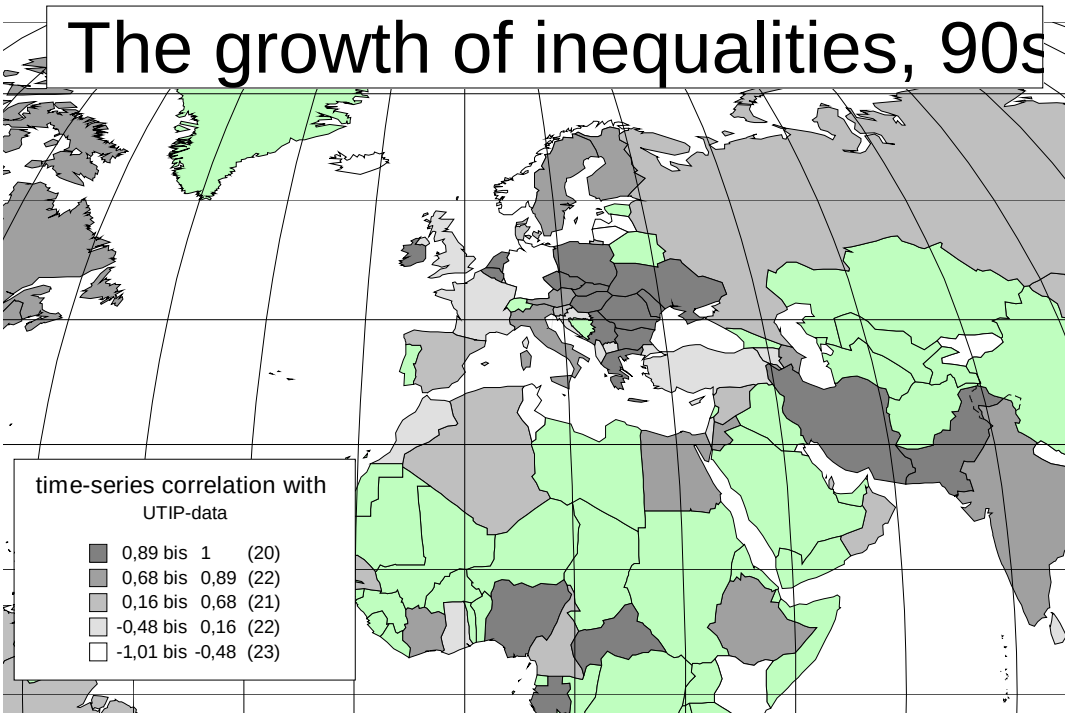
Überdies zeigen die Zeitreihen des bereits erwähnten UTIP-Projekts auch, dass [18] mit Ausnahme der Küstenanrainerstaaten der Nordsee – Island, Frankreich, GB, Norwegen und Deutschland – die **Ungleichheit der Löhne zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren in Europa langfristig im Anwachsen** begriffen ist, vor allem in den Staaten Ostmitteleuropas. Mit der rasanten Öffnung der Märkte ging eine wachsende Ungleichheit in der Verteilung einher. Das neue Europa wird bei Fortsetzung dieses Veränderungstempos tatsächlich Amerika viel ähnlicher sein als dem „alten Europa“:

Graphik 6: Wachstum der Ungleichheit im „neuen Europa“



Quelle: eigene Zusammenstellungen und Berechnungen aus UTIP. Fehlende Werte: Portugal, Schweiz, Bosnien-Herzegowina, Estland, Belarus, Georgien

Von einer globalen Perspektive aus gesehen, sieht die Landkarte der wachsenden Ungleichheit in Europa wie folgt aus:



Quelle: eigene Zusammenstellungen und Berechnungen aus UTIP. Fehlende Werte: Portugal, Schweiz, Bosnien-Herzegowina, Estland, Belarus, Georgien

US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld sollte also Recht behalten haben: es gibt ein neues Europa, ein **neues Europa** der **wachsenden Globalisierung** und **wachsenden sozialen Ungleichheit.** Die vorhandene auswertbare Zeitreihen-Evidenz lässt folgende Beurteilung der Auswirkungen der intensiven Globalisierung auf die Beschäftigung, den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Konvergenz in der Region zu:

Tabelle 15: Kombinierte Bewertung aus den Datenbanken der EK, Weltbank[19], der ILO[20] und der Universität Texas – Korrelationen der Entwicklungsleistung über den Zeitverlauf ab 1990

Länderkode	Wachstum (Weltbank)	Eurostat-AL-Rate	Globalisierung (Weltbank)	Ungleichheit der Löhne (UTIP)
Bulgarien	Wachstumseinbruch (Korr <0.0)	Einbruch der Beschäftigung (Korr >0.0))	starke Zunahme der Globalisierung (Korr > 0.50)	Verstärkung der Ungleichheit (Korr >0.0)
Zypern	Wachstumseinbruch (Korr <0.0)	wesentliche Verbesserung der Arbeitslosigkeit (Korr <-0.50)	starke Abnahme der Globalisierung (Korr < -0.50)	starke Milderung der Ungleichheit (Korr < 0.50)
Tschechische R.	keine nachhaltige Wachstumsbeschleunigung (Korr <0.30)	Einbruch der Beschäftigung (Korr >0.0))	starke Zunahme der Globalisierung (Korr > 0.50)	Verstärkung der Ungleichheit (Korr >0.0)
Estland	Wachstumseinbruch (Korr <0.0)	Einbruch der Beschäftigung (Korr >0.0))	starke Zunahme der Globalisierung (Korr > 0.50)	keine Daten
Ungarn	keine nachhaltige Wachstumsbeschleunigung (Korr <0.30)	wesentliche Verbesserung der Arbeitslosigkeit (Korr <-0.50)	starke Zunahme der Globalisierung (Korr > 0.50)	Verstärkung der Ungleichheit (Korr >0.0)
Lettland	Wachstumseinbruch (Korr <0.0)	wesentliche Verbesserung der Arbeitslosigkeit (Korr <-0.50)	starke Zunahme der Globalisierung (Korr > 0.50)	Verstärkung der Ungleichheit (Korr >0.0)
Litauen	Wachstumseinbruch (Korr <0.0)	Einbruch der Beschäftigung (Korr >0.0))	starke Zunahme der Globalisierung (Korr > 0.50)	starke Milderung der Ungleichheit (Korr < 0.50)
Malta	Wachstumsbeschleunigung (Korr zwischen 0.30 und 0.50)	wesentliche Verbesserung der Arbeitslosigkeit (Korr <-0.50)	schwache Zunahme der Globalisierung (Korr zwischen 0.00 und 0.50)	Verstärkung der Ungleichheit (Korr >0.0)
Polen	Wachstumsbeschleunigung (Korr zwischen 0.30 und 0.50)	Einbruch der Beschäftigung (Korr >0.0))	starke Zunahme der Globalisierung (Korr > 0.50)	Verstärkung der Ungleichheit (Korr >0.0)
Rumänien	Wachstumseinbruch (Korr <0.0)	Einbruch der Beschäftigung (Korr >0.0))	starke Zunahme der Globalisierung (Korr > 0.50)	Verstärkung der Ungleichheit (Korr >0.0)
Slovakische R	keine nachhaltige Wachstumsbeschleunigung (Korr <0.30)	Einbruch der Beschäftigung (Korr >0.0))	starke Zunahme der Globalisierung (Korr > 0.50)	Verstärkung der Ungleichheit (Korr >0.0)
Slowenien	starke Wachstumsbeschleunigung (Korr > 0.50)	wesentliche Verbesserung der Arbeitslosigkeit (Korr <-0.50)	schwache Zunahme der Globalisierung (Korr zwischen 0.00 und 0.50)	Verstärkung der Ungleichheit (Korr >0.0)
Türkei	Wachstumseinbruch (Korr <0.0)	Einbruch der Beschäftigung (Korr >0.0))	starke Zunahme der Globalisierung (Korr > 0.50)	Verstärkung der Ungleichheit (Korr >0.0)

Quelle: eigene Zusammenstellungen und Berechnungen aus UTIP, Weltbank und ILO

Lediglich Malta und Slowenien haben nach dieser Sichtweise dem Druck des globalisierten EU-Binnenmarktes standgehalten. Alle anderen Länder hätten, so die obige Deutung, gar keine soziale Konvergenz mit Westeuropa.

Extreme Armut in Europa und die Armut unter den Roma

Letztens hat die internationale Öffentlichkeit verstärkt die Problematik der Roma in Ostmitteleuropa zur Kenntnis genommen.

Durch die hohen Geburtenraten der 5-8 Millionen Roma wird sich der Anteil der Roma an der gesamten Einwohnerschaft Europas in den nächsten Jahren stark vergrößern.

Studien der Weltbank, der Vereinten Nationen und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa[21] haben erstmals konkrete Daten zu diesem Problem vorlegen können. Die Roma-Lebenserwartung liegt um sechs Jahre unter denen anderer ethnischer Gruppen. Die Zahl arbeitsloser Roma ist seit der Wende sprunghaft angestiegen, die Roma-Arbeitslosigkeit erreicht in manchen Ländern, wie in Ungarn, fünfzig Prozent. Auch der Gesundheitszustand - besonders jener der Frauen - verschlechterte sich drastisch.

In den alten EU-15-Mitgliedsstaaten werden immer wieder Befürchtungen geäußert, dass es bei der EU-Erweiterung nach dem Wegfallen der Schengen-Kontrollen und Migrations-Übergangsfristen zu einer verstärkten Zuwanderung von Roma nach Westeuropa kommen könnte.

Die Europäische Union wendet bereits über 60 Millionen € für Roma-bezogene PHARE-Projekte in der Region auf.

Erstmals ist es auch möglich, das gesamte Ausmaß der Roma-Armut in der Region zu beziffern. Für das Jahr 2000 ergeben sich lt. Weltbank-Studie nach den statistischen Kriterien von Eurostat folgende Roma-Armutsraten:

% der Bevölkerung unter 50% des Medianeinkommens

Bulgarien: nicht-Roma	3,4%
Bulgarien: Roma	37,2%
Ungarn: nicht-Roma	3,6%
Ungarn: Roma	26,3%
Rumänien: nicht-Roma	11,1%
Rumänien: Roma	43.1%

Die Studie der UN zeigt, dass das Bild der „Nomaden“, das mancherorts über die Roma noch bestehen mag, falsch ist, da fast 60% (58.1%) der Roma in der Region in das Kapital-Lohnarbeitsverhältnis integriert sind. Nur 21% der Roma in der Region gaben an, dass sie noch nie beschäftigt waren. Immerhin gibt es auch bereits eine Roma-Elite von 7%, die über einen Sekundarschulabschluss oder ein Universitätsstudium verfügen. Diese letztlich zu

---

[21] OSCE Report on the Situation of Roma and Sinti in the OSCE Area. OSCE High Commissioner on National Minorities, The Hague, 2000; UNDP Avoding the Dependency Trap. The Roma in Central and Eastern Europe. A Regional Human Development Report. UNDP Bratislava, 2002; World Bank, Roma in an Expanding Europe - Breaking the Poverty Cycle - Dena Ringold, Mitchell A. Orenstein, Erika Wilkens, Washington D.C., 2003. Sämtliche der genannten Berichte sind auch on-line im Internet verfügbar: OSZE: http://www.osce.org/hcnm/documents/reports/ UNDP (über das download Fenster am linken, unteren Bildschirmende) http://roma.undp.sk/ Weltbank: http://lnweb18.worldbank.org/eca/ecshd.nsf/ECADocByUnid/EDF5EC59184222F8C1256D4F0053DA41/$FILE/Full%20Report%20in%20English.pdf

einigem Optimismus Anlass gebenden Zahlen zeigen sich auch bei der Frage nach dem Vertrauen, das Roma in verschiedene Institutionen haben – hier wird die Roma-Nachbarschaft (44.5%) als auch die Nicht-Roma-Nachbarschaft (31.4%) am häufigsten genannt. Für einen Wiederaufbau der sozialen Netzwerke wäre folgerichtig bei den Institutionen der Gemeindepolitik anzusetzen.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hat in ihrem Maßnahmenpaket folgerichtig ebenso neben dem Minderheitenschutz den Einschluss der Roma in die politischen Entscheidungsprozesse, auch auf lokaler Ebene, gefordert. Zusammenarbeitsprojekte, die in diese Richtung gehen, wären letztlich die am meisten Erfolg versprechenden.

Die Weltbank wiederum stellt bei ihrem Maßnahmenpaket die makroökonomische Politik der Beschäftigung sowie die Verringerung der Lohnnebenkosten in den Vordergrund. Diese hätte auf der Mikroebene die besten Auswirkungen. Darüber hinaus plädiert die Weltbank für die Vernetzung von Sozialhilfeagenturen und Arbeitsmarktverwaltungen. Darüber hinaus will die Weltbank die Kindergärten, den Schultransport, und die Schulkleidung für Roma gefördert sehen und schlägt auch die Einstellung von Roma-Kontaktpersonen in den Sozialämtern und Arbeitsmarktverwaltungen vor.

Aber auch die Roma müssten sich ändern, meinte Kommissarin Anna Diamantopoulou bei der Budapester Roma-Konferenz der Weltbank im Sommer 2003. Wo ihre Traditionen gegen die Menschenrechte verstoßen, zum Beispiel bei der Zwangsehe für junge Mädchen oder das vorzeitige Herausnehmen der Kinder aus der Schule, um sie zum Broterwerb zu zwingen, müssten die Menschenrechte Vorrang haben. Der Präsident der Weltbank, James D. Wolfensohn, stellte fest, dass die Armut der Roma untragbar sei und auch die Entwicklung der EU gefährden könne. Die Weltbank wolle deswegen die jungen lernwilligen Roma fördern.

Am 1. Juli 2003 sagte James Wolfensohn, die 5 – 8 Millionen Roma in Europa seien die größte und verletzbarste Minderheit des Kontinents.

Nach der vorgelegten Studie der Weltbank beträgt der Roma-Bevölkerungsanteil in Bulgarien derzeit zwischen 6.6% und 8.7%; in Ungarn von 3.1% bis 5.0%, und in Rumänien von 1.2% bis 3.1%. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen stellte an Hand der offiziellen Zensus-Daten aber fest, dass der Gesamtanteil der Roma bei den Kindern unter 4 Jahren von Land zu Land doppelt so hoch ist als der derzeitige Gesamtbevölkerungsanteil, womit sich das soziale Problem in den nächsten Jahren multiplizieren wird.

Neun Staaten verpflichteten sich bei der Budapester Roma-Konferenz dazu, die Roma zu fördern und ihre Diskriminierung im neuen Europa abzubauen. Sie schufen mit Hilfe der Weltbank eine Stiftung zur Weiterbildung der Roma. "Die Integration der Roma ist eine Aufgabe für mehrere Generationen, die sofort in Angriff genommen werden muss", sagte Premier Medgyessy bei der oben erwähnten Konferenz.

Ungarn bekam wegen seiner Roma-Politik zwar manches Lob, aber die UN-Erhebung stellte fest, dass auf die Frage, ob Kinder der Mehrheitsgesellschaft gern mit Roma-Kindern spielen, in Ungarn die wenigsten Ja-Antworten von allen untersuchten mittel- und osteuropäischen Staaten (B, CZ, H, ROM) gegeben wurden.

Die Europäische Union wendet also bereits – in Kenntnis der weitreichenden und auch zukunfstbezogenen Problematik –über 60 Millionen € für Roma-bezogene PHARE-Projekte in der Region auf. Die Daten für die einzelnen Länder lauten:

PHARE-Mittel für die Roma in Zentral-und Osteuropa, 1993 – 2001 lt. Weltbank in Millionen €

Bulgarien	11,915
Tschechische R	08,128
Ungarn	16,319
Rumänien	10,661
Slowakei	19,535
Gesamt	66,558 €

Die Armutsdaten, basierend auf dem Median, reflektieren nicht sosehr die absolute, sondern eher die relative Armut. Legt man –wie die Weltbank dies vorschlägt – als Armutskriterium einen absoluten Wert von 4,30 $ (nach derzeitigem Wechselkurs 3,67 €) Kaufkraft pro Kopf und Tag zu Grunde, bei dessen Unterschreitung jemand als „arm“ klassifiziert wird, ergeben sich folgende Armutsraten:

% der Bevölkerung unter 3,67 € pro Kopf und Tag Kaufkraft

Bulgarien: nicht-Roma	36,8%
Bulgarien: Roma	80,1%
Ungarn: nicht-Roma	6,1%
Ungarn: Roma	40,3%
Rumänien: nicht-Roma	29,5%
Rumänien: Roma	68,8%

Die von der Weltbank und der OSZE gesammelten Daten verstärken die Aussage über eine sich bei den Roma nach der Transformation verfestigende Armut, auch im Bereich Bildung, Beschäftigung, und Wohnen.

Die referierten Studien betrachten auch den geschichtlichen Weg der Roma in Europa: Der deutsche Reichstag des Jahres 1496 - 1498 bezeichnete die Roma als Verräter der christlichen Länder, türkische Spione und Überträger der Pest. Kaiser Maximilian I erklärte sie 1500 für vogelfrei; Georg II von Sachsen verhängte 1661 über alle Roma die Todesstrafe. Kaiser Karl VI ordnete 1721 die Vernichtung aller Roma männlichen Geschlechts und die Verstümmelung der Roma-Frauen und Kinder (Abschneiden der Ohren) an. Kaiserin Maria Theresia verfügte 1761 das Verbot von Heiraten zwischen Roma; Roma-Kinder wurden ab Alter 5 ihren Eltern weggenommen und durch nicht-Roma (Gadje) – Familien erzogen. Schlimme Repressalien werden auch aus den Niederlanden, Schweden und Norwegen aus dieser Zeit berichtet (OSZE-Bericht, Seite 21). Im Osmanischen Reich waren viele Roma wiederum im Zustand der Sklaverei. Die Regime nach dem ersten Weltkrieg konnten kaum an der Lage der Roma etwas ändern; in der Ära der nationalsozialistischen Besatzung wurden mehr als eine halbe Million Roma ermordet. Der Weg der Roma in die KZs begann mit ihrer

Aufnahme in die Nürnberger Gesetze (September 1935). Die Roma erinnern an ihre gezielte und geplante Vernichtung mit dem Wort „Porajmos“ (das Verschlingen). In der kommunistischen Ära fand eine Zwangsassimilierung statt; die Knappheit an Arbeitskräften begünstigte die Roma, während die Transformation ab 1989 ihren Weg zur gesellschaftlichen Integration jäh unterbrach.

Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) hat – gemeinsam mit der Internationalen Arbeitsorganisation ILO – in seinem Bericht eine erste, in der Region durchgeführte repräsentative Untersuchung über die soziale Lage der Roma vorgelegt (*„Avoiding the Dependency Trap. The Roma in Central and Eastern Europe. A Regional Human Development Report,* UNDP, Bratislava, 2002). Die Untersuchung geht auf eine sozialwissenschaftlich abgesicherte Zufallsquoten-Befragung mit ca. 1000 Roma Befragten pro Land in Bulgarien, der Tschechischen Republik, Ungarn, Rumänien und der Slowakischen Republik zurück und umfasste insgesamt 5034 befragte Roma in der Region.

22.8% der Roma in der Region leben von regulärer Lohnarbeit, weitere 2.3% von regelmässiger Schwarzarbeit, 1.4% von regulärer Teilzeitarbeit, 12.3% von Teilzeit-Schwarzarbeit, 5.2% von der Arbeitslosen-Unterstützung, und 14.1% von Renten, während 15.6% von Sozialhilfe leben, und 11.2% von der Familienbeihilfe. Diese Zahlen lassen auch den Schluss zu, dass 15.1% von anderen Quellen leben (legale und illegale Kapitaleinkommen, selbstständige Landwirtschaft, Migration, Kriminalität, Überweisungen von Verwandten, Renten aus eingegangenen Ehen, aktiver oder passiver Empfang von Wohltätigkeit etc.). Die Frage nach dem Vertrauen, das Roma in verschiedene Institutionen haben wurde wie folgt beantwortet: Roma-Nachbarschaft (44.5%) nicht-Roma-Nachbarschaft (31.4%), noch weit vor politischen Roma-Parteien (20.5%), Roma-Organisationen (16.5%), reiche Roma (12.7%), und den Regierungen (24.3%, in Bulgarien ist dieser Wert sogar bei 42.7%) und fremde Hilfsgeber (15.6%).

Auch auf politischer Ebene sind die Roma besser in das System integriert, als gemeinhin angenommen wird, i.e. 60.6% der Roma nahmen an der letzten, landesweiten Wahl in ihrem Heimatland teil (CZ ist da eine Ausnahme, dort lag die Wahlbeteiligung nur bei 29.1%).

Bei der gegebenen gesamtgesellschaftlichen Armut ist die soziale Dimension der Roma-Probleme in Bulgarien und Rumänien eine eigene Kategorie künftiger EU-Politik. Mit den vorhandenen Aggregat-Daten schätzt das Team der Vereinten Nationen, dass der die Lebenserwartung, das Realeinkommen sowie die Bildung kombinierende, und von 0 (schlechtester Wert) bis 1 (bester Wert) reichende „Humanentwicklungsindex“ der Roma-Bevölkerung in Rumänien, i.e. grosso modo ihr realer Lebensstandard, um 26.4% niedriger ist als der landesweite Durchschnitt (der Humanentwicklungsindex der Roma beträgt nur 0,570, der für Rumänien insgesamt 0.775). Der Humanentwicklungsindex, i.e. damit implizit auch der Lebensstandard ist somit in etwa dem Durchschnitt eines fortgeschritteneren Dritte-Welt-Landes im südlichen Afrika vergleichbar.

Katalin Lévai, Ministerin für Chancengleichheit Ungarns, betonte, dass die Integration der Roma nicht nur materielle Quellen, sondern Änderungen von Gesetzen und Einstellungen voraussetze. Sie schlug vor, das Jahrzehnt zwischen 2005 und 2015 zum Jahrzehnt der Roma zu erklären. Anna Diamantopoulou, EU-Kommissarin für Arbeits- und Sozialfragen, hob während der Budapester Roma-Konferenz hervor, dass die Beitrittsländer die Antidiskriminierungsgesetze in ihre Rechtsordnung integrieren müssten.

"Diese Konferenz hat endlich mehr getan, als nur statistische Daten aufzuzählen", würdigte James Wolfensohn in seiner Schlussrede die Ergebnisse der Budapester Roma-Konferenz. Neben der neuen Roma-Bildungsstiftung der Weltbank gründeten die Ministerpräsidenten von neun mittel- und osteuropäischen Ländern eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Premier Medgyessy. Deren Ziel ist die Vorbereitung ihrer Länder auf die Integration der Roma. Die Arbeitsgruppe soll innerhalb eines Jahres mit Hilfe von Fachleuten entsprechende Programme ausarbeiten.

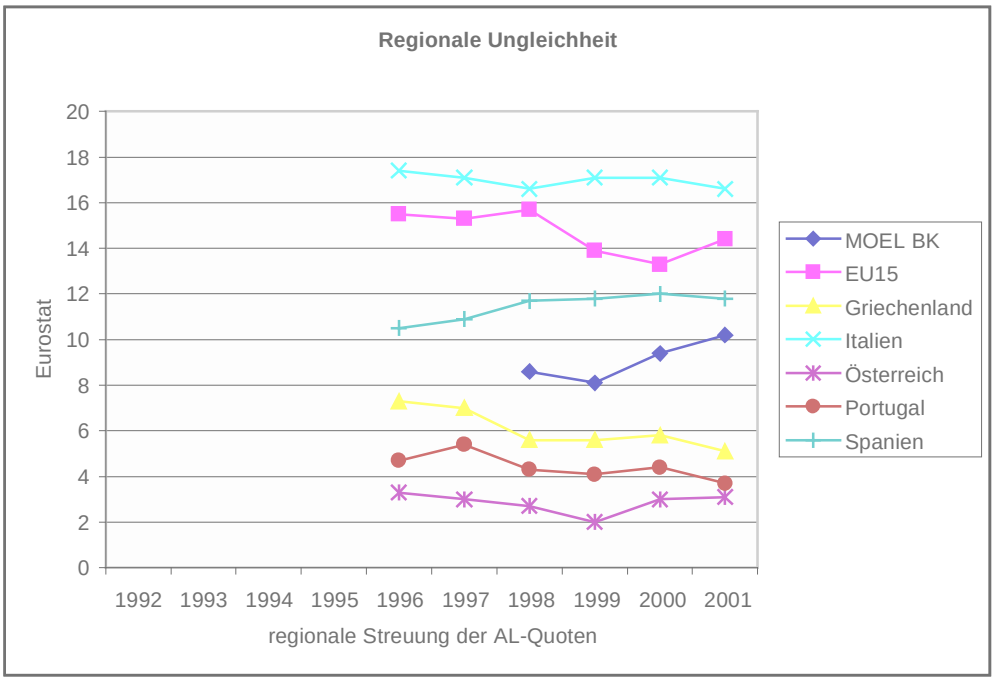
Eine andere Idee, die für die Nationalen Aktionspläne zur Bekämpfung der Armut in den EU-Mitgliedstaaten unmittelbare Relevanz hat, ist die Aufnahme einer Kategorie „Armutsbekämpfung bei der Roma-Bevölkerung“ in die regelmässigen, nationalen Aktionspläne zur Bekämpfung der Armut; und dies nicht nur in den beitretenden Staaten.

Das verstärkte Bewusstsein um die Problematik der Roma in der Region hat auch dazu geführt, dass die Erfahrungen Westeuropas mit seiner eigenen Roma-Bevölkerung neu bewertet werden. Nach Angaben der Minderheit selbst leben bis zu 25.000 Roma in Österreich, 9.000 in Finnland, 340.000 in Frankreich, 130.000 in Deutschland, 200.000 in Griechenland, 110.000 in Italien, 50.000 in Portugal, 800.000 in Spanien, 20.000 in Schweden, und 120.000 in Großbritannien, das sind in der EU-15 eine Roma-Gesamtbevölkerung von insgesamt 1,8 Millionen Menschen, deren mangelnde soziale Integration wenn nicht die Tiefe, so doch Dimensionen der Problematik in Ostmitteleuropa im Bereich Beschäftigung, Wohnen und Bildung wiederholt.

Die regionale Dimension der Konvergenz

Eurostat-Daten (Strukturindikatoren) zeigen auch, dass mit dem Beitritt der MOEL-BK sich die Problematik der regionalen, gesamteuropäischen Streuung der Lebenschancen in Europa weiter verschlimmern wird:

Graphik 7: Der regionale Aspekt der Ungleichheit



Gut 80% des EU-Budgets entfallen heute bekanntlich auf die gemeinsame Agrarpolitik und die EU-Strukturpolitik. Die EU-Strukturpolitik zielt vor allem auf die Bekämpfung regionaler Entwicklungsprobleme in der EU; etwa 30 Mrd. € p. a. oder ein Drittel des Haushaltes werden hierfür eingesetzt. Die wesentliche Schwachstelle dieser Politik liegt – so sind sich alle BeobachterINNen praktisch einig dabei -, dass die Mittel viel zu wenig auf die bedürftigsten Empfänger konzentriert werden.

Nach dem Subsidiaritätsprinzip sollte, so etwa argumentiert das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung DIW[22], die europäische Ebene nur dort tätig werden, wo die Mitgliedstaaten bestimmte Ziele nicht selbst besser erreichen können. Die Transfers aus den Strukturfonds sollten also ausschließlich an Mitgliedstaaten mit deutlich unterdurchschnittlichem BIP pro Kopf gehen; diese erhalten heute jedoch nur etwa die Hälfte der Mittel.

Bereits heute aber erhalten die Reichen mehr als die Armen, und die Union praktiziert bei ihren Strukturfonds ein System der Umverteilung von unten nach oben. Nur unter Ausschluss des extremen Falles Luxemburg und Irland – reiche Staaten, denen Brüssel netto noch dazulegt - ergibt sich überhaupt kein „perverses“ Fördersystem, das von ärmeren zu reicheren

Staaten umverteilt. Und auch Griechenland, Belgien und Dänemark kassieren im Vergleich mit ihrem Prokopfeinkommen viel zu viel aus Brüssel, während die Niederlande, das Vereinigte Königreich und Schweden im Vergleich zu ihrem Prokopfeinkommen viel zu viel in den gemeinsamen Topf einbezahlen.

Konsistente und **sich** sogar **verfestigende Strukturen der Arbeitslosigkeit** sind in Europas Randgebieten **keine Seltenheit**. Nehmen wir einmal den italienischen Mezzogiorno und Teile Südspaniens. Dort war die Arbeitslosigkeit schon 1990 über 10%, und sie hat dort seither **sogar noch zugenommen**. Regionen mit **hoher, noch wachsender Arbeitslosigkeit** in Europa sind **Kalabrien, Campania; Sizilien, Puglia, Sardegna** (alle in Italien), **Languedoc-Roussillon** (Frankreich), **Galicia** (Spanien), **Provence-Alpes-Côte d'Azur** (Frankreich)**, Molise** (Italien), **Hainaut** (Belgien), **Nord - Pas-de-Calais** (Frankreich) und **Principado de Asturias** (Spanien).

Insbesondere die Niederlande, aber auch Irland und Großbritannien waren Rekordhalter der Reduktion der Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf. Unter den 10 besten Regionen Europas der Reduktion der Arbeitslosigkeit waren 9 Regionen der Niederlande vertreten.

Von den 10 schlechtesten beschäftigungspolitischen Regionen Europas (= hoher Zuwachs der Arbeitslosigkeit) waren 4 in Finnland, 3 in Griechenland, 2 in Schweden, und 1 in Deutschland.

In der Europäischen Union haben nach der GD für Regionalpolitik (Kommissar Michel Barnier) die Disparitäten zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten und insbesondere zwischen den einzelnen Regionen hinsichtlich des Pro-Kopf-Einkommens (Pro-Kopf-BIP) weiterhin ein beträchtliches Ausmaß. Insbesondere die Regionen Frankreichs fielen gegenüber dem EU-Durchschnitt zurück (vgl. Farbkarten am Ende)

(Farbkarten:)

http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/pdf/map1.pdf

http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/pdf/map4.pdf

http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/pdf/interim2/maps_graphs_c_de.pdf

Nicht alle armen Regionen sind hoffnungslos, und nicht alle reichen Regionen können sich ihrer Privilegien sicher sein. Aber einige europäische Regionen, deren Einkommen schon 1990 unter 80% des EU-Durchschnitts betrugen, sind weiter zurückgefallen: und sind auch im erweiterten Europa eigentlich nichts anderes als Gebiete des beginnenden Pessimismus. Es sind Regionen der Verlierer des realökonomisch ja schon 1989 begonnenen Erweiterungsprozesses der EU, zu denen auch Gebiete gehören, die schon vor 1989 zur **EU-15** gehörten - verkommende alte Industriegebiete in Großbritannien, Ostdeutschland und Belgien sowie zurückbleibende Agrargebiete wie das schottische Hochland, Mecklenburg-Vorpommern, der französische Languedoc-Roussillon, und der portugiesische Alentejo. Keine **österreichische** Region spielt derzeit in dieser Liga der Deklassierten.

Zu diesen Zonen werden sich auch bald jene Regionen gesellen, die 1990 noch zwischen 80% und 100% des EU-Bruttoinlandsproduktes pro Kopf erwirtschafteten, die aber auf die

Verliererstrasse geraten. Sie könnten bei weiterem Fortschreiten des Aufstiegs einiger Regionen insbesondere im Süden und Osten der erweiterten EU, die 1990 noch ein BIP pro Kopf zwischen 80% und 100% des EU-Durchschnitts erwirtschafteten, weiter absinken und damit zu Regionen werden, die einen besonders hohen Widerstand gegen den Prozess der EU-Erweiterung leisten werden. Zu diesen Regionen könnte aufgrund der Einkommensentwicklung das österreichische Bundesland **Kärnten** gehören.

Freilich, es gibt auch Hoffnung unter den bisherigen unter dem Durchschnitt liegenden Zonen, i.e. besonders ökonomisch erfolgreiche Regionen unter jenen Gebieten, die 1990 noch zum Teil erheblich unter dem EU-Durchschnitt lagen. Sie sind die Kategorie der "ärmeren Gewinner" der letzten Jahre. In **Österreich** sind dies **Niederösterreich**, **Steiermark**, und **Burgenland**; zu diesen Regionen gehören auch das Baskenland, Korsika, zahlreiche weitere Gebiete in Großbritannien, Italien, Spanien, Griechenland, den Niederlanden und in den EU-Kandidatenstaaten insbes. des „L“, das von der deutsch-polnischen Grenze an der Ostsee entlang der Oder, über Tschechien, die westliche Slowakei bis Westungarn reicht.

Interessant sind auch jene reichen Regionen, die 1990 noch z.T. erheblich über dem EU-Schnitt lagen, die aber nun zurückzufallen beginnen. In **Österreich** sind dies die Bundesländer Wien und Salzburg. Weitere typische Regionen hierfür sind Berlin, das Aosta-Tal, Antwerpen, Detmold und Köln in der Bundesrepublik, Nordost-Schottland, und der Elsass.

Es wäre falsch, bei solchen Vergleichen nur das relative Einkommen heranzuziehen, und nicht auch andere gesellschaftspolitische Größen. Zu aller erst sei hier die Beschäftigungsentwicklung genannt.

Die reichen „EU-Superstars“ mit hohem Einkommenszuwachs und sinkender Arbeitslosigkeit waren Irland Southern and Eastern; NL Utrecht; UK Berkshire, Bucks & Oxfordshire; Spanien Comunidad de Madrid und NL Noord-Holland.

Schließlich wäre auch noch zu erwähnen, dass das Bildungsniveau der ärmeren Regionen in der heutigen EU so kurz vor dem Erweiterungsprozess z. T. erheblich unter dem der ostmitteleuropäischen Nachbarstaaten liegt, weshalb es letztlich zu einer erheblichen Ressourcenumverteilung in der erweiterten EU kommen müsste, wenn tatsächlich ein Markt - und nicht etwa Machtkartelle - das Geschehen im erweiterten Europa determinieren.

Ein optimistisches Signal für den kommenden Erweiterungsprozess ist der Aufholprozess der seit 1973 in der Union befindlichen Irischen Republik, und die bereits heute stattfindende Angleichung der Kaufkraft der Nachbarschaftsregionen **Österreich**s in Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Slowenien an das Niveau von EU-Regionen:

* Bratislava
* Prag

befanden sich 2001 über dem Niveau des EU-Durchschnitts.

* Burgenland
* Budapest

sind bei 75% bis 100% des Niveaus der EU und damit gleich auf mit Wales, Cornwall, dem Norden der irischen Insel, Nordengland, weiten Teilen Schottlands, Frankreichs, den

erfolgreicheren Regionen Nord- und Ostdeutschlands, und den entwickelteren Regionen Spaniens, Portugals, und Griechenlands.

- Westungarn,
- die Region Warschau
- weite Teile Tschechiens

erreichten 50-75% des EU-Durchschnitts und befanden sich damit auf dem Niveau von zahlreichen Regionen Süditaliens, Griechenlands, Südspaniens, und der neuen Bundesländer.

Die nicht in der Kaufkraft, sondern im Bruttosozialprodukt pro Kopf zu Wechselkursen gemessene Wertschöpfung der Union konzentriert sich nach Ansicht der Kommission heute im nordwestlichen Teil der Union, etwa von Nord-Yorkshire in Großbritannien, der Franche-Comté in Frankreich bis Hamburg in Deutschland. Während der Anteil dieses Gebietes an der Gesamtfläche der **EU-15** - nur ein Siebtel beträgt, lebt dort ein Drittel der Bevölkerung, und - nach Schätzungen der Kommission - wird dort fast die Hälfte des Einkommens (47%) erwirtschaftet. In vergleichbaren Wirtschafträumen, wie in den USA, sind die Aktivitäten räumlich breiter gestreut. In der Europäischen Union bringt diese Konzentration nicht nur für die peripheren Regionen negative Konsequenzen mit sich, sondern auch für die zentralen Regionen, insbesondere im Hinblick auf die Überlastung der Verkehrsnetze sowie Umwelt und Gesundheitsschäden, wodurch die Vorteile langfristig kompensiert werden könnten.

Statistische Schlussfolgerungen

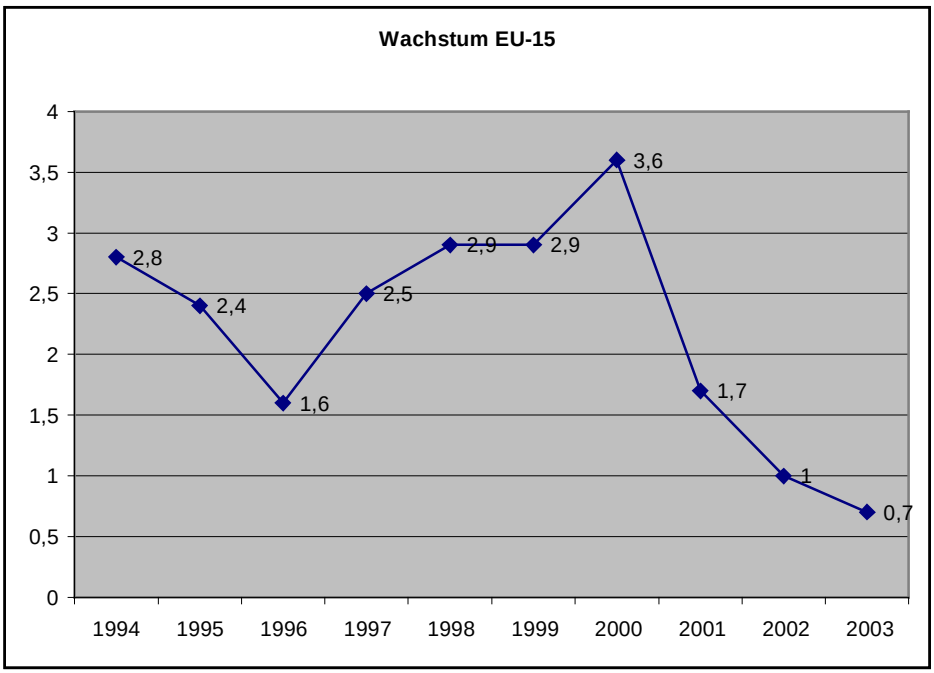
Die wesentlichen Fragen im Zusammenhang dieser Analyse sind zweierlei: wird die Erholung des wirtschaftlichen Wachstums in Europa bald stark genug einsetzen? und zweitens: wird diese wirtschaftliche Erholung dazu beitragen, den bei einigen Indikatoren bemerkbaren Trend zu einem Anwachsen der Ungleichheiten wieder umzukehren?

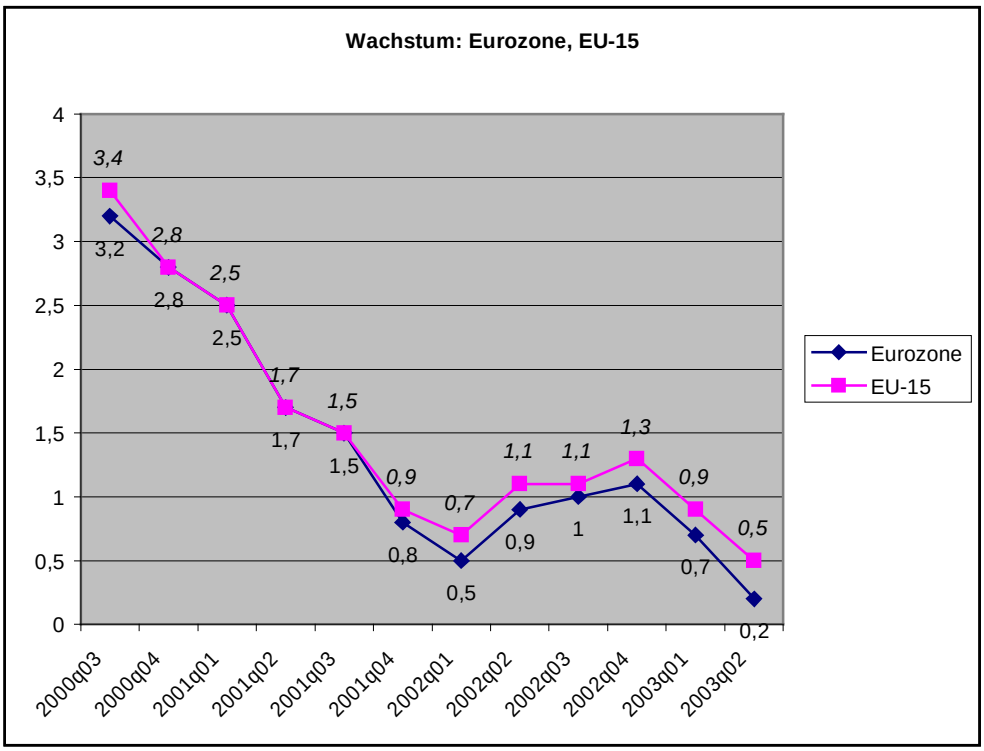
Die Quartalsdaten von Eurostat, die für das BIP-Wachstum bereits für 1. und 2. Quartal 2003 vorliegen, sind für die alte EU-15 nicht so rosig:

2000q03	3,2	3,4
2000q04	2,8	2,8
2001q01	2,5	2,5
2001q02	1,7	1,7
2001q03	1,5	1,5
2001q04	0,8	0,9
2002q01	0,5	0,7
2002q02	0,9	1,1
2002q03	1,0	1,1
2002q04	1,1	1,3
2003q01	0,7	0,9
2003q02	0,2	0,5

Spalte 1: Eurozone, Spalte 2: EU-15

Auch in längerfristiger Hinsicht müssen erhebliche Zweifel bestehen, ob die Lissabon-Vorgaben (3 % Wachstum pro Jahr) eingehalten werden können:

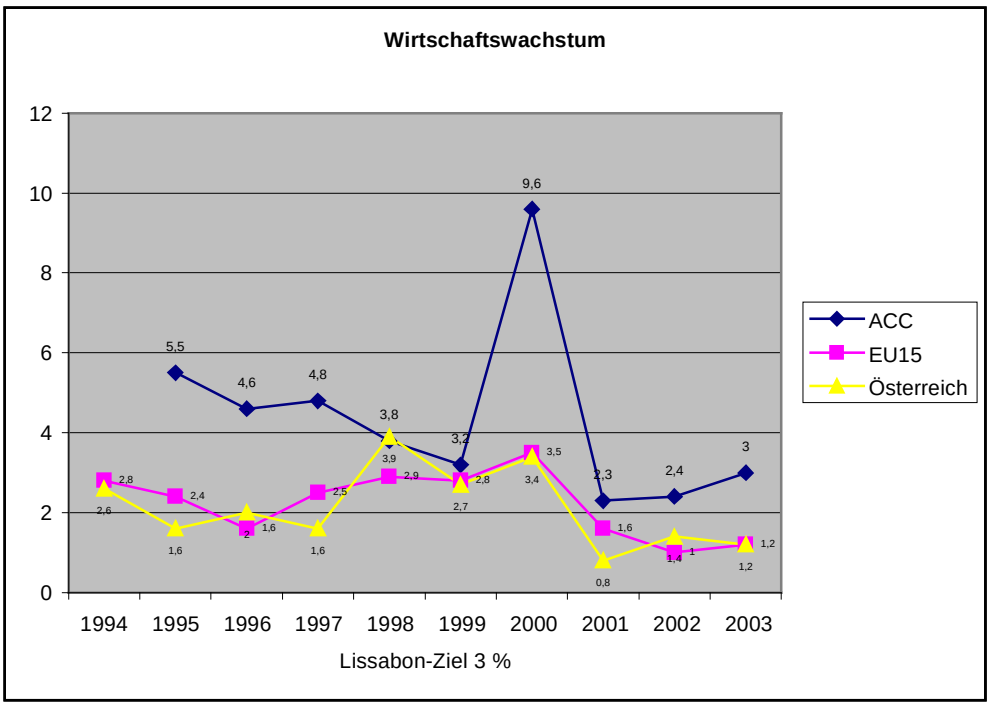


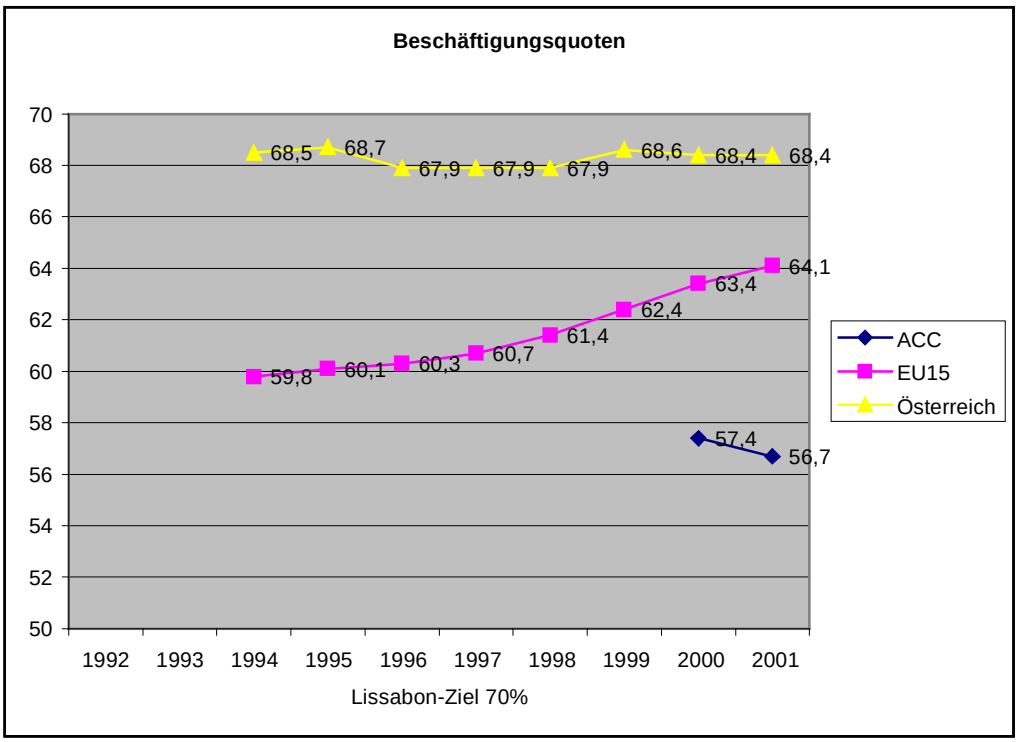


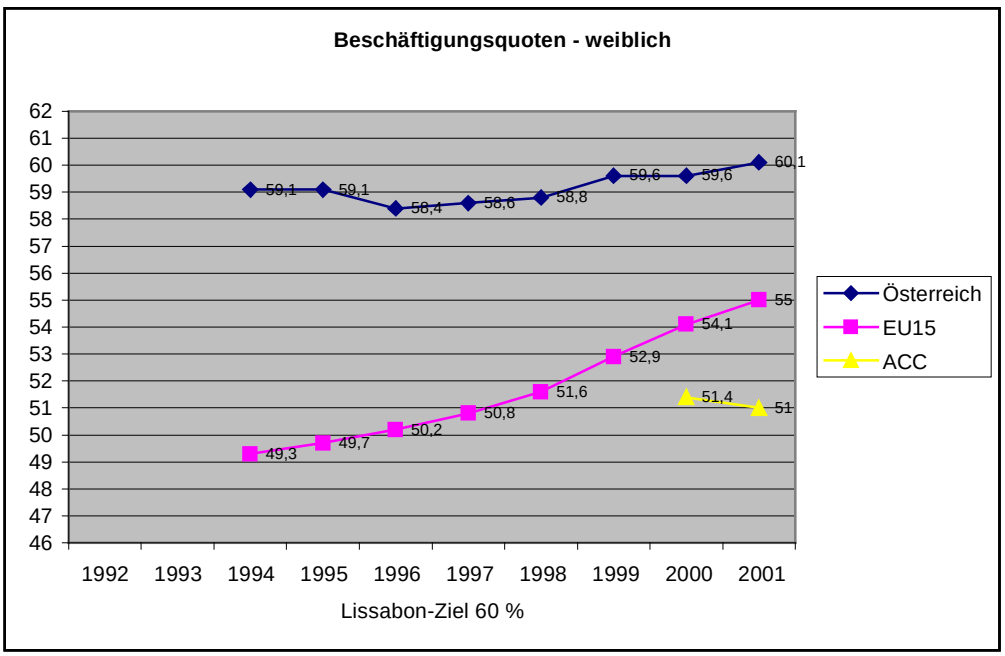
Quelle: eigene Zusammenstellungen aus Eurostat

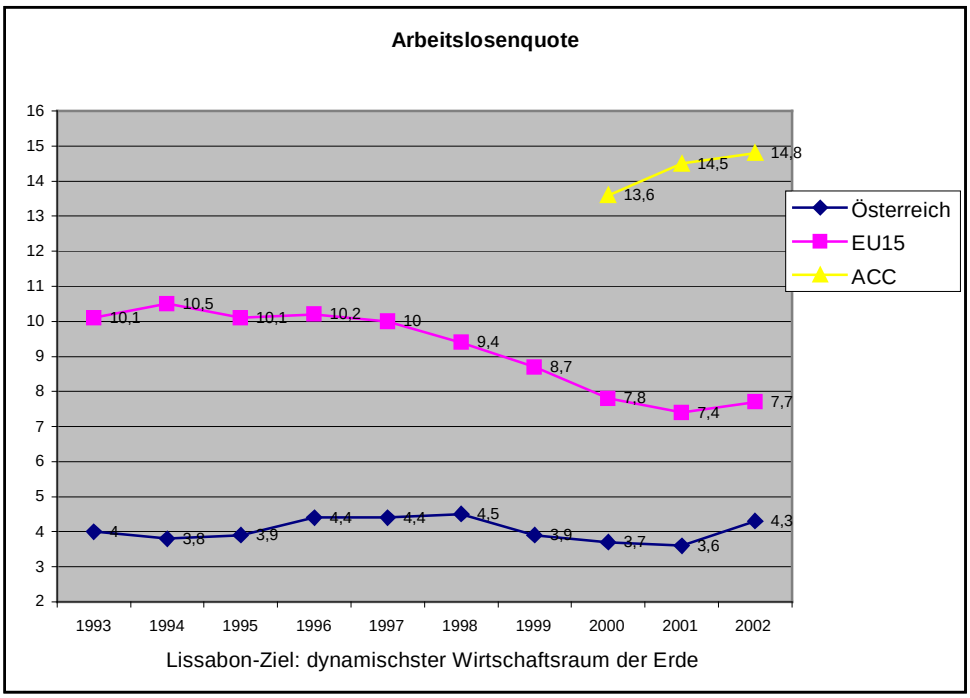
Das wirtschaftliche Wachstum in den Beitrittsstaaten wird weiterhin ein Wachstum sein, das Arbeitskraft - insbesondere weibliche Arbeitskraft – unterbeschäftigt, und die Arbeitslosigkeit in Europa kann bei unbefriedigendem Wachstum sogar noch steigen. Die Steuerlasten auf die unteren Einkommen dürften im Osten des Kontinents nach vollzogener Erweiterung zwar fallen, im Westen aber steigen. Auch die regionale Ungleichheit dürfte wachsen, und nicht sinken. Beim Schulabbruch und bei der Armutsgefährdung nach allen Sozialtransfers (bei

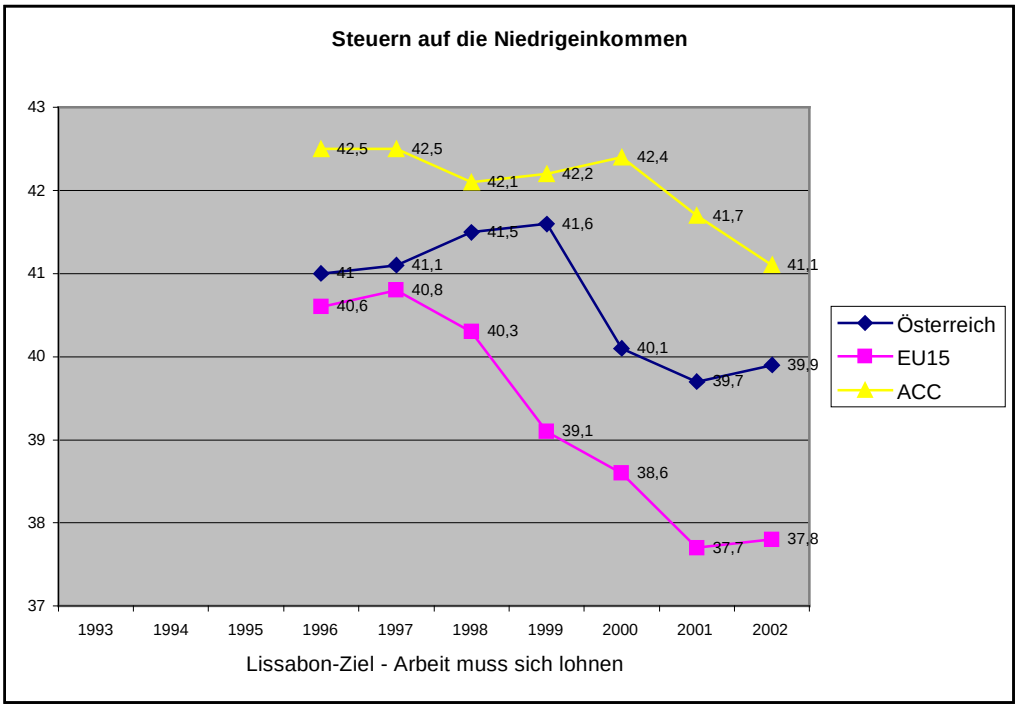
60% des Medianeinkommens) dürfte die Union in den nächsten Jahren einige Erfolge verzeichnen, kritisch wäre allerdings auch zu hinterfragen, ob nicht das Wissen um die politische Wichtigkeit dieser Indikatoren Politiken in Gang gesetzt hat, die zwar deren Anwachsen verhindern, aber einen Einbruch bei anderen oder ähnlichen Indikatoren riskieren. Die beste Performance bei der Armutsgefährdungsquote 60%-Maß würde nichts nützen, wenn sie z.B. von einem Anwachsen der Armutsgefährdungsquote bei einem 70%-Maß begleitet wäre. Letztlich steht auch zur Debatte, wie es den nicht in der Union befindlichen europäischen Staaten gelungen ist, ihre Beschäftigungssituation so erfolgreich zu gestalten, während die Union gerade in diesem Bereich mit stetigen Problemen konfrontiert ist.

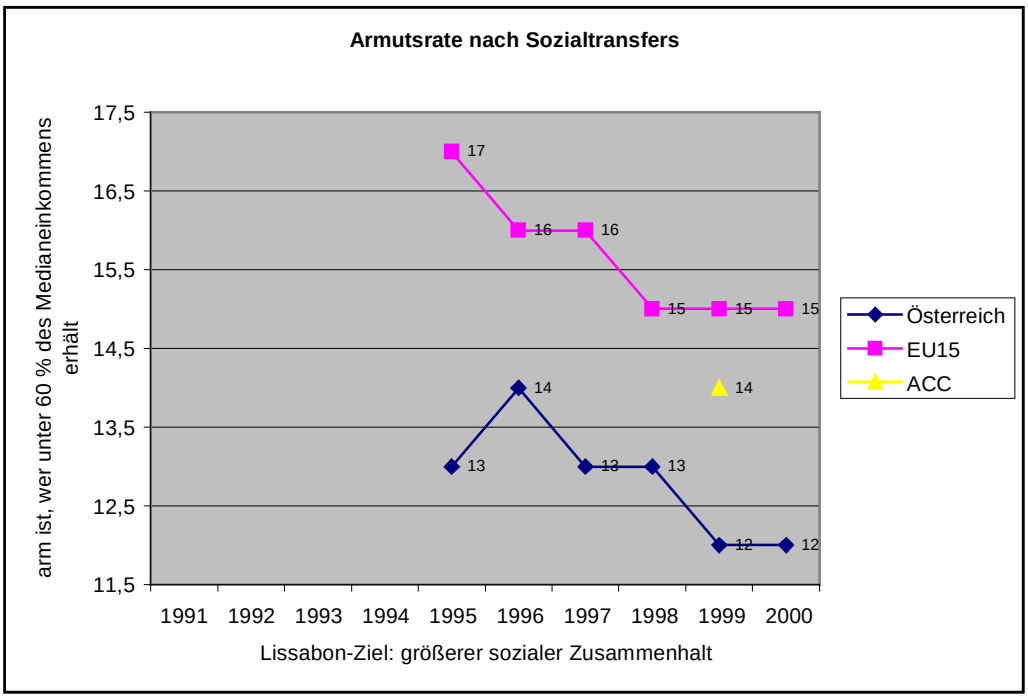


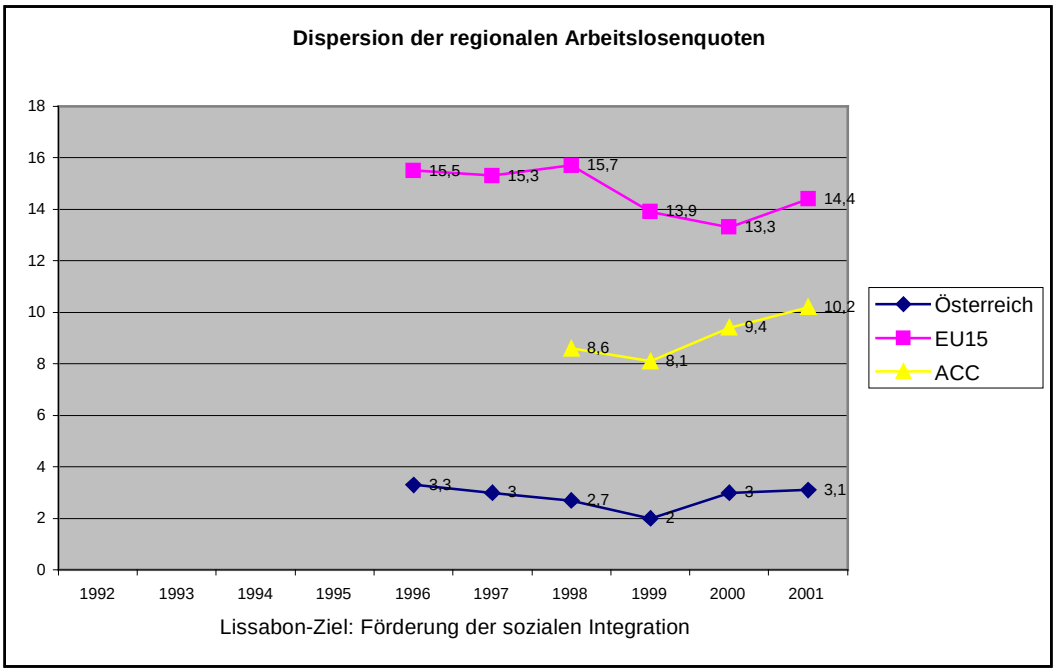

Beschäftigungsquoten
70
68
66
64
62
60
58
56
54
52
50
68,5
68,7
67,9
67,9
67,9
68,6
68,4
68,4
64,1
63,4
62,4
61,4
60,7
60,3
60,1
59,8
57,4
56,7
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
Lissabon-Ziel 70%
ACC
EU15
Österreich

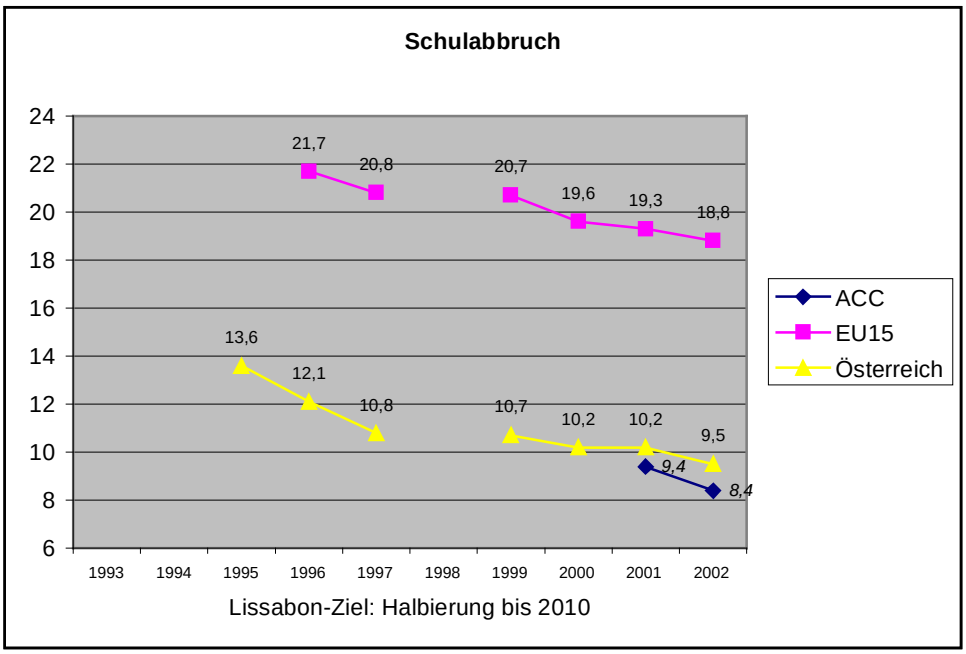

Beschäftigungsquoten - weiblich
62
61
60
59
58
57
56
55
54
53
52
51
50
49
48
47
46
59,1
59,1
58,4
58,6
58,8
59,6
59,6
60,1
55
54,1
52,9
51,6
50,8
50,2
49,7
49,3
51,4
51
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
Lissabon-Ziel 60 %
Österreich
EU15
ACC


Arbeitslosenquote
16
15
14
13
12
11
10
9
8
7
6
5
4
3
2
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
2002
10,1
10,5
10,1
10,2
10
9,4
8,7
7,8
7,4
7,7
4
3,8
3,9
4,4
4,4
4,5
3,9
3,7
3,6
4,3
13,6
14,5
14,8
Österreich
EU15
ACC
Lissabon-Ziel: dynamischster Wirtschaftsraum der Erde

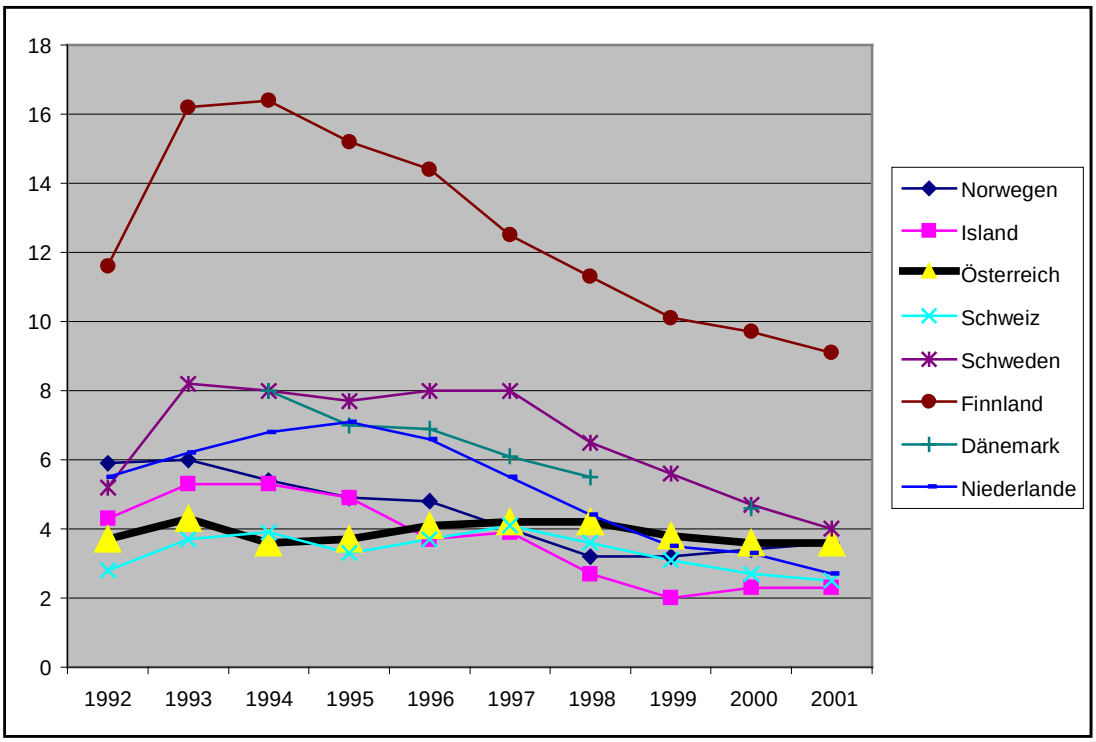

Steuern auf die Niedrigeinkommen
43
42
41
40
39
38
37
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
2002
42,5
42,5
42,1
42,2
42,4
41,7
41,1
41
41,1
41,5
41,6
40,1
39,7
39,9
40,6
40,8
40,3
39,1
38,6
37,7
37,8
Österreich
EU15
ACC
Lissabon-Ziel - Arbeit muss sich lohnen


Armutsrate nach Sozialtransfers
arm ist, wer unter 60 % des Medianeinkommens erhält
17,5
16,5
15,5
14,5
13,5
12,5
11,5
17
16
16
15
15
15
14
14
13
13
13
12
12
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
Österreich
EU15
ACC
Lissabon-Ziel: größerer sozialer Zusammenhalt


Dispersion der regionalen Arbeitslosenquoten
18
16
14
12
10
8
6
4
2
0
15,5
15,3
15,7
13,9
13,3
14,4
10,2
9,4
8,6
8,1
3,3
3
2,7
2
3
3,1
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
Österreich
EU15
ACC
Lissabon-Ziel: Förderung der sozialen Integration

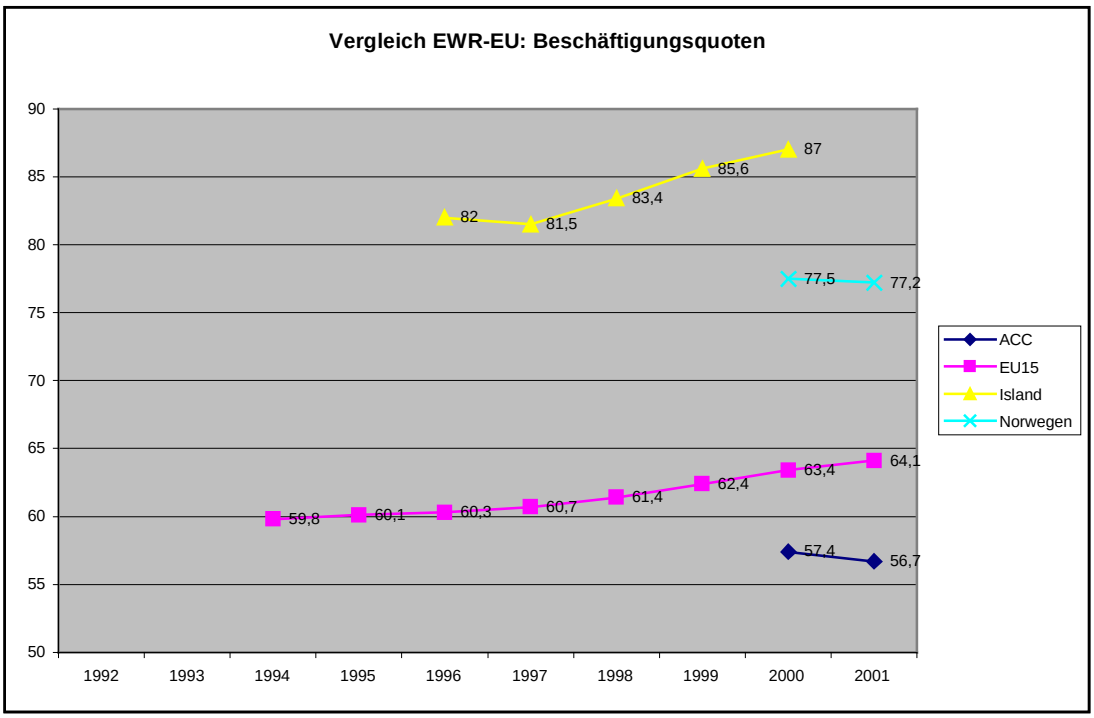


Gerade die wohlfahrtsstaatlichen Demokratien Skandinaviens sowie auch die Schweiz und die Niederlande haben bei teils schlechteren Startvoraussetzungen Anfang der 90-er Jahre ihr Arbeitslosigkeit besser in den Griff bekommen als Österreich, und Österreich droht – bei Fortsetzung der gegenwärtigen Tendenzen – von der „ostmitteleuropäischen“ Krankheit der Beschäftigungslosigkeit eher angesteckt zu werden als seine vormals neutralen Partnerstaaten und *like-minded countries* in West- und Nordeuropa. Die Laborsta-Daten über die Entwicklung der AL-Quote in einigen Staaten Europas lauten:



	Norwegen	Island	Österreich	Schweiz	Schweden	Finnland	Dänemark	Niederlande
1992	5,9	4,3	3,7	2,8	5,2	11,6		5,5
1993	6	5,3	4,3	3,7	8,2	16,2		6,2
1994	5,4	5,3	3,6	3,9	8	16,4	8	6,8
1995	4,9	4,9	3,7	3,3	7,7	15,2	7	7,1
1996	4,8	3,7	4,1	3,7	8	14,4	6,9	6,6
1997	4	3,9	4,2	4,1	8	12,5	6,1	5,5
1998	3,2	2,7	4,2	3,6	6,5	11,3	5,5	4,4
1999	3,2	2	3,8	3,1	5,6	10,1		3,5
2000	3,4	2,3	3,6	2,7	4,7	9,7	4,6	3,3
2001	3,6	2,3	3,6	2,5	4	9,1		2,7

Auch bei dem Vergleich der EU-Beschäftigungsquoten mit den EWR-Staaten fällt der Vergleich zu Gunsten der Skandinavier, und zu Ungunsten der EU-15 aus:



Es ist nicht abzusehen, dass die Beitrittsstaaten die positiven Erfahrungen der skandinavischen Länder der letzten Jahre wiederholen werden.

Die Eurostat Sozialdaten und zur Methode der folgenden "Arbeitsblätter"

Die folgenden Arbeitsblätter geben die Originaldaten der hier angeführten Analysen zur Diskussion. Wiewohl die Eurostat-Daten und sämtliche andere Daten grundsätzlich im Internet frei zur Verfügung stehen, benötigt ihr Herunterladen und ihre Zusammenschau beträchtliche Zeit und Energie. Zunächst präsentieren wir die Eurostat-Sozialdaten mit Datum Mitte November 2003.

Die dann folgenden Arbeitsblätter sollen die Nachvollziehbarkeit der oben getroffenen Aussagen garantieren. Dem Charakter der Arbeitsblätter entsprechend, wurden Ländernamen, sofern sie ohnehin verständlich sein dürften, zuweilen von den Quellen in der englischen Sprache belassen.

Länderdaten Eurostat Reale Wachstumsrate des BIP in konstanten Preisen (1995=100) - Veränderung in Prozent des Vorjahres

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
US	4	2,7	3,6	4,4	4,3	4,1	3,8	0,3	2,4	2,4
Japan	1	1,9	3,4	1,8	-1,1	0,1	2,8	0,4	0,1	1,5
EU15	**2,8**	**2,4**	**1,6**	**2,5**	**2,9**	**2,8**	**3,5**	**1,6**	**1**	**1,2**
Eurozone	2,4	2,2	1,4	2,3	2,9	2,8	3,5	1,6	0,8	1,0
ACC	**:**	**5,5**	**4,6**	**4,8**	**3,8**	**3,2**	**9,6**	**2,3**	**2,4**	**3,00**
Belgien	3,2	2,4	1,2	3,6	2	3,2	3,7	0,8	0,7	1,2
Dänemark	5,5	2,8	2,5	3	2,5	2,6	2,9	1,4	2,1	1,5
Deutschland	2,3	1,7	0,8	1,4	2	2	2,9	0,8	0,2	0,4
Griechenland	2	2,1	2,4	3,6	3,4	3,4	4,4	4	3,8	3,6
Spanien	2,4	2,8	2,4	4	4,3	4,2	4,2	2,7	2,0	2,0
Frankreich	2,1	1,7	1,1	1,9	3,4	3,2	3,8	2,1	1,2	1,1
Irland	5,8	9,9	8,1	11,1	8,6	11,3	10,1	6,2	6,9	3,3
Italien	2,2	2,9	1,1	2	1,8	1,7	3,1	1,8	0,4	1,0
Luxemburg	3,8	1,4	3,3	8,3	6,9	7,8	9,1	1,2	1,3	1,1
Niederlande	2,9	3	3	3,8	4,3	4	3,5	1,2	0,2	0,5
Österreich	**2,6**	**1,6**	**2**	**1,6**	**3,9**	**2,7**	**3,4**	**0,8**	**1,4**	**1,2**
Portugal	1	4,3	3,5	4	4,6	3,8	3,7	1,6	0,4	0,5
Finnland	3,9	3,4	3,9	6,3	5	3,4	5,1	1,2	2,2	2,2
Schweden	4,2	4	1,3	2,4	3,6	4,6	4,4	1,1	1,9	1,4
Vereinigtes Königreich	4,4	2,8	2,7	3,3	3,1	2,8	3,8	2,1	1,7	2,2
Bulgarien	1,8	2,9	-9,4	-5,4	3,9	2,3	5,4	4,1	4,8	5,0
Zypern	5,9	6,2	1,9	2,5	5	4,8	5,2	4,1	2,2	3,5
Tschechische Republik	2,2	5,9	4,3	-0,8	-1	0,5	3,3	3,1	2	3,2
Estland	-2	4,3	3,9	9,8	4,6	-0,6	7,3	6,5	6	4,9
Ungarn	2,9	1,5	1,3	4,6	4,9	4,2	5,2	3,8	3,3	4,5
Litauen	-9,8	6,2	4,7	7	7,3	-1,8	4	6,5	6,7	3,5
Lettland	0,6	-1,6	3,7	8,4	4,8	2,8	6,8	7,9	6,1	5,5
Malta	5,7	6,2	4	4,9	3,4	4,1	6,4	-1,2	1,5	4,3
Polen	44,5	7	6	6,8	4,8	4,1	15,8	1	1,6	3,2
Rumänien	3,9	7,1	3,9	-6,1	-4,8	-1,2	2,1	5,7	4,9	4,6
Slowenien	5,3	4,1	3,5	4,6	3,8	5,2	4,6	2,9	2,9	3,6
Slowakische Republik	5,2	6,5	5,8	5,6	4	1,3	2,2	3,3	4,4	3,9

Türkei	-5,5	7,2	7	7,5	3,1	-4,7	7,4	-7,5	7,8	3,7
Island	4	0,1	5,2	4,7 b	5,5	3,9	5,5	2,9	-0,5	1,7
Norwegen	5,3	4,4	5,3	5,2	2,6	2,1	2,4	1,4	1,5	2,2

Länderdaten Eurostat Beschäftigungsquote insgesamt - Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 15-64 Jahre an der Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
US	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Japan	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
EU15	**:**	**:**	**59,8**	**60,1**	**60,3**	**60,7**	**61,4**	**62,4**	**63,4**	**64,1**
ACC	**:**	**:**	**:**	**:**	**:**	**:**	**:**	**:**	**57,4**	**56,7**
Belgien	56,3	55,8	55,7	56,1	56,2	56,8	57,4	59,3	60,5	59,9
Dänemark	73,7	72,1	72,3	73,4	73,8	74,9	75,1	76	76,3	76,2
Deutschland	66,4	65,1	64,7	64,6	64,1	63,7	63,9	64,8	65,4	:
Griechenland	53,7	53,7	54,2	54,7	55	55,1	55,5	55,3	55,7	55,4
Spanien	48,9	46,5	45,9	46,8	47,9	49,3	51,2	53,7	56,2	57,7
Frankreich	59,9	59,3	59,1	59,6	59,6	59,6	60,2	60,9	62,1	62,8
Irland	51,4	51,9	53,3	54,6	55,6	57,8	60,5	63,2	65,1	65,7
Italien	:	52,2	51,3	50,9	51,2	51,3	52	52,7	53,8	54,9
Luxemburg	61,4	60,8	59,9	58,7	59,2	59,9	60,5	61,7	62,7	:
Niederlande	63,8	63,7	64	64,7	66,1	68,1	69,9	71,4	72,9	74,1
Österreich	**:**	**:**	**68,5**	**68,7**	**67,9**	**67,9**	**67,9**	**68,6**	**68,4**	**68,4**
Portugal	67,9	66	64,7	63,8	63,9	65,2	66,6	67,4	68,2	68,7
Finnland	65,4	61,3	60,6	61,8	62,6	63,5	64,7	66,5	67,4	68,2
Schweden	75,9	71,3	70,2	71	70,4	69,5	70,3	71,7	73	74,1
Vereinigtes Königreich	68,2	67,7	68,1	68,6	69,1	70	70,6	71	71,5	71,8
Bulgarien	:	:	:	:	:	:	:	:	50,4	49,6
Zypern	:	:	:	:	:	:	:	:	65,9	:
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	68,6	67,3	65,6	65	65,1
Estland	:	:	:	:	:	64,7	64,5	61,7	60,7	61,3
Ungarn	:	:	:	:	52,1	52,4	53,7	55,6	56,3	56,5
Litauen	:	:	:	:	:	:	63,2	64	60,1	:
Lettland	:	:	:	:	:	:	58,9	59,1	57,8	58,7
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	54,2
Polen	:	:	:	:	:	:	:	:	55	:
Rumänien	:	:	:	:	:	65,4	64,2	63,2	63	62,4
Slowenien	:	:	:	:	61,6	62,6	62,9	62,2	62,8	63,8
Slowakische Republik	:	:	:	:	:	:	:	58,1	56,8	56,8
Türkei	:	:	:	:	:	:	:	:	:	50,6

Island	:	:	:	:	82	81,5	83,4	85,6	87	:
Norwegen	:	:	:	:	:	:	:	:	77,5	77,2

Länderdaten Eurostat Beschäftigungsquote - weiblich - Anteil der erwerbstätigen Frauen im Alter von 15-64 Jahre an der weiblichen Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
US	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Japan	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
EU15	**:**	**:**	**49,3**	**49,7**	**50,2**	**50,8**	**51,6**	**52,9**	**54,1**	**55**
ACC	**:**	**:**	**:**	**:**	**:**	**:**	**:**	**:**	**51,4**	**51**
Belgien	44,3	44,5	44,6	45	45,4	46,5	47,6	50,4	51,5	51
Dänemark	69,7	68,2	66,9	66,7	67,4	69,1	70,2	71,1	71,6	72
Deutschland	55,9	55,1	55,1	55,3	55,3	55,3	55,8	57,1	57,9	:
Griechenland	36,2	36,6	37,3	38,1	38,7	39,3	40,2	40,6	41,2	40,9
Spanien	31,6	30,8	30,8	31,8	33	34,4	35,8	38,3	41,2	43
Frankreich	51,4	51,5	51,6	52,2	52,3	52,5	53,1	54	55,2	56
Irland	37,4	38,9	40,5	42	43,5	46,3	49	51,9	54	54,9
Italien	:	35,8	35,4	35,4	36	36,4	37,3	38,3	39,6	41,1
Luxemburg	45,7	44,8	44,4	42,6	43,8	45,3	46,2	48,6	50,1	:
Niederlande	51,2	52	52,9	53,7	55,4	57,4	59,5	61,7	63,5	65,2
Österreich	**:**	**:**	**59,1**	**59,1**	**58,4**	**58,6**	**58,8**	**59,6**	**59,6**	**60,1**
Portugal	56,6	55,4	54,6	54,4	54,8	56,2	58	59,4	60,3	61
Finnland	63,8	59,6	58,8	59,1	59,5	60,4	61,3	63,5	64,4	65,4
Schweden	74,9	70,8	69,4	69,6	68,8	67,7	68,3	69,7	71,1	72,4
Vereinigtes Königreich	61,2	61,2	61,5	61,8	62,5	63,2	63,6	64,2	64,8	65,1
Bulgarien	:	:	:	:	:	:	:	:	46,3	46,8
Zypern	:	:	:	:	:	:	:	:	53,2	:
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	60,1	58,7	57,4	56,9	57
Estland	:	:	:	:	:	60,3	60	57,7	56,8	57,3
Ungarn	:	:	:	:	45,2	45,4	47,2	49	49,7	49,8
Litauen	:	:	:	:	:	:	58,9	60,7	58,5	:
Lettland	:	:	:	:	:	:	53,9	54	53,9	55,7
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	31,6
Polen	:	:	:	:	:	:	:	:	48,9	:
Rumänien	:	:	:	:	:	59,1	58,2	57,5	57,5	57,1
Slowenien	:	:	:	:	57,1	58	58,6	57,7	58,4	58,8
Slowakische Republik	:	:	:	:	:	:	:	52,1	51,5	51,8
Türkei	:	:	:	:	:	:	:	:	:	26,7

Island	:	:	:	:	77,8	76,8	78,7	81,6	83,5	:
Norwegen	:	:	:	:	:	:	:	:	73,6	73,6

Länderdaten Eurostat - Die gesamte Einkommensteuer auf die Bruttoverdienste - zuzüglich Arbeitnehmer- und Arbeitgebersozialbeiträge als Prozent der Arbeitskosten von Niedriglohnempfängern

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
US	:	:	:	29,2	29,2	29,1	29,2	29	27,4	27,3
Japan	:	:	:	18,4	19,4	17,7	23,1	23,1	23,2	23,2
EU15	**:**	**:**	**:**	**40,6**	**40,8**	**40,3**	**39,1**	**38,6**	**37,7**	**37,8**
ACC	**:**	**:**	**:**	**42,5**	**42,5**	**42,1**	**42,2**	**42,4**	**41,7**	**41,1**
Belgien	:	:	:	50,5	49,5	51,1	51	49,9	49,1	48,9
Dänemark	:	:	:	41,3	41,7	40,4	41,3	41,2	40,6	40,4
Deutschland	:	:	:	46,5	47,7	47,5	47	46,5	45,5	45,9
Griechenland	:	:	:	34,9	35	35,1	34,3	34,3	34,3	34,3
Spanien	:	:	:	34,4	34,8	35,1	32,6	32,8	33,4	33,9
Frankreich	:	:	:	44,3	41,6	42,5	40,3	39,6	38,4	37,8
Irland	:	:	:	26,5	24,9	23,4	21,5	18,1	17,3	16,6
Italien	:	:	:	48,3	48,8	44,4	44,1	43,3	42,8	42,7
Luxemburg	:	:	:	29,1	29,7	28,9	29,5	30,4	28,8	27,3
Niederlande	:	:	:	39,3	38,8	39,2	40,2	40,6	36,8	37,2
Österreich	**:**	**:**	**:**	**41**	**41,1**	**41,5**	**41,6**	**40,1**	**39,7**	**39,9**
Portugal	:	:	:	30,6	30,8	30,7	30,2	30,4	29,5	29,5
Finnland	:	:	:	44,4	44,2	44	42,6	42,4	41	40,4
Schweden	:	:	:	48,6	49,2	49,3	48,7	47,9	46,8	45,9
Vereinigtes Königreich	:	:	:	26,8	28,4	28,5	25,8	25,3	24,5	24,7
Bulgarien	:	:	:	40,3	37,8	39,1	37,1	39,4	36,5	35,5
Zypern	:	:	:	16	16,2	16,3	16,5	16,7	17	17,5
Tschechische Republik	:	:	:	41,4	41,5	41,4	41,4	41,6	41,6	41,8
Estland	:	:	:	38,5	39,5	39,8	40	38,2	37,4	:
Ungarn	:	:	:	46,8	47,8	47,4	48,2	50,1	45,8	42
Litauen	:	:	:	37,6	39,3	39,5	39,7	42	42,2	41,3
Lettland	:	:	:	39,3	41,5	41,6	41,7	41,4	41,2	41,4
Malta	:	:	:	15,8	15,8	15,9	16,4	17,3	17,4	18,1
Polen	:	:	:	43,6	42,9	42,1	41,9	41,9	41,4	41,4
Rumänien	:	:	:	41,6	41,9	43,8	48,9	42,3	43,5	:
Slowenien	:	:	:	40,9	41	41	41	41	40,3	39,8
Slowakische Republik	:	:	:	40,4	40,5	40,7	42,3	39	41	40,3
Türkei	:	:	:	40,2	43,5	43	34,5	39,1	42,6	41,3

Island	:	:	:	15,2	15,9	17,2	16,9	18	18,9	19,4
Norwegen	:	:	:	34,4	34,3	34,5	34,4	34,2	33,8	33,8

Länderdaten Eurostat Arbeitslosenquote insgesamt - Anteil der Arbeitslosen an der gesamten Erwerbsbevölkerung

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
US	6,8	6,1	5,6	5,4	4,9	4,5	4,2	4	4,8	5,8
Japan	2,5	2,9	3,1	3,4	3,4	4,1	4,7	4,7	5	5,4
EU15	**10,1**	**10,5**	**10,1**	**10,2**	**10**	**9,4**	**8,7**	**7,8**	**7,4**	**7,7**
ACC	**:**	**:**	**:**	**:**	**:**	**:**	**:**	**13,6**	**14,5**	**14,8**
Belgien	8,6	9,8	9,7	9,5	9,2	9,3	8,6	6,9	6,7	7,3
Dänemark	9,6	7,7	6,7	6,3	5,2	4,9	4,8	4,4	4,3	4,5
Deutschland	7,7	8,2	8	8,7	9,7	9,1	8,4	7,8	7,8	8,6
Griechenland	8,6	8,9	9,2	9,6	9,8	10,9	11,8	11	10,4	10
Spanien	18,6	19,8	18,8	18,1	17	15,2	12,8	11,3	10,6	11,3
Frankreich	11,3	11,8	11,3	11,9	11,8	11,4	10,7	9,3	8,5	8,8
Irland	15,6	14,3	12,3	11,7	9,9	7,5	5,6	4,3	3,9	4,4
Italien	10,1	11	11,5	11,5	11,6	11,7	11,3	10,4	9,4	9
Luxemburg	2,6	3,2	2,9	2,9	2,7	2,7	2,4	2,3	2,1	2,8
Niederlande	6,2	6,8	6,6	6	4,9	3,8	3,2	2,8	2,4	2,7
Österreich	**4**	**3,8**	**3,9**	**4,4**	**4,4**	**4,5**	**3,9**	**3,7**	**3,6**	**4,3**
Portugal	5,6	6,9	7,3	7,3	6,8	5,1	4,5	4,1	4,1	5,1
Finnland	16,3	16,6	15,4	14,6	12,7	11,4	10,2	9,8	9,1	9,1
Schweden	9,1	9,4	8,8	9,6	9,9	8,2	6,7	5,6	4,9	4,9
Vereinigtes Königreich	10	9,3	8,5	8	6,9	6,2	5,9	5,4	5	5,1
Bulgarien	:	:	:	:	:	:	:	16,4	19,2	18,1
Zypern	:	:	:	:	:	:	:	5,2	4,4	3,8
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	6,4	8,6	8,7	8	7,3
Estland	:	:	:	:	9,6	9,2	11,3	12,5	11,8	9,1
Ungarn	:	:	:	9,6	9	8,4	6,9	6,3	5,6	5,6
Litauen	:	:	:	:	:	11,8	11,2	15,7	16,1	13,1
Lettland	:	:	:	:	:	14,3	14	13,7	12,8	12,8
Malta	:	:	:	:	:	:	:	7	6,7	7,4
Polen	:	:	:	:	10,9	10,2	13,4	16,4	18,5	19,9
Rumänien	:	:	:	:	5,3	5,4	6,2	6,8	6,6	7
Slowenien	:	:	:	6,9	6,9	7,4	7,2	6,6	5,8	6
Slowakische Republik	:	:	:	:	:	:	16,7	18,7	19,4	18,6
Türkei	:	:	:	:	:	:	:	6,6	8,5	10,4

Island	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Norwegen	6,0 b	5,4 b	4,9 b	4,8	4	3,2	3,2	3,4	3,6	3,9

Länderdaten Eurostat Rate der vor Armut bedrohten Personen - nach Sozialtransfers - insgesamt - Anteil von Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unter dem Armutsgrenzwert, der auf 60% des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens festgelegt ist

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
US	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Japan	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
EU15	**:**	**:**	**:**	**:**	**17**	**16**	**16**	**15**	**15**	**15**
ACC	**:**	**:**	**:**	**:**	**:**	**:**	**:**	**:**	**14**	**:**
Belgien	:	:	:	:	16	15	14	14	13	13
Dänemark	:	:	:	:	10	9	9	12	11	11
Deutschland	:	:	:	:	15	14	12	11	11	11
Griechenland	:	:	:	:	22	21	21	21	21	20
Spanien	:	:	:	:	19	18	20	18	19	18
Frankreich	:	:	:	:	15	15	15	15	15	16
Irland	:	:	:	:	19	19	19	19	19	20
Italien	:	:	:	:	20	20	19	18	18	18
Luxemburg	:	:	:	:	12	11	11	12	13	12
Niederlande	:	:	:	:	11	12	10	10	11	10
Österreich	**:**	**:**	**:**	**:**	**13**	**14**	**13**	**13**	**12**	**12**
Portugal	:	:	:	:	23	21	22	21	21	21
Finnland	:	:	:	:	:	8	8	9	11	11
Schweden	:	:	:	:	:	:	9	10	9	11
Vereinigtes Königreich	:	:	:	:	20	18	18	19	19	19
Bulgarien	:	:	:	:	:	:	:	15	14	14
Zypern	:	:	:	:	:	:	16	:	:	:
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	8	:	:	:	:
Estland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	18
Ungarn	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Litauen	:	:	:	:	:	18	15	17	17	:
Lettland	:	:	:	:	:	16	15	17	16	16
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	15
Polen	:	:	:	:	:	:	:	:	15	16
Rumänien	:	:	:	:	:	:	:	15	16	:
Slowenien	:	:	:	:	10	11	11	12	11	:
Slowakische Republik	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Türkei	:	:	:	23	:	:	:	:	:	:

Island	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Norwegen	:	:	:	:	12	12	12	11	11	11

Länderdaten Eurostat Dispersion der regionalen Beschäftigungsquoten - insgesamt - Variationskoeffizient regionalen Beschäftigungsquoten (NUTS Ebene 2) innerhalb der Länder

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
US	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Japan	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
EU15	**:**	**:**	**:**	**:**	**15,5**	**15,3**	**15,7**	**13,9**	**13,3**	**14,4**
ACC	**:**	**:**	**:**	**:**	**:**	**:**	**8,6**	**8,1**	**9,4**	**10,2**
Belgien	:	:	:	:	7,8	7,6	7,6	7,8	8,1	7,8
Dänemark	:	:	:	:	-	-	-	-	-	-
Deutschland	:	:	:	:	5,6	5,1	5,4	5,5	5,7	6,1
Griechenland	:	:	:	:	7,3	7	5,6	5,6	5,8	5,1
Spanien	:	:	:	:	10,5	10,9	11,7	11,8	12	11,8
Frankreich	:	:	:	:	7	7,2	7,2	7,1	6,9	6,4
Irland	:	:	:	:	-	-	-	-	-	-
Italien	:	:	:	:	17,4	17,1	16,6	17,1	17,1	16,6
Luxemburg	:	:	:	:	-	-	-	-	-	-
Niederlande	:	:	:	:	3,3	3	3	2,3	2,4	2,6
Österreich	**:**	**:**	**:**	**:**	**3,3**	**3**	**2,7**	**2**	**3**	**3,1**
Portugal	:	:	:	:	4,7	5,4	4,3	4,1	4,4	3,7
Finnland	:	:	:	:	7,4	7,1	7,4	7,6	7,2	7,2
Schweden	:	:	:	:	4,5	3	4,4	4,8	4,5	4,1
Vereinigtes Königreich	:	:	:	:	7,4	7	7,5	7,8	7,4	7
Bulgarien	:	:	:	:	:	:	:	:	9,5	7,3
Zypern	:	:	:	:	:	-	-	-	-	-
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	:	4,2	5,5	6	6
Estland	:	:	:	:	:	-	-	-	-	-
Ungarn	:	:	:	:	:	9,7	9,5	9,2	9,1	9
Litauen	:	:	:	:	:	-	-	-	-	-
Lettland	:	:	:	:	:	-	-	-	-	-
Malta	:	:	:	:	:	-	-	-	-	-
Polen	:	:	:	:	:	:	4,6	4,8	7,5	7,6
Rumänien	:	:	:	:	:	:	4,8	5	5,2	6,6
Slowenien	:	:	:	:	:	-	-	-	-	-
Slowakische Republik	:	:	:	:	:	:	8,3	8,3	9,7	9
Türkei	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.

Island	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Norwegen	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:

Länderdaten Eurostat Schulabbrecher - insgesamt - Prozentsatz der 18-24-jährigen, die an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen und die höchstens einen Bildungsabschluss des Sekundarbereichs I haben

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
US	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Japan	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
EU15	**:**	**:**	**:**	**21,7**	**20,8**	**:**	**20,7**	**19,6**	**19,3**	**18,8**
ACC	**:**	**:**	**:**	**:**	**:**	**:**	**:**	**:**	**9,4**	**8,4**
Belgien	17,4	16,1	15,1	12,9	12,7	14,5	15,2	12,5	13,6	12,4
Dänemark	8,5	8,6	6,1	12,1	10,7	9,8	11,5	11,6	16,8	15,4
Deutschland	:	:	:	13,3	12,9	:	14,9	14,9	12,5	12,6
Griechenland	25	23,2	22,4	20,7	19,9	19,8	17,8	17,1	16,5	16,1
Spanien	37,7	36,4	33,8	31,5	30,3	29,8	29,5	28,8	28,6	29
Frankreich	17,2	16,4	15,4	15,2	14,1	14,9	14,7	13,3	13,5	13,4
Irland	24	22,9	21,4	18,9	18,9	:	:	:	:	14,7
Italien	36,9 b	35,1	32,4	31,3	29,9	28,4	27,2	25,3	26,4	24,3
Luxemburg	36,8	34,4	33,4	35,3	30,7	:	19,1 b	16,8	18,1	17
Niederlande	:	:	:	17,6	16	15,5	16,2	15,5	15,3	15
Österreich	**:**	**:**	**13,6**	**12,1**	**10,8**	**:**	**10,7**	**10,2**	**10,2**	**9,5**
Portugal	46,7	44,3	41,4	40,1	40,6	46,8 b	44,8	42,9	44,3	45,5
Finnland	:	:	:	11,1	8,1	7,9	9,9	8,9	10,3	9,9
Schweden	:	:	:	7,5	6,8	:	6,9	7,7	10,5 b	10,4
Vereinigtes Königreich	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Bulgarien	:	:	:	:	:	:	:	:	20,3	21
Zypern	:	:	:	:	:	:	15	15,1	14,8	14
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	:	:	:	:	5,5
Estland	:	:	:	:	17,6	12,6	14	14,2	14,1	12,6
Ungarn	:	:	:	:	17,8	15,9	13	13,8	13,2	12,3
Litauen	:	:	:	:	:	:	:	17,2	14,2	14,3
Lettland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	19,5
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	54,1	52,7
Polen	:	:	:	:	:	:	:	:	7,9	7,6
Rumänien	:	:	:	:	19,7	19,1	21,5	22,3	21,3	23,2
Slowenien	:	:	:	:	:	:	:	6,4	7,5	4,8 u
Slowakische Republik	:	:	:	:	:	:	:	:	:	5,6
Türkei	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.

Island	:	:	:	:	:	:	29,8	28,6	30	27,3
Norwegen	:	:	:	10,9	:	:	:	13,3	9,2	14

Arbeitsblatt 1 – Extreme Armut - Schätzungen

Informativ ist deshalb eine Aufstellung über die 2003 publizierten Daten zur absoluten Armut durch das UNDP:

Tabelle: Absolute Armut in der Welt

geordnet nach der Höhe des Einkommens der ärmsten 20%

	Tuberculosis cases (per 100,000 people) Tuberkulose-Fälle pro 100.000 EW	Probability at birth of not surviving to age 40 (% of cohort)2000-05 Wahrscheinlichkeit, den 40. Geburtstag nicht zu überleben	Income poorest 20% Einkommen der Ärmsten 20%
Luxemburg	6	2,8	21512
Norwegen	3	2,1	14366
Japan	21	1,9	13319
Finnland	5	2,5	12337
Dänemark	6	2,5	12035
Schweden	2	1,7	11002
Irland	6	2,6	10857
Belgien	6	2,5	10591
Niederlande	3	2,1	9924
Kanada	3	2,4	9902
Schweiz	5	2,9	9695
Österreich	6	2,3	9356
Vereinigte Staaten von Amerika	2	4,2	8923
Frankreich	6	2,7	8636
Slowenien	12	2,8	7794
Tschechien	7	2,5	7581
Spanien	14	2,8	7556
Australien	4	3	7484
Italien	4	2,5	7401
Großbritannien	5	2,3	7369
Deutschland	5	2,1	7225
Israel	5	2	6828
Hongkong	39	1,8	6585
Griechenland	11	2,7	6191
Ungarn	22	4	6170
Neuseeland	5	3,1	6131
Südkorea	48	3,4	5961
Singapur	22	1,9	5670
Portugal	17	3,9	5264

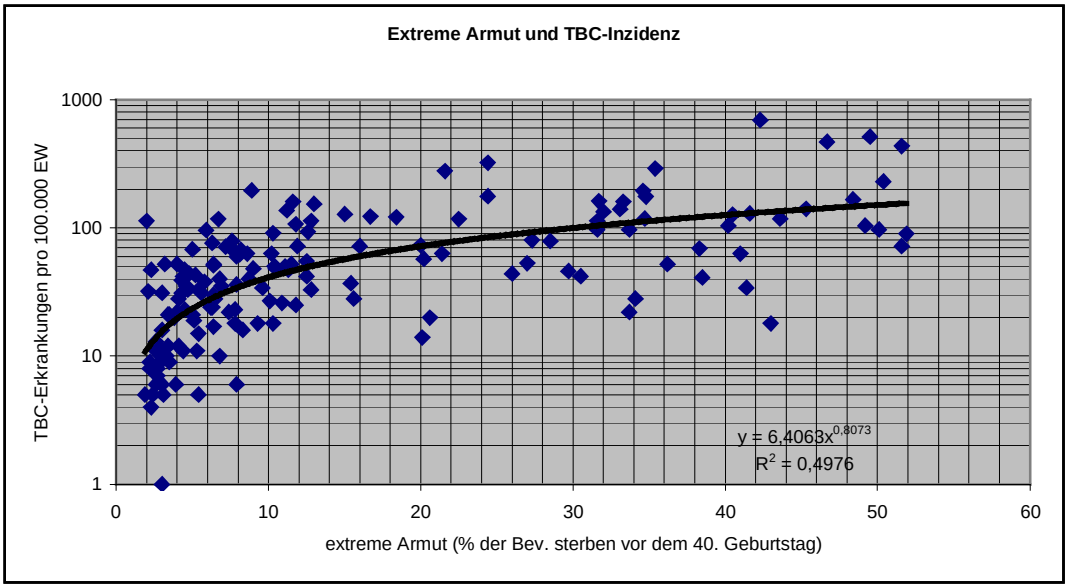
Slowakische Republik	15	3,4	5262
Kroatien	40	3,5	3806
Polen	23	3,7	3686
Estland	27	5,2	3560
Litauen	48	5,3	3346
Weißrußland	57	6	3200
Lettland	43	6,5	2937
Kasachstan	94	11,3	2665
Makedonien	26	3,7	2566
Trinidad und Tobago	9	9,1	2503
Rumänien	94	6,1	2390
Bulgarien	20	5,2	2308
Algerien	23	9,3	2132
Costa Rica	7	3,7	2129
Thailand	100	10,2	1952
Malaysia	67	4,2	1925
Ukraine	57	6,5	1914
Uruguay	15	4,4	1890
Tunesien	18	4,9	1821
Türkei	25	8	1796
Dominikanische Republik	88	14,6	1790
Rußland	93	10,3	1740
Iran	32	7	1530
Ägypten	23	8,6	1514
Jordanien	5	6,6	1471
Chile	10	4,1	1470
Mexiko	19	7,6	1433
Saint Lucia	9	5,7	1368
Turkmenistan	56	10,9	1318
Sri Lanka	50	5,1	1272
Kirgisistan	88	9,7	1251
Jamaika	3	4,9	1246
Indonesien	321	10,8	1235
China	107	7,1	1186
Marokko	47	9,4	1170
Indien	199	15,3	1150
Aserbaidschan	56	6,9	1143
Usbekistan	63	9	1132
Südafrika	237	44,9	1129
Kolombien	29	8,4	1056
Guyana	65	17,6	1055
Philippinen	226	7,4	1037
Panama	28	6,8	1035
Peru	94	10,2	1005

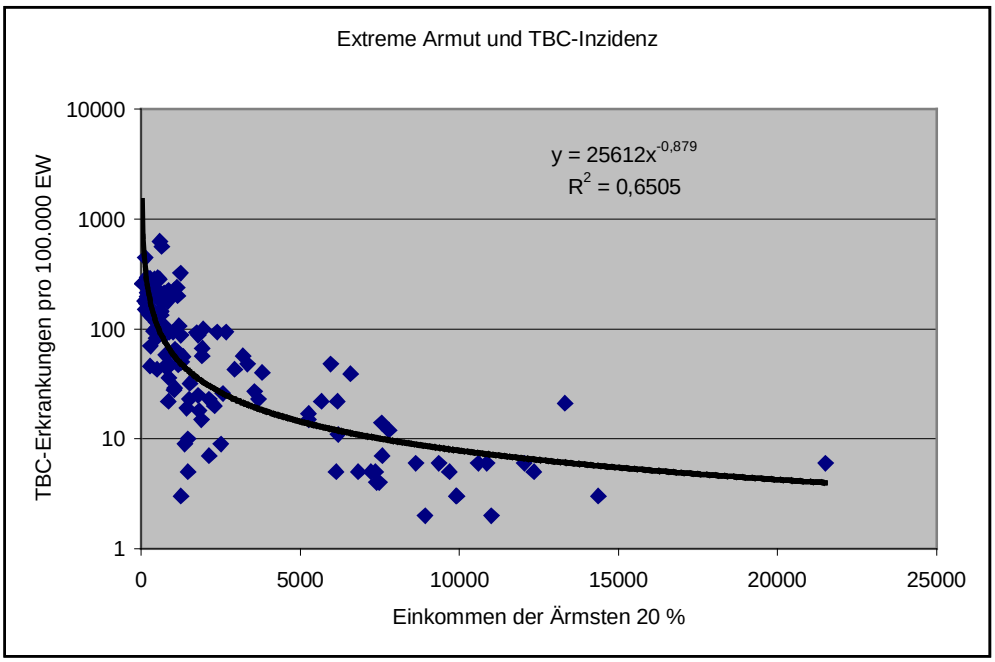
Armenien	47	4,5	888
Ecuador	94	10,3	886
EL Salvador	36	9,9	868
Botswana	224	61,9	860
Venezuela	22	5,9	851
Guatemala	48	14,1	836
Pakistan	178	17,8	832
Vietnam	93	10,7	828
Brasilien	44	11,5	810
Georgien	58	5,3	768
Moldawien	104	6,5	763
Bangladesh	211	17,3	725
Kambodscha	560	24	642
Mauritanien	209	30,5	637
Ghana	145	25,8	630
Guinea	134	35,9	627
Laos	143	27,9	616
Ruanda	188	54,3	606
Swasiland	627	70,5	585
Papua-Neuguinea	283	19	578
Uganda	187	41,1	529
Côte d'Ivoire	207	51,7	529
Simbabwe	291	74,8	524
Nepal	135	19,3	498
Namibia	221	52,3	498
Paraguay	43	8	495
Mongolei	124	13	487
Senegal	103	27,7	480
Tadschikistan	83	11,1	468
Bolivien	116	16	460
Gambia	283	29,6	410
Kamerun	96	44,2	386
Mosambik	125	56	371
Jemen	70	19,1	292
Honduras	46	13,8	283
Kenia	289	49,5	274
Madagaskar	158	29	266
Guinea-Bissau	135	41,3	252
Burkina-Faso	157	43,4	252
Nigeria	196	34,9	187
Mali	295	35,3	186
Tansania	212	46,4	177
Burundi	170	50,5	176
Lesotho	277	68,1	169
Malawi	242	59,6	140
Zentralafrikanische	255	55,3	130

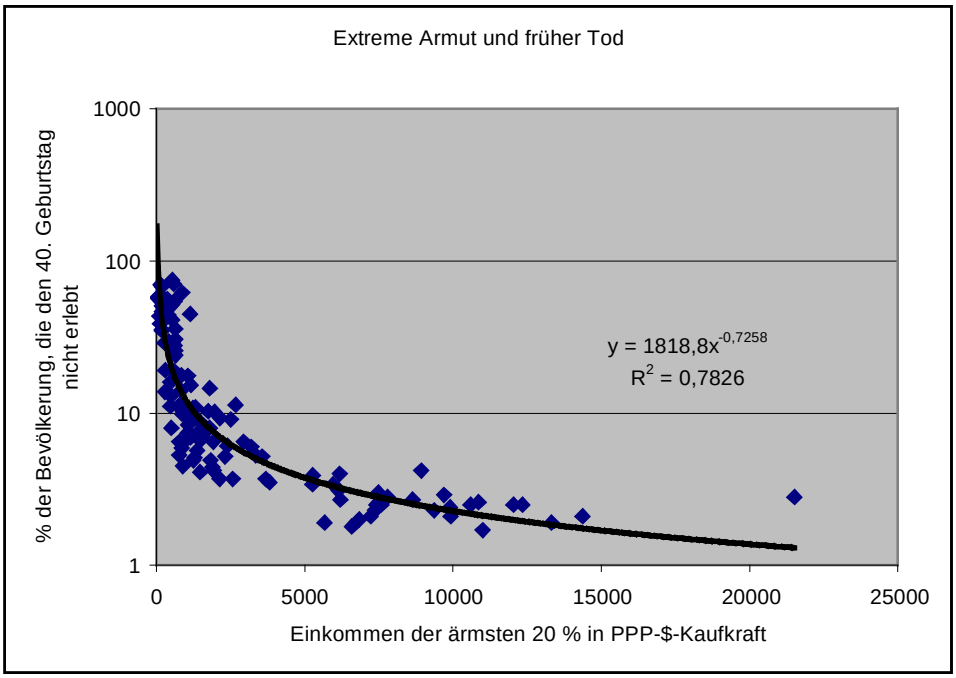
Republik			
Sambia	445	70,1	129
Niger	150	38,7	116
Äthiopien	179	43,3	97
Sierra Leone	258	57,5	26

Tatsächlich ergibt sich auf Weltebene auch ein extrem starker Zusammenhang zwischen diesen Indikatoren:

Graphik 8: Die Zusammenhänge von Einkommen der ärmsten 20% in Kaufkraft, extreme Armut (Tod mit Alter 40) und Betroffenheit von TBC als Indikator der „sozialen Krankheit „– der starke statistische Zusammenhang dieser UNDP-Armuts-Indikatoren



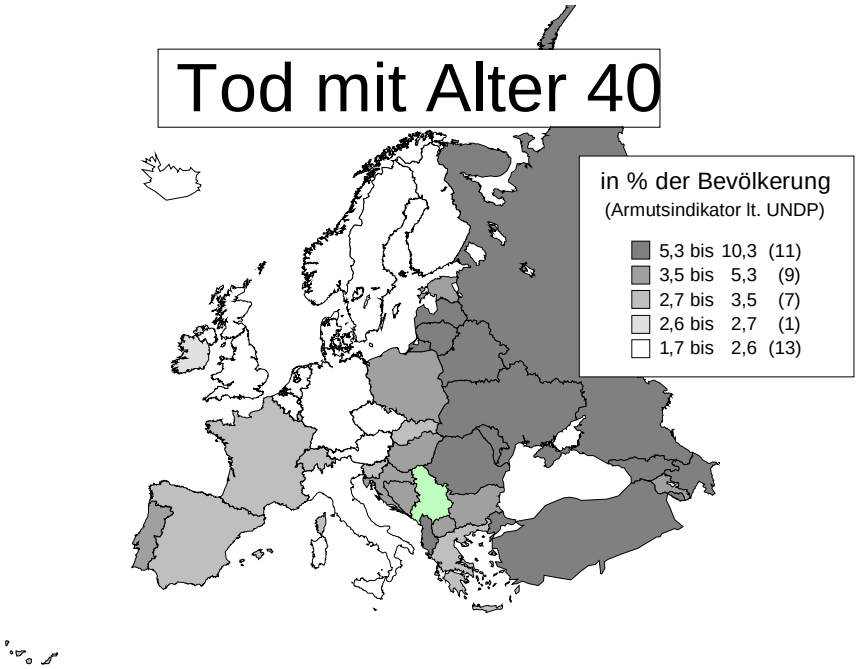


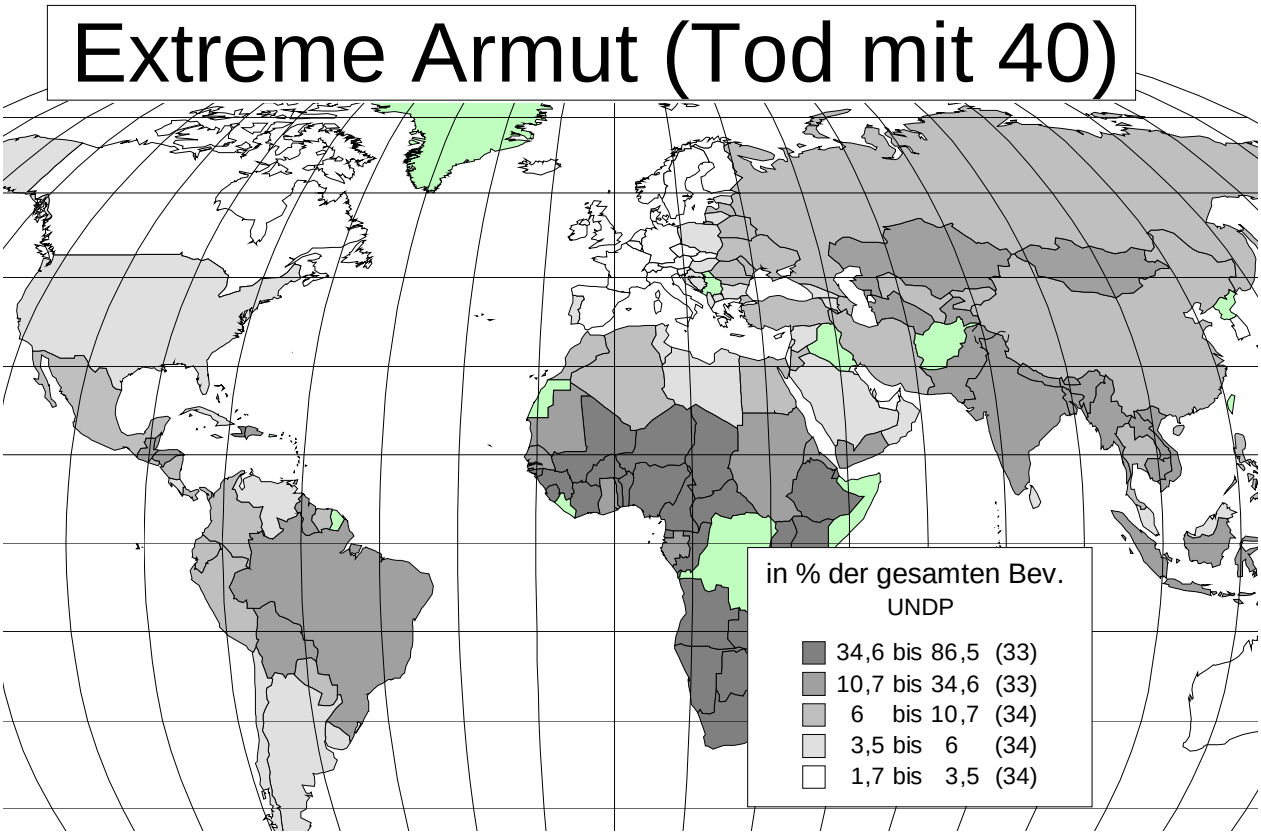


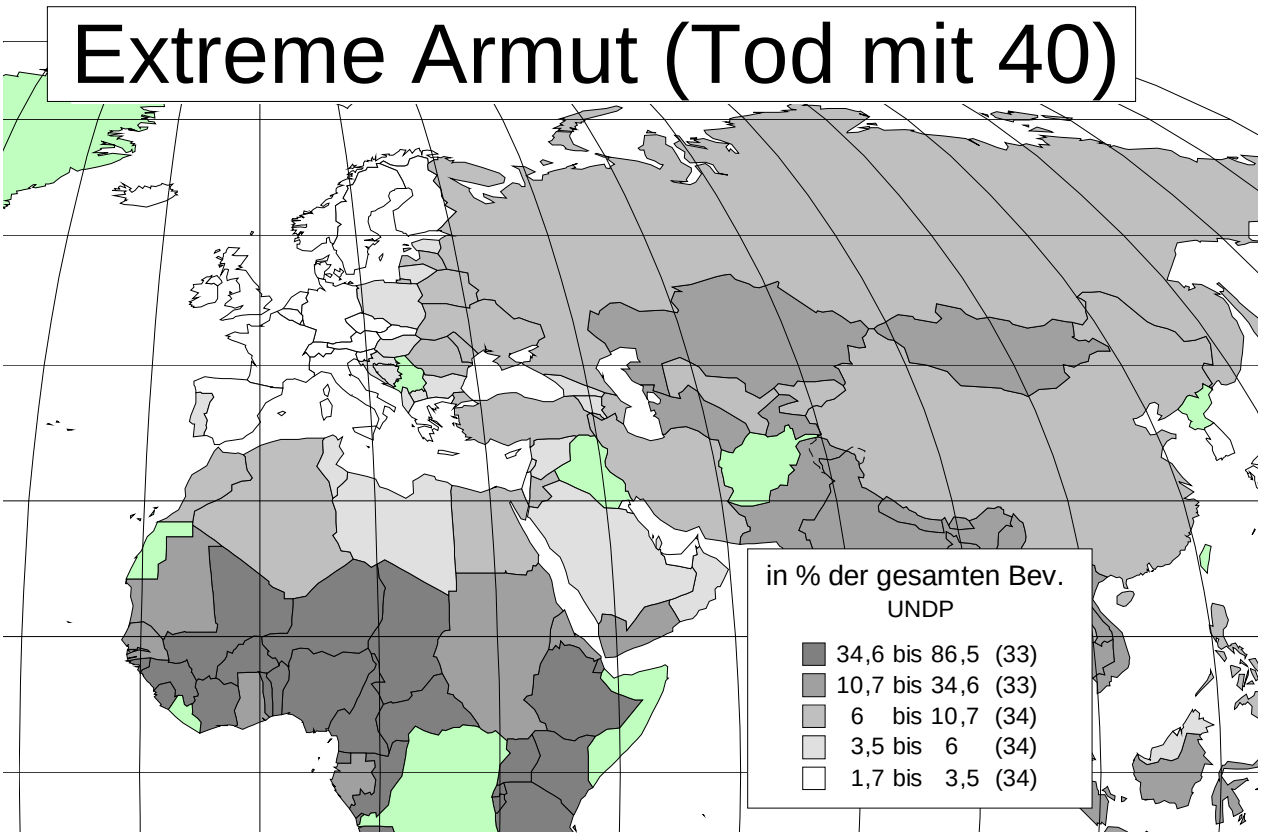
Quelle: eigene Zusammenstellungen und Berechnungen aus UNDP

Die Landkarte der extremen Armut in Europa hat folgende Gestalt. Sie zeigt an, wie sehr die Gefahr besteht, dass durch Fortbestehen extremer Armut in Europa zum Zeitpunkt der Erweiterung „amerikanische Verhältnisse“ einziehen, insbesondere in **Polen**, der **Slowakei** und in den **baltischen Republiken**. Mit dem Beitritt Rumäniens, Bulgariens und der Türkei werden sich diese Strukturen weiter vertiefen, wenn die Politik nicht „gegensteuert“:

Graphik 9: Absolute Armut in Europa UNDP-Kriterium Betroffenheit vom Tod mit Alter 40




Extreme Armut (Tod mit 40)
in % der gesamten Bev.
UNDP
34,6 bis 86,5 (33)
10,7 bis 34,6 (33)
6 bis 10,7 (34)
3,5 bis 6 (34)
1,7 bis 3,5 (34)


Extreme Armut (Tod mit 40)
in % der gesamten Bev.
UNDP
34,6 bis 86,5 (33)
10,7 bis 34,6 (33)
6 bis 10,7 (34)
3,5 bis 6 (34)
1,7 bis 3,5 (34)

Quelle: eigene Zusammenstellungen und Berechnungen aus UNDP

Tabelle: TBC, Tod mit 40 und absolutes Einkommen der ärmsten 20%

geordnet nach den weltweiten durchschnittlichen Rängen bei diesen 3 Indikatoren. Nach dieser Tabelle sind die „nordischen“ Staaten, die Niederlande und Kanada am besten gereiht.

	Tuberculosis cases (per 100,000 people) Tuberkuloseerkrankungen per 100.000 EW	Probability at birth of not surviving to age 40 (% of cohort)2000-05 Wahrscheinlichkeit, den 40. Geburtstag nicht zu erleben	Income poorest 20% Einkommen der ärmsten 20%	durchschnittlicher Rang bei den 3 wichtigsten absoluten Armutsindikatoren
Schweden	1	1	6	2,7
Norwegen	3	6	2	3,7
Niederlande	4	7	9	6,7
Finnland	9	13	4	8,7
Kanada	5	11	10	8,7
Dänemark	17	14	5	12
Luxemburg	16	20	1	12,3
Italien	8	12	19	13
Großbritannien	11	9	20	13,3
Israel	13	5	22	13,3
Deutschland	12	8	21	13,7
Japan	36	3	3	14
Irland	18	17	7	14
Belgien	19	15	8	14
Österreich	20	10	12	14
Schweiz	10	23	11	14,7
Australien	7	24	18	16,3
Vereinigte Staaten von Amerika	2	35	13	16,7
Frankreich	21	18	14	17,7
Tschechien	22	16	16	18
Slowenien	28	21	15	21,3
Neuseeland	14	25	26	21,7
Spanien	29	22	17	22,7
Griechenland	27	19	24	23,3
Singapur	38	4	28	23,3
Hongkong	50	2	23	25
Slowakische Republik	30	26	30	28,7
Portugal	32	32	29	31
Ungarn	37	33	25	31,7
Costa Rica	23	29	43	31,7
Polen	40	30	32	34
Jamaika	6	39	61	35,3

Kroatien	51	28	31	36,7
Südkorea	58	27	27	37,3
Makedonien	44	31	38	37,7
Uruguay	31	37	47	38,3
Chile	26	34	55	38,3
Bulgarien	35	42	41	39,3
Estland	45	43	33	40,3
Tunesien	33	40	48	40,3
Jordanien	15	53	54	40,7
Trinidad und Tobago	24	65	39	42,7
Saint Lucia	25	46	57	42,7
Litauen	59	44	34	45,7
Lettland	52	50	36	46
Weißrußland	64	48	35	49
Algerien	41	66	42	49,7
Mexiko	34	59	56	49,7
Malaysia	69	36	45	50
Türkei	43	60	49	50,7
Iran	48	56	52	52
Ägypten	42	63	53	52,7
Sri Lanka	61	41	59	53,7
Ukraine	65	51	46	54
Venezuela	39	47	78	54,7
Rumänien	77	49	40	55,3
Armenien	57	38	74	56,3
Panama	46	54	72	57,3
Kolombien	47	62	69	59,3
Aserbaidschan	63	55	66	61,3
Marokko	56	67	64	62,3
Kasachstan	76	78	37	63,7
EL Salvador	49	69	76	64,7
Georgien	66	45	83	64,7
Thailand	81	71	44	65,3
Turkmenistan	62	76	58	65,3
Rußland	74	72	51	65,7
Usbekistan	67	64	67	66
Kirgisistan	73	68	60	67
China	84	57	63	68
Dominikanische Republik	72	83	50	68,3
Paraguay	53	61	99	71
Brasilien	54	79	82	71,7
Moldawien	83	52	84	73
Peru	78	70	73	73,7
Guatemala	60	82	79	73,7
Guyana	68	87	70	75

Ecuador	79	73	75	75,7
Vietnam	75	74	81	76,7
Philippinen	109	58	71	79,3
Honduras	55	81	108	81,3
Tadschikistan	71	77	102	83,3
Indien	102	84	65	83,7
Indonesien	120	75	62	85,7
Pakistan	97	88	80	88,3
Mongolei	86	80	100	88,7
Jemen	70	90	107	89
Ghana	92	93	88	91
Bolivien	85	85	103	91
Bangladesh	105	86	85	92
Laos	91	95	90	92
Nepal	89	91	97	92,3
Senegal	82	94	101	92,3
Guinea	88	101	89	92,7
Südafrika	110	108	68	95,3
Mauritanien	104	98	87	96,3
Kamerun	80	107	105	97,3
Uganda	99	103	94	98,7
Papua-Neuguinea	115	89	93	99
Kambodscha	122	92	86	100
Madagaskar	95	96	110	100,3
Botswana	108	119	77	101,3
Ruanda	100	114	91	101,7
Guinea-Bissau	90	104	111	101,7
Mosambik	87	116	106	103
Côte d'Ivoire	103	112	95	103,3
Burkina-Faso	94	106	112	104
Nigeria	101	99	113	104,3
Niger	93	102	121	105,3
Gambia	116	97	104	105,7
Namibia	107	113	98	106
Burundi	96	111	116	107,7
Äthiopien	98	105	122	108,3
Tansania	106	109	115	110
Mali	119	100	114	111
Kenia	117	110	109	112
Swasiland	123	122	92	112,3
Simbabwe	118	123	96	112,3
Zentralafrikanische Republik	112	115	119	115,3
Malawi	111	118	118	115,7
Lesotho	114	120	117	117
Sierra Leone	113	117	123	117,7

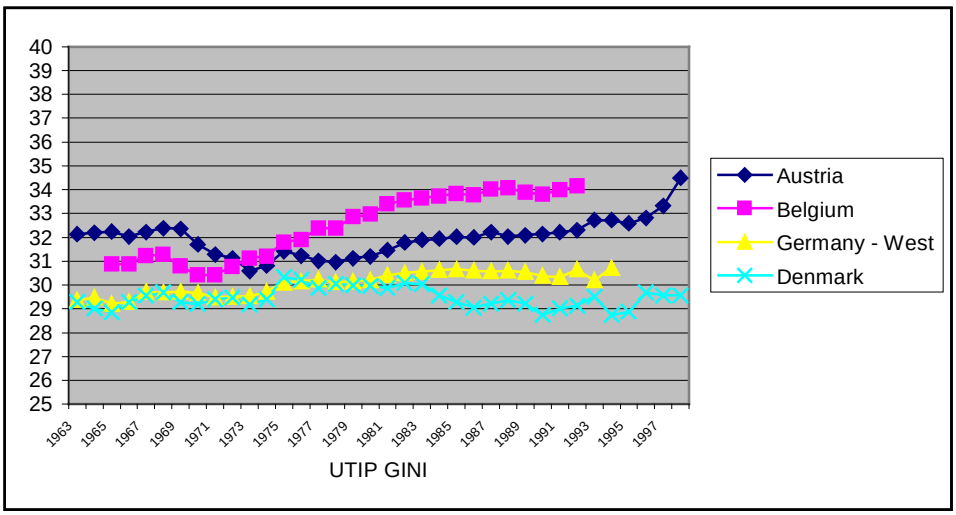
Sambia	121	121	120	120,7

Arbeitsblatt 2: Tendenz zur weltweiten Einkommenspolarisierung, Anteile der ärmsten 20%

Schlüsse hierüber können aus der Datenreihe des Ungleichheitsprojekts an der Universität Texas[23] (Leitung Prof. J. K. Galbraith) gezogen werden.

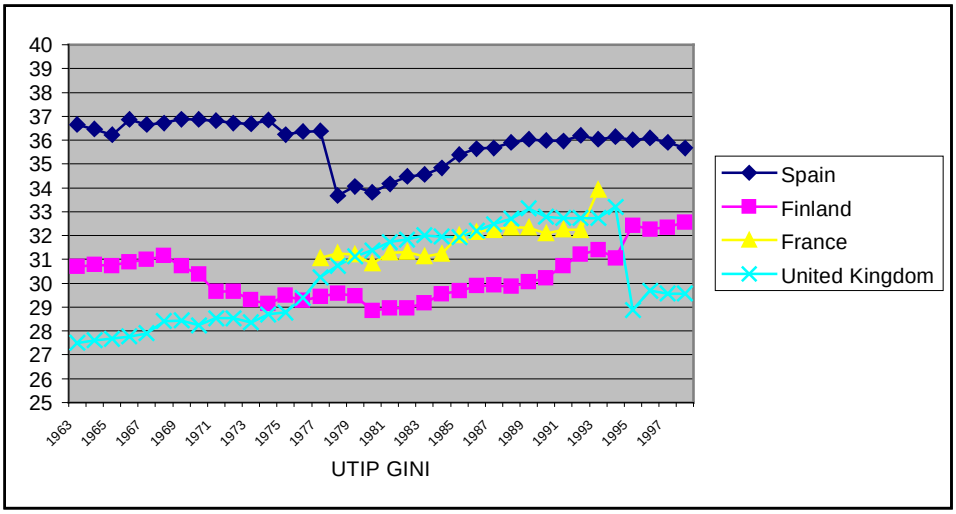
Es vergleicht zunächst den Theil-Index der **Ungleichheit der Löhne** der einzelnen Wirtschaftssektoren nach UNIDO jeweils ab 1963. Basierend auf diesen Daten werden in einem zweiten Schritt dann die GINI-Indices der Ungleichheit in der gesamten Ökonomie ökonometrisch für jedes einzelne Jahr geschätzt. Der GINI-Index der Ungleichheit ist das bekannteste Maß der wirtschaftlichen Ungleichheit, er reicht hier von 0 bis 100 (i.e. GINI * 100) - zur Methodik wird auf die Literatur[24] verwiesen.

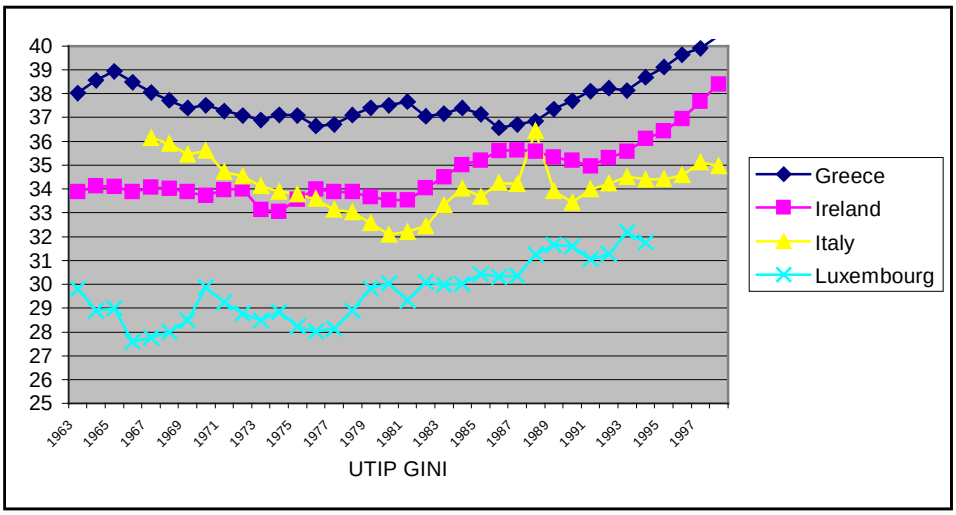
Die Datenreihen zeigen an, wie in in vielen Staaten Europas die Ungleichheit der Tendenz nach im Wachsen begriffen ist.

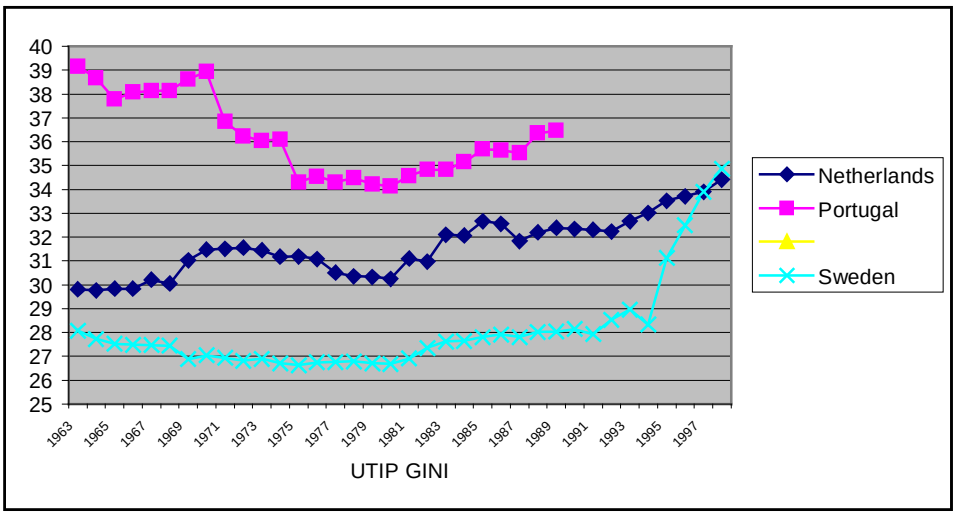


---

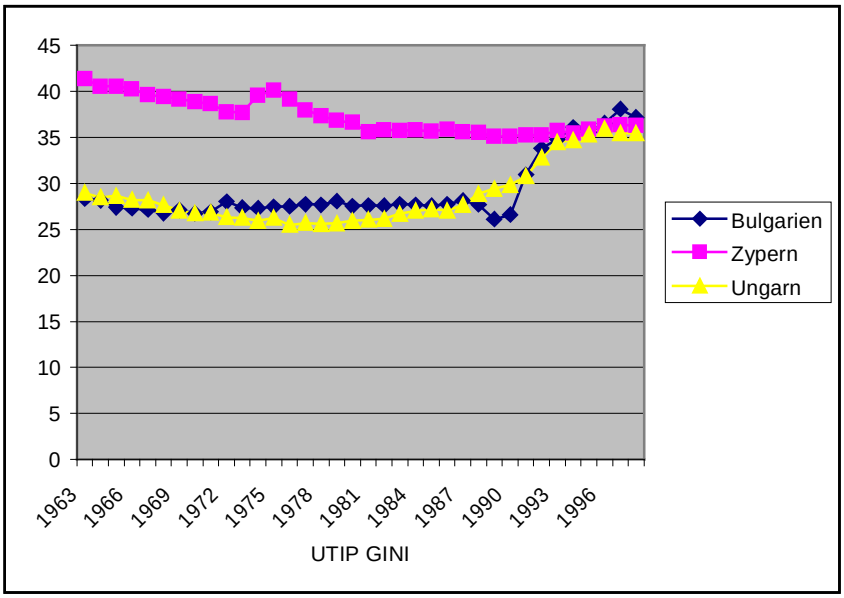
[23] http://utip.gov.utexas.edu/
[24] http://www.panix.com/~dhenwood/Gini_supplement.html
[25] zur maschinenlesbaren Form der für 1995 erhobenen Gleichstellungspolitik-Variablen aus dem Human Development Report 1998 des UNDP vgl. http://www.undp.org/hdro/hdrs/1998/english/98gem.htm
[26] Quelle: Weltbank.
Die Daten sind auf der folgenden Webseite herunterladbar:
http://wbln0018.worldbank.org/HDNet/HDdocs.nsf/0/F23074DB8337632E8525679800501D09?OpenDocument
[27] http://www.ciesin.org/indicators/ESI/
[28] zu bedenken ist hier allerdings, dass für Gesamtdeutschland erst Daten nach der Wiedervereinigung vorhanden sind.
[29] Erfüllung des Kriteriums = 1, keine Daten = 0; Nicht-Erfüllung = - 1

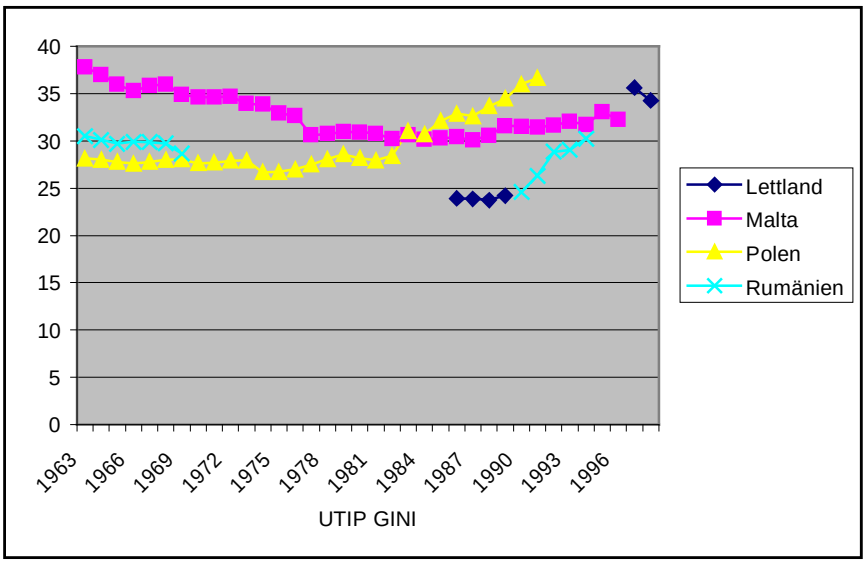

40
39
38
37
36
35
34
33
32
31
30
29
28
27
26
25
1963
1965
1967
1969
1971
1973
1975
1977
1979
1981
1983
1985
1987
1989
1991
1993
1995
1997
UTIP GINI
Spain
Finland
France
United Kingdom

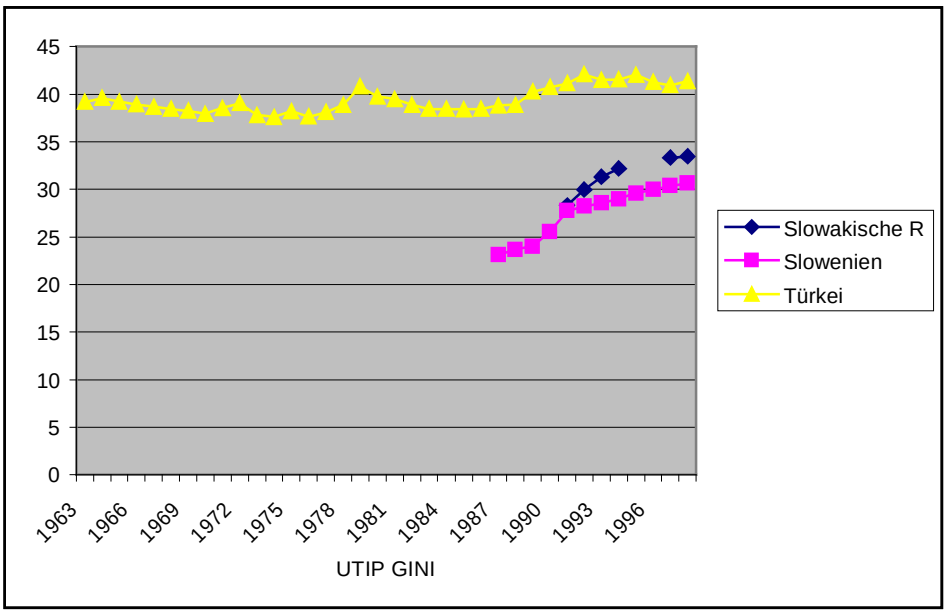

40
39
38
37
36
35
34
33
32
31
30
29
28
27
26
25
1963
1965
1967
1969
1971
1973
1975
1977
1979
1981
1983
1985
1987
1989
1991
1993
1995
1997
UTIP GINI
Greece
Ireland
Italy
Luxembourg



Unausgewogene Entwicklung in den Beitrittsstaaten:







Diese Aussagen werden auch durch folgende Tabelle erhärtet

Land	Kodierung	Jahr	EHII2 = ökonometrisch geschätzter GINI-Koeffizient der Ungleichheit der Einkommen (reicht von 0 bis 100, höchster Wert), 1999	world equality rank Rangplatz der weltweiten Gleichheit (Land mit der niedrigsten Ungleichheit Rang 1)
Turkey	TUR	1998	41,36	57
Greece	GRC	1998	40,43	53
Ireland	IRL	1998	38,4	41

Bulgaria	BGR	1998	37,19	35
Poland	POL	1998	36,63	31
Cyprus	CYP	1998	36,27	29
Lithuania	LTU	1998	35,96	27
Spain	ESP	1998	35,68	26
Hungary	HUN	1998	35,45	23
Italy	ITA	1998	34,97	21
Sweden	SWE	1998	34,87	19
Austria	AUT	1998	34,5	16
Netherlands	NLD	1998	34,42	15
Latvia	LVA	1998	34,29	14
France	FRA	1998	33,92	12
Slovakia	SVK	1998	33,47	11
United Kingdom	GBR	1998	33,21	10
Finland	FIN	1998	32,56	9
Malta	MLT	1996	32,29	8
Slovenia	SVN	1998	30,65	3
Denmark	DNK	1998	29,56	1

Die Rangskala der Globalisierung in den 90-er Jahren (Zeitreihenkorrelation mit der Datenbank der Weltbank)

Poland	0,976201163
France	0,923251832
Latvia	0,850420376
Slovak Republic	0,830598053
Romania	0,828509635
Estonia	0,819545522
Lithuania	0,819503297
Austria	0,784752004
Belgium	0,783460606
Denmark	0,782454137
Turkey	0,779277999
Hungary	0,760458888
Germany	0,749581833
Netherlands	0,723370536
Bulgaria	0,721523446
Czech Republic	0,705120675
Sweden	0,625448008
Ireland	0,623355402
United Kingdom	0,594022094
Finland	0,587703655
Spain	0,441470361
Portugal	0,428873724
Slovenia	0,40350414
Italy	0,257871861
Malta	0,201951062
Greece	-0,468688934
Cyprus	-0,908983441

Wo die Menschen ab 1993 am meisten/wenigsten aus der Beschäftigung gedrängt werden (Zeitreihenkorrelation mit der Datenbank der EU-Kommission)

Bulgaria	1
Turkey	1
Slovak Republic	0,963466788
Poland	0,95372389
Romania	0,924500327
Lithuania	0,878384673
Estonia	0,855133372
Greece	0,850537781
Czech Republic	0,595307604
Germany	0,026935365
Austria	-0,248344774
Italy	-0,273268889
Slovenia	-0,627576065
Belgium	-0,737341348
Portugal	-0,747965304
France	-0,774969197
Luxembourg	-0,793155965
Sweden	-0,838595228
Denmark	-0,934112058
Spain	-0,952862564
Netherlands	-0,955104116
Latvia	-0,956182887
Finland	-0,983027585
Hungary	-0,989898277
United Kingdom	-0,990897162
Ireland	-0,992808212
Malta	-1
Cyprus	-1

Wo die Ungleichheit ab 1990 am meisten/wenigsten zunimmt (Zeitreihenkorrelation mit der Datenbank des University of Texas Inequality Projects)

Slovak Republic	0,96171308
Czech Republic	0,949021862
Spain	0,942810946
Hungary	0,932263417
Latvia	0,925759467
Romania	0,9219928
Portugal	0,920701039
Bulgaria	0,848180797
Netherlands	0,816660344
Slovenia	0,811852204
Turkey	0,807429306
Ireland	0,776950739
Poland	0,774408074
Greece	0,761708206
Malta	0,754372441
United Kingdom	0,743169858
Luxembourg	0,706124572
Denmark	0,70255768
Sweden	0,677191139
Austria	0,578546506

Italy	0,494141082
Finland	0,394347525
France	-0,074639091
Cyprus	-0,590558045
Belgium	-0,743385836
Lithuania	-0,77763354
Germany	-0,874549126

Wo das Wachstum am meisten/wenigsten einbrach (Zeitreihenkorrelation mit der Datenbank der EU-Kommission)

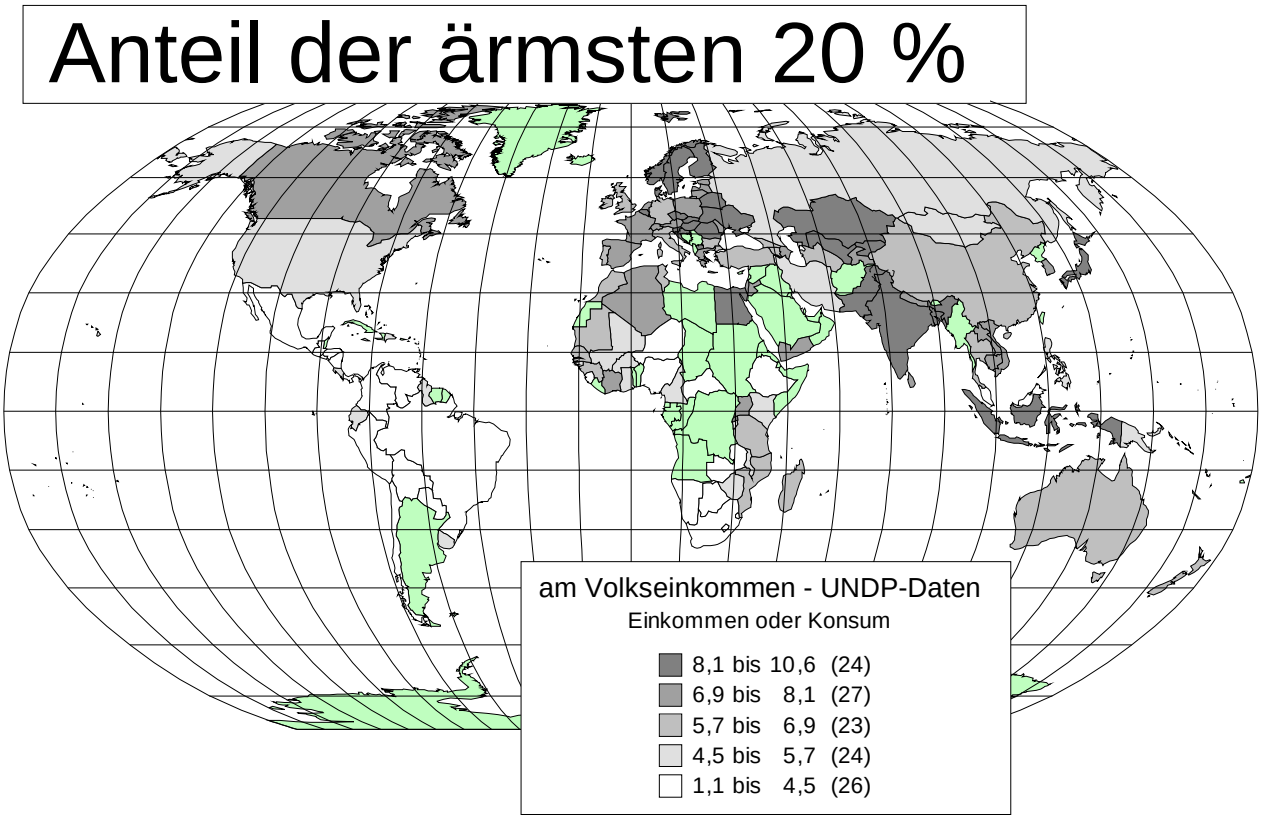
Bulgaria	-0,413993792
Romania	-0,356383002
Italy	-0,26194029
Cyprus	-0,246529247
Latvia	-0,212447392
Estonia	-0,09556561
Lithuania	-0,036069613
Turkey	-0,01608419
Czech Republic	0,005336061
Finland	0,006089846
Hungary	0,09484515
Belgium	0,098201967
Portugal	0,101507658
Sweden	0,106675043
France	0,108263507
United Kingdom	0,165629319
Slovak Republic	0,188816354
Austria	0,191598031
Spain	0,218721893
Denmark	0,237356983
Germany	0,241427634
Luxembourg	0,294276315
Greece	0,312676035
Malta	0,315301647
Poland	0,455438549
Netherlands	0,522561551
Slovenia	0,743812011
Ireland	0,76896718

	lineare Korrelation über die Zeit ab 1990 - Zuwachs der Ungleichheit der Löhne zwischen über 20 Sektoren (UNIDO/UTIP)	Weltrang des Zuwachses der Ungleichheit
Czech R	0,99747798	1
Hungary	0,966463	7
Slovakia	0,96171308	8
Greece	0,95396153	11

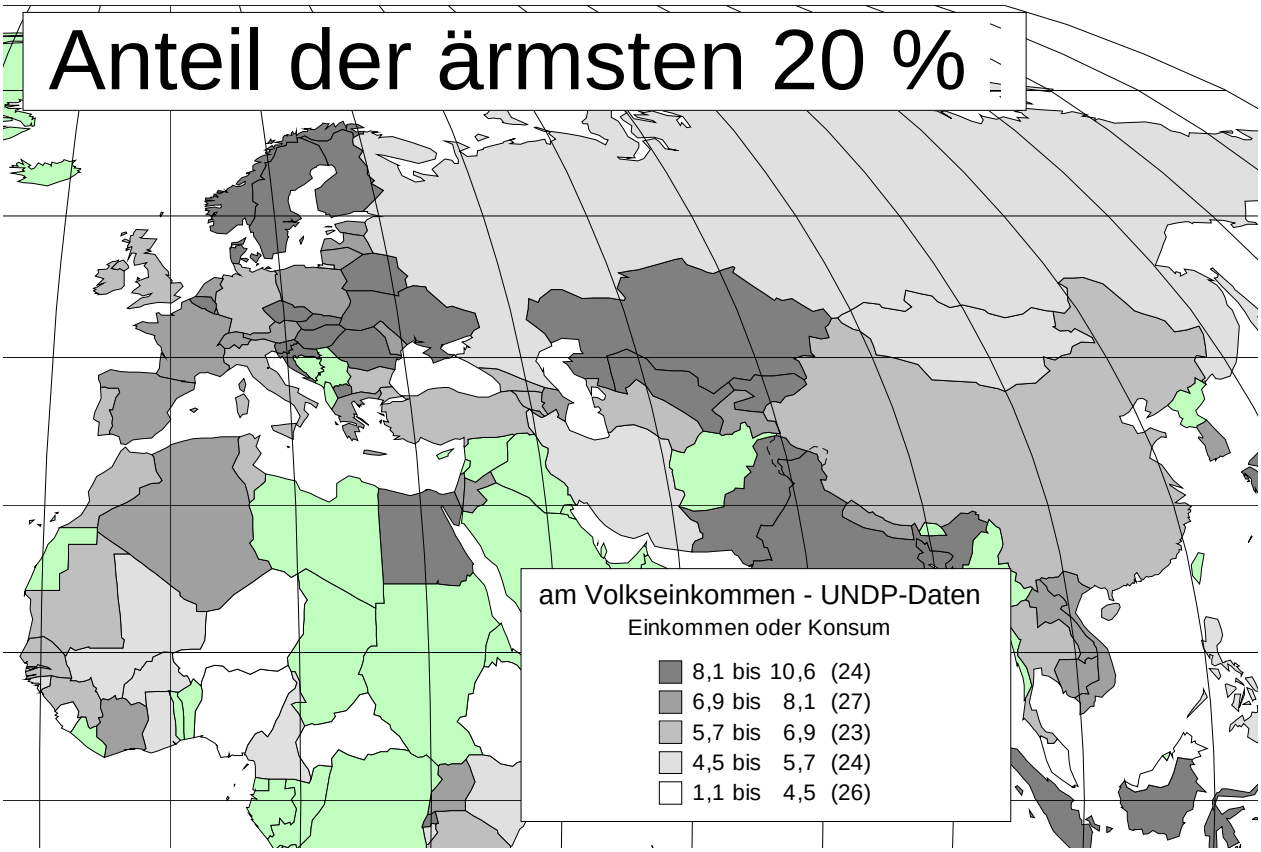
Belgium	0,94967211	12
Netherlands	0,93393767	14
Romania	0,9219928	16
Ireland	0,91920163	17
Poland	0,91798828	18
Bulgaria	0,89002523	20
Italy	0,87843308	22
Sweden	0,87587592	23
Austria	0,77851033	36
Finland	0,76331219	39
Spain	0,60498507	48
Malta	0,56452163	51
Slovenia	0,44375542	56
Denmark	0,39952578	60
Turkey	0,12985034	66
Cyprus	0,05904335	70
Luxembourg	-0,12398163	78
United Kingdom	-0,13457246	79
France	-0,16694632	80
Lithuania	-0,77763354	102
Germany	-0,87454913	106

Zwischenergebnis: Polen, Rumänien, Slowenien, und Lettland weisen eine zeitlich steigende Ungleichheit auf, und auch die Verarmung in diesen Staaten hat zeitlich zugenommen. Die vorhandenen Eurostat-Daten zeigen weiters an, dass es lediglich Litauen und Bulgarien im Zeitverlauf gelungen ist, eine wachsende Ungleichheit zu vermeiden. Diese beiden Staaten haben auch ihre Rate der Verarmung im Zeitverlauf verringert.

Fazit: Polen, Rumänien, Slowenien, und Lettland werden nach Vollbeitritt deutliche Signale in der Verteilungspolitik setzen müssen.



Quelle: eigene Zusammenstellungen und Berechnungen aus UNDP, 2003


Anteil der ärmsten 20 %
am Volkseinkommen - UNDP-Daten
Einkommen oder Konsum
8,1 bis 10,6 (24)
6,9 bis 8,1 (27)
5,7 bis 6,9 (23)
4,5 bis 5,7 (24)
1,1 bis 4,5 (26)

Arbeitsblatt 3: Senkung der Kindersterblichkeit, Politik einer hohen Lebenserwartung

geordnet nach Rangverlusten

Land	Infant mortality rate (per 1,000 live births) 1970 Kindersterblichkeit, 1970	Infant mortality rate (per 1000 live births) 2001 Kindersterblichkeit, 2001	Rang Vermeidung der Kindersterblichkeit 2001	Rang Vermeidung der Kindersterblichkeit 1970	Ranggewinn/Verlust 1970 bis 2001
Zambia	109	112	142	98	-44
Congo	100	81	125	89	-36
Botswana	99	80	124	88	-36
Lebanon	45	28	82	46	-36
Zimbabwe	86	76	116	82	-34
Latvia	21	17	54	20	-34
Georgia	36	24	73	40	-33
Ukraine	22	17	56	24	-32
Belarus	22	17	55	23	-32
Kenya	96	78	118	87	-31
Belize	56	34	91	60	-31
Nigeria	120	110	141	111	-30
Moldova, Rep, of	46	27	80	50	-30
Madagascar	109	84	126	97	-29
South Africa	80	56	106	78	-28
Tajikistan	78	53	103	76	-27
Russian Federation	29	18	61	34	-27
Guyana	81	54	104	79	-25
Estonia	21	11	43	19	-24
Congo, Dem, Rep, of the	148	129	149	129	-20
Burundi	138	114	143	123	-20
Uganda	110	79	119	99	-20
Suriname	51	26	77	57	-20
Pakistan	117	84	127	108	-19
Papua New Guinea	106	70	114	95	-19
Sudan	104	65	111	92	-19
Swaziland	132	106	139	121	-18
Rwanda	124	96	132	114	-18
Philippines	60	29	83	65	-18
Tanzania, U, Rep, of	129	104	137	120	-17
Paraguay	57	26	78	61	-17

Bulgaria	28	14	49	32	-17
New Zealand	17	6	26	10	-16
Australia	17	6	25	9	-16
Cameroon	127	96	133	118	-15
Romania	46	19	64	49	-15
Panama	46	19	63	48	-15
United States	20	7	31	16	-15
United Kingdom	18	6	27	12	-15
Mauritania	150	120	147	133	-14
Central African Republic	149	115	145	131	-14
Lesotho	125	91	129	115	-14
Namibia	104	55	105	91	-14
Dominican Republic	91	41	99	85	-14
Venezuela	47	19	65	51	-14
Ireland	20	6	28	15	-13
Albania	68	26	79	70	-9
Lithuania	23	8	34	25	-9
Netherlands	13	5	14	5	-9
Jordan	77	27	81	74	-7
Switzerland	15	5	15	8	-7
Mozambique	163	125	148	142	-6
Ethiopia	160	116	146	140	-6
Fiji	50	18	62	56	-6
Slovakia	25	8	35	29	-6
Angola	180	154	151	146	-5
China	85	31	86	81	-5
Bahamas	38	13	47	42	-5
Myanmar	122	77	117	113	-4
Ghana	112	57	107	103	-4
Jamaica	49	17	58	55	-3
Trinidad and Tobago	49	17	57	54	-3
Israel	24	6	29	26	-3
Luxembourg	19	5	17	14	-3
Canada	19	5	16	13	-3
Barbados	40	12	45	43	-2
Finland	13	4	6	4	-2
Norway	13	4	5	3	-2
Sierra Leone	206	182	153	152	-1
Niger	197	156	152	151	-1
Benin	149	94	131	130	-1
Lao People's Dem, Rep,	145	87	128	127	-1

Togo	128	79	120	119	-1
Kyrgyzstan	111	52	102	101	-1
Brazil	95	31	87	86	-1
Thailand	74	24	74	73	-1
Poland	32	8	36	36	0
Belgium	21	5	18	18	0
Denmark	14	4	7	7	0
Iceland	13	3	2	2	0
Sweden	11	3	1	1	0
Côte d'Ivoire	158	102	136	137	1
Indonesia	104	33	89	90	1
Qatar	45	11	44	45	1
Mexico	79	24	75	77	2
Uruguay	48	14	50	52	2
Hungary	36	8	37	39	2
Mali	221	141	150	153	3
Burkina Faso	163	104	138	141	3
France	18	4	8	11	3
Japan	14	3	3	6	3
Malawi	189	114	144	148	4
India	127	67	113	117	4
Vanuatu	107	34	92	96	4
Djibouti	160	100	134	139	5
Solomon Islands	71	20	67	72	5
Colombia	69	19	66	71	5
Cuba	34	7	33	38	5
Croatia	34	7	32	37	5
Guatemala	115	43	100	106	6
Haiti	148	79	121	128	7
Ecuador	87	24	76	83	7
Czech Republic	21	4	9	17	8
Nicaragua	113	36	95	104	9
Sri Lanka	65	17	60	69	9
Mauritius	64	17	59	68	9
Malaysia	46	8	38	47	9
Malta	25	5	19	28	9
Guinea	197	109	140	150	10
Equatorial Guinea	165	101	135	145	10
El Salvador	111	33	90	100	10
Macedonia, TFYR	85	22	70	80	10
Austria	26	5	20	30	10
Argentina	59	16	52	63	11
Bahrain	55	13	48	59	11

Cyprus	29	5	21	33	12
Germany	22	4	10	22	12
Morocco	119	39	97	110	13
Syrian Arab Republic	90	23	71	84	13
Bosnia and Herzegovina	60	15	51	64	13
Kuwait	49	9	40	53	13
Bolivia	144	60	110	125	15
Slovenia	25	4	11	27	16
Gambia	183	91	130	147	17
Singapore	22	3	4	21	17
Viet Nam	112	30	84	102	18
Bhutan	156	74	115	134	19
Iran, Islamic Rep, of	122	35	93	112	19
Honduras	116	31	88	107	19
Greece	38	5	22	41	19
Spain	27	4	12	31	19
Peru	115	30	85	105	20
Senegal	164	79	122	143	21
Korea, Rep, of	43	5	23	44	21
Italy	30	4	13	35	22
Bangladesh	145	51	101	126	25
Yemen	194	79	123	149	26
Algeria	143	39	98	124	26
Samoa (Western)	106	20	68	94	26
Costa Rica	62	9	41	67	26
United Arab Emirates	61	8	39	66	27
Maldives	157	58	108	136	28
Comoros	159	59	109	138	29
Nepal	165	66	112	144	32
Brunei Darussalam	58	6	30	62	32
Chile	78	10	42	75	33
Portugal	53	5	24	58	34
Turkey	150	36	96	132	36
Saudi Arabia	118	23	72	109	37
Libyan Arab Jamahiriya	105	16	53	93	40
Egypt	157	35	94	135	41
Tunisia	135	21	69	122	53
Oman	126	12	46	116	70

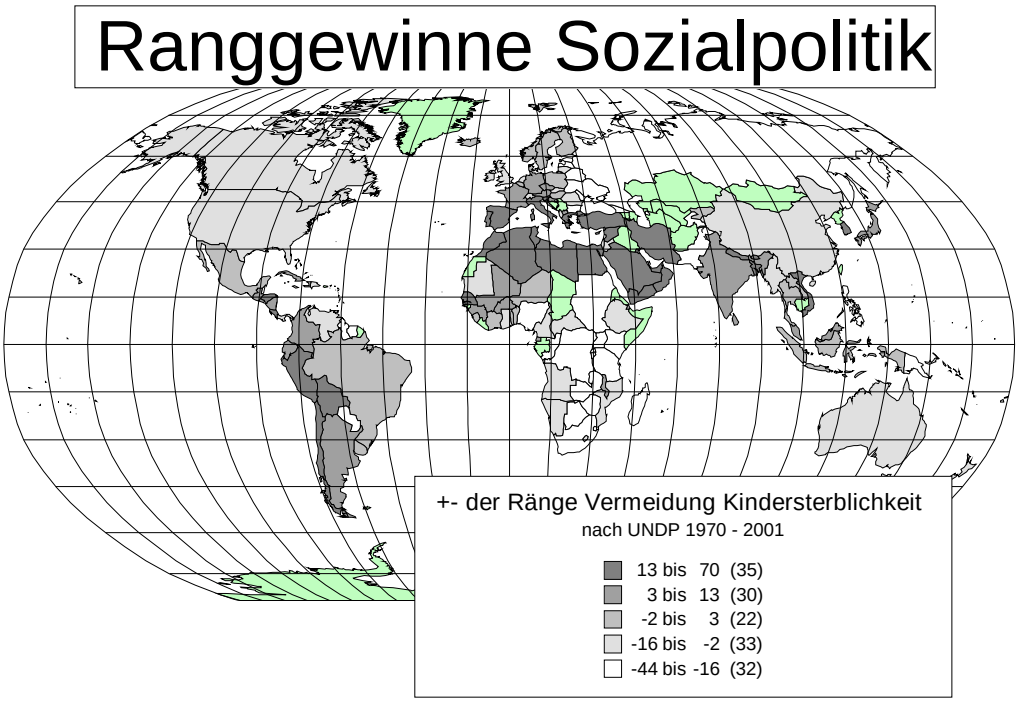
153 Staaten der Weltgesellschaft mit kompletten Daten

Europa, geordnet nach Rängen, 2001

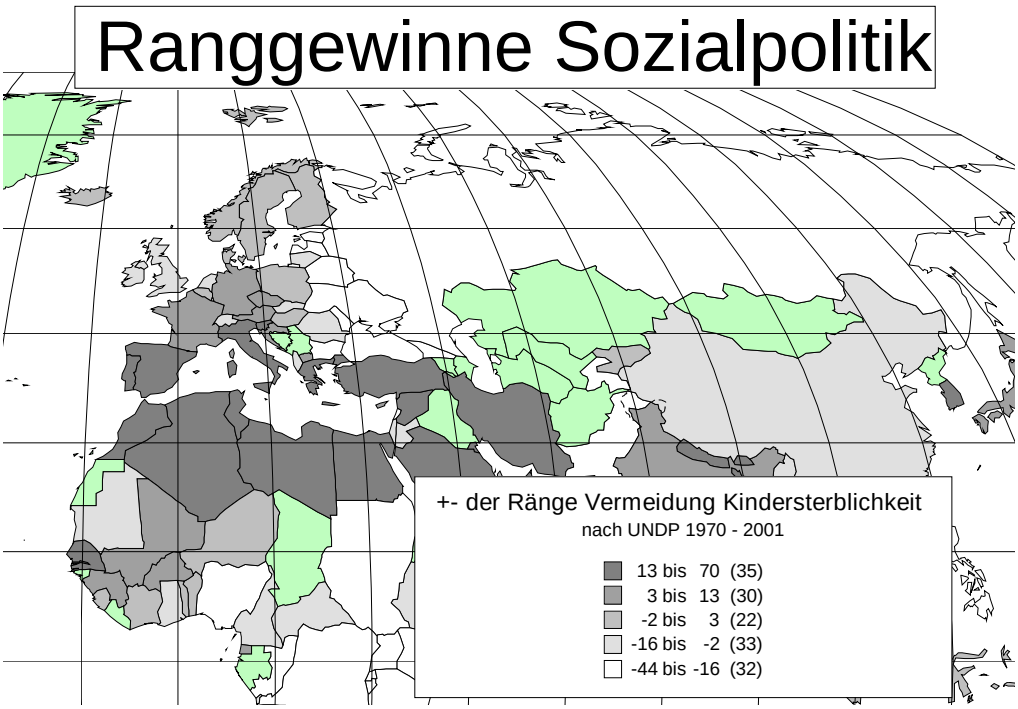
Land	Infant mortality rate (per 1,000 live births) 1970 Kindersterblichkeit, 1970	Infant mortality rate (per 1000 live births) 2001 Kindersterblichkeit, 2001	Rang Vermeidung der Kindersterblichkeit 2001	Rang Vermeidung der Kindersterblichkeit 1970	Ranggewinn/Verlust 1970 bis 2001
Sweden	11	3	1	1	0
Czech Republic	21	4	9	17	8
Denmark	14	4	7	7	0
Finland	13	4	6	4	-2
France	18	4	8	11	3
Germany	22	4	10	22	12
Italy	30	4	13	35	22
Slovenia	25	4	11	27	16
Spain	27	4	12	31	19
Austria	26	5	20	30	10
Belgium	21	5	18	18	0
Cyprus	29	5	21	33	12
Greece	38	5	22	41	19
Luxembourg	19	5	17	14	-3
Malta	25	5	19	28	9
Netherlands	13	5	14	5	-9
Portugal	53	5	24	58	34
Ireland	20	6	28	15	-13
United Kingdom	18	6	27	12	-15
Hungary	36	8	37	39	2
Lithuania	23	8	34	25	-9
Poland	32	8	36	36	0
Slovakia	25	8	35	29	-6
Estonia	21	11	43	19	-24
Bulgaria	28	14	49	32	-17
Latvia	21	17	54	20	-34
Romania	46	19	64	49	-15
Turkey	150	36	96	132	36

Europa, geordnet nach Rangverlusten

Land	Infant mortality rate (per 1,000 live births) 1970 Kindersterblichkeit, 1970	Infant mortality rate (per 1000 live births) 2001 Kindersterblichkeit, 2001	Rang Vermeidung der Kindersterblichkeit 2001	Rang Vermeidung der Kindersterblichkeit 1970	Ranggewinn/Verlust 1970 bis 2001
Latvia	21	17	54	20	-34
Estonia	21	11	43	19	-24
Bulgaria	28	14	49	32	-17
United Kingdom	18	6	27	12	-15
Romania	46	19	64	49	-15
Ireland	20	6	28	15	-13
Netherlands	13	5	14	5	-9
Lithuania	23	8	34	25	-9
Slovakia	25	8	35	29	-6
Luxembourg	19	5	17	14	-3
Finland	13	4	6	4	-2
Sweden	11	3	1	1	0
Denmark	14	4	7	7	0
Belgium	21	5	18	18	0
Poland	32	8	36	36	0
Hungary	36	8	37	39	2
France	18	4	8	11	3
Czech Republic	21	4	9	17	8
Malta	25	5	19	28	9
Austria	26	5	20	30	10
Germany	22	4	10	22	12
Cyprus	29	5	21	33	12
Slovenia	25	4	11	27	16
Spain	27	4	12	31	19
Greece	38	5	22	41	19
Italy	30	4	13	35	22
Portugal	53	5	24	58	34
Turkey	150	36	96	132	36

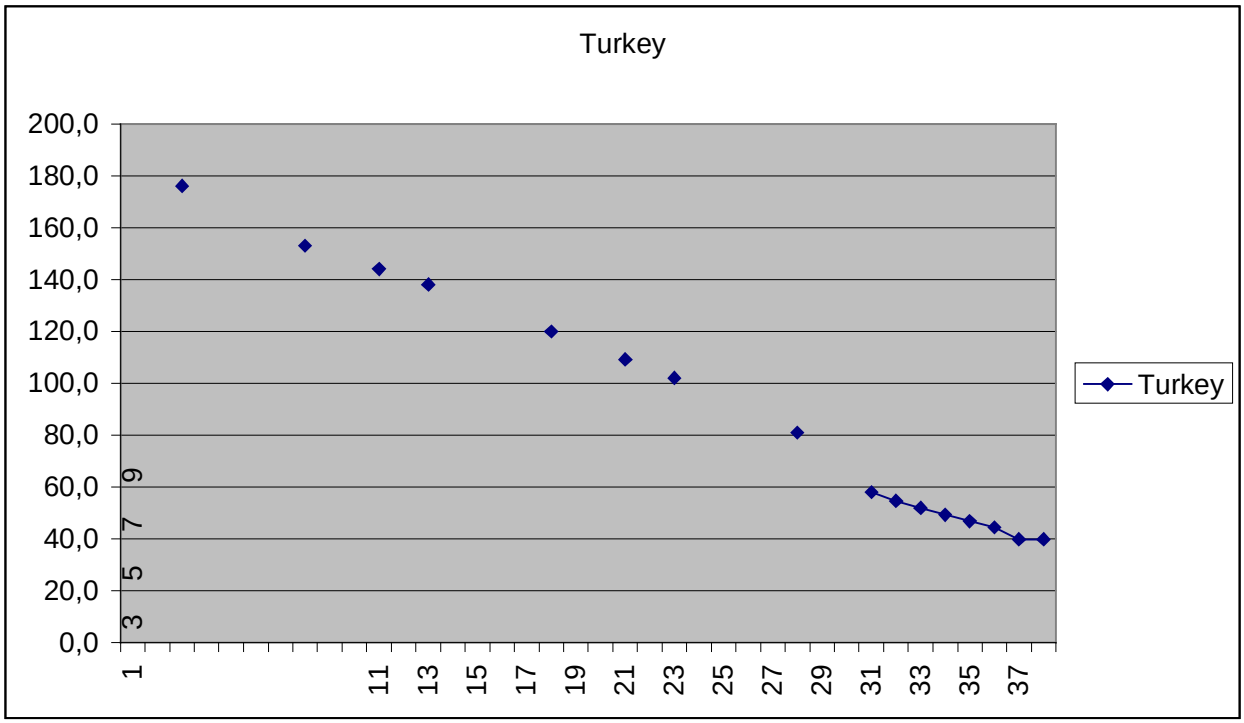


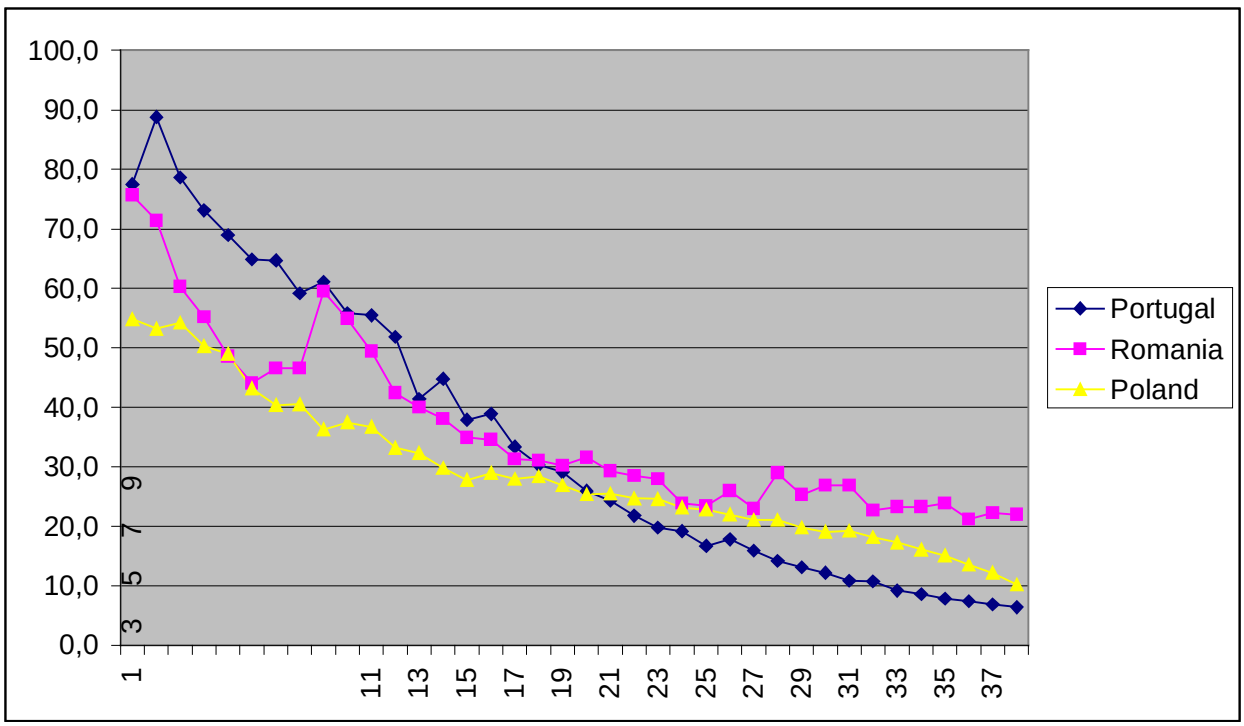
Quelle: eigene Berechnungen und Zusammenstellungen aus UNDP, 2003

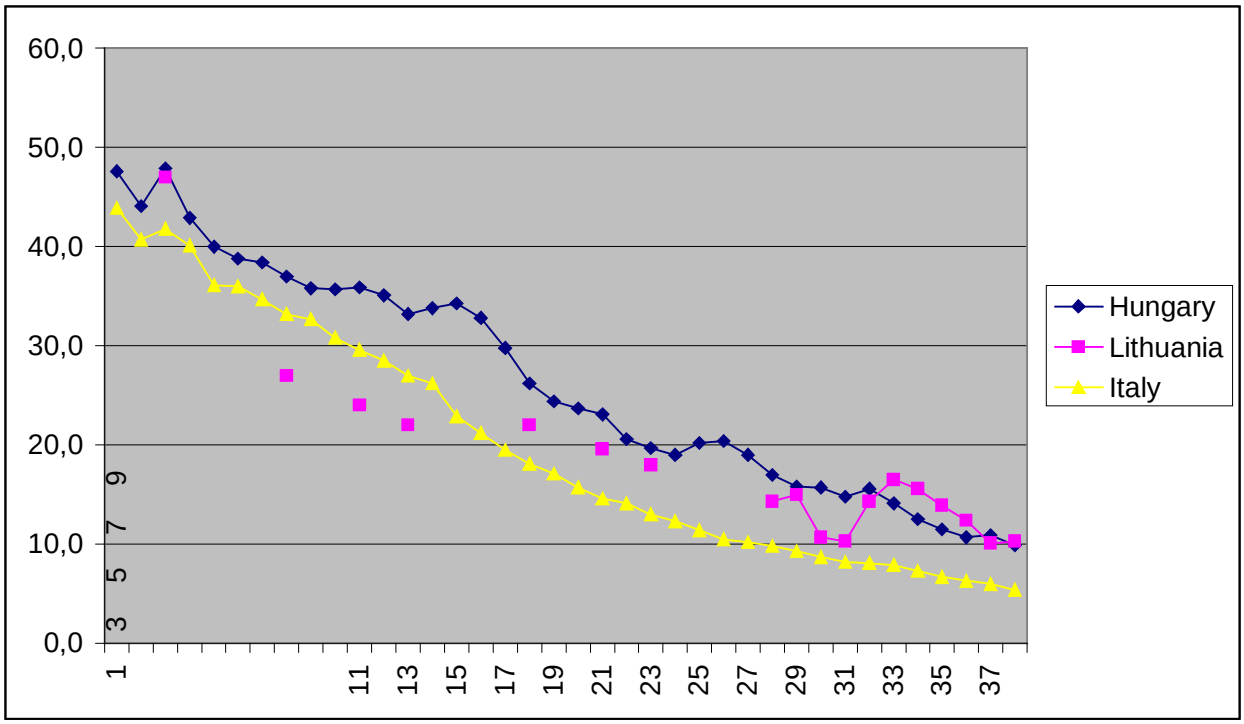


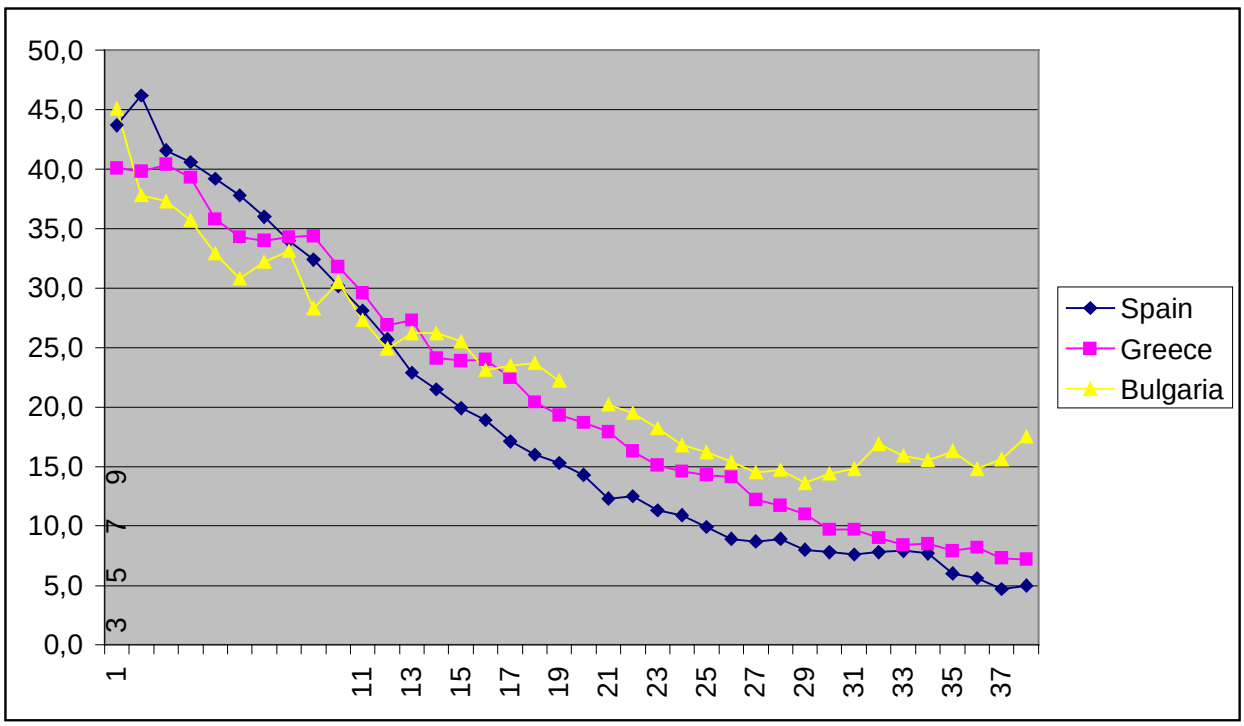
Quelle: siehe oben

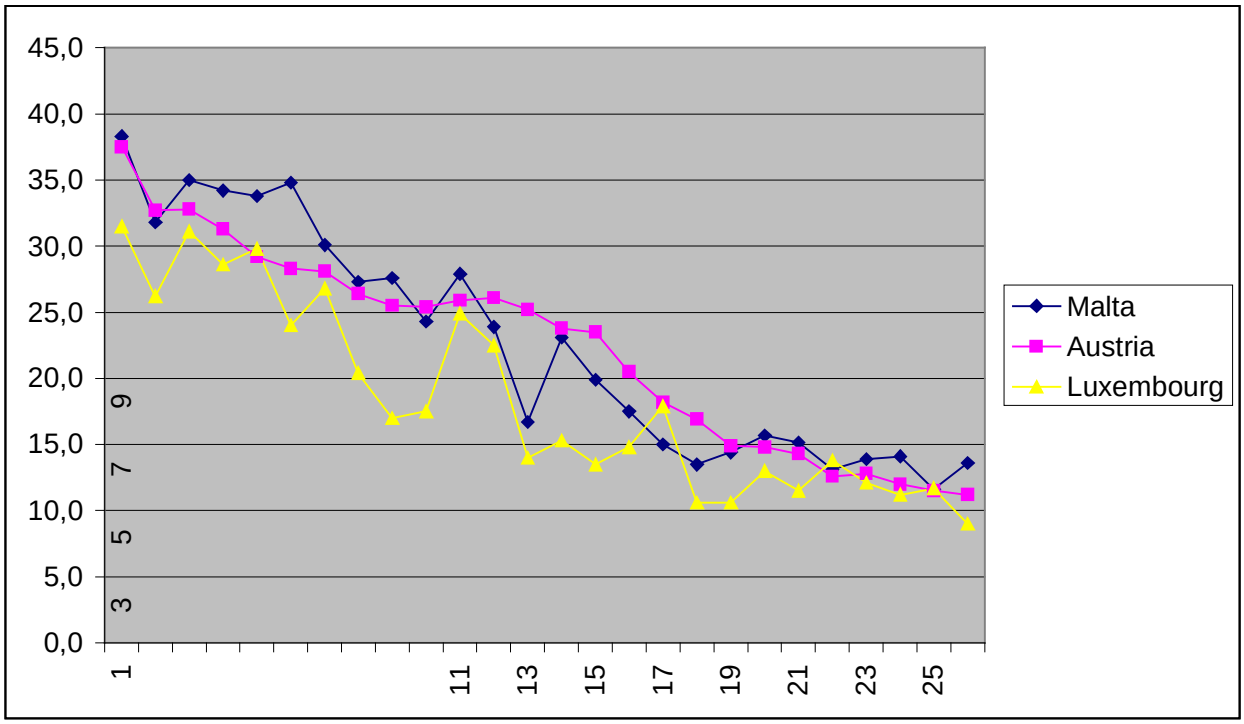
Kindersterblichkeiten in Europa seit 1960 bis 1998 nach Weltbank

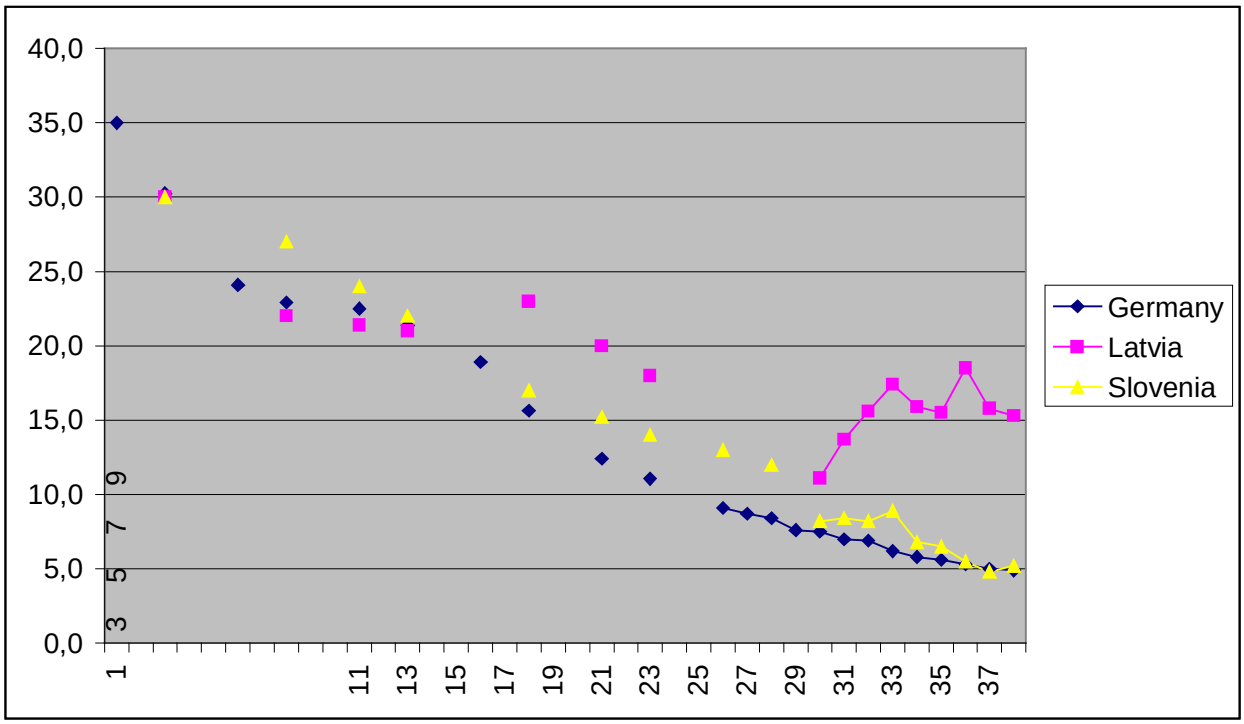


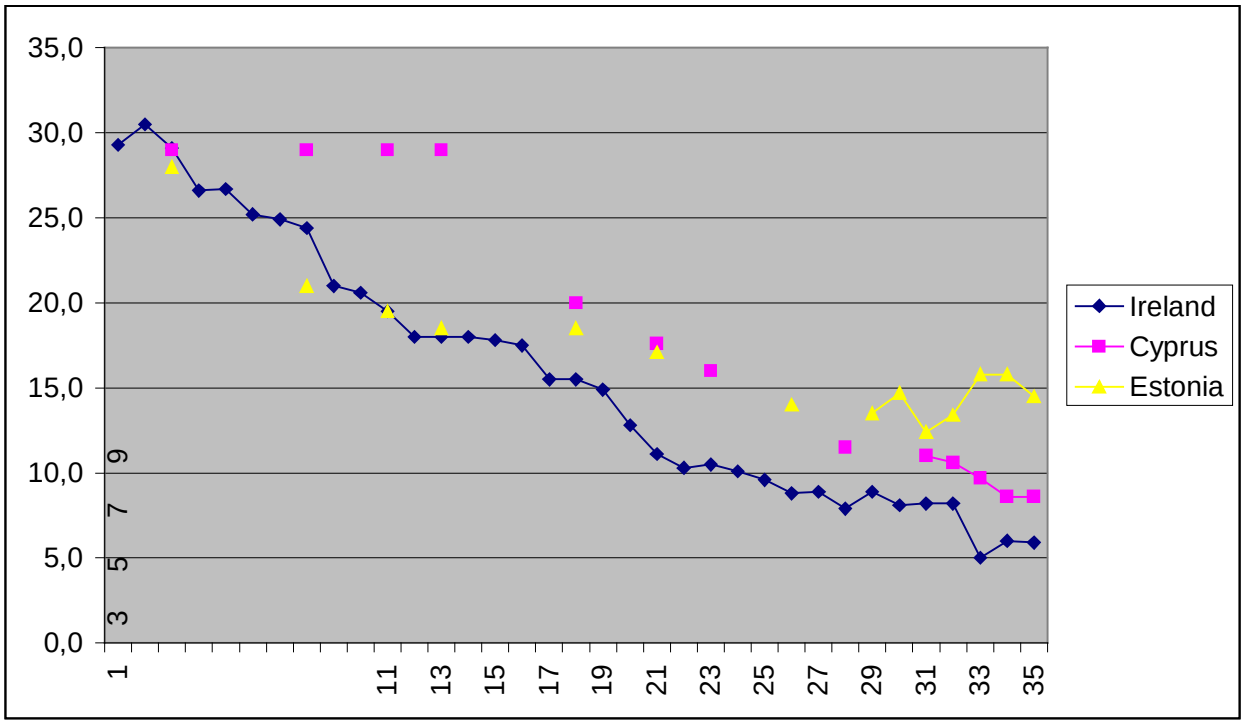


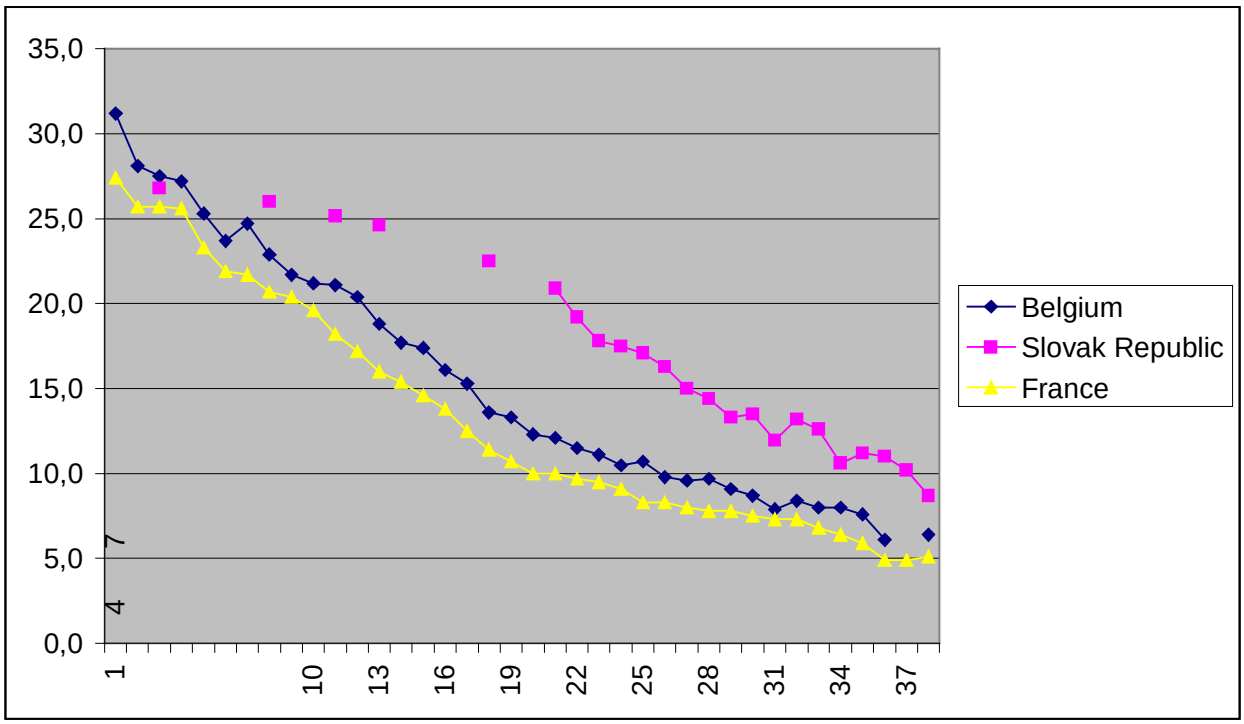

60,0
50,0
40,0
30,0
20,0
10,0
0,0
1
3
5
7
9
11
13
15
17
19
21
23
25
27
29
31
33
35
37
Hungary
Lithuania
Italy

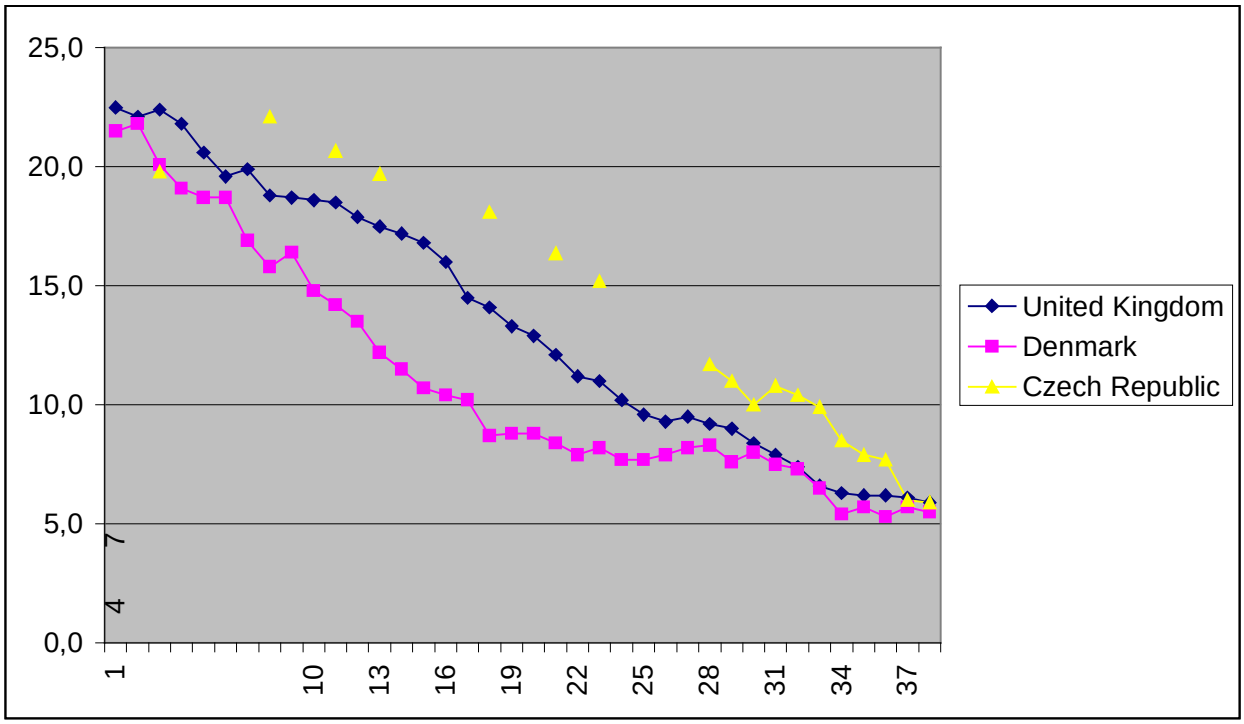

50,0
45,0
40,0
35,0
30,0
25,0
20,0
15,0
10,0
5,0
0,0
1
3
5
7
9
11
13
15
17
19
21
23
25
27
29
31
33
35
37
Spain
Greece
Bulgaria

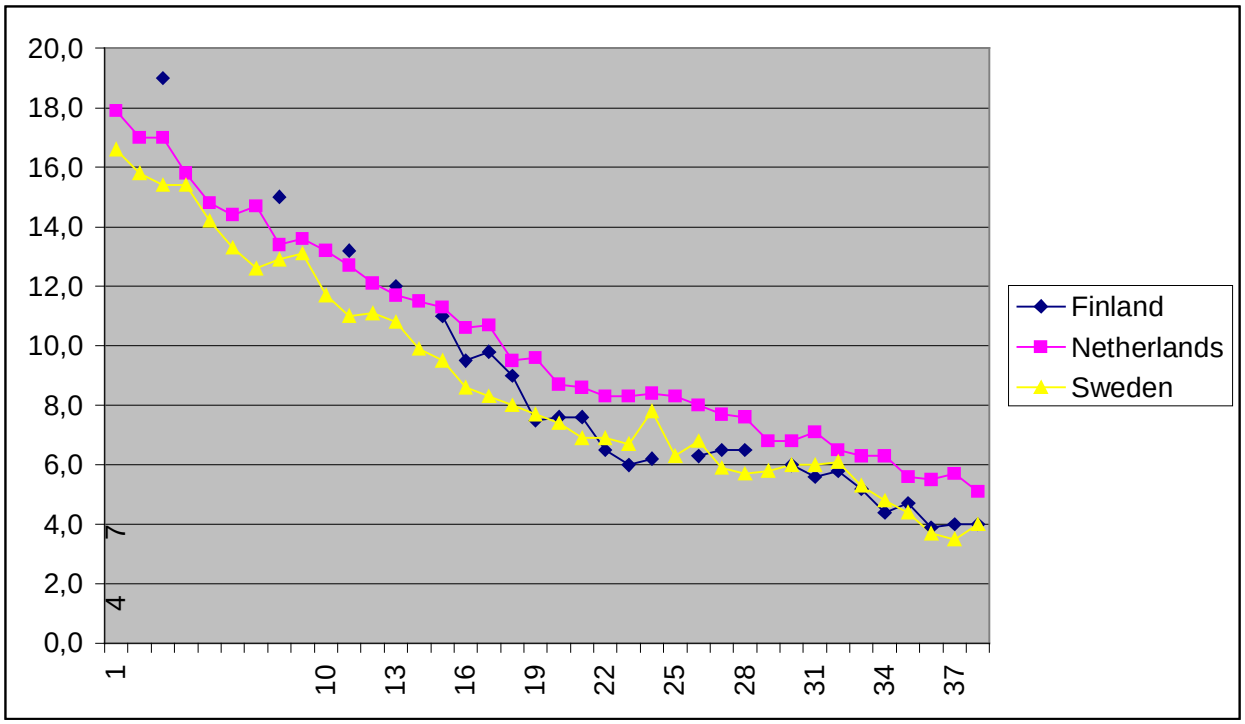

45,0
40,0
35,0
30,0
25,0
20,0
15,0
10,0
5,0
0,0
3
5
7
9
1
11
13
15
17
19
21
23
25
Malta
Austria
Luxembourg


40,0
35,0
30,0
25,0
20,0
15,0
10,0
5,0
0,0
3
5
7
9
1
11
13
15
17
19
21
23
25
27
29
31
33
35
37
Germany
Latvia
Slovenia


35,0
30,0
25,0
20,0
15,0
10,0
5,0
0,0
3
5
7
9
1
11
13
15
17
19
21
23
25
27
29
31
33
35
Ireland
Cyprus
Estonia

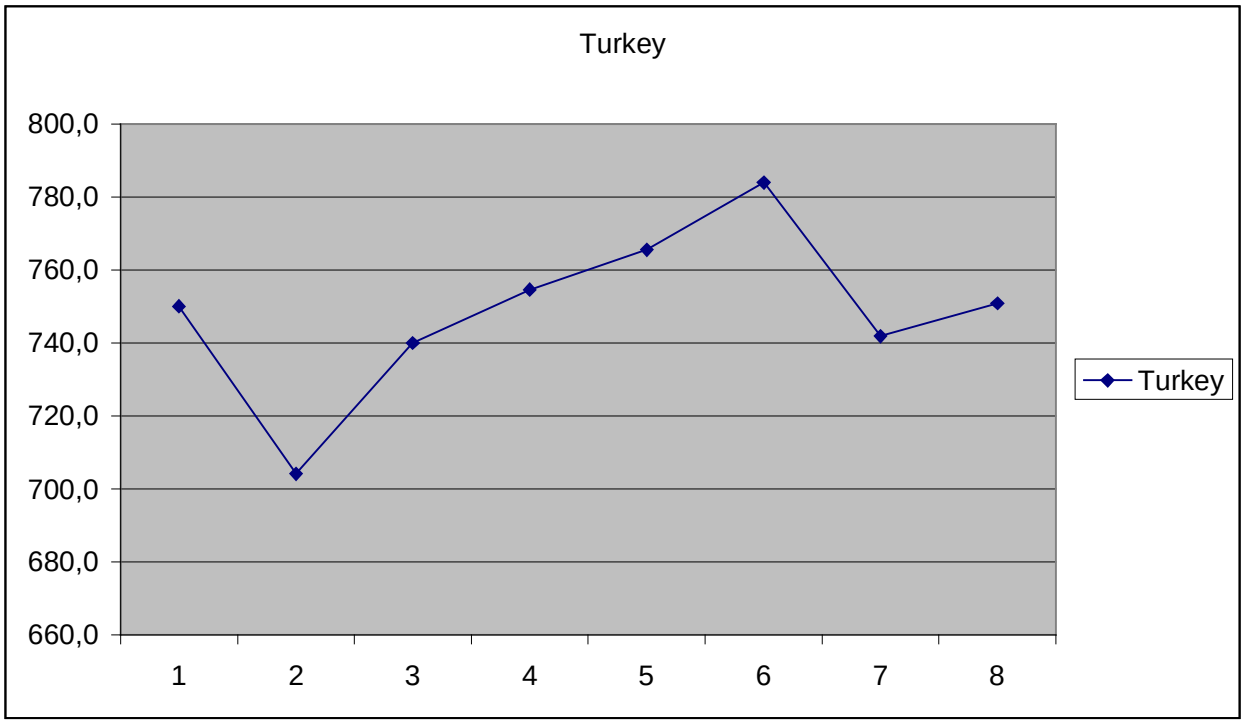

35,0
30,0
25,0
20,0
15,0
10,0
5,0
0,0
4
7
1
10
13
16
19
22
25
28
31
34
37
Belgium
Slovak Republic
France

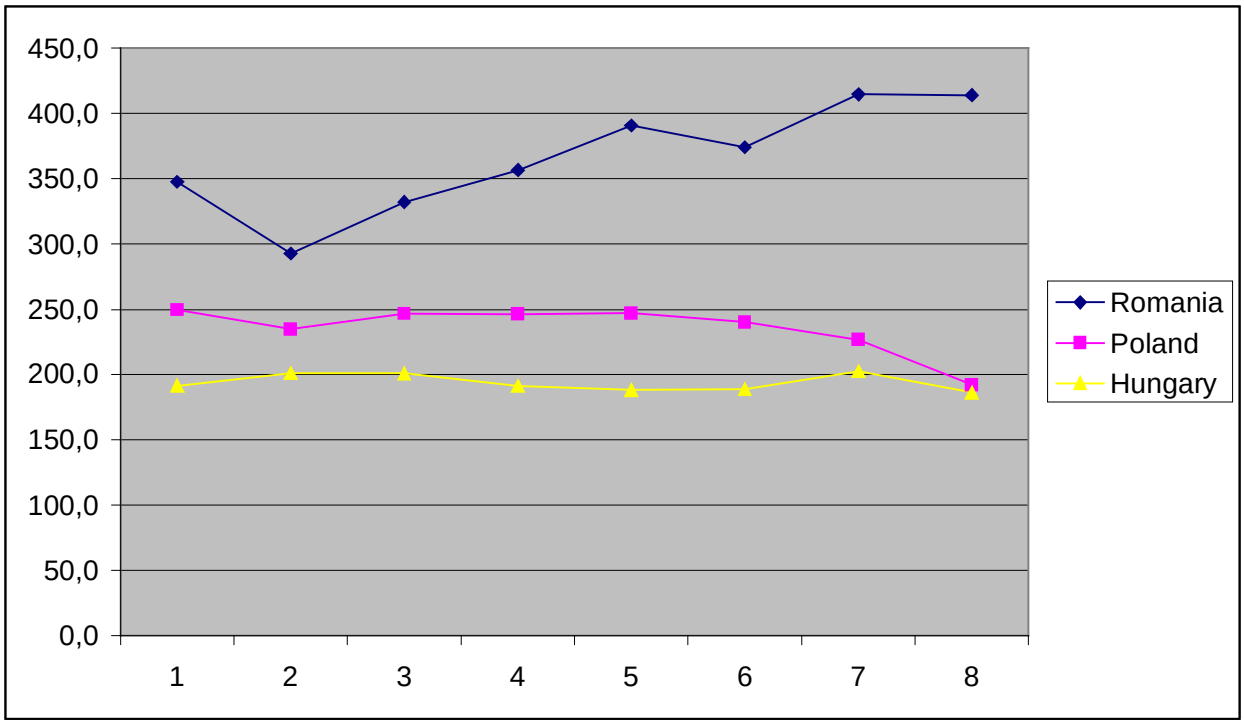

25,0
20,0
15,0
10,0
5,0
0,0
1
4
7
10
13
16
19
22
25
28
31
34
37
United Kingdom
Denmark
Czech Republic

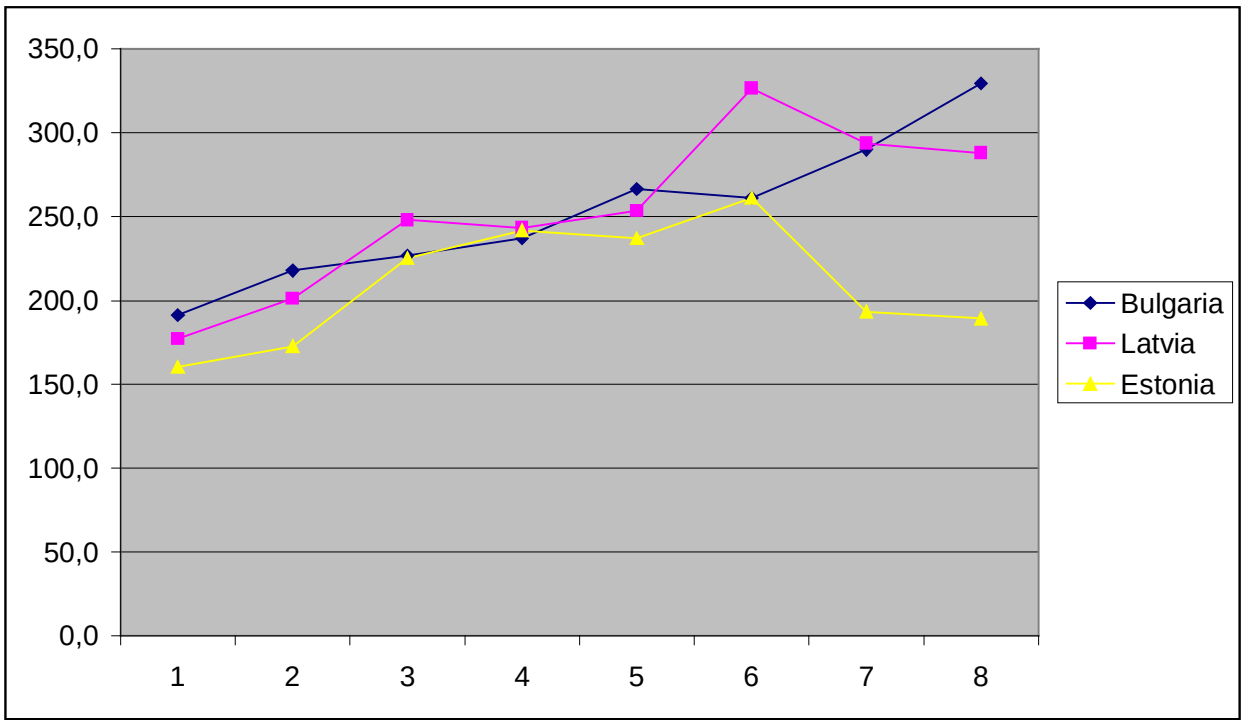

20,0
18,0
16,0
14,0
12,0
10,0
8,0
6,0
4,0
2,0
0,0
1
10
13
16
19
22
25
28
31
34
37
Finland
Netherlands
Sweden

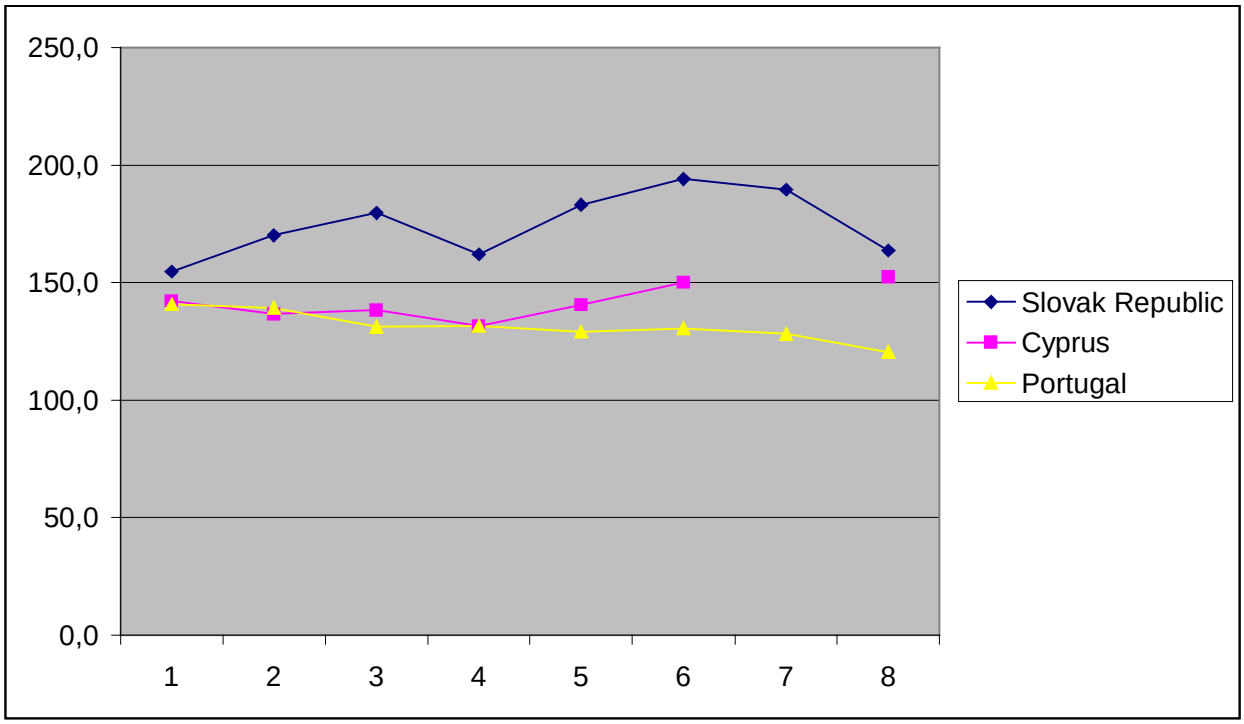
Kindersterblichkeit – EU-Schnitt = 100 (eigene Berechnungen nach Weltbank)

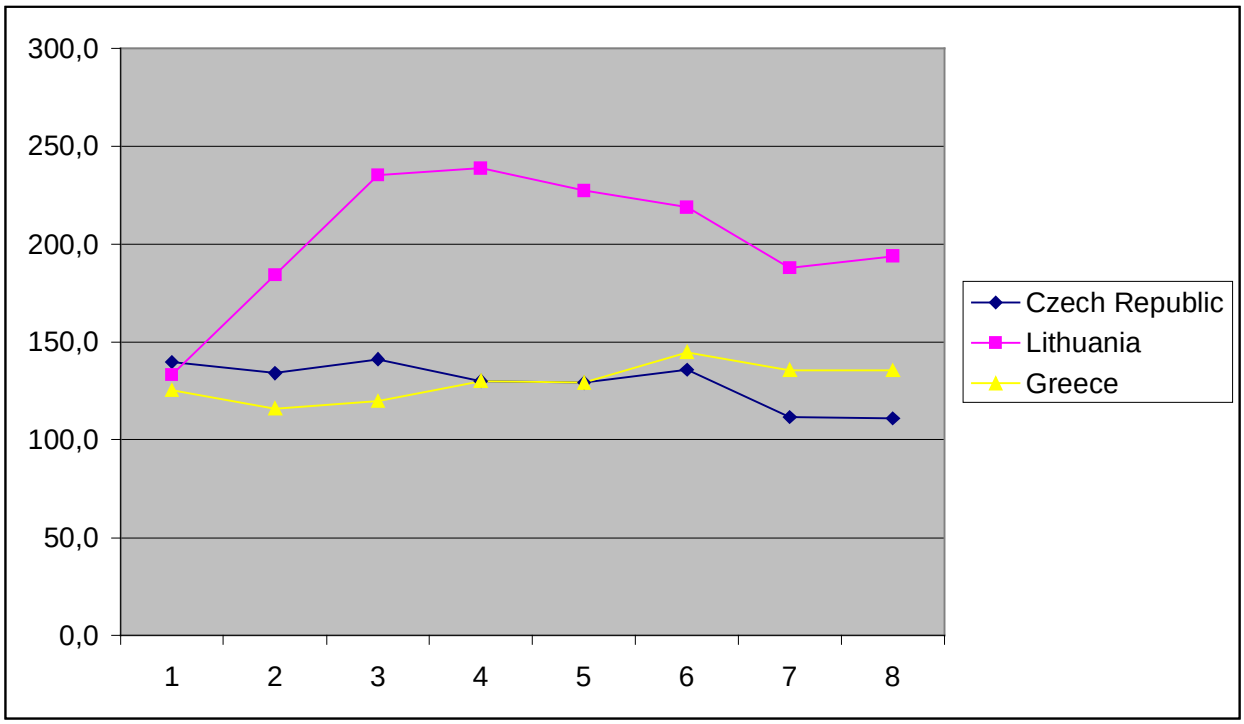
Es gibt in Europa kaum eine Konvergenz der Kindersterblichkeitsraten

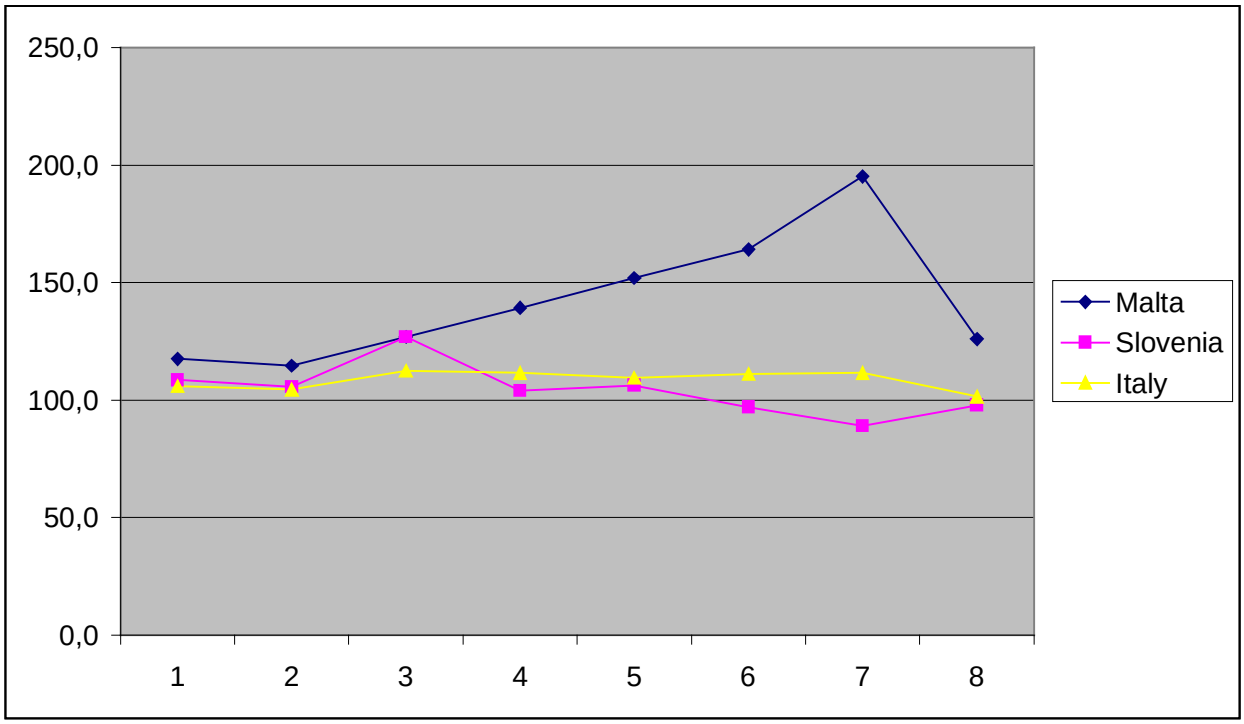


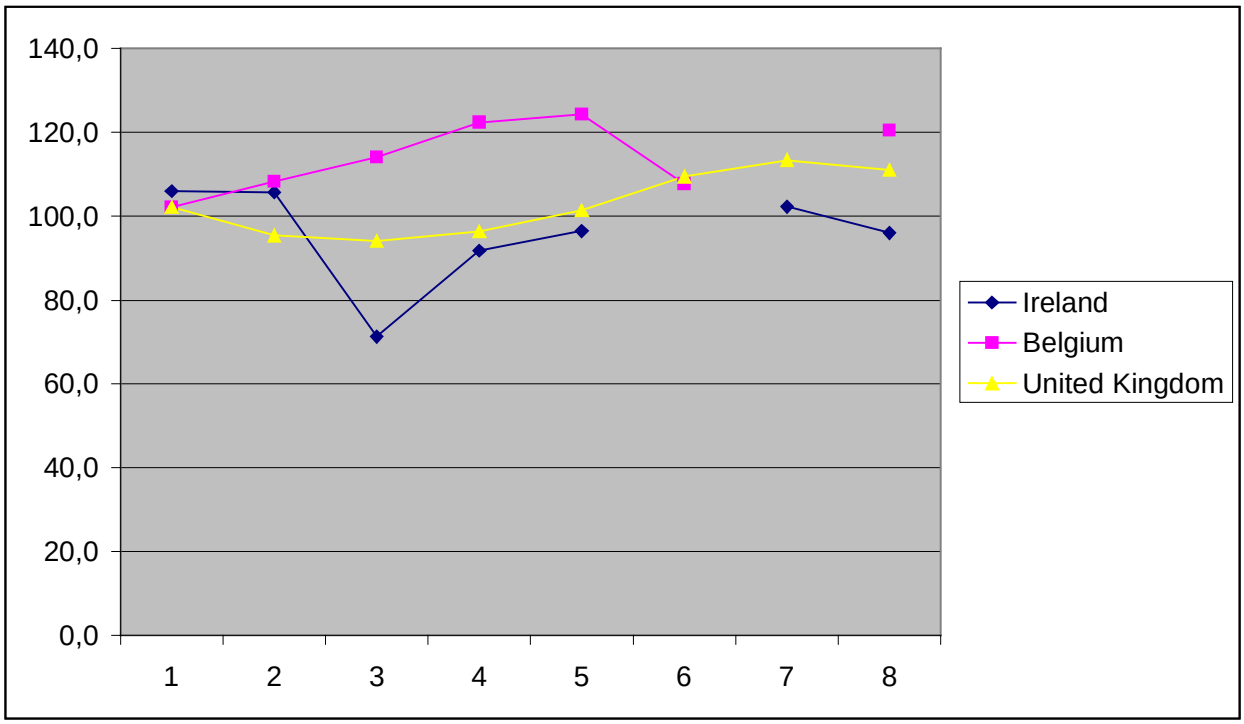

450,0
400,0
350,0
300,0
250,0
200,0
150,0
100,0
50,0
0,0
1
2
3
4
5
6
7
8
Romania
Poland
Hungary

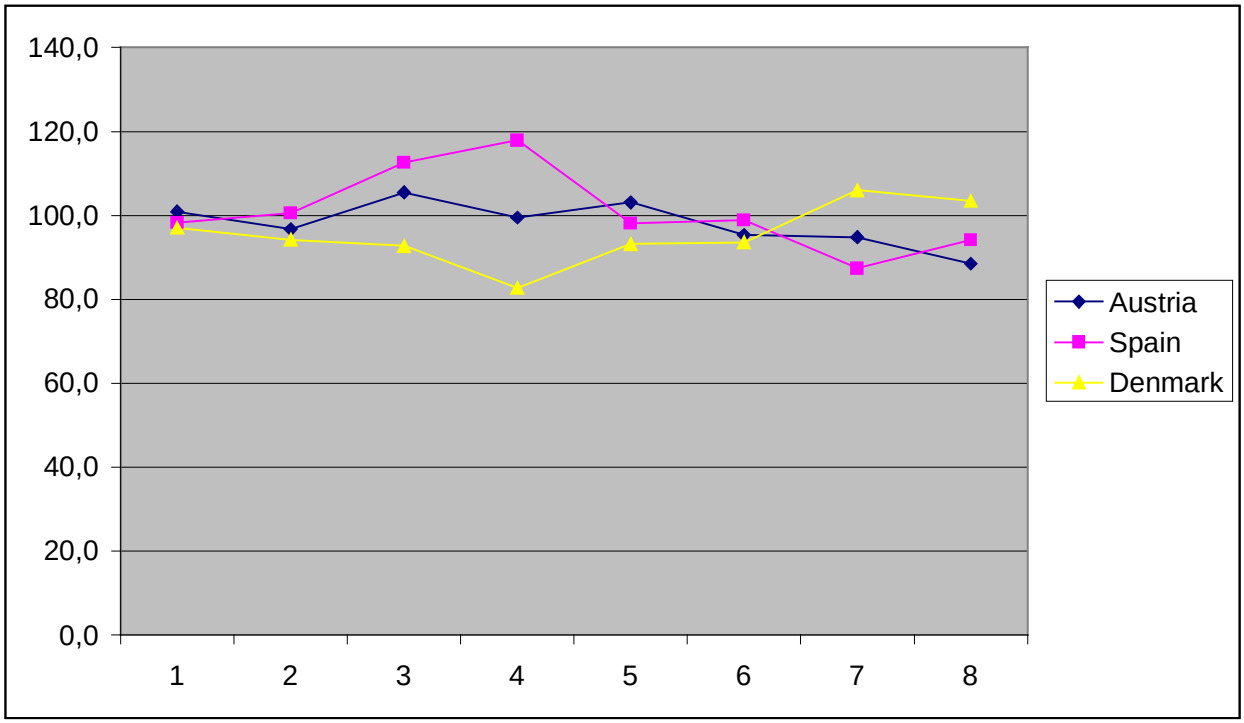

350,0
300,0
250,0
200,0
150,0
100,0
50,0
0,0
1
2
3
4
5
6
7
8
Bulgaria
Latvia
Estonia

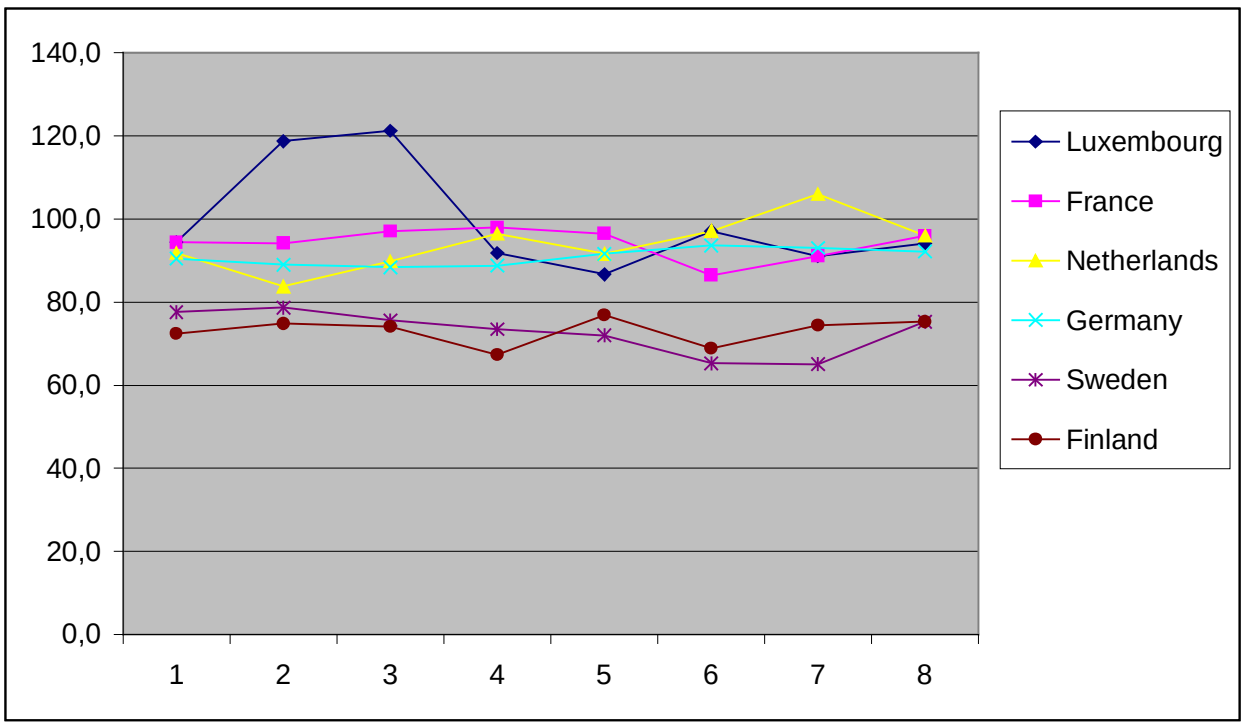

250,0
200,0
150,0
100,0
50,0
0,0
1
2
3
4
5
6
7
8
Slovak Republic
Cyprus
Portugal


300,0
250,0
200,0
150,0
100,0
50,0
0,0
1
2
3
4
5
6
7
8
Czech Republic
Lithuania
Greece


250,0
200,0
150,0
100,0
50,0
0,0
1
2
3
4
5
6
7
8
Malta
Slovenia
Italy


140,0
120,0
100,0
80,0
60,0
40,0
20,0
0,0
1
2
3
4
5
6
7
8
Ireland
Belgium
United Kingdom


140,0
120,0
100,0
80,0
60,0
40,0
20,0
0,0
1
2
3
4
5
6
7
8
Austria
Spain
Denmark


140,0
120,0
100,0
80,0
60,0
40,0
20,0
0,0
1
2
3
4
5
6
7
8
Luxembourg
France
Netherlands
Germany
Sweden
Finland

Zwischenergebnis:

Staaten, die einen Rangplatzverlust von 10 oder mehr Rängen im Bezug auf die Vermeidung der Kindersterblichkeit in der Weltgesellschaft im langen Zeitverlauf 1970 bis 2001 hinnehmen mussten, waren

Latvia
Estonia
Bulgaria
Romania

Nachhaltige Verbesserungen von 10 oder mehr Rangplätzen erreichten:

Cyprus
Slovenia
Turkey

Im Jahr 2001 hatte die Türkei allerdings noch immer eine Kindersterblichkeitsquote, die über dem Median der Weltgesellschaft (26) lag. Folgende Staaten gehörten zum unteren 3/5 der Weltgesellschaft bei der Kindersterblichkeitsrate 2001:

Romania
Turkey

Die Beitrittsstaaten

Latvia
Estonia
Bulgaria
Romania
Lithuania
Slovakia

waren noch 1970 besser als der Median der Weltgesellschaft (79) und haben ihren Rangplatz gegenüber 1970 bis 2001 **verschlechtert**.

Ahnlich wie Portugal und Italien, haben

Hungary
Czech Republic
Malta
Cyprus
Slovenia

ihre Rangposition gegenüber 1970 **erfolgreich verbessert**.

Unter den Gesellschaften, deren Kindersterblichkeit 1970 noch über dem Median der Weltgesellschaft lag (79), haben folgende Staaten ihre Ränge verbessert:

Turkey

Folgende Länder lagen bereits 1970 unter dem Median der Weltgesellschaft und sind rangmässig noch weiter zurückgefallen. Kein Beitrittskandidat war unter dieser „Liga der sozial Deklassierten“:

Zambia
Congo
Botswana
Zimbabwe
Kenya

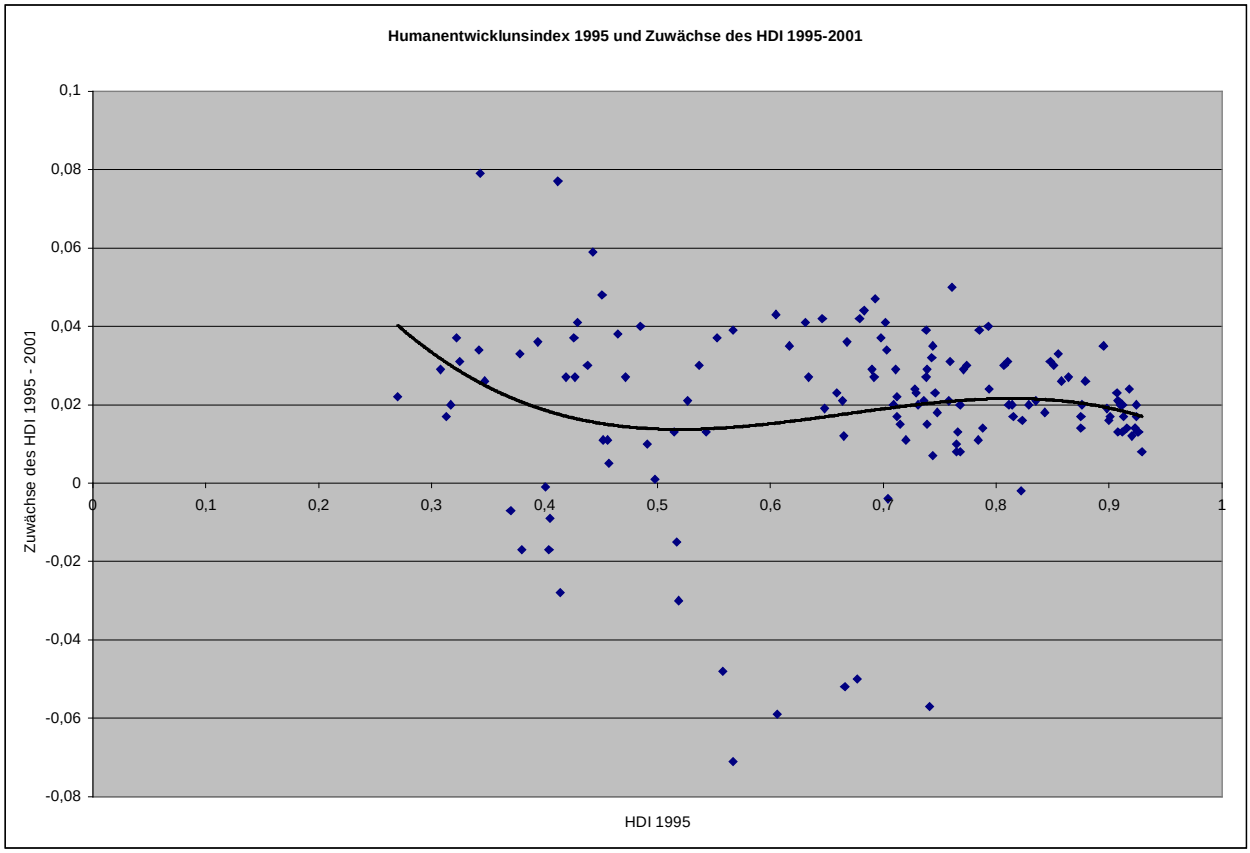
Nigeria
Madagascar
South Africa
Guyana
Congo, Dem, Rep, of the
Burundi
Uganda
Pakistan
Papua New Guinea
Sudan
Swaziland
Rwanda
Tanzania, U, Rep, of
Cameroon
Mauritania
Central African Republic
Lesotho
Namibia
Dominican Republic
Mozambique
Ethiopia
Angola
China
Myanmar
Ghana
Sierra Leone
Niger
Benin
Lao People's Dem, Rep,
Togo
Kyrgyzstan
Brazil

Humanentwicklung 1995 bis 2001 nach UNDP nach dem Human Development Index (HDI) des UNDP

Der Index misst Bildung, Realeinkommen, und Lebenserwartung, und reicht von 0 (ärmstes Land) bis 1 (reichstes Land).

<u>Modellannahme:</u>

Die Zuwächse 1995 bis 2001 sind eine polynomische Funktion (dritten Grades) des Ausgangsniveaus 1995



Statische Betrachtung – Humanentwicklungsunterschiede in Europa, 2001

geordnet nach der erreichten Humanentwicklung, 2001

	HDI-Rang in der Weltgesellschaft 1995	HDI-Rang in der Weltgesellschaft 2001	Ranggewinn/Rangverlust 1995/2001	HDI 1995	Zuwachs des HDI von 1995 bis 2001	HDI 2001	Vorausberechneter Zuwachs des HDI 1995 - 2001 (Polynom 3. Grades)	Inwiefern rea Humanen besser/sc als die T
Sweden	5	3	2	0,924	0,017	0,941	0,0174	-4E
Netherlands	3	5	-2	0,925	0,013	0,938	0,0173	-0,(
Belgium	6	7	-1	0,923	0,014	0,937	0,0175	-0,(
United Kingdom	10	11	-1	0,916	0,014	0,93	0,0181	-0,(
Luxembourg	11	12	-1	0,913	0,017	0,93	0,0183	-0,(
Ireland	21	15	6	0,895	0,035	0,93	0,0194	0,0
Finland	17	14	3	0,907	0,023	0,93	0,0187	0,0
Denmark	14	13	1	0,91	0,02	0,93	0,0185	0,0
Austria	15	16	-1	0,908	0,021	0,929	0,0186	0,0
France	13	17	-4	0,912	0,013	0,925	0,0184	-0,(
Germany	16	18	-2	0,908	0,013	0,921	0,0186	-0,(
Spain	18	19	-1	0,901	0,017	0,918	0,0191	-0,(
Italy	19	21	-2	0,9	0,016	0,916	0,0191	-0,(
Portugal	23	23	0	0,876	0,02	0,896	0,0204	-4E
Greece	24	24	0	0,875	0,017	0,892	0,0204	-0,(
Cyprus	26	25	1	0,864	0,027	0,891	0,0208	0,0
Slovenia	29	29	0	0,851	0,03	0,881	0,0212	0,0
Czech Republic	31	31	0	0,843	0,018	0,861	0,0213	-0,(
Malta	32	32	0	0,835	0,021	0,856	0,0214	-4E
Poland	39	34	5	0,81	0,031	0,841	0,0216	0,0
Hungary	40	36	4	0,807	0,03	0,837	0,0216	0,0
Estonia	42	38	4	0,793	0,04	0,833	0,0215	0,0
Lithuania	44	41	3	0,785	0,039	0,824	0,0214	0,0
Latvia	53	44	9	0,761	0,05	0,811	0,0209	0,0
Bulgaria	45	48	-3	0,784	0,011	0,795	0,0213	-0,
Romania	52	58	-6	0,765	0,008	0,773	0,021	-0,(
Turkey	72	74	-2	0,712	0,022	0,734	0,0194	0,0

Quelle: eigene Zusammenstellungen und Berechnungen nach UNDP, 2003. 140 Länder mit kompletten Daten

Schließt sich die Kluft wenigstens schnell genug?

geordnet nach dem Rangplatz der guten/schlechten Humanentwicklungsperformance über/unter dem Trend in der Weltgesellschaft

	HDI-Rang in der	HDI-Rang in der	Ranggewinn/Rangverlust 1995/2001	HDI 1995	Zuwachs des HDI	HDI 2001	Vorausberechneter Zuwachs des HDI	Inwiefern rea

	Weltgesellschaft 1995	Weltgesellschaft 2001			von 1995 bis 2001		1995 - 2001 (Polynom 3. Grades)	Humanen besser/sc als die T
Latvia	53	44	9	0,761	0,05	0,811	0,0209	0,0
Estonia	42	38	4	0,793	0,04	0,833	0,0215	0,0
Lithuania	44	41	3	0,785	0,039	0,824	0,0214	0,0
Ireland	21	15	6	0,895	0,035	0,93	0,0194	0,0
Poland	39	34	5	0,81	0,031	0,841	0,0216	0,0
Slovenia	29	29	0	0,851	0,03	0,881	0,0212	0,0
Hungary	40	36	4	0,807	0,03	0,837	0,0216	0,0
Cyprus	26	25	1	0,864	0,027	0,891	0,0208	0,0
Finland	17	14	3	0,907	0,023	0,93	0,0187	0,0
Turkey	72	74	-2	0,712	0,022	0,734	0,0194	0,0
Austria	15	16	-1	0,908	0,021	0,929	0,0186	0,0
Denmark	14	13	1	0,91	0,02	0,93	0,0185	0,0
Portugal	23	23	0	0,876	0,02	0,896	0,0204	-4E
Sweden	5	3	2	0,924	0,017	0,941	0,0174	-4E
Malta	32	32	0	0,835	0,021	0,856	0,0214	-4E
Luxembourg	11	12	-1	0,913	0,017	0,93	0,0183	-0,
Spain	18	19	-1	0,901	0,017	0,918	0,0191	-0,
Italy	19	21	-2	0,9	0,016	0,916	0,0191	-0,
Czech Republic	31	31	0	0,843	0,018	0,861	0,0213	-0,
Greece	24	24	0	0,875	0,017	0,892	0,0204	-0,
Belgium	6	7	-1	0,923	0,014	0,937	0,0175	-0,
United Kingdom	10	11	-1	0,916	0,014	0,93	0,0181	-0,
Netherlands	3	5	-2	0,925	0,013	0,938	0,0173	-0,
France	13	17	-4	0,912	0,013	0,925	0,0184	-0,
Germany	16	18	-2	0,908	0,013	0,921	0,0186	-0,
Bulgaria	45	48	-3	0,784	0,011	0,795	0,0213	-0,
Romania	52	58	-6	0,765	0,008	0,773	0,021	-0,

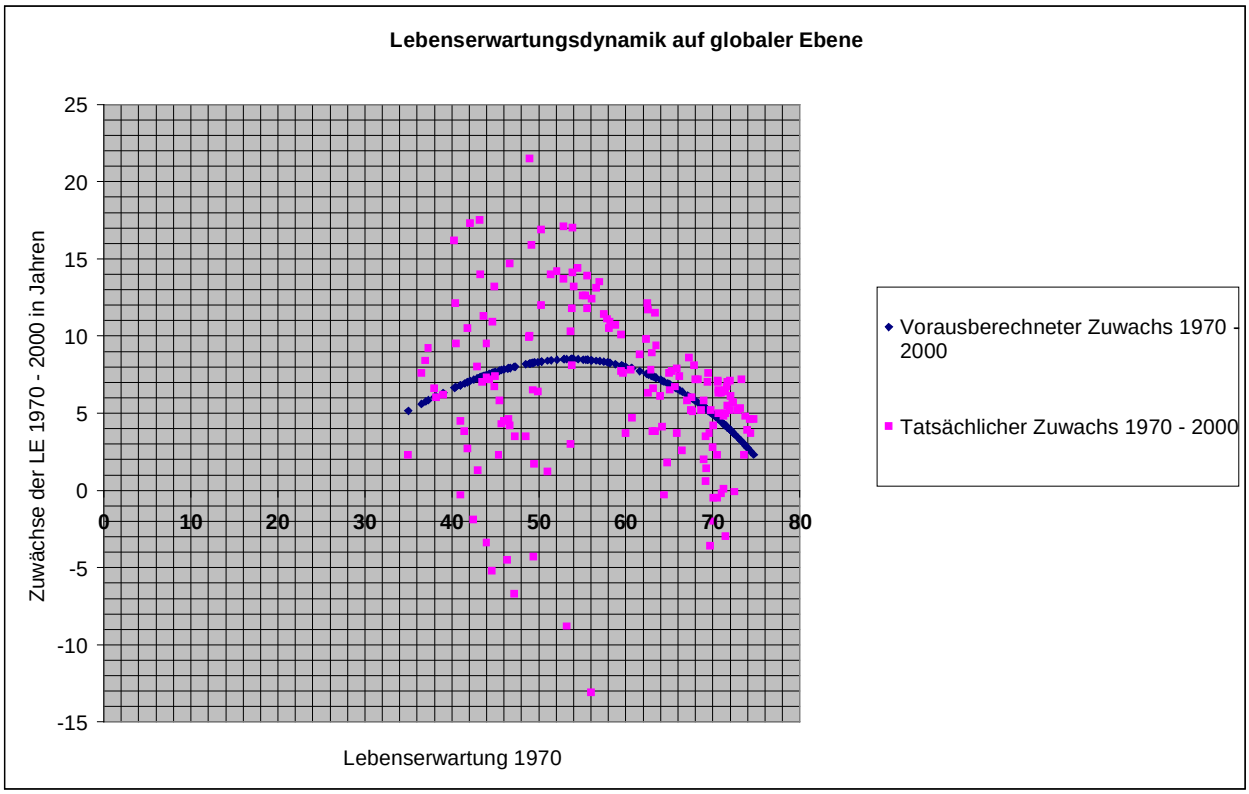
Quelle: eigene Zusammenstellungen und Berechnungen nach UNDP, 2003. 140 Länder mit kompletten Daten

Zwischenergebnis: Reichere EU-Staaten, die bei der Humanentwicklung davon ziehen (Gewinner der Erweiterungssituation): Irland, Finnland, **Österreich**, Dänemark. Reichere EU-Staaten, die bei der Humanentwicklung relativ zurückfallen – Deutschland, Frankreich, Niederlande, UK, Belgien, Griechenland, Italien, Spanien, Luxemburg, Schweden, Portugal. Kandidatenstaaten, die bei der Humanentwicklung aufholten: Lettland, Estland, Litauen, Polen, Slowenien, Ungarn, Zypern, und die Türkei. Kandidatenstaaten, die von 1995 bis 2001 gegenüber der Weltgesellschaft weiter an Humanentwicklungsterrain verloren haben: Rumänien, Bulgarien, Tschechische Republik, Malta.

Lebenserwartungsentwicklung

<u>Modellannahme:</u>

Die Zuwächse 1970 bis 2000 sind eine polynomische Funktion (zweiten Grades) des Ausgangsniveaus 1970



Faktenanalyse:

geordnet nach der Lebenserwartung im Jahre 1970

	Lebenserwartung um 1970	Vorausberechneter Zuwachs 1970 - 2000 (polynome Regression, Lebenserwartung 1970 und LE 1970^2 als Erklärungsvariablen)	Tatsächlicher Zuwachs 1970 - 2000	Lebenserwartung: Rang in der Weltgesellschaft, 1970	Lebenserwartung: Rangordnung der Zuwächse 1970-2000	Abweichung vom vorausberechneten Trend in Jahren
Schweden	74,7	2,316	4,6	1	116	2,284
Niederlande	74	2,758	3,9	4	123	1,142
Dänemark	73,6	3,002	2,3	6	138	-0,7
Spanien	72,9	3,415	5,2	9	107	1,785
Frankreich	72,4	3,698	5,7	11	100	2,002
Griechenland	72,3	3,754	5,7	12	99	1,946
Italien	72,1	3,864	6,1	13	92	2,236
Großbritannien	72	3,919	5,2	14	103	1,281
Belgien	71,4	4,238	6,5	21	82	2,262
Zypern	71,4	4,238	6,4	22	87	2,162
Irland	71,3	4,29	4,8	23	112	0,51
Litauen	71,3	4,29	0,1	24	149	-4,19
Bulgarien	71	4,444	-0,2	26	151	-4,64
Deutschland	71	4,444	6,3	25	88	1,856
Finnland	70,7	4,594	6,5	27	83	1,906
Luxemburg	70,7	4,594	6,3	28	89	1,706
Malta	70,6	4,644	7	31	74	2,356
Österreich	**70,6**	**4,644**	**7,1**	**30**	**71**	**2,456**
Estland	70,5	4,693	-0,5	33	154	-5,19
Polen	70,5	4,693	2,3	32	139	-2,39
Lettland	70,1	4,886	-0,5	35	155	-5,39
Tschechien	70,1	4,886	4,2	34	120	-0,69
Slowakische Republik	70	4,933	2,8	37	135	-2,13
Slowenien	69,8	5,027	5,2	38	104	0,173
Ungarn	69,3	5,255	1,4	43	145	-3,86
Rumänien	69,2	5,3	0,6	44	148	-4,7
Portugal	68	5,808	7,2	50	69	1,392
Türkei	57,9	8,295	11,1	90	33	2,805

Quelle: eigene Zusammenstellungen und Berechnungen nach UNDP, 2003. 166 Länder mit kompletten Daten

Lebenserwartungsdynamik 1970 bis 2000

Rangordnung der Höhe der Abweichungen vom vorausberechneten Trend in der Weltgesellschaft

	Lebenserwartung um 1970	Vorausberechneter Zuwachs 1970 - 2000 (polynome Regression, Lebenserwartung 1970 und LE 1970^2 als Erklärungsvariablen)	Tatsächlicher Zuwachs 1970 - 2000	Lebenserwartung: Rang in der Weltgesellschaft, 1970	Lebenserwartung: Rangordnung der Zuwächse 1970-2000	Abweichung vom vorausberechneten Trend in Jahren
Türkei	*57,9*	*8,295*	*11,1*	*90*	*33*	*2,805*
Österreich	**70,6**	**4,644**	**7,1**	**30**	**71**	**2,456**
Malta	*70,6*	*4,644*	*7*	*31*	*74*	*2,356*
Schweden	74,7	2,316	4,6	1	116	2,284
Belgien	71,4	4,238	6,5	21	82	2,262
Italien	72,1	3,864	6,1	13	92	2,236
Zypern	*71,4*	*4,238*	*6,4*	*22*	*87*	*2,162*
Frankreich	72,4	3,698	5,7	11	100	2,002
Griechenland	72,3	3,754	5,7	12	99	1,946
Finnland	70,7	4,594	6,5	27	83	1,906
Deutschland	71	4,444	6,3	25	88	1,856
Spanien	72,9	3,415	5,2	9	107	1,785
Luxemburg	70,7	4,594	6,3	28	89	1,706
Portugal	68	5,808	7,2	50	69	1,392
Großbritannien	72	3,919	5,2	14	103	1,281
Niederlande	74	2,758	3,9	4	123	1,142
Irland	71,3	4,29	4,8	23	112	0,51
Slowenien	*69,8*	*5,027*	*5,2*	*38*	*104*	*0,173*
Tschechien	*70,1*	*4,886*	*4,2*	*34*	*120*	*-0,69*
Dänemark	73,6	3,002	2,3	6	138	-0,7
Slowakische Republik	*70*	*4,933*	*2,8*	*37*	*135*	*-2,13*
Polen	*70,5*	*4,693*	*2,3*	*32*	*139*	*-2,39*
Ungarn	*69,3*	*5,255*	*1,4*	*43*	*145*	*-3,86*
Litauen	*71,3*	*4,29*	*0,1*	*24*	*149*	*-4,19*
Bulgarien	*71*	*4,444*	*-0,2*	*26*	*151*	*-4,64*
Rumänien	*69,2*	*5,3*	*0,6*	*44*	*148*	*-4,7*
Estland	*70,5*	*4,693*	*-0,5*	*33*	*154*	*-5,19*
Lettland	*70,1*	*4,886*	*-0,5*	*35*	*155*	*-5,39*

Quelle: eigene Zusammenstellungen und Berechnungen nach UNDP, 2003. 166 Länder mit kompletten Daten

Arbeitsblatt 4: Kluft zwischen den Geschlechtern

Die Analyse erwartet, dass auch die Kluft zwischen den Geschlechtern weiter abnimmt.

Die Eurostat-Datenserie „geschlechtsspezifischer Lohnunterschied“ wurde bislang nur für die **EU-15** erhoben, weshalb eine Analyse dieser Frage weitgehend auf vorhandene UN-Daten zurückgreifen muss.

Faktenanalyse[25] Bedingung „Kluft der Geschlechter“ schließt sich:

geordnet nach dem Ist-Zustand der Gleichstellungspolitik, 2001 – Kriterium „gleicher Lohn“

Länderkode	Gleicher Lohn 2001 (gleicher Lohn = 1)	Weltrang "gleicher Lohn" 2001	Gleicher Lohn, Mitte der 90-er Jahre (gleicher Lohn = 1)	Weltrang gleicher Lohn, Mitte der 90-er Jahre	absoluter Rangverbesserung/Verschlechterung bei der Gleichstellungspolitik in der Weltgesellschaft in den letzten 5 – 10 Jahren	Weltrang bei den Ranggewinnen/Verlusten Bewegung hin zu "gleicher Lohn" in der letzten Dekade
Denmark	0,71	1	42	3	2	17
Australia	0,7	2	40	9	7	6
Finland	0,7	3	42	4	1	21
Latvia	***0,7***	***4***	***44***	***2***	***-2***	***41***
New Zealand	0,68	5	39	13	8	4
Sweden	0,68	6	45	1	-5	50
Slovakia	***0,65***	***8***	***41***	***8***	***0***	***31***
Norway	0,65	7	42	5	-2	42
Bahamas	0,64	9	40	10	1	22
Canada	0,63	10	38	20	10	2
Estonia	***0,63***	***11***	***42***	***6***	***-5***	***51***
Iceland	0,63	12	42	7	-5	52
Poland	***0,62***	***13***	***39***	***14***	***1***	***23***
Slovenia	***0,62***	***14***	***39***	***15***	***1***	***24***
United States	0,62	15	40	11	-4	47
Thailand	0,61	17	37	22	5	12
Barbados	0,61	16	40	12	-4	48
United Kingdom	0,6	19	38	21	2	18
Botswana	0,6	18	39	16	-2	43
Philippines	0,59	20	35	26	6	8
Romania	***0,58***	***22***	***37***	***23***	***1***	***25***
Hungary	***0,58***	***21***	***39***	***17***	***-4***	***49***
Germany	0,57	23	35	27	4	15
Bangladesh	0,56	24	23	54	30	1
Czech Republic	***0,55***	***25***	***39***	***18***	***-7***	***54***

Israel	0,53	26	33	34	8	5
Netherlands	0,53	27	34	28	1	26
Portugal	0,53	28	34	29	1	27
Singapore	0,5	30	32	36	6	9
Switzerland	0,5	32	32	37	5	13
Austria	**0,5**	**29**	**34**	**30**	**1**	**28**
Sri Lanka	0,5	31	36	24	-7	55
Cyprus	***0,47***	***34***	***28***	***43***	***9***	***3***
Malaysia	0,47	35	30	40	5	14
Colombia	0,47	33	33	35	2	19
Korea, Rep, of	0,46	36	29	42	6	10
Turkey	***0,46***	***37***	***36***	***25***	***-12***	***58***
Bolivia	0,45	38	27	45	7	7
Trinidad and Tobago	0,45	42	27	46	4	16
Greece	0,45	39	32	38	-1	37
Italy	0,45	40	31	39	-1	38
Japan	0,45	41	34	31	-10	56
Spain	0,44	44	30	41	-3	46
Belgium	0,44	43	34	32	-11	57
Panama	0,42	45	28	44	-1	39
Venezuela	0,41	47	27	47	0	32
Georgia	0,41	46	39	19	-27	60
Ireland	0,4	48	27	48	0	33
Egypt	0,39	49	25	51	2	20
Chile	0,38	50	22	56	6	11
Costa Rica	0,38	51	27	49	-2	44
Mexico	0,38	52	26	50	-2	45
Dominican Republic	0,36	53	24	52	-1	40
El Salvador	0,35	54	34	33	-21	59
Paraguay	0,33	55	23	55	0	34
Pakistan	0,32	56	21	57	1	29
Ecuador	0,3	57	19	58	1	30
Peru	0,26	58	24	53	-5	53
Belize	0,24	59	18	59	0	35
United Arab Emirates	0,21	60	10	60	0	36

Quelle: eigene Zusammenstellungen und Berechnungen nach UNDP, 2003 und UNDP, 1998. 60 Länder mit kompletten Daten

Faktenanalyse:

Dynamik der Gleichstellungspolitik

geordnet nach der Bewertung der **Fortschritte in der Gleichstellungspolitik** der letzten 10 Jahre – Kriterium „gleicher Lohn“

Länderkode	Gleicher Lohn 2001 (gleicher Lohn = 1)	Weltrang "gleicher Lohn" 2001	Gleicher Lohn, Mitte der 90-er Jahre (gleicher Lohn = 1)	Weltrang gleicher Lohn, Mitte der 90-er Jahre	absoluter Rangverbesserung/Verschlechterung in der Weltgesellschaft in den letzten 5 bis 120 Jahren	Weltrang bei den Ranggewinnen/Verlusten Bewegung hin zu "gleicher Lohn" in der letzten Dekade
Cyprus	***0,47***	***34***	***28***	***43***	***9***	***3***
Germany	0,57	23	35	27	4	15
Denmark	0,71	1	42	3	2	17
United Kingdom	0,6	19	38	21	2	18
Austria	**0,5**	**29**	**34**	**30**	**1**	**28**
Finland	0,7	3	42	4	1	21
Netherlands	0,53	27	34	28	1	26
Poland	***0,62***	***13***	***39***	***14***	***1***	***23***
Portugal	0,53	28	34	29	1	27
Romania	***0,58***	***22***	***37***	***23***	***1***	***25***
Slovenia	***0,62***	***14***	***39***	***15***	***1***	***24***
Ireland	0,4	48	27	48	0	33
Slovakia	***0,65***	***8***	***41***	***8***	***0***	***31***
Greece	0,45	39	32	38	-1	37
Italy	0,45	40	31	39	-1	38
Latvia	***0,7***	***4***	***44***	***2***	***-2***	***41***
Spain	0,44	44	30	41	-3	46
Hungary	***0,58***	***21***	***39***	***17***	***-4***	***49***
Estonia	***0,63***	***11***	***42***	***6***	***-5***	***51***
Sweden	0,68	6	45	1	-5	50
Czech Republic	***0,55***	***25***	***39***	***18***	***-7***	***54***
Belgium	0,44	43	34	32	-11	57
Turkey	***0,46***	***37***	***36***	***25***	***-12***	***58***

Quelle: eigene Zusammenstellungen und Berechnungen nach UNDP, 2003 und UNDP, 1998. 60 Länder mit kompletten Daten

Gleicher Lohn: relativ gute Ausgangsposition (Rang Erfüllung des gleichen Lohns Mitte der 90-er Jahre besser als der Median der Weltgesellschaft), weitere über dem Median der Weltgesellschaft liegende Verbesserungen:

Germany
Denmark
United Kingdom
Finland
Poland
Slovenia
Romania
Netherlands
Portugal
Austria

Slovakia

Gleicher Lohn: relativ gute Ausgangsposition (Rang Erfüllung des gleichen Lohns Mitte der 90-er Jahre besser als der Median der Weltgesellschaft), aber unter dem Median der Weltgesellschaft liegende Verbesserungen gegenüber Mitte der 90-er Jahre, oder sogar weitere Verschlechterungen:

Turkey
Czech Republic
Estonia
Sweden
Hungary
Latvia

Gleicher Lohn – relativ schlechte Ausgangsposition (Rang Erfüllung des gleichen Lohns Mitte der 90-er Jahre schlechter als der Median der Weltgesellschaft), aber über dem Median der Weltgesellschaft liegende Verbesserungen gegenüber Mitte der 90-er Jahre

Cyprus

Gleicher Lohn – relativ schlechte Ausgangsposition (Rang Erfüllung des gleichen Lohns Mitte der 90-er Jahre schlechter als der Median der Weltgesellschaft), aber unter dem Median der Weltgesellschaft liegende Verbesserungen gegenüber Mitte der 90-er Jahre, oder sogar weitere Verschlechterungen

Belgium
Spain
Italy
Greece
Ireland

UNDP Machtbeteiligungsindex (Gender Empowerment Index), misst die verstärkte Machtbeteiligung der Frauen als der benachteiligten Hälfte der Menschheit; *gender empowerment* bedeutet eine stärkere Vertretung der Frauen in den gesetzgebenden und administrativen Körperschaften, einen verbesserten Zugang der Frauen zu Berufen auf der Ebene der Manager, der professionellen und technischen Beschäftigten und einen höheren Anteil der Frauen an den erwirtschafteten Einkommen. Gemessen wird die Machtbeteiligung der Frauen mit dem Frauenmachtbeteiligungsindex der Vereinten Nationen (Gender Empowerment Index; GEM), der die genannten Größen kombiniert und auf einen Index der von 0 (schlechtestes Land) bis 1 (bestes Land) projiziert.

geordnet nach den Rangverbesserungen, Mitte der 90-er Jahre bis 2001

Länderkode	GEM value 2001 Machtbeteiligungsindex 2001	GEM value mid 1990s Machtbeteiligungsindex Mitte der 90-er Jahre	Welt-Rang GEM-Index Mitte der 90-er Jahre	Welt-Rang-GEM-Index 2001	Zugewinn/Verlust des weltweiten Ranges Gleichstellungspolitik
Cyprus	***0,542***	***0,379***	***50***	***33***	***17***
Latvia	***0,576***	***0,436***	***42***	***29***	***13***
Bolivia	0,522	0,393	49	36	13
Botswana	0,564	0,457	40	30	10
Singapore	0,594	0,467	35	26	9
Dominican Republic	0,529	0,424	44	35	9
Pakistan	0,414	0,179	60	52	8
Ecuador	0,489	0,369	52	45	7
Costa Rica	0,67	0,503	25	19	6
Peru	0,521	0,433	43	37	6
Iceland	0,847	0,723	6	1	5
Israel	0,612	0,484	28	23	5
Estonia	***0,56***	***0,458***	***37***	***32***	***5***
Philippines	0,539	0,458	39	34	5
Ireland	0,683	0,554	20	16	4
Netherlands	0,794	0,689	9	6	3
Austria	**0,782**	**0,686**	**10**	**7**	**3**
Belgium	0,695	0,6	18	15	3
Slovenia	***0,582***	***0,475***	***30***	***27***	***3***
Greece	0,519	0,438	41	38	3
United Arab Emirates	0,315	0,247	59	56	3
United Kingdom	0,675	0,593	19	17	2
United States	0,76	0,675	11	10	1
Australia	0,754	0,664	12	11	1
Spain	0,709	0,617	15	14	1
Poland	***0,594***	***0,494***	***26***	***25***	***1***
Germany	0,776	0,694	8	8	0
Switzerland	0,72	0,654	13	13	0
Portugal	0,647	0,547	21	21	0
Slovakia	***0,598***	***0,516***	***24***	***24***	***0***
Romania	***0,46***	***0,402***	***48***	***48***	***0***
Korea, Rep, of	0,363	0,292	55	55	0

Turkey	***0,29***	***0,281***	***57***	***57***	***0***
Norway	0,837	0,79	1	2	-1
Sweden	0,831	0,79	2	3	-1
Denmark	0,825	0,739	3	4	-1
Finland	0,801	0,725	4	5	-1
Chile	0,467	0,416	46	47	-1
Georgia	0,381	0,35	53	54	-1
Egypt	0,253	0,258	58	59	-1
Canada	0,771	0,72	7	9	-2
Paraguay	0,412	0,374	51	53	-2
Sri Lanka	0,272	0,286	56	58	-2
Barbados	0,659	0,607	17	20	-3
Bahamas	0,671	0,649	14	18	-4
Malaysia	0,503	0,458	38	42	-4
Venezuela	0,441	0,414	47	51	-4
Thailand	0,457	0,421	45	50	-5
Trinidad and Tobago	0,642	0,608	16	22	-6
Czech Republic	***0,579***	***0,527***	***22***	***28***	***-6***
Bangladesh	0,218	0,305	54	60	-6
New Zealand	0,75	0,725	5	12	-7
Italy	0,561	0,521	23	31	-8
Mexico	0,516	0,474	31	40	-9
Japan	0,515	0,472	32	41	-9
Belize	0,501	0,471	33	43	-10
Colombia	0,501	0,47	34	44	-10
Panama	0,471	0,46	36	46	-10
Hungary	***0,518***	***0,491***	***27***	***39***	***-12***
El Salvador	0,459	0,48	29	49	-20

Quelle: eigene Zusammenstellungen und Berechnungen nach UNDP, 2003 und UNDP, 1998. 60 Länder mit kompletten Daten

Länderkode	GEM value 2001 Machtbeteiligungsindex 2001	GEM value mid 1990s Machtbeteiligungsindex Mitte der 90-er Jahre	Welt-Rang GEM-Index Mitte der 90-er Jahre	Welt-Rang-GEM-Index 2001	Zugewinn/Verlust des weltweiten Ranges Gleichstellungspolitik
Bangladesh	0,218	0,305	54	60	-6
Egypt	0,253	0,258	58	59	-1
Sri Lanka	0,272	0,286	56	58	-2
Turkey	0,29	0,281	57	57	0
United Arab Emirates	0,315	0,247	59	56	3
Korea, Rep, of	0,363	0,292	55	55	0

Georgia	0,381	0,35	53	54	-1
Paraguay	0,412	0,374	51	53	-2
Pakistan	0,414	0,179	60	52	8
Venezuela	0,441	0,414	47	51	-4
Thailand	0,457	0,421	45	50	-5
El Salvador	0,459	0,48	29	49	-20
Romania	0,46	0,402	48	48	0
Chile	0,467	0,416	46	47	-1
Panama	0,471	0,46	36	46	-10
Ecuador	0,489	0,369	52	45	7
Belize	0,501	0,471	33	43	-10
Colombia	0,501	0,47	34	44	-10
Malaysia	0,503	0,458	38	42	-4
Japan	0,515	0,472	32	41	-9
Mexico	0,516	0,474	31	40	-9
Hungary	0,518	0,491	27	39	-12
Greece	0,519	0,438	41	38	3
Peru	0,521	0,433	43	37	6
Bolivia	0,522	0,393	49	36	13
Dominican Republic	0,529	0,424	44	35	9
Philippines	0,539	0,458	39	34	5
Cyprus	0,542	0,379	50	33	17
Estonia	0,56	0,458	37	32	5
Italy	0,561	0,521	23	31	-8
Botswana	0,564	0,457	40	30	10
Latvia	0,576	0,436	42	29	13
Czech Republic	0,579	0,527	22	28	-6
Slovenia	0,582	0,475	30	27	3
Singapore	0,594	0,467	35	26	9
Poland	0,594	0,494	26	25	1
Slovakia	0,598	0,516	24	24	0
Israel	0,612	0,484	28	23	5
Trinidad and Tobago	0,642	0,608	16	22	-6
Portugal	0,647	0,547	21	21	0
Barbados	0,659	0,607	17	20	-3
Costa Rica	0,67	0,503	25	19	6
Bahamas	0,671	0,649	14	18	-4
United Kingdom	0,675	0,593	19	17	2
Ireland	0,683	0,554	20	16	4
Belgium	0,695	0,6	18	15	3
Spain	0,709	0,617	15	14	1
Switzerland	0,72	0,654	13	13	0
New Zealand	0,75	0,725	5	12	-7

Australia	0,754	0,664	12	11	1
United States	0,76	0,675	11	10	1
Canada	0,771	0,72	7	9	-2
Germany	0,776	0,694	8	8	0
Austria	0,782	0,686	10	7	3
Netherlands	0,794	0,689	9	6	3
Finland	0,801	0,725	4	5	-1
Denmark	0,825	0,739	3	4	-1
Sweden	0,831	0,79	2	3	-1
Norway	0,837	0,79	1	2	-1
Iceland	0,847	0,723	6	1	5

Zwischenbilanz: Die Staaten, die bereits Mitte der 90-er Jahre eine bessere Gleichstellungspolitik besaßen (GEM > 0.5), und ihre chancengleichheitspolitische Position in der Weltgesellschaft weiter verbesserten, waren in EU-Europa Irland, die Niederlande, **Österreich**, Belgien, das Vereinigte Königreich, und Spanien. Deutschland, Portugal und die Slowakei haben ihre Situation weder verbessert noch verschlechtert, ihr chancenpolitischer Weltrang blieb gegenüber der Mitte der 80-er Jahre gleich. Die Staaten, die Mitte der 90-er Jahre noch chancengleichheitspolitische Vorreiter waren (GEM >0.5), aber etwas von ihrem chancengleichheitspolitischen Vorsprung einbüßten, waren im Europa der per 1. Mai 2004 erweiterten EU Italien, die Tschechische Republik, Schweden, Dänemark und Finnland. Chancengleichheitspolitische Nachzügler mit einem GEM Index von < 0.5 Mitte der 90-er Jahre, die gleichstellungspolitisches Terrain wettmachen konnten, waren im erweiterten Europa Zypern, Lettland, Estland, Slowenien und Polen. Ein chancengleichheitspolitischer Nachzügler im erweiterten Europa mit einem GEM Index von < 0.5 Mitte der 90-er Jahre, der sogar weiter gleichstellungspolitisches Terrain in der Weltgesellschaft verloren hat, war Ungarn. Rumänien und die Türkei konnten ihre schlechte Ausgangsposition nicht verändern.

Arbeitsblatt 5: Arme Nachwelt

Bedrohung der Nachhaltigkeit des Pensionssystems[26]

geordnet nach den Kosten des Pensionssystems für die öffentliche Hand

Land	Jahr	Public Pension Spending /GDP öffentliche Pensionsausgaben pro BIP	Weltrang Kosten des Pensionssystems für die öffentliche Hand
Italy	1997	17,6	1
Austria	1997	14,4	2
Poland	1995	14,4	3
Slovenia	1996	13,6	4
France	1997	13,4	5
Belgium	1997	12,9	7
Finland	1997	12,1	8
Germany	1997	12,1	9
Greece	1997	11,9	10
Luxembourg	1997	11,9	11
Netherlands	1997	11,1	13
Sweden	1997	11,1	14
Spain	1997	10,9	15
United Kingdom	1997	10,3	16
Latvia	1995	10,2	17
Portugal	1997	10	18
Czech Republic (1)	1999	9,8	19
Hungary	1996	9,7	20
Slovakia	1994	9,1	21
Denmark	1997	8,8	22
Bulgaria	1996	7,3	29
Lithuania	1998	7,3	30
Estonia	1995	7	31
Cyprus	1996	6,4	35
Malta	1992	6,4	37
Lithuania	1996	6,2	38
Romania	1996	5,1	46
Ireland	1997	4,6	48
Turkey (3)	1997	4,5	49

Folgende Staaten in der per 1. Mai 2004 erweiterten EU haben ein Drei-Säulen-Reform-Modell der Pensionsversicherung implementiert

1. Dänemark
2. Niederlande
3. Polen
4. Schweden
5. Ungarn
6. Vereinigtes Königreich

Ausgangslage

- Der Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in den Ländern Mittel- und Osteuropas bedeutete nicht nur den Zusammenbruch einer politischen Herrschaftsform, sondern auch den Zusammenbruch eines bestimmten Systems der Sozialpolitik und der sozialen Sicherheit, deren tragende Säule die **betriebliche Fürsorge** durch den **in staatlicher Hand befindlichen Betrieb** war.
- Das **System der sozialen Sicherheit** musste nach 1989 daher **völlig neu aufgebaut** werden.
- Innerhalb **weniger Jahre** wurden die **Grundstrukturen einer Kranken-, Pensions-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung geschaffen.**
- Ostmitteleuropa versucht, die Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherheit durch **obligatorische Pensionsfonds der „Säule II“** zu lösen - ähnlich wie in Lateinamerika.
- **Beachtliche Erfolge der Reformen in Ungarn, gemischte Resultate in Polen, die nicht sosehr mit dem Modell an sich als mit der schleppenden Implementierung unter der letzten Regierungskoalition (christdemokratisch-gewerkschaftlich/konservative Regierung Jerzy Buzek) zusammenhängen.**

Leistungen der Pensionsreformen in den mittel- und osteuropäischen Staaten

- **Nur 5,5% der alten Menschen** in **Ungarn** nach der Reform unter der **Armutsgrenze** (60% Medianeinkommen) (gegenüber 13% in der Gesamtgesellschaft)
- **Ungarn: Pensionen 59,2%** der Durchschnittslöhne; Entlastung des Staatshaushalts durch geringere, notwendige staatliche Pensionszuschüsse **(9,8% des BIP). 92% der Arbeitnehmer zahlen Beiträge.**
- **9 Millionen Beitragszahler in Polen**
- **gesetzlicher und administrativer Aufbau einer neuen Struktur in Ungarn und Polen**
- Grundlegende Reform auch der Säule 1 nach Vorstellungen der Weltbank in **beiden Staaten** (virtuelle Pensionskonten)

Probleme

- Bei **gleichbleibenden Sozialversicherungsbeiträgen** teilen die Pensionsfonds mit dem weiter bestehenden Umlageverfahren die Einzahlungen der Versicherten. Folge: mittelfristige Finanzierungsprobleme der staatlichen Sozialversicherungsanstalten, da die langfristigen positiven Effekte der Reformen (‚Zweite' und ‚Dritte Säule'; ‚virtuelle Pensionskonten') erst später zum Tragen kommen, selbst dann, wenn die Reformen ‚optimal' implementiert werden.
- Derzeitiges Budgetdefizit **in Polen** 3,8% des BIP; schleppende Zahlungen der Sozialversicherungsanstalt ZUS an die privaten Pensionsfonds; staatliche Ausgaben für die Sozialversicherung 24,4% des BIP trotz Reform. I.e. **Budgetlücken trotz Reform**
- Weiteres Problem der Reform in Polen: **mangelnde staatliche Aufsicht der Pensionsfonds und der Sozialversicherungsanstalt ZUS**, sowie **Probleme der Computersysteme**. **Staatliche Budgetmittel** – statt der gesetzlich fixierten 7,3% des Bruttoeinkommens der Sozialversicherten - **finanzieren derzeit die Pensionsfonds**

(‚Sozialisation der Verluste'). Erst unter der neuen Regierung (sozialdemokratisch-bäuerliche Koalition) begleicht die Sozialversicherungsanstalt ZUS die Schulden gegenüber den Pensionsfonds

- Die **jährliche Rentabilität** der Fonds in **Polen** liegt bei nur 8,7% p.a., i.e. 0,1% - Punkte über der Inflationsrate

Altes Europa

Weltbank-Projektionen über die Relation der 20 – 59-jährigen Bevölkerung im Vergleich zur Bevölkerung über 60 Jahre

	1995	2000	2020
Finnland	2,9	2,8	1,7
Schweden	2,4	2,4	1,7
Deutschland	2,8	2,5	1,8
Italien	2,6	2,4	1,8
Belgien	2,6	2,6	1,8
Estland	3	2,6	1,8
Griechenland	2,4	2,3	1,8
Slowenien	3,2	3	1,9
Niederlande	3,3	3,1	1,9
Österreich	**3**	**2,8**	**1,9**
Frankreich	2,7	2,7	1,9
Malta	3,5	3,3	2
Vereinigtes Königreich	2,6	2,6	2
Norwegen	2,7	2,8	2
Dänemark	2,9	2,9	2
Bulgarien	2,6	2,5	2
Tschechische Republik	3,2	3,3	2
Lettland	2,9	2,6	2
Luxemburg	3	2,9	2,1
Spanien	2,7	2,7	2,1
Ungarn	2,8	2,9	2,1
Polen	3,4	3,4	2,2
Portugal	2,5	2,6	2,3
Litauen	3,1	3	2,4
Slowakische Republic	3,6	3,7	2,4
Zypern	3,8	3,6	2,5
Rumänien	3,1	3	2,5
Irland	3,4	3,5	2,7

Die kumulierten Vermögen der Pensionsfonds in% des BIP (Weltbank)

Land	**kumuliertes Vermögen der Pensionsfonds in% des BIP**	Platz in der Weltrangliste
Niederlande	87,3	2
Vereinigtes Königreich	83,7	4
Irland	45,0	10
Finnland	40,8	12
Schweden	32,6	13
Dänemark	23,9	14
Luxemburg	19,7	15
Griechenland	12,7	17
Portugal	12,0	18
Deutschland	5,8	20
Spanien	5,7	21
Frankreich	5,6	22
Belgien	4,8	24
Italien	3,2	28
Österreich	**2,6**	**33**
Ungarn	1,2	38
Tschechische Republik	1,2	39

- Die Pensionsfonds der Zweiten Säule müssen auf den internationalen **Kapitalmärkten Gewinne** erzielen

- Der **Umsatz** des weltweiten **Handels mit Währungen**, an dem heute die **Pensionsfonds massiv beteiligt sind**, macht das **18,6 fache der weltweiten Summe von Gütern und Dienstleistungen, die produziert werden,** aus

- Die **Einkommenskonzentration** hat fast überall in der westlichen Welt in den letzten Jahren **zugenommen**

- Die **Globalisierung erodiert die Pensionseinkommen** der älteren Generation in den OECD-Staaten, während die **Kapitaleinkommen zunehmen**, auch dann, wenn sich die Regierungen der Herausforderung eines neuen Pensionsmodells gar nicht stellen

- Die **Arbeitseinkommen im Norden** werden relativ zu den Kapitaleinkommen als Folge der Abwanderung des Kapitals aus dem Norden der Welt in den Süden weiter **sinken**

- Die **Globalisierung** wird weiterhin die Einkommen zu Gunsten jener **umverteilen**, die **Ersparnisse kumulieren**

- **Der politische Druck** zur **Realisierung eines Drei-Säulen-Modells**, der von der Globalisierung ausgeht, wird sich weiter verstärken.

Ökologische Nachhaltigkeit

Bewertungskriterium ist hier der von den Universitäten **Yale** und **Columbia** entwickelte **Environmental Sustainability Index** (ESI), der **68 Kategorien** der **Umweltpolitik** kombiniert und heute **für 142 Staaten** erhoben wird[27]. Für 119 Staaten waren Daten sowohl für 2001 als auch für 2002 vorhanden.

Länderkode	ökologisch nachhaltige Entwicklung ESI 2001	ESI 2002	Weltrang nachhaltige Entwicklung, 2001	Weltrang nachhaltige Entwicklung, 2002	Verbesserung/Verschlechterung des weltweiten Ranges der Qualität der Umweltpolitik
Finnland	80,47	73,9	1	1	0
Schweden	77,09	72,6	4	3	1
Österreich	67,85	64,2	8	7	1
Lettland	56,32	63	32	10	22
Ungarn	61,03	62,7	21	11	10
Slowakische Republik	63,21	61,6	18	14	4
Estland	57,66	60	27	17	10
Slowenien	59,94	58,8	24	23	1
Litauen	60,27	57,2	23	26	-3
Portugal	61,36	57,1	20	27	-7
Dänemark	67,02	56,2	10	30	-20
Frankreich	65,82	55,5	13	31	-18
Niederlande	65,98	55,4	12	32	-20
Irland	64	54,8	17	35	-18
Spanien	59,51	54,1	25	40	-15
Deutschland	64,16	52,5	15	47	-32
Griechenland	53,11	50,9	41	56	-15
Türkei	46,34	50,8	67	57	10
Tschechien	57,21	50,2	29	60	-31
Rumänien	44,08	50	77	62	15
Bulgarien	47,39	49,3	58	67	-9
Italien	54,33	47,2	37	79	-42
Polen	47,61	46,7	56	83	-27
Großbritannien	64,1	46,1	16	86	-70
Belgien	44,1	39,1	76	111	-35

Faktor nachhaltige Entwicklung im Jahr 2001 > 0.60, weitere Verbesserungen:

Ungarn
Slowakische Republik
Schweden
Österreich

Gute Ausgangslage (ESI-Index 2001 > 0.60), aber umweltpolitischen Kredit verspielt:

Großbritannien
Deutschland
Dänemark
Niederlande
Frankreich

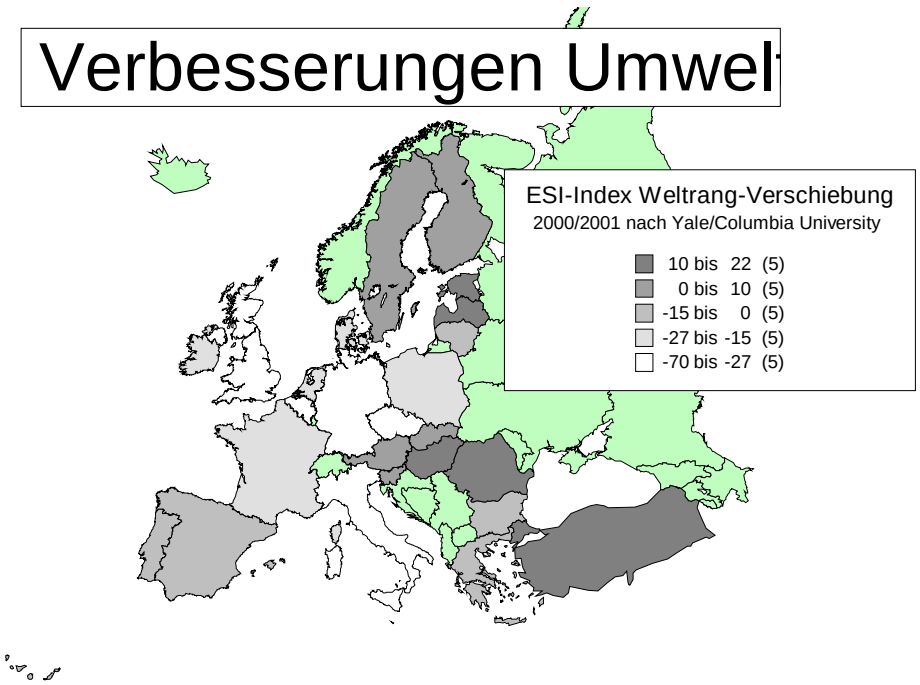
Irland
Portugal
Litauen

Problematische Ausgangslage (ESI-Index 2001 < 0.60), aber Verbesserungen:

Lettland
Rumänien
Türkei
Estland
Slowenien

Problematische Ausgangslage (ESI-Index 2001 < 0.60) und Situation weiter verschlechtert:

Italien
Belgien
Tschechien
Polen
Griechenland
Spanien
Bulgarien

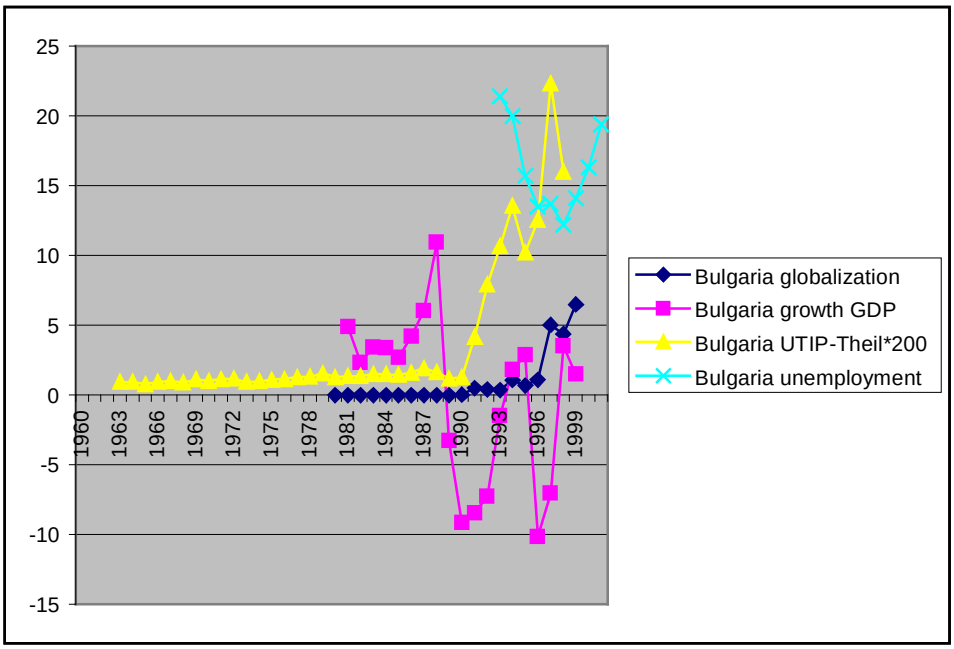


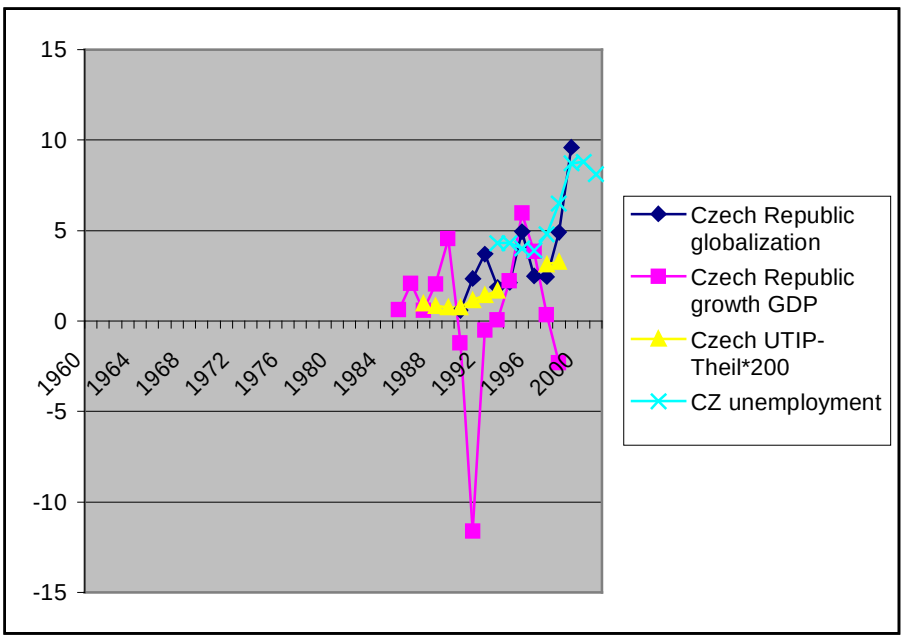
Keine Daten für Schweiz, Norwegen, ex-Jugoslawien und ex-UdSSR. Eigene Zusammenstellungen und Berechnungen aus Yale/Columbia ESI-Projekt

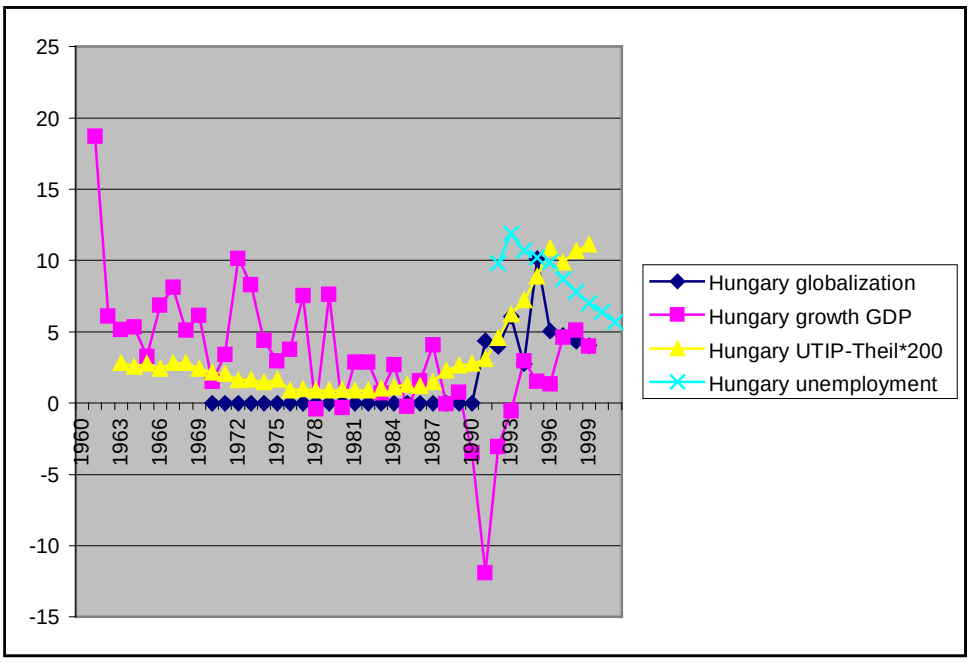
Arbeitsblatt 6: Der Druck des Binnenmarktes – der Druck der Globalisierung

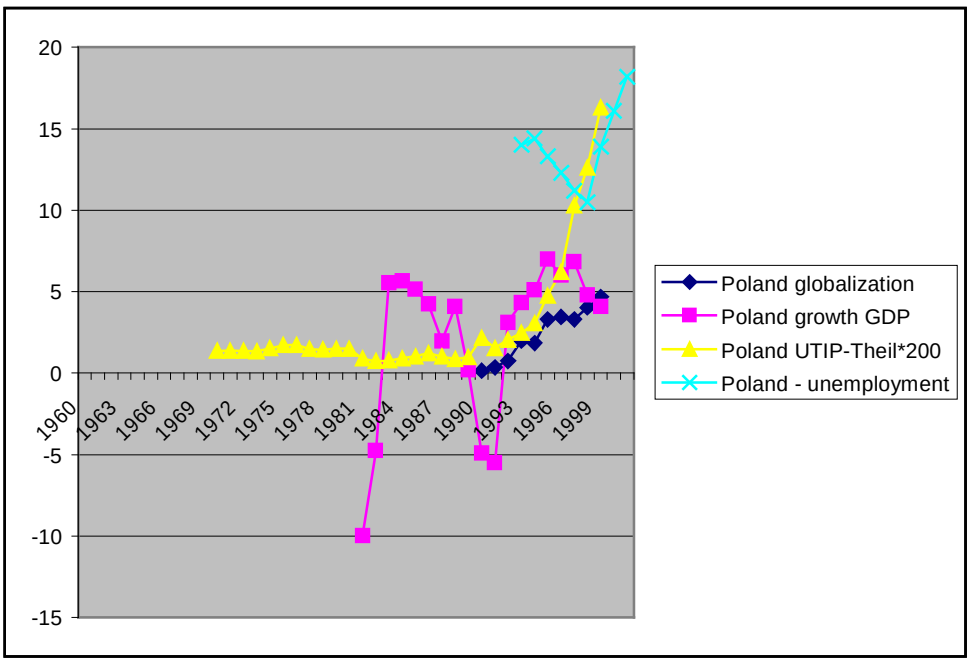
In den meisten Staaten der Region stieg die Globalisierung, die Beschäftigung ist weiter unbefriedigend, das Wachstum schwach und die Ungleichheit wächst. Die Diagnose vom „Standhalten gegenüber dem Druck des Binnenmarktes“ als erfülltes Beitrittskriterium wurde von der Kommission vielleicht **voreilig** gefällt.

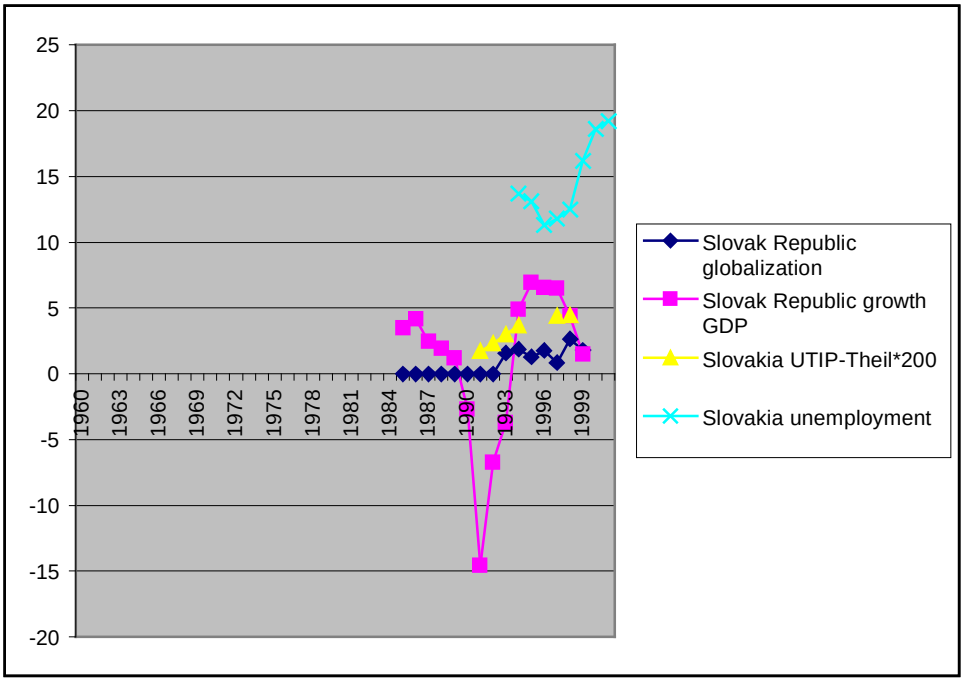
Mittel- und osteuropäische Staaten

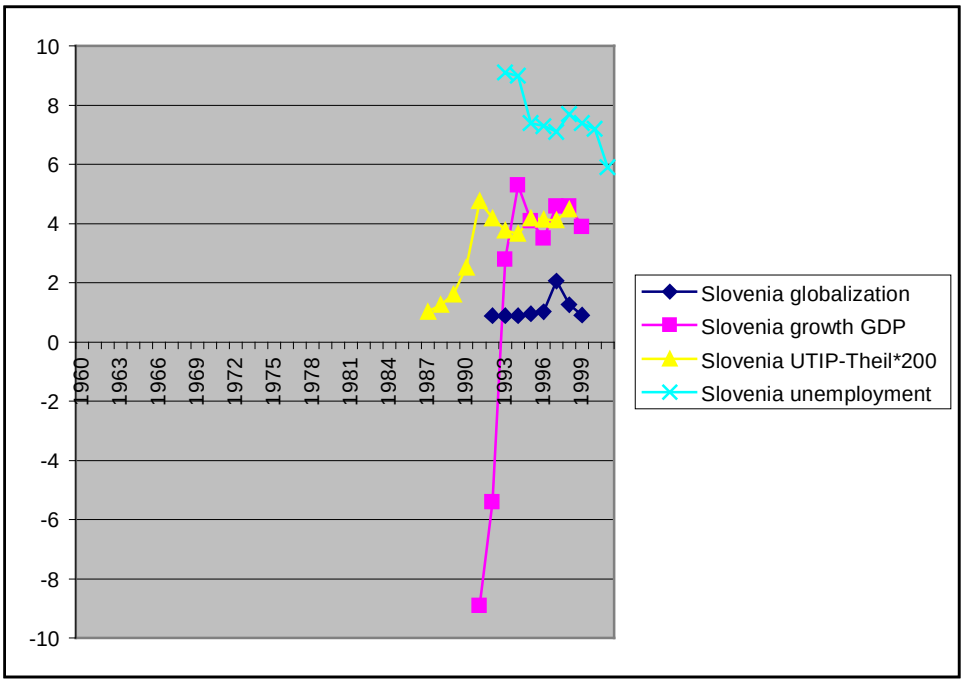




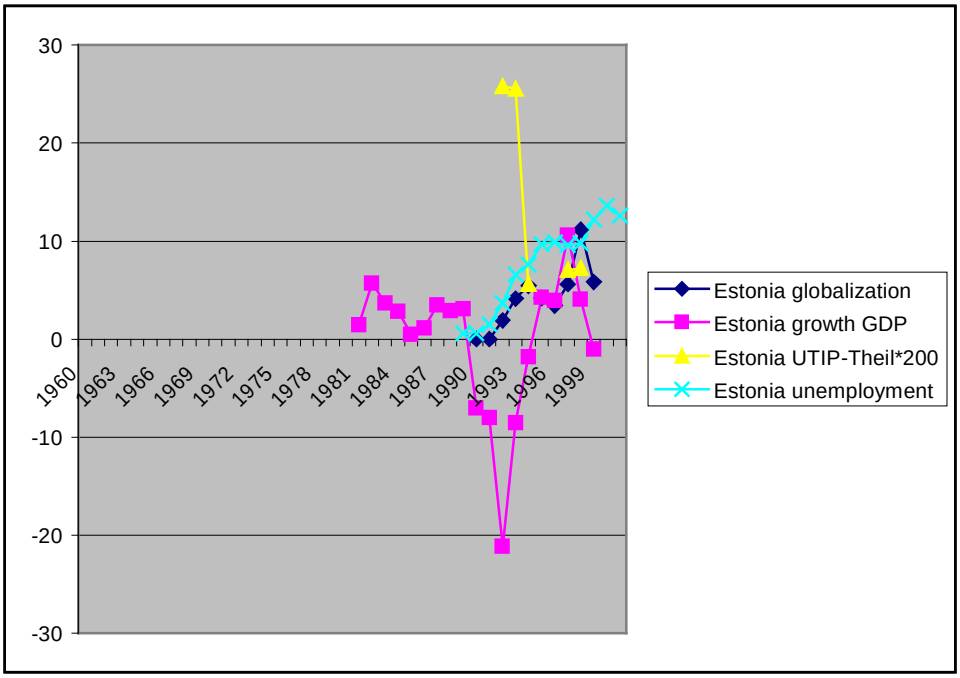

25
20
15
10
5
0
-5
-10
-15
1960
1963
1966
1969
1972
1975
1978
1981
1984
1987
1990
1993
1996
1999
Hungary globalization
Hungary growth GDP
Hungary UTIP-Theil*200
Hungary unemployment

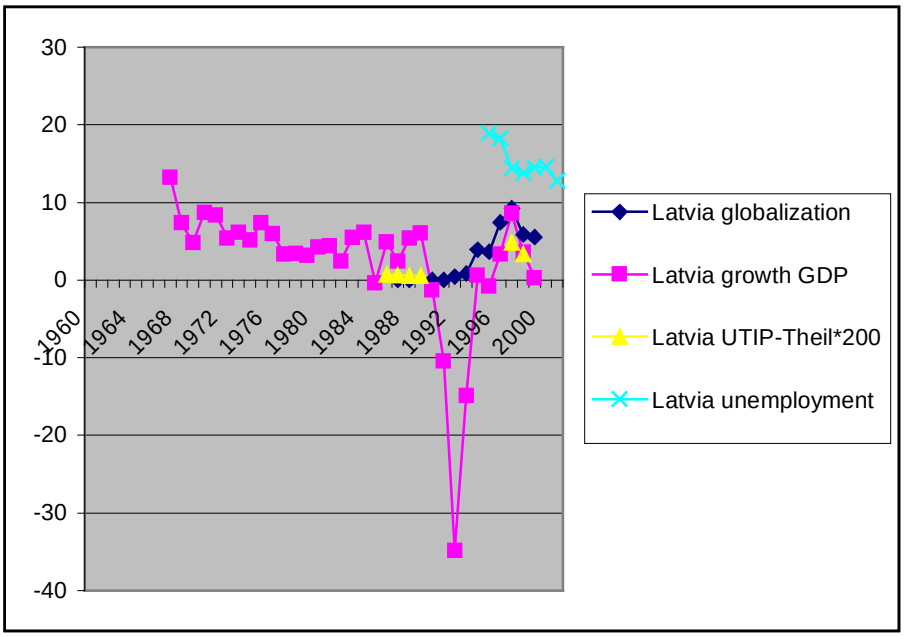

20
15
10
5
0
-5
-10
-15
1960
1963
1966
1969
1972
1975
1978
1981
1984
1987
1990
1993
1996
1999
Poland globalization
Poland growth GDP
Poland UTIP-Theil*200
Poland - unemployment

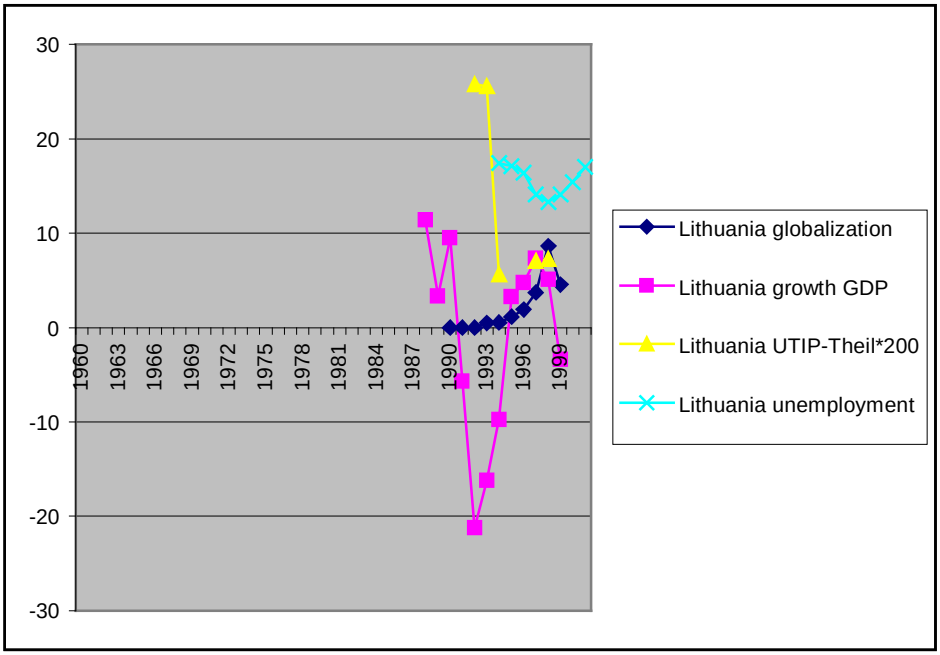

25
20
15
10
5
0
-5
-10
-15
-20
1960
1963
1966
1969
1972
1975
1978
1981
1984
1987
1990
1993
1996
1999
Slovak Republic globalization
Slovak Republic growth GDP
Slovakia UTIP-Theil*200
Slovakia unemployment


10
8
6
4
2
0
-2
-4
-6
-8
-10
1960
1963
1966
1969
1972
1975
1978
1981
1984
1987
1990
1993
1996
1999
Slovenia globalization
Slovenia growth GDP
Slovenia UTIP-Theil*200
Slovenia unemployment

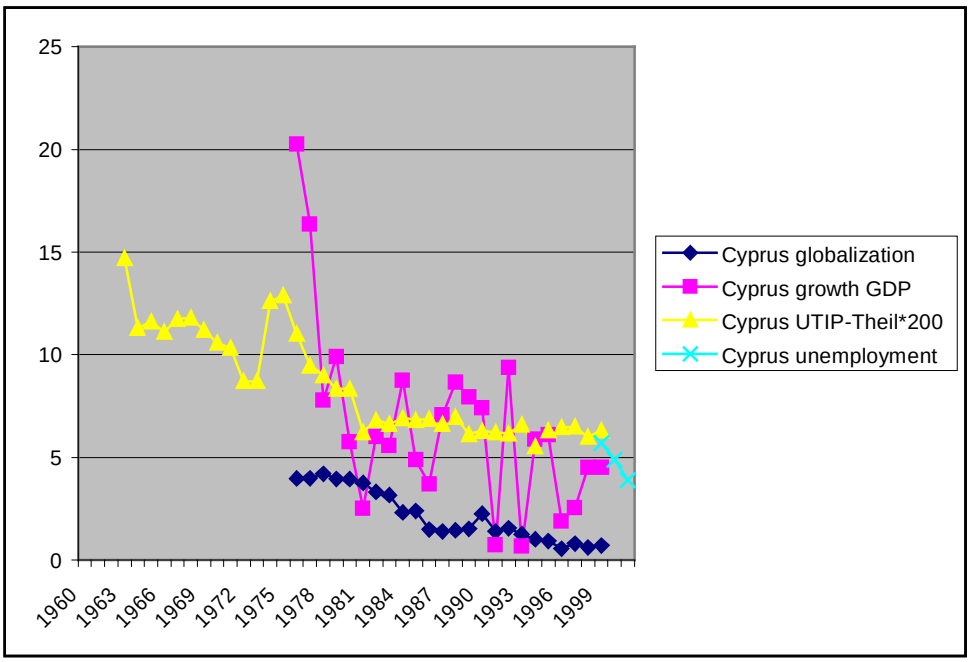
Baltische Staaten

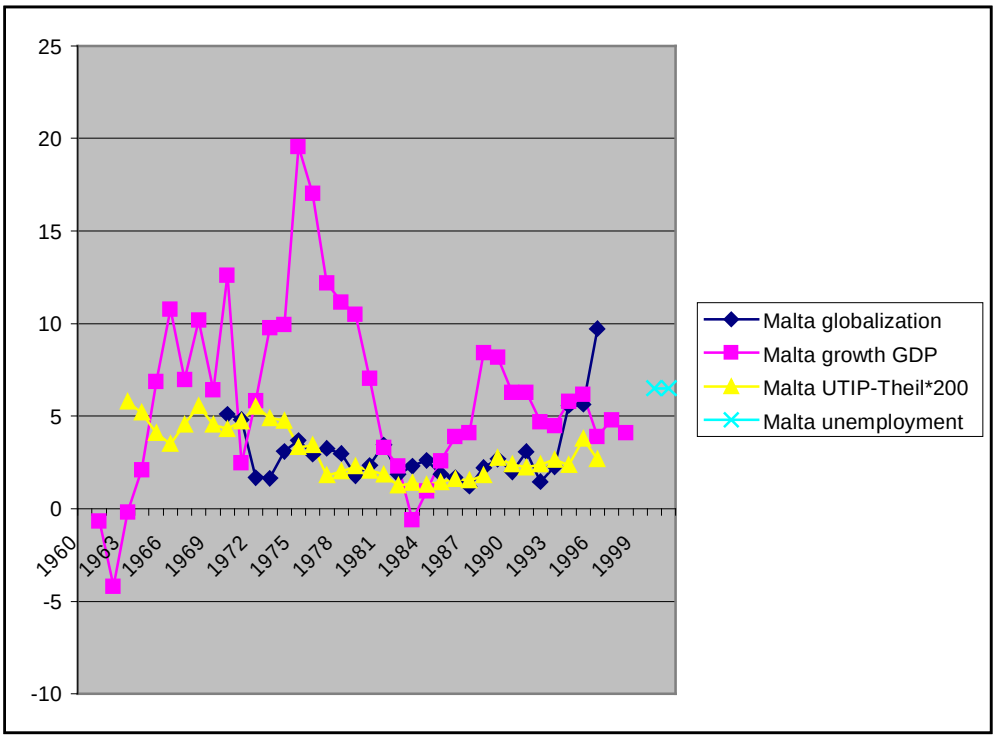


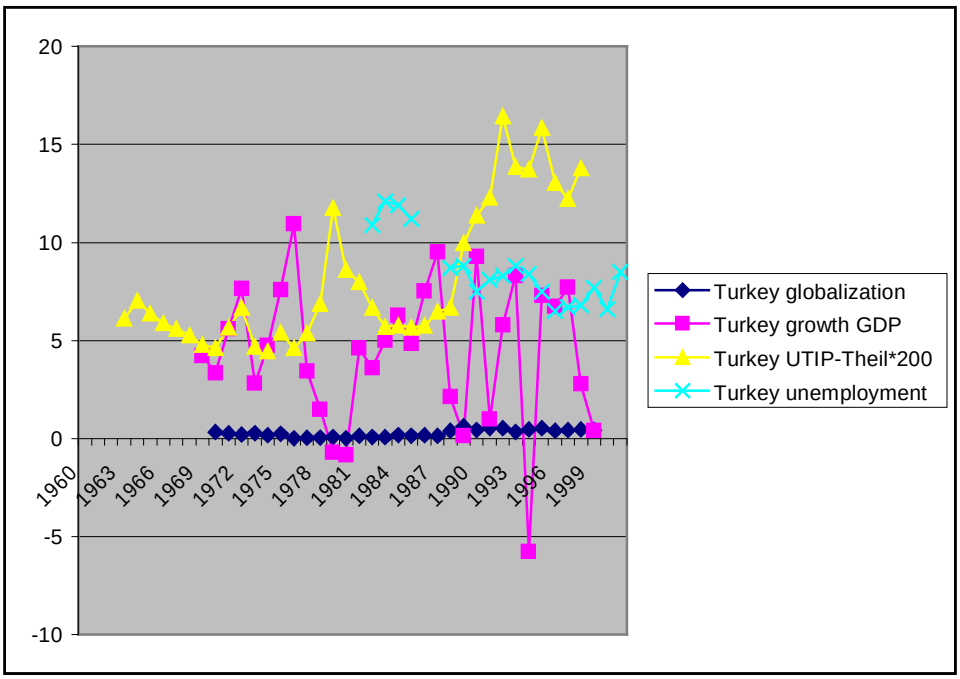



30
20
10
0
-10
-20
-30
1960
1963
1966
1969
1972
1975
1978
1981
1984
1987
1990
1993
1996
1999
Lithuania globalization
Lithuania growth GDP
Lithuania UTIP-Theil*200
Lithuania unemployment

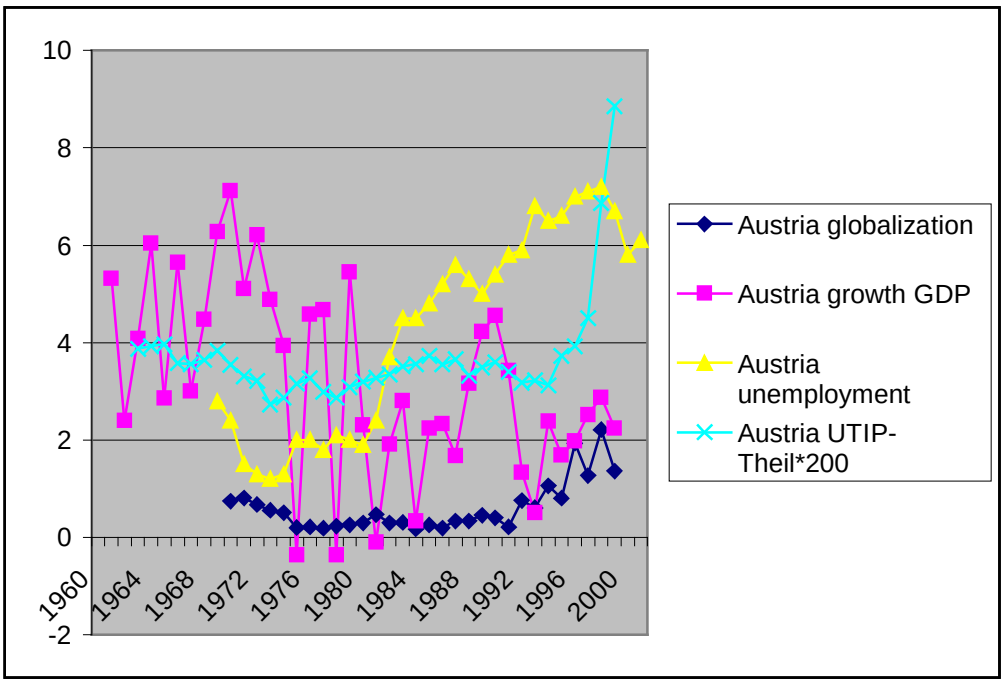
Mediterrane Staaten

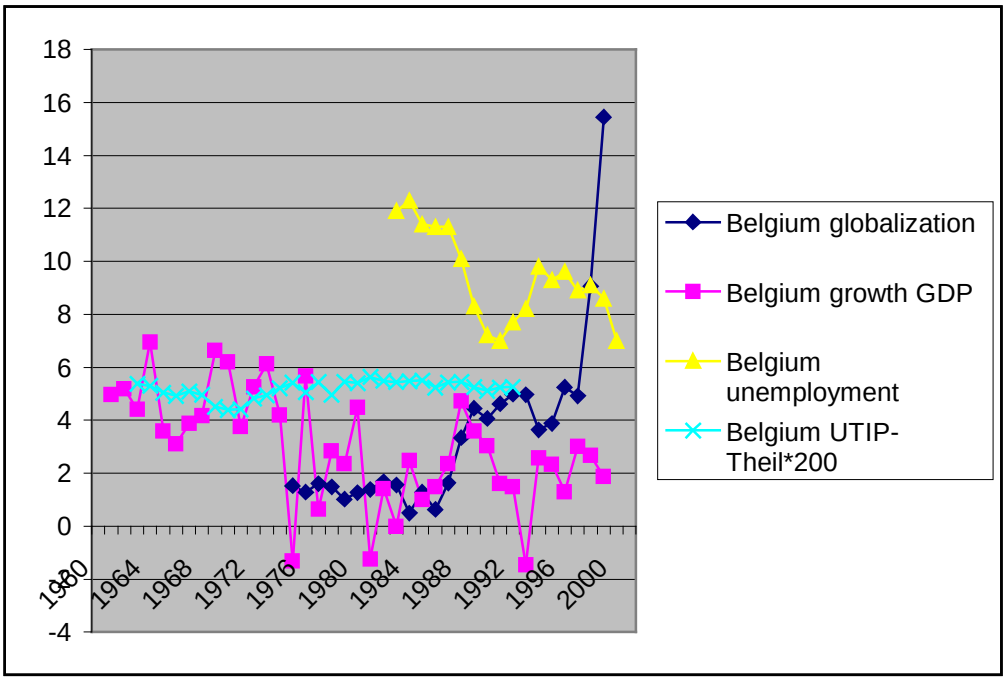


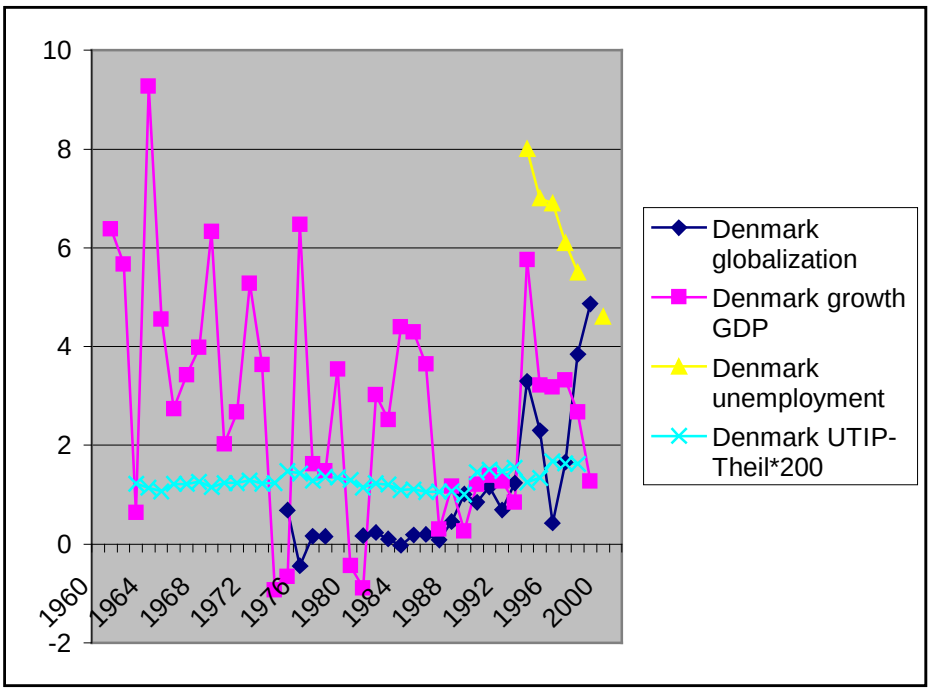


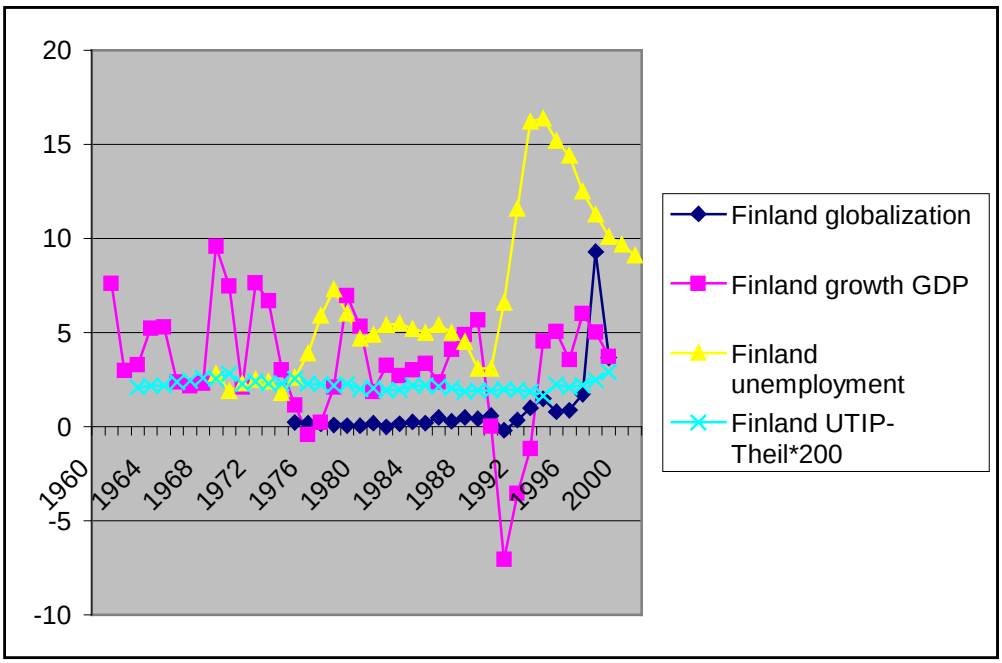

20
15
10
5
0
-5
-10
1960
1963
1966
1969
1972
1975
1978
1981
1984
1987
1990
1993
1996
1999
Turkey globalization
Turkey growth GDP
Turkey UTIP-Theil*200
Turkey unemployment

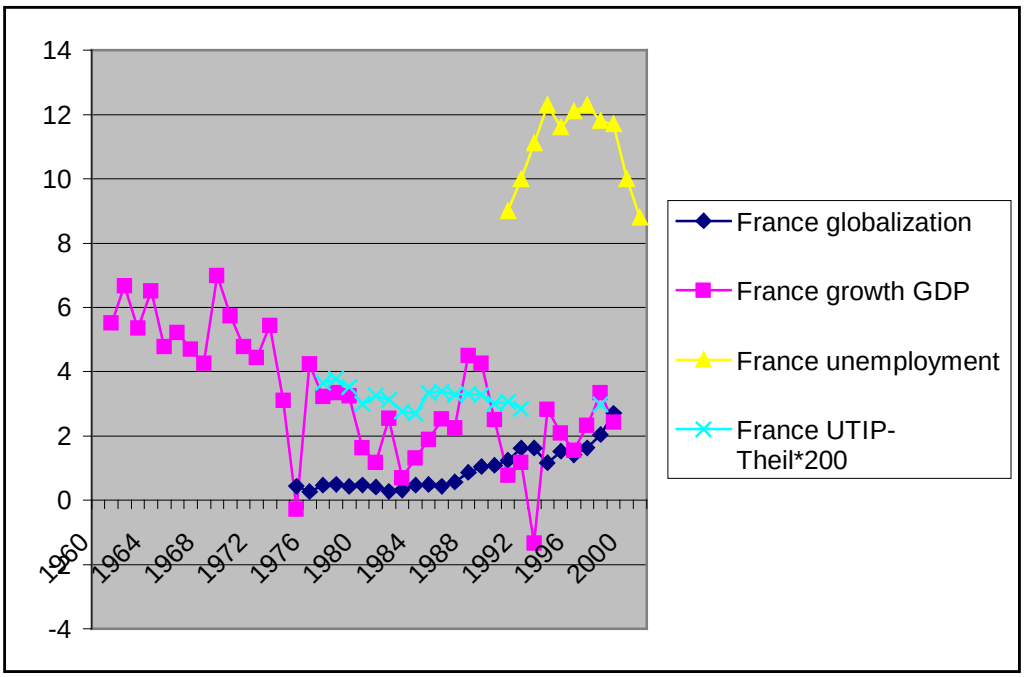
Die alte **EU-15**

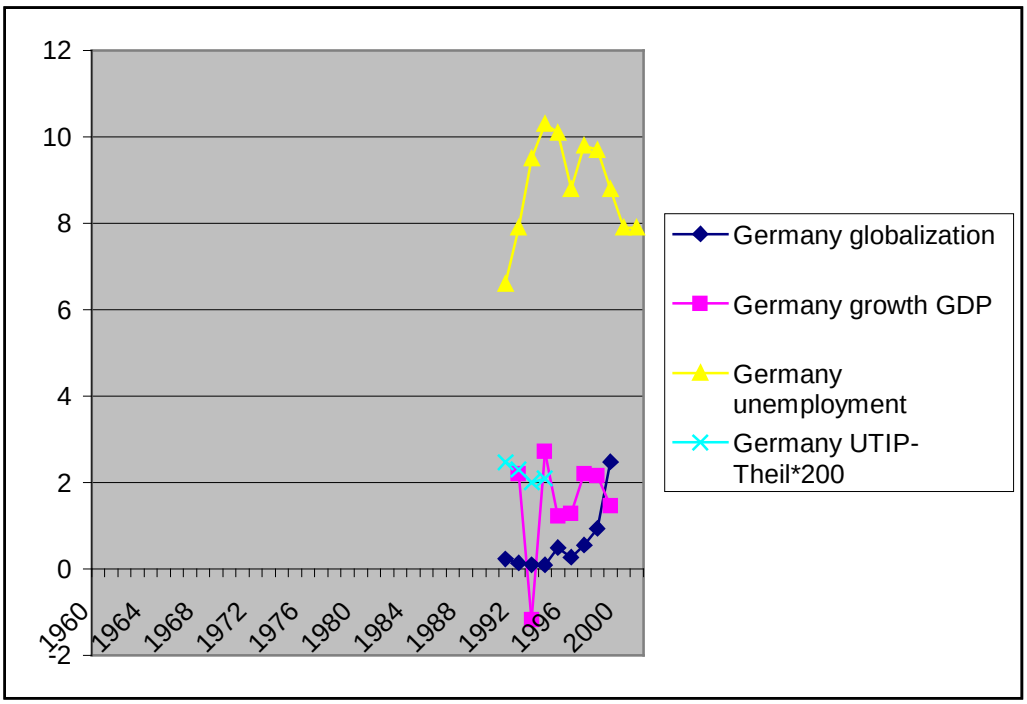


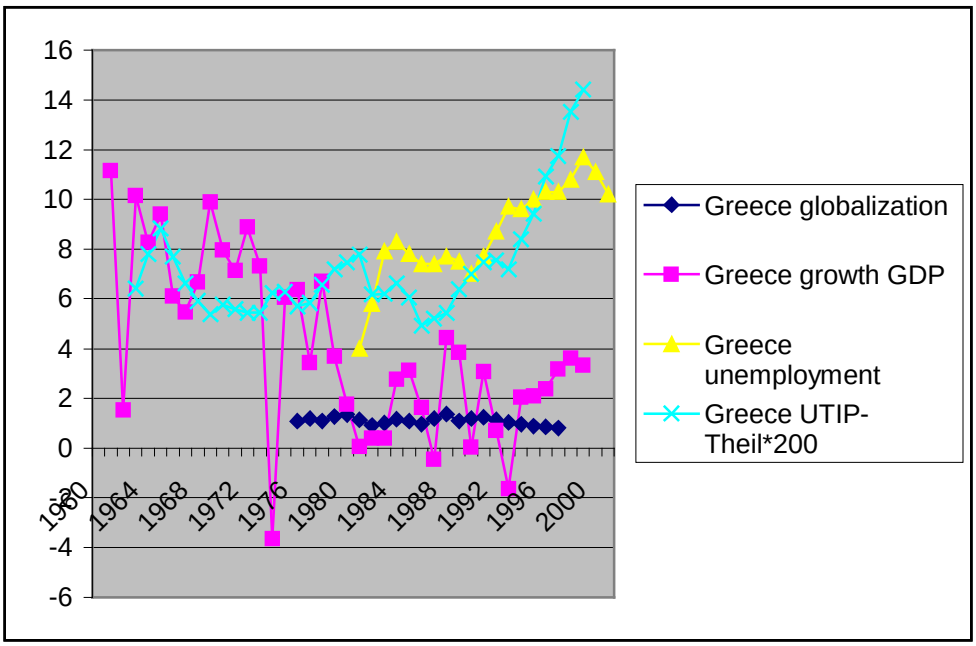


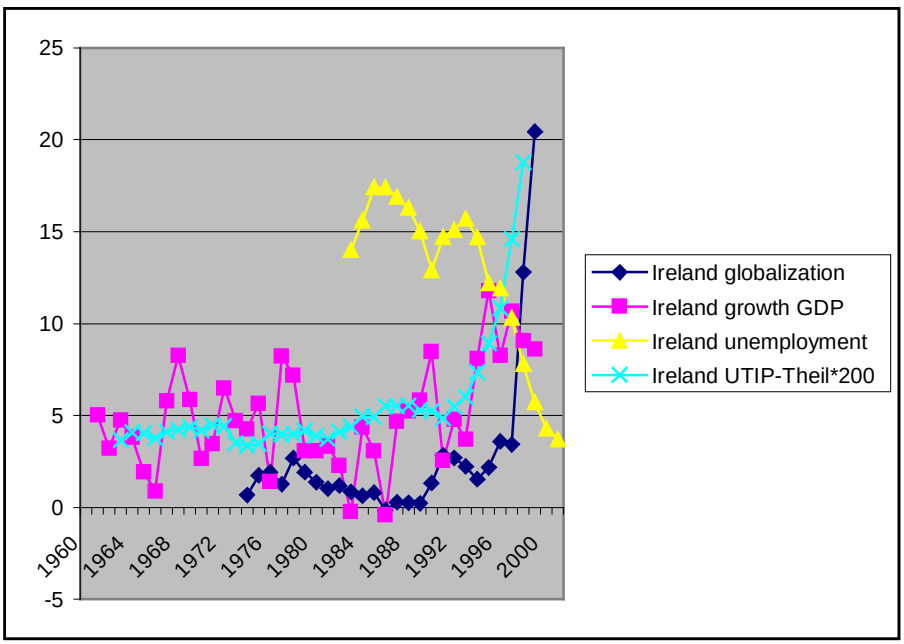

10
8
6
4
2
0
-2
1960
1964
1968
1972
1976
1980
1984
1988
1992
1996
2000
Denmark globalization
Denmark growth GDP
Denmark unemployment
Denmark UTIP-Theil*200

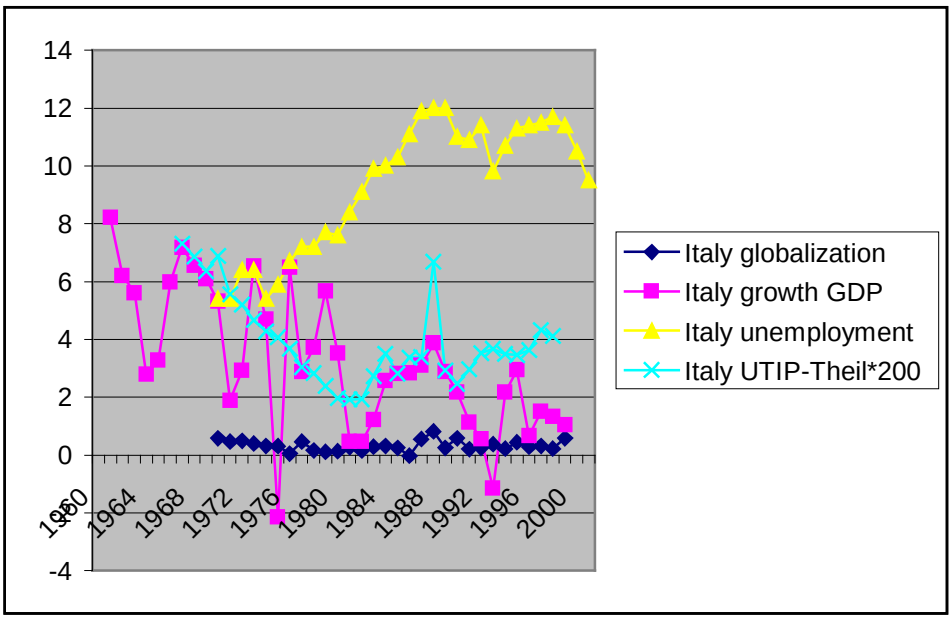

20
15
10
5
0
-5
-10
1960
1964
1968
1972
1976
1980
1984
1988
1992
1996
2000
Finland globalization
Finland growth GDP
Finland unemployment
Finland UTIP-Theil*200

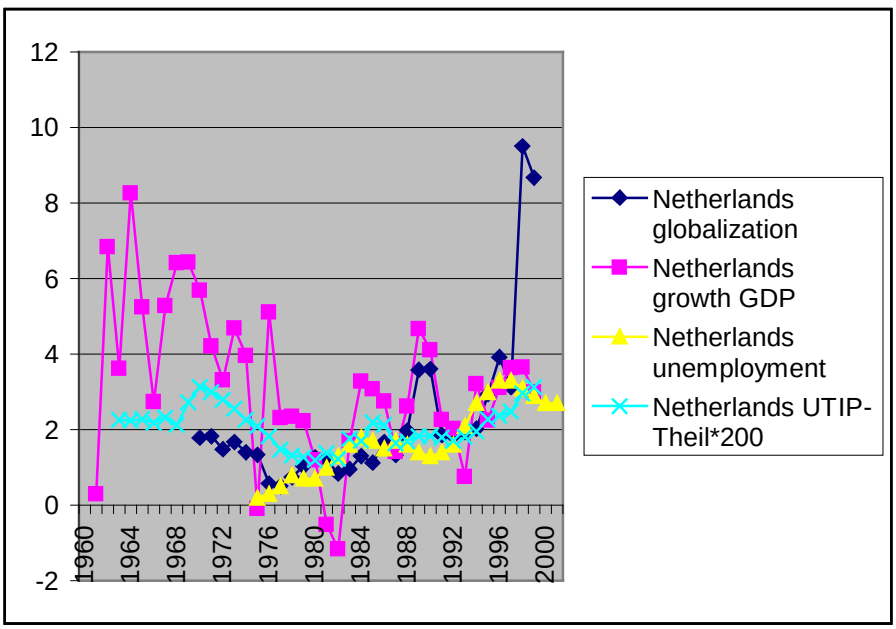

14
12
10
8
6
4
2
0
-2
-4
1960
1964
1968
1972
1976
1980
1984
1988
1992
1996
2000
France globalization
France growth GDP
France unemployment
France UTIP-Theil*200

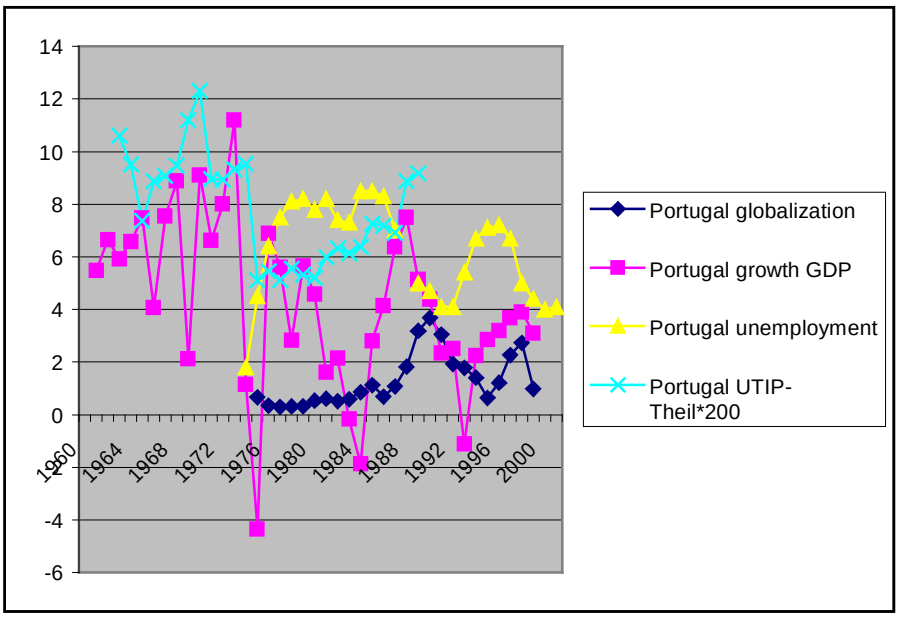

12
10
8
6
4
2
0
-2
1960
1964
1968
1972
1976
1980
1984
1988
1992
1996
2000
Germany globalization
Germany growth GDP
Germany unemployment
Germany UTIP-Theil*200

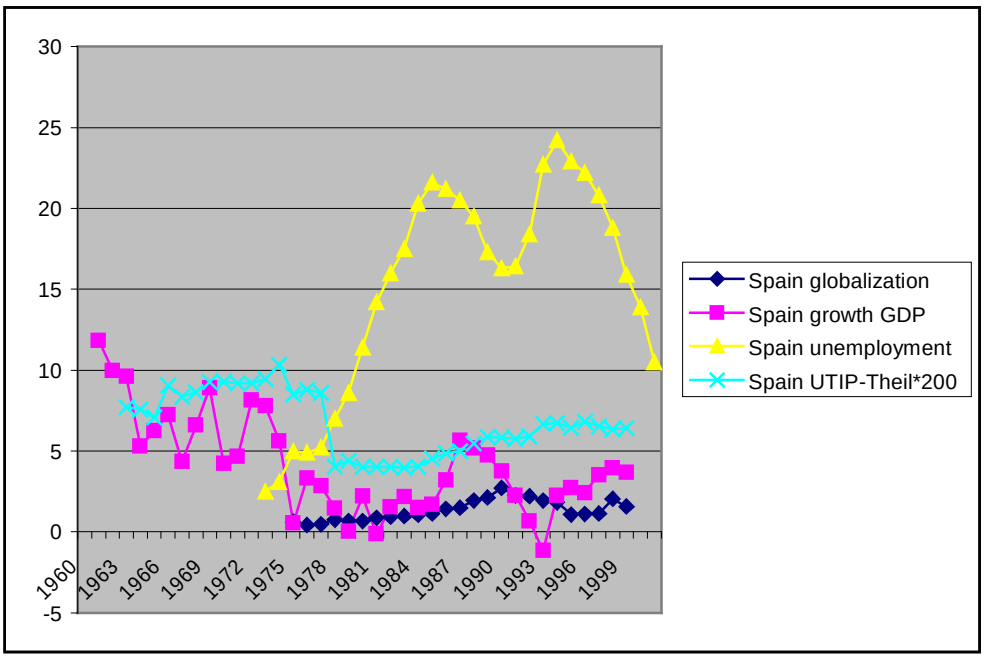

16
14
12
10
8
6
4
2
0
-2
-4
-6
1960
1964
1968
1972
1976
1980
1984
1988
1992
1996
2000
Greece globalization
Greece growth GDP
Greece unemployment
Greece UTIP-Theil*200

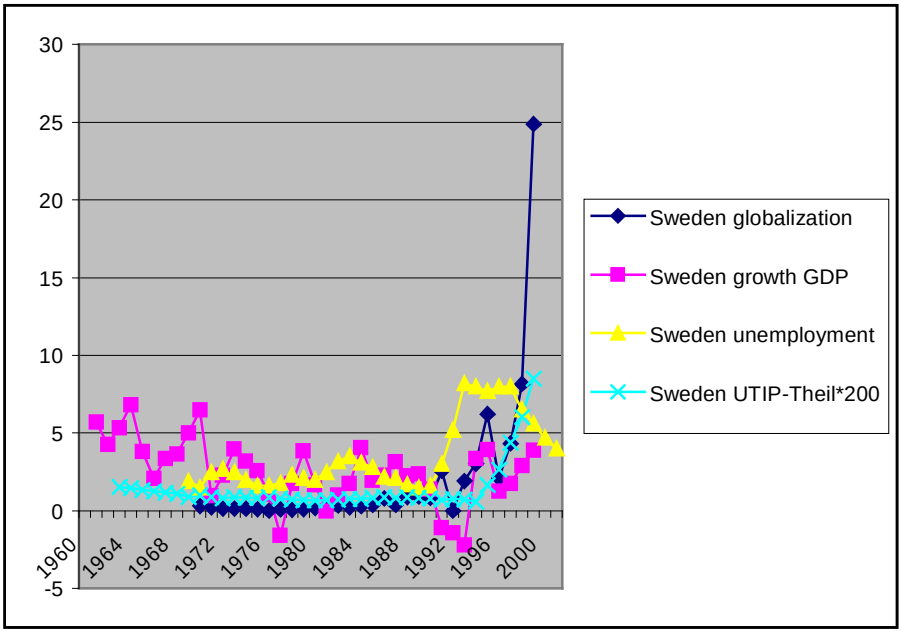

25
20
15
10
5
0
-5
1960
1964
1968
1972
1976
1980
1984
1988
1992
1996
2000
Ireland globalization
Ireland growth GDP
Ireland unemployment
Ireland UTIP-Theil*200


14
12
10
8
6
4
2
0
-4
1960
1964
1968
1972
1976
1980
1984
1988
1992
1996
2000
Italy globalization
Italy growth GDP
Italy unemployment
Italy UTIP-Theil*200


12
10
8
6
4
2
0
-2
1960
1964
1968
1972
1976
1980
1984
1988
1992
1996
2000
Netherlands globalization
Netherlands growth GDP
Netherlands unemployment
Netherlands UTIP-Theil*200


14
12
10
8
6
4
2
0
-2
-4
-6
1960
1964
1968
1972
1976
1980
1984
1988
1992
1996
2000
Portugal globalization
Portugal growth GDP
Portugal unemployment
Portugal UTIP-Theil*200

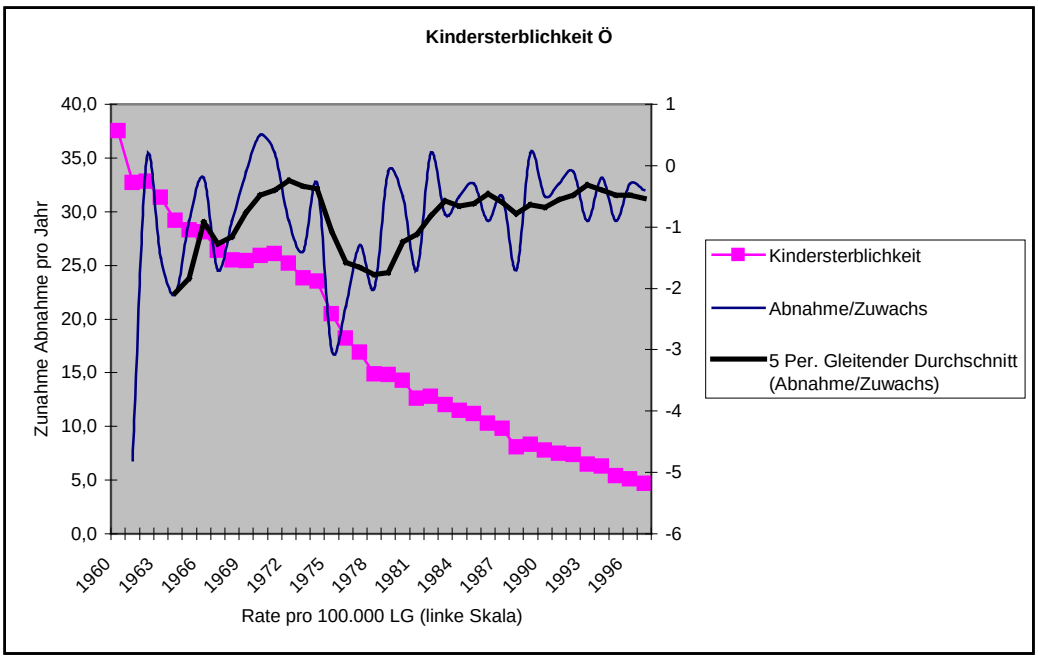

30
25
20
15
10
5
0
-5
1960
1963
1966
1969
1972
1975
1978
1981
1984
1987
1990
1993
1996
1999
Spain globalization
Spain growth GDP
Spain unemployment
Spain UTIP-Theil*200

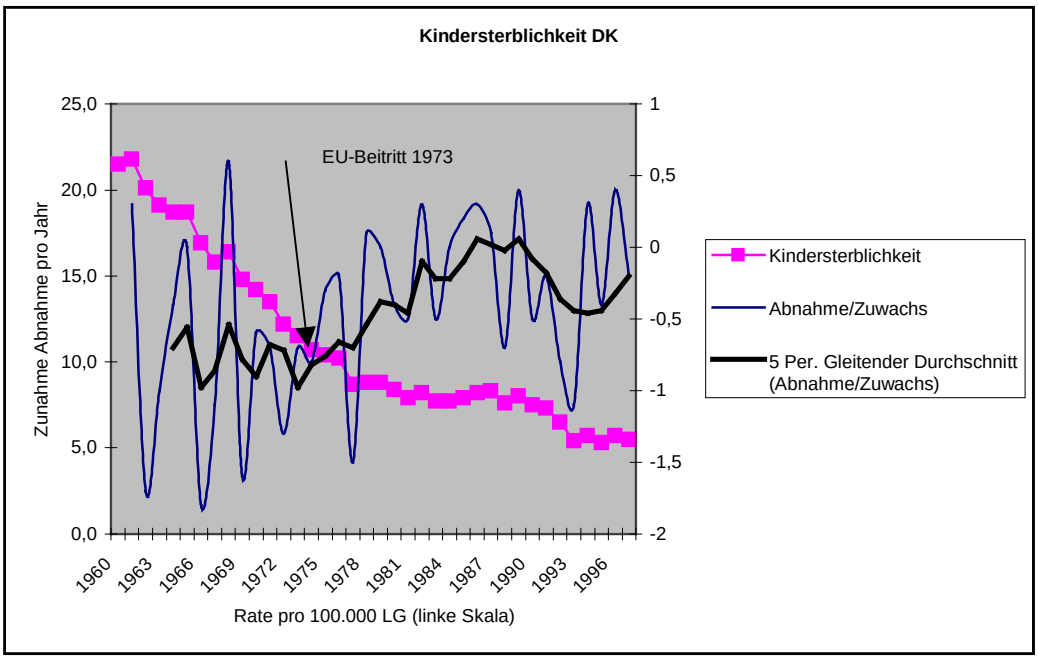

30
25
20
15
10
5
0
-5
1960
1964
1968
1972
1976
1980
1984
1988
1992
1996
2000
Sweden globalization
Sweden growth GDP
Sweden unemployment
Sweden UTIP-Theil*200

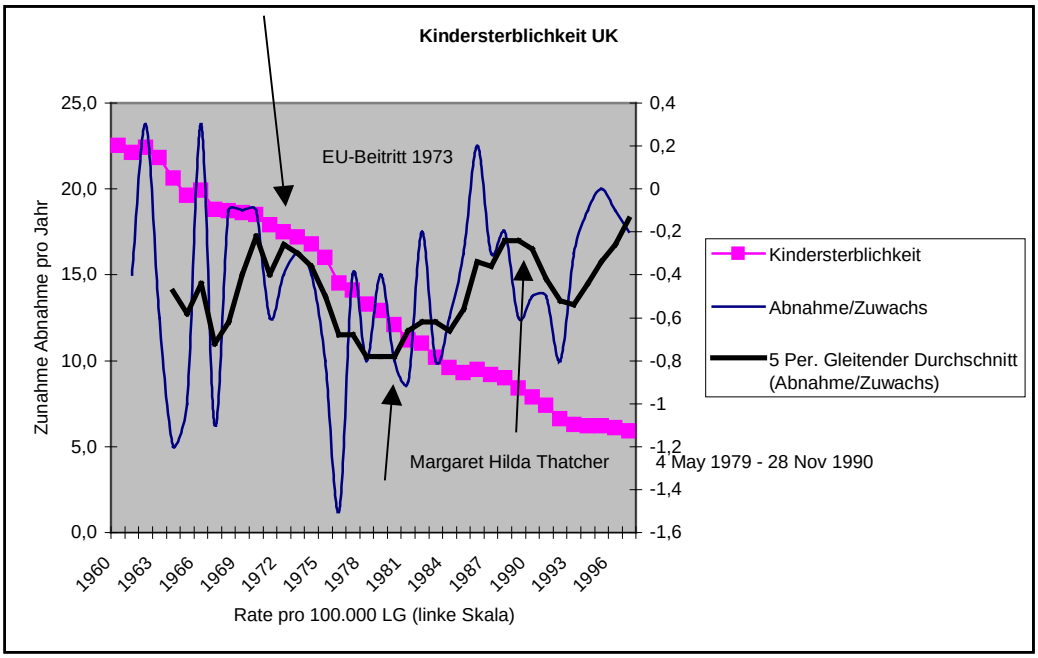
Arbeitsblatt 7: Soziale Entwicklung und EU-Beitritt – die statistische Erfahrung seit den 60-er Jahren in Europa

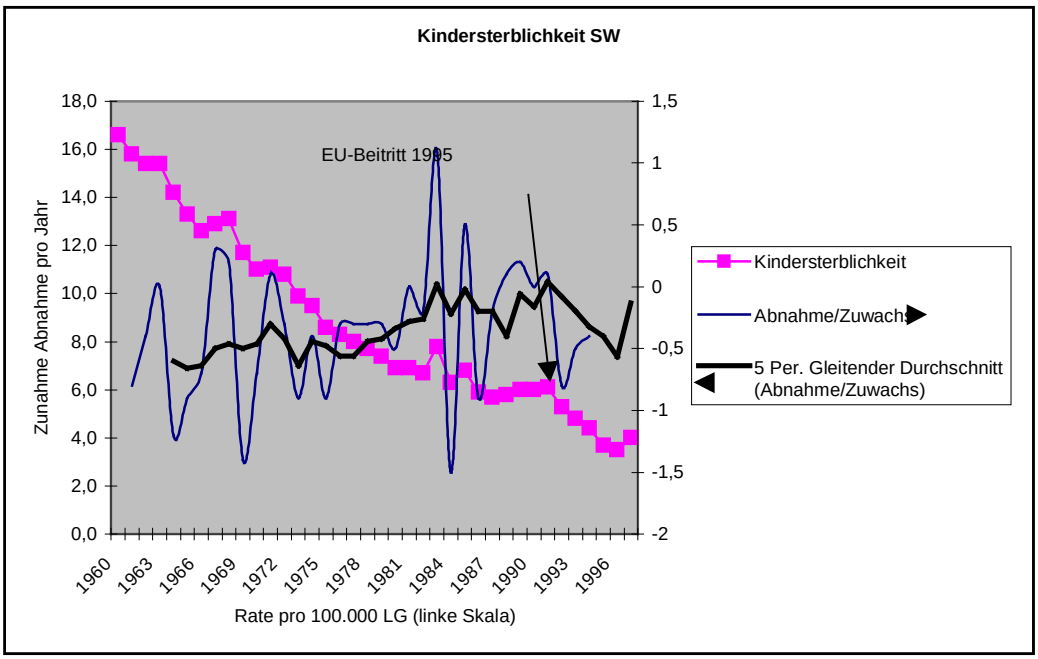
Leider lässt sich auf Grund der Zeitreihen auf Jahresbasis, entnommen aus der elektronischen, kompletten, nun frei zugänglichen Datenbank der Weltbank für über 200 Staaten und Territorien der Welt **nirgendwo der Schluss ableiten**, dass sich **die soziale Entwicklung in den Beitrittsstaaten nach Vollbeitritt in die EU wirklich beschleunigen dürfte**. In den bisherigen Beitrittsprozessen hat sich sogar die bisher beobachtbare Abnahme der Kindersterblichkeit oft **verlangsamt**. In GB gab es zunächst einen positiven Beitrittseffekt einer deutlichen Reduktion der Kindersterblichkeit, unter den Regierungen **Thatcher** ist dieser Effekt aber leider gestoppt worden. In den **nicht der EU beigetretenen EFTA-Staaten** ist die positive soziale Entwicklung **nicht** zum **Stillstand** gekommen.

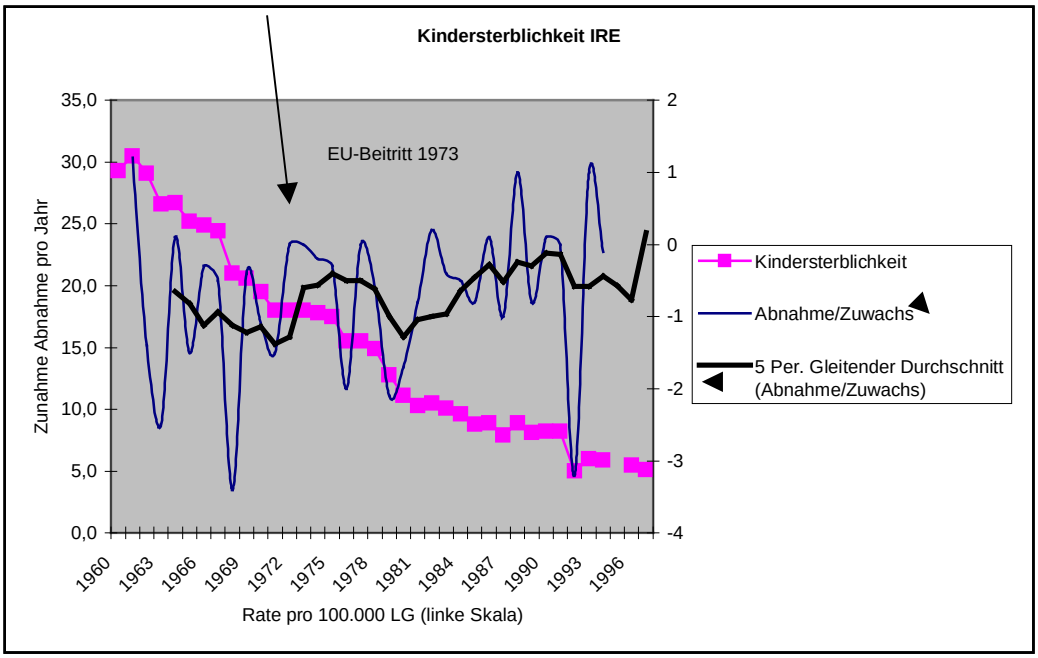
Datenbank: http://www.worldbank.org/research/growth/GDNdata.htm

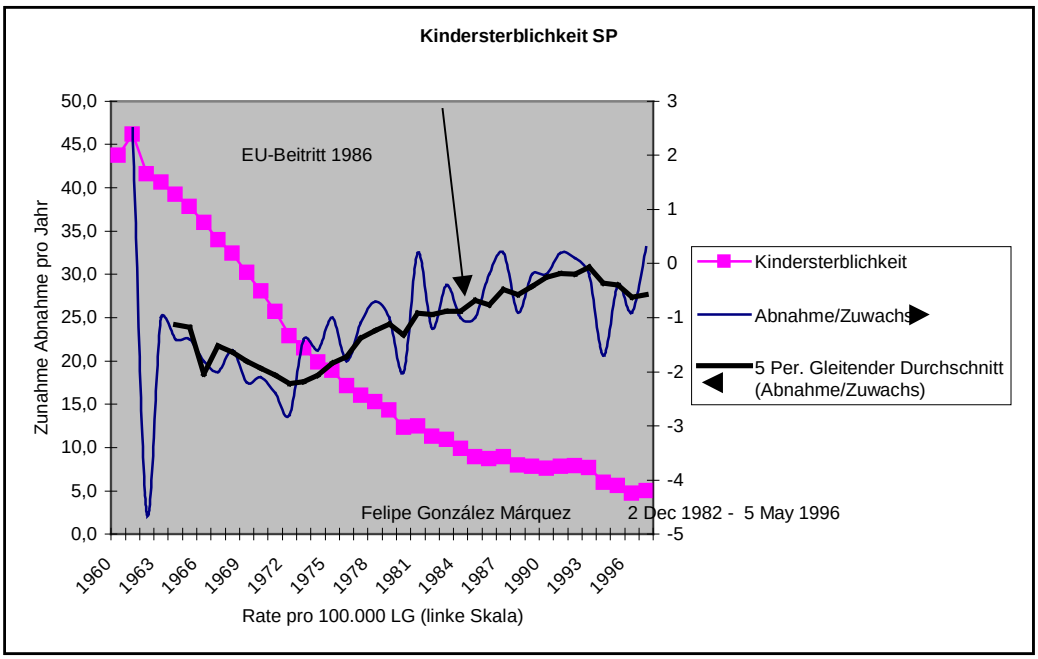


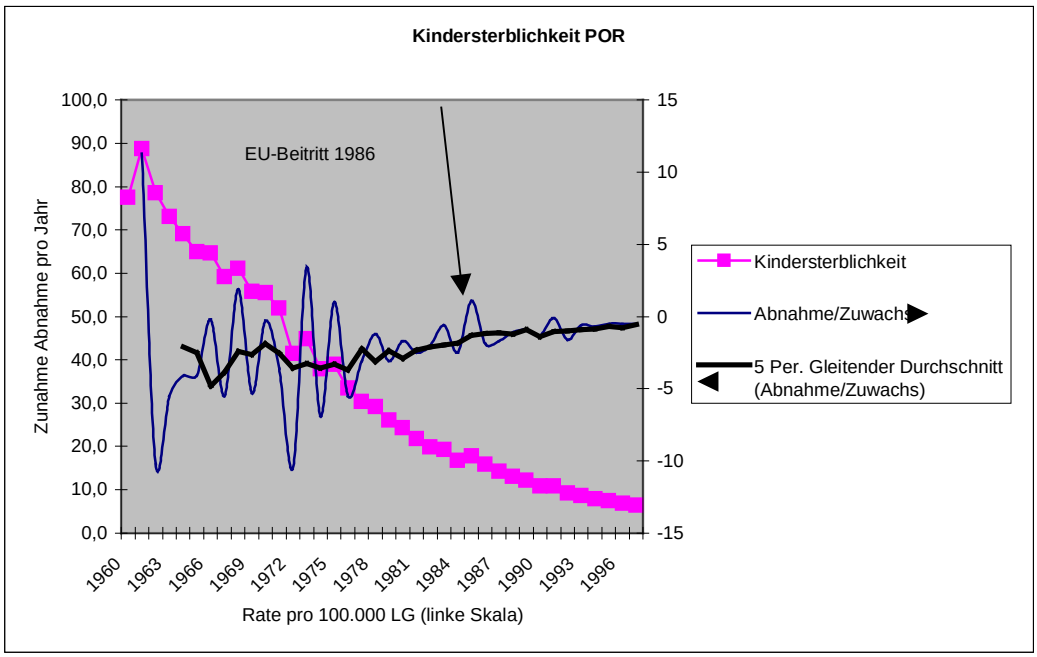

Kindersterblichkeit DK
EU-Beitritt 1973
Zunahme Abnahme pro Jahr
25,0
20,0
15,0
10,0
5,0
0,0
1
0,5
0
-0,5
-1
-1,5
-2
1960
1963
1966
1969
1972
1975
1978
1981
1984
1987
1990
1993
1996
Rate pro 100.000 LG (linke Skala)
Kindersterblichkeit
Abnahme/Zuwachs
5 Per. Gleitender Durchschnitt (Abnahme/Zuwachs)

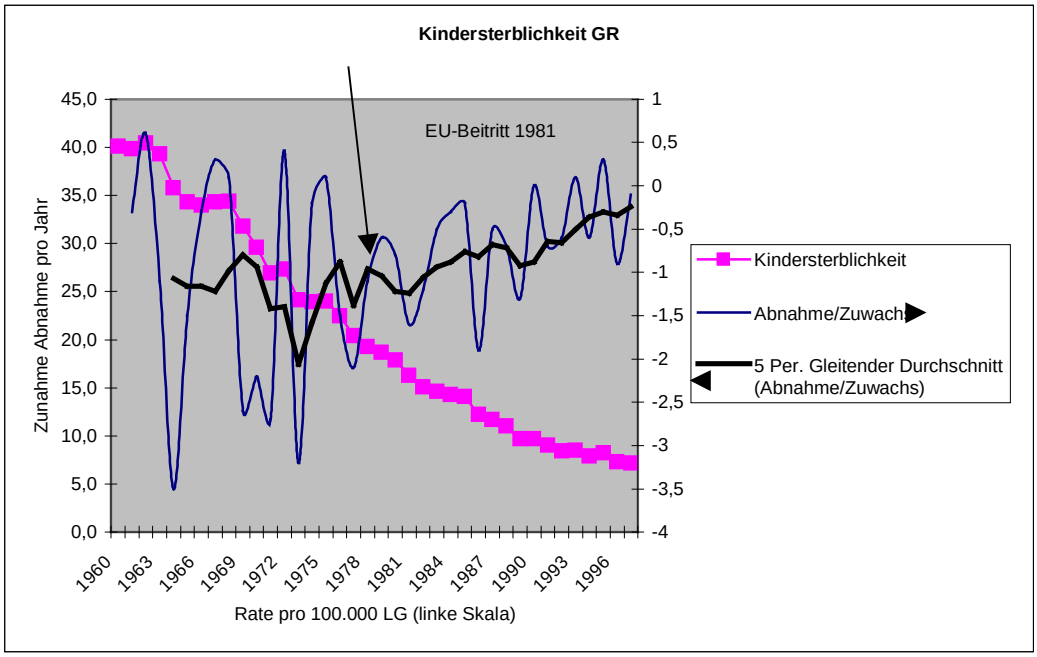

Kindersterblichkeit UK
EU-Beitritt 1973
Margaret Hilda Thatcher
4 May 1979 - 28 Nov 1990
Zunahme Abnahme pro Jahr
25,0
20,0
15,0
10,0
5,0
0,0
0,4
0,2
0
-0,2
-0,4
-0,6
-0,8
-1
-1,2
-1,4
-1,6
1960
1963
1966
1969
1972
1975
1978
1981
1984
1987
1990
1993
1996
Rate pro 100.000 LG (linke Skala)
Kindersterblichkeit
Abnahme/Zuwachs
5 Per. Gleitender Durchschnitt (Abnahme/Zuwachs)

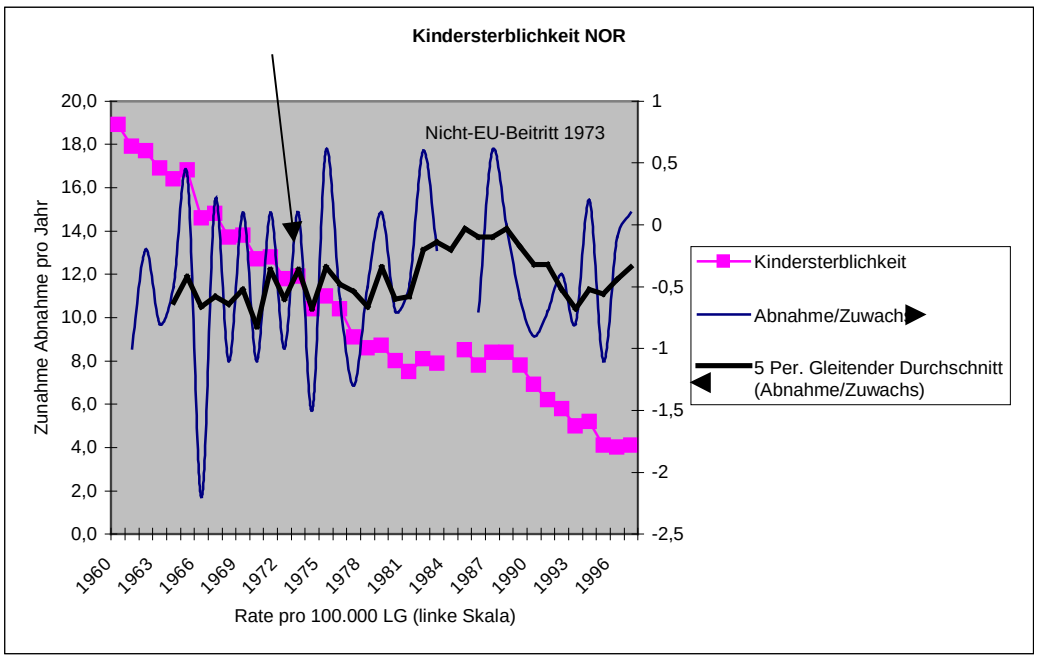

Kindersterblichkeit SW
EU-Beitritt 1995
Zunahme Abnahme pro Jahr
18,0
16,0
14,0
12,0
10,0
8,0
6,0
4,0
2,0
0,0
1,5
1
0,5
0
-0,5
-1
-1,5
-2
1960
1963
1966
1969
1972
1975
1978
1981
1984
1987
1990
1993
1996
Rate pro 100.000 LG (linke Skala)
Kindersterblichkeit
Abnahme/Zuwachs
5 Per. Gleitender Durchschnitt (Abnahme/Zuwachs)

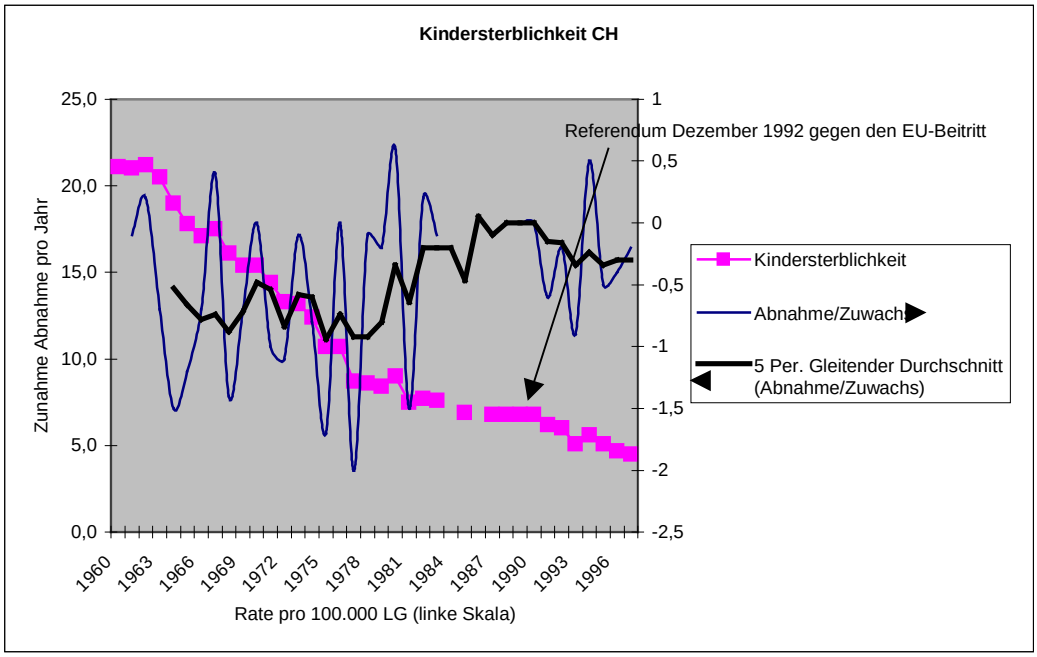

Kindersterblichkeit IRE
EU-Beitritt 1973
Zunahme Abnahme pro Jahr
35,0
30,0
25,0
20,0
15,0
10,0
5,0
0,0
2
1
0
-1
-2
-3
-4
1960
1963
1966
1969
1972
1975
1978
1981
1984
1987
1990
1993
1996
Rate pro 100.000 LG (linke Skala)
Kindersterblichkeit
Abnahme/Zuwachs
5 Per. Gleitender Durchschnitt (Abnahme/Zuwachs)

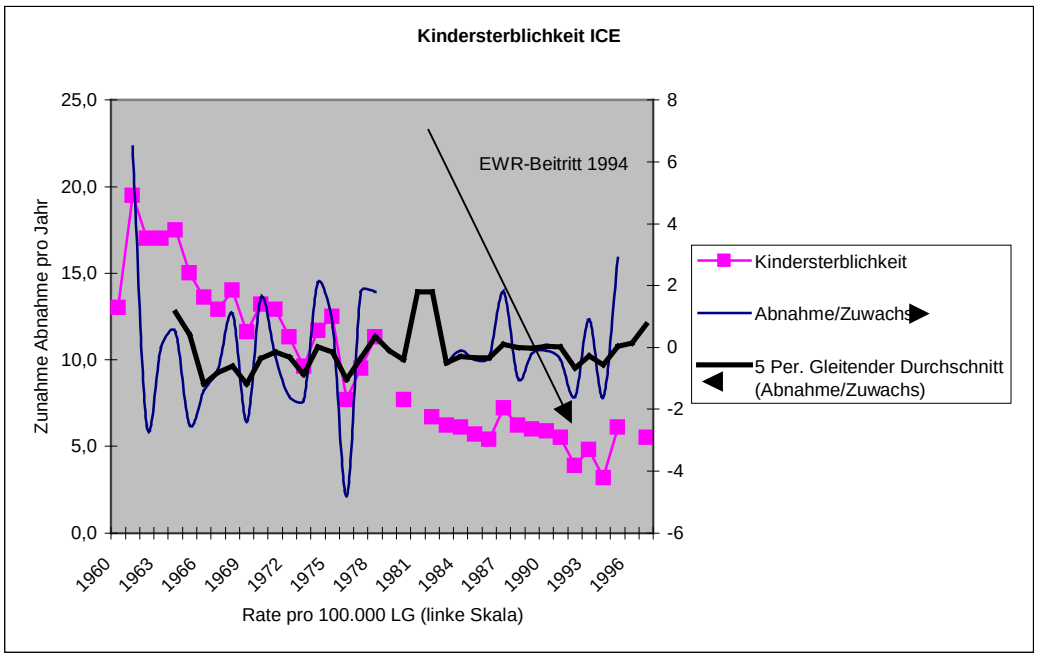

Kindersterblichkeit SP
EU-Beitritt 1986
Felipe González Márquez
2 Dec 1982 - 5 May 1996
Zunahme Abnahme pro Jahr
Rate pro 100.000 LG (linke Skala)
Kindersterblichkeit
Abnahme/Zuwachs
5 Per. Gleitender Durchschnitt (Abnahme/Zuwachs)
50,0
45,0
40,0
35,0
30,0
25,0
20,0
15,0
10,0
5,0
0,0
3
2
1
0
-1
-2
-3
-4
-5
1960
1963
1966
1969
1972
1975
1978
1981
1984
1987
1990
1993
1996


Kindersterblichkeit POR
EU-Beitritt 1986
Zunahme Abnahme pro Jahr
Rate pro 100.000 LG (linke Skala)
Kindersterblichkeit
Abnahme/Zuwachs
5 Per. Gleitender Durchschnitt (Abnahme/Zuwachs)
100,0
90,0
80,0
70,0
60,0
50,0
40,0
30,0
20,0
10,0
0,0
15
10
5
0
-5
-10
-15
1960
1963
1966
1969
1972
1975
1978
1981
1984
1987
1990
1993
1996


Kindersterblichkeit GR
EU-Beitritt 1981
Zunahme Abnahme pro Jahr
45,0
40,0
35,0
30,0
25,0
20,0
15,0
10,0
5,0
0,0
1
0,5
0
-0,5
-1
-1,5
-2
-2,5
-3
-3,5
-4
1960
1963
1966
1969
1972
1975
1978
1981
1984
1987
1990
1993
1996
Rate pro 100.000 LG (linke Skala)
Kindersterblichkeit
Abnahme/Zuwach
5 Per. Gleitender Durchschnitt (Abnahme/Zuwachs)

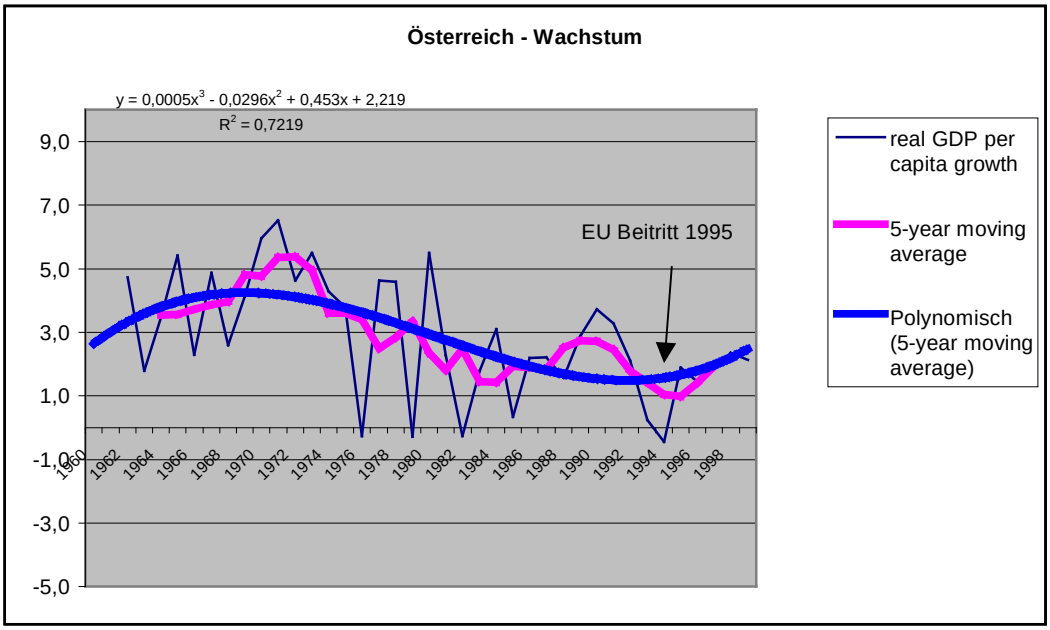

Kindersterblichkeit NOR
Nicht-EU-Beitritt 1973
Zunahme Abnahme pro Jahr
20,0
18,0
16,0
14,0
12,0
10,0
8,0
6,0
4,0
2,0
0,0
1
0,5
0
-0,5
-1
-1,5
-2
-2,5
1960
1963
1966
1969
1972
1975
1978
1981
1984
1987
1990
1993
1996
Rate pro 100.000 LG (linke Skala)
Kindersterblichkeit
Abnahme/Zuwach
5 Per. Gleitender Durchschnitt (Abnahme/Zuwachs)

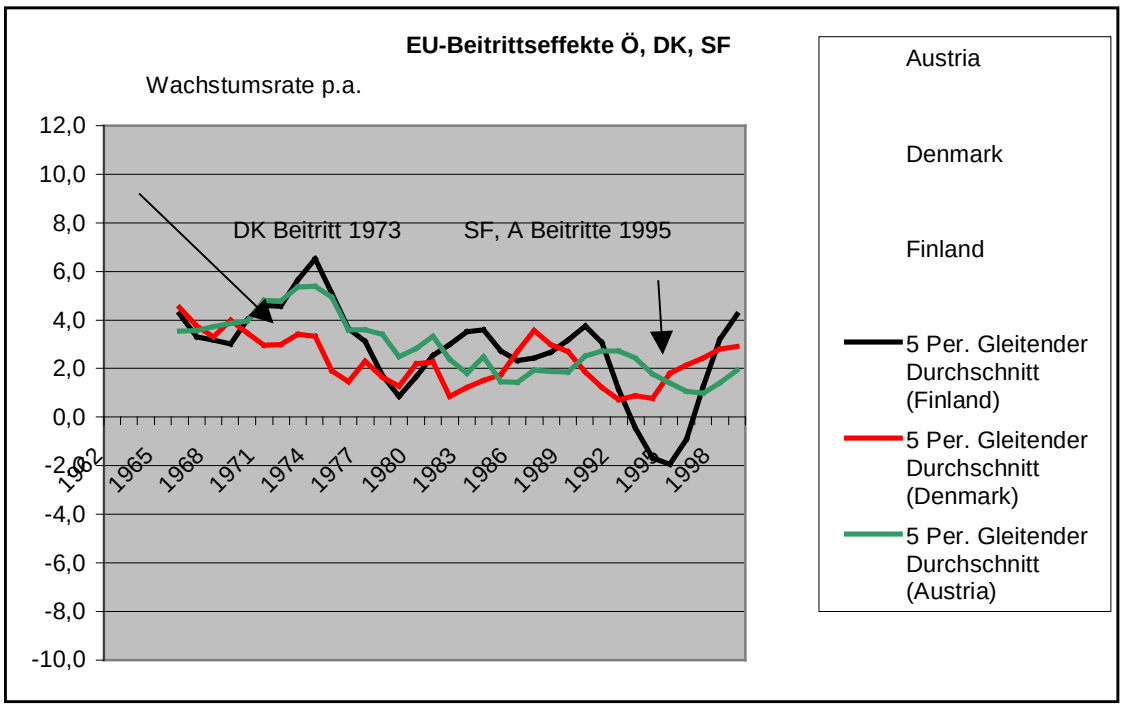

Kindersterblichkeit CH
Referendum Dezember 1992 gegen den EU-Beitritt
Zunahme Abnahme pro Jahr
25,0
20,0
15,0
10,0
5,0
0,0
1
0,5
0
-0,5
-1
-1,5
-2
-2,5
1960
1963
1966
1969
1972
1975
1978
1981
1984
1987
1990
1993
1996
Rate pro 100.000 LG (linke Skala)
Kindersterblichkeit
Abnahme/Zuwachs
5 Per. Gleitender Durchschnitt (Abnahme/Zuwachs)

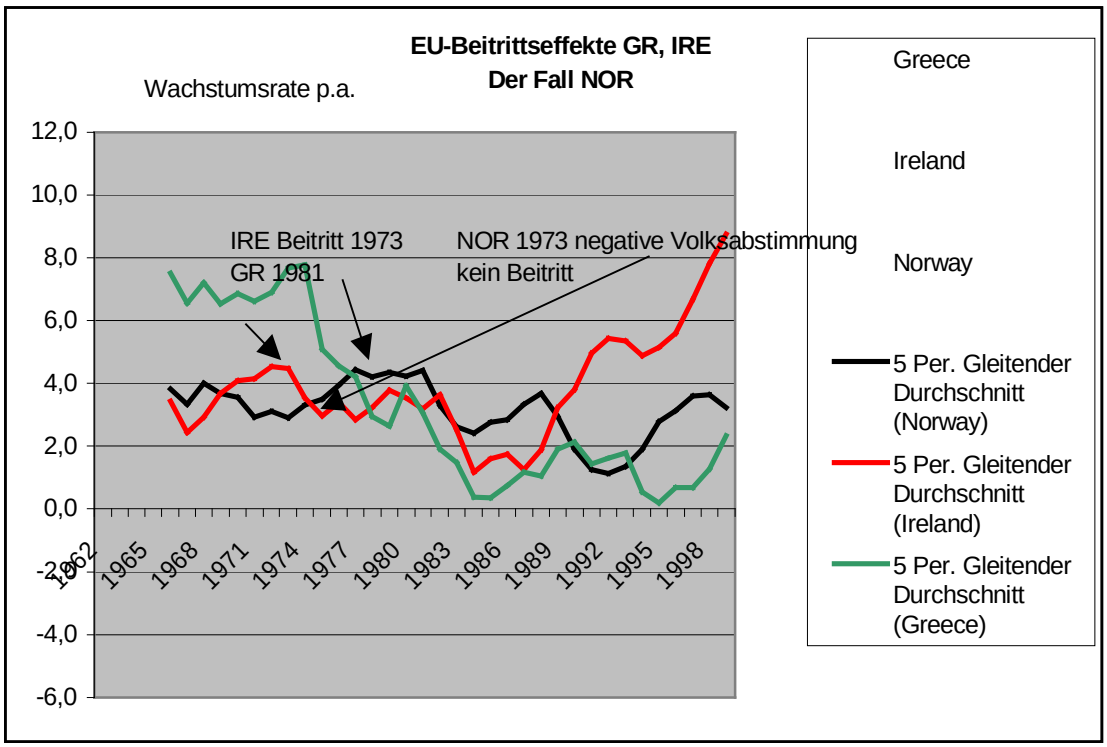

Kindersterblichkeit ICE
EWR-Beitritt 1994
Zunahme Abnahme pro Jahr
25,0
20,0
15,0
10,0
5,0
0,0
8
6
4
2
0
-2
-4
-6
1960
1963
1966
1969
1972
1975
1978
1981
1984
1987
1990
1993
1996
Rate pro 100.000 LG (linke Skala)
Kindersterblichkeit
Abnahme/Zuwachs
5 Per. Gleitender Durchschnitt (Abnahme/Zuwachs)

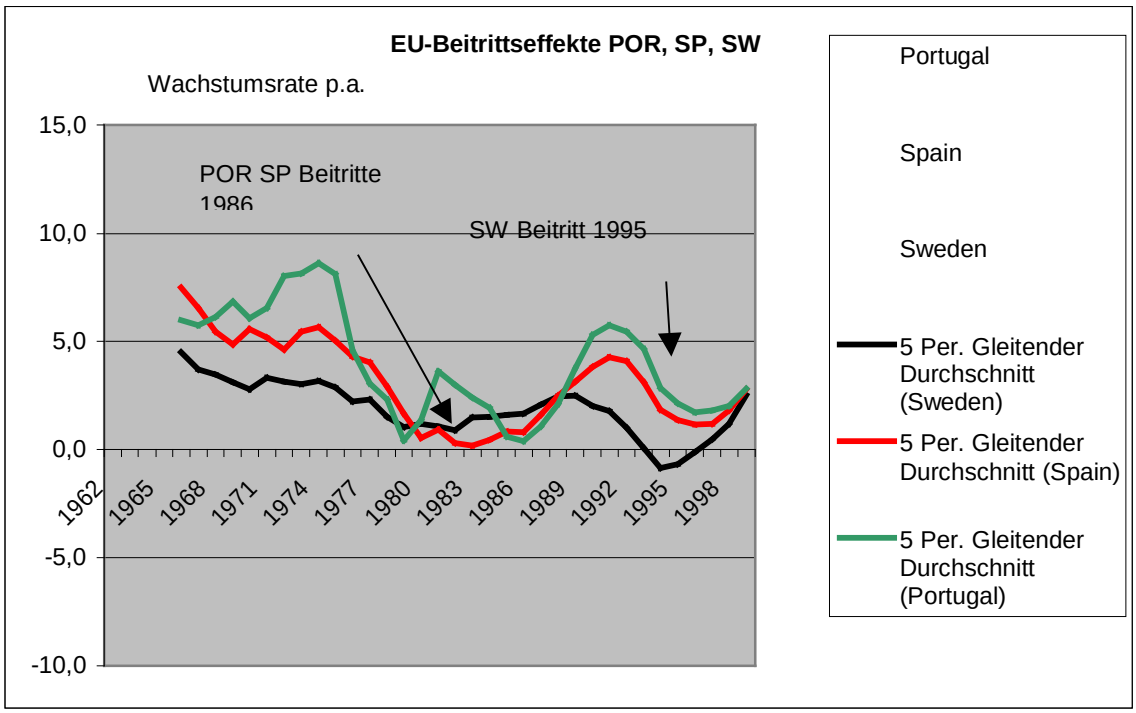
Arbeitsblatt 8: Wirtschaftliches Wachstum und EU-Beitritt

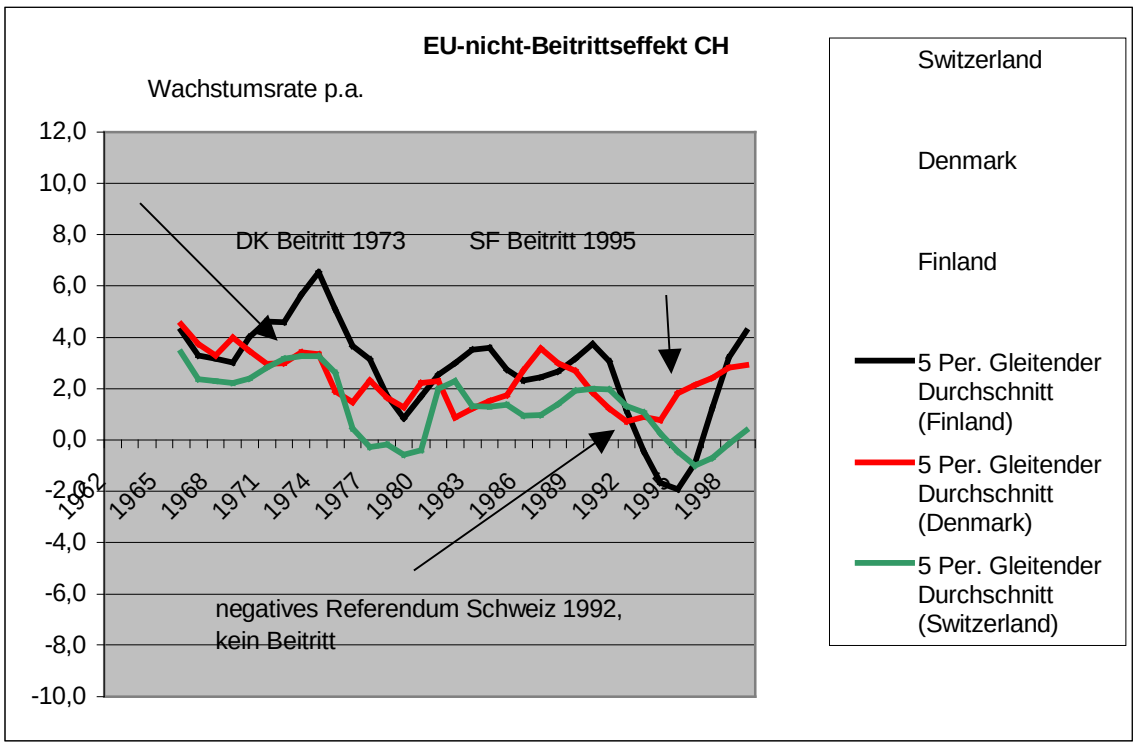
Es lässt sich ferner zeigen, dass der EU-Beitritt nur dort wirklich mit einem langanhaltenden wirtschaftlichen Wachstum verbunden war, wo der Beitritt mit der **Gunst der Stunde** eines **weltwirtschaftlichen Aufschwunges** in der **gesamten Weltökonomie** verbunden war. Die Beitritte 1973 waren allesamt zunächst nicht von einer Beschleunigung des Wachstums begleitet**; Irland erlebte seinen Aufstieg erst nach den weitgehenden internen Reformen seiner Wirtschaftspolitik und dem Einsetzen des „Reagan Swings“**. Die **Zeitreihe für Ö/SF/SW 1995 – 1999 ist zu kurz**, um wirklich schließen zu können, ob die Wachstumsbeschleunigung durch den EU-Beitritt verursacht wurde, oder (was der Autor meint) ob sie einer längeren „Welle“ entspricht. Für eine optimistische Sicht der Effekte der Beitritte der MOEL spricht die Erfahrung **Spaniens** und **Portugals**.




EU-Beitrittseffekte Ö, DK, SF
Wachstumsrate p.a.
12,0
10,0
8,0
6,0
4,0
2,0
0,0
-2,0
-4,0
-6,0
-8,0
-10,0
DK Beitritt 1973
SF, A Beitritte 1995
1962
1965
1968
1971
1974
1977
1980
1983
1986
1989
1992
1995
1998
Austria
Denmark
Finland
5 Per. Gleitender Durchschnitt (Finland)
5 Per. Gleitender Durchschnitt (Denmark)
5 Per. Gleitender Durchschnitt (Austria)

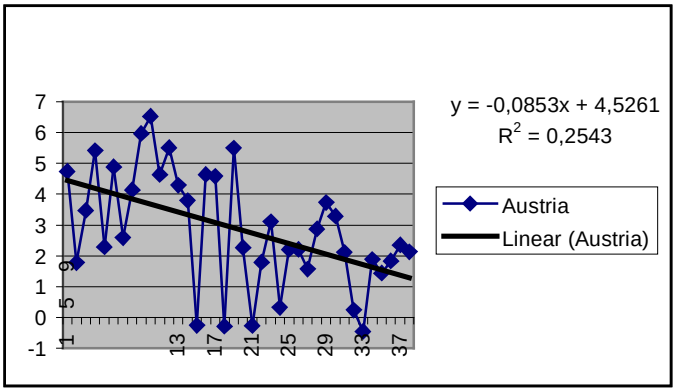

EU-Beitrittseffekte GR, IRE
Der Fall NOR
Wachstumsrate p.a.
12,0
10,0
8,0
6,0
4,0
2,0
0,0
-2,0
-4,0
-6,0
IRE Beitritt 1973
GR 1981
NOR 1973 negative Volksabstimmung
kein Beitritt
1962
1965
1968
1971
1974
1977
1980
1983
1986
1989
1992
1995
1998
Greece
Ireland
Norway
5 Per. Gleitender Durchschnitt (Norway)
5 Per. Gleitender Durchschnitt (Ireland)
5 Per. Gleitender Durchschnitt (Greece)

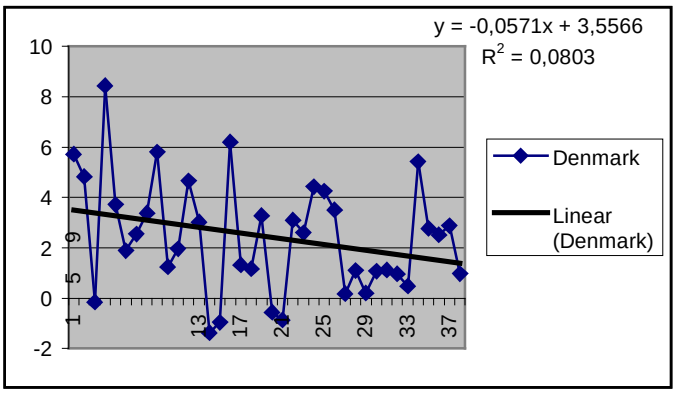

EU-Beitrittseffekte POR, SP, SW
Wachstumsrate p.a.
15,0
10,0
5,0
0,0
-5,0
-10,0
POR SP Beitritte
1986
SW Beitritt 1995
1962
1965
1968
1971
1974
1977
1980
1983
1986
1989
1992
1995
1998
Portugal
Spain
Sweden
5 Per. Gleitender Durchschnitt (Sweden)
5 Per. Gleitender Durchschnitt (Spain)
5 Per. Gleitender Durchschnitt (Portugal)

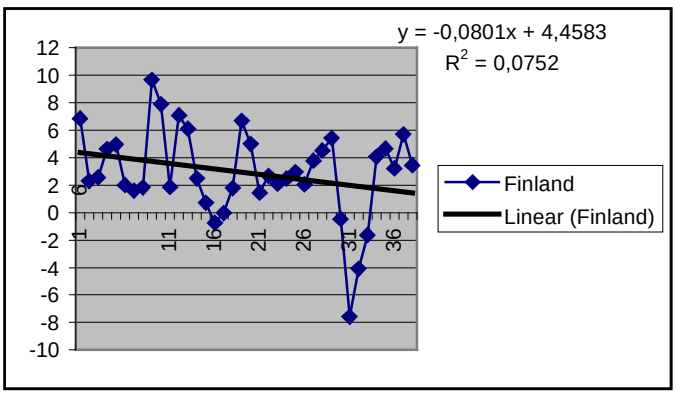

EU-nicht-Beitrittseffekt CH
Wachstumsrate p.a.
12,0
10,0
8,0
6,0
4,0
2,0
0,0
-2,0
-4,0
-6,0
-8,0
-10,0
DK Beitritt 1973
SF Beitritt 1995
negatives Referendum Schweiz 1992,
kein Beitritt
1962
1965
1968
1971
1974
1977
1980
1983
1986
1989
1992
1995
1998
Switzerland
Denmark
Finland
5 Per. Gleitender Durchschnitt (Finland)
5 Per. Gleitender Durchschnitt (Denmark)
5 Per. Gleitender Durchschnitt (Switzerland)

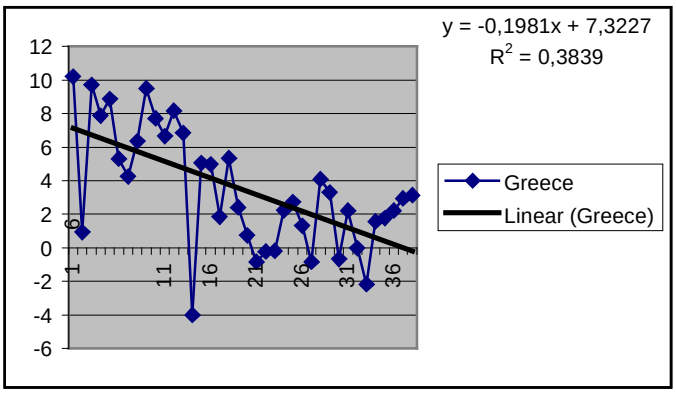
Arbeitsblatt 9: Europa im Sinkflug? Wirtschaftswachstum in Europa nach 1962 – Wachstumsbeschleunigung oder Verlangsamung nach EU-Beitritt oder nicht-Beitritt. Zeitreihen-Analyse der Daten der Weltbank

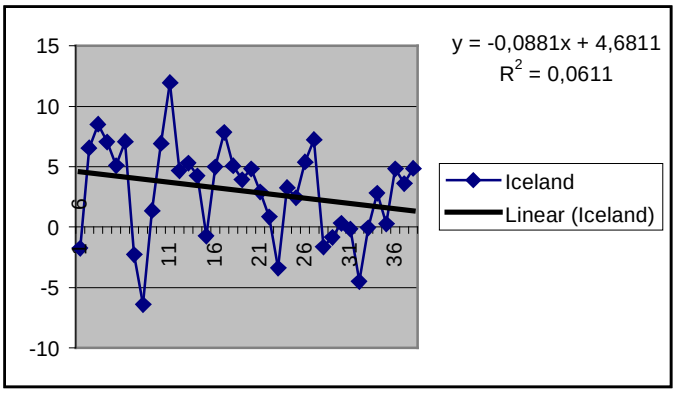
In fast ganz Europa der EU 15, aber auch in EWR-Staaten, ist eine **lineare Verlangsamung des Wachstumsprozesses seit den 60-er Jahren zu beobachten**. Auch in anderen OECD-Staaten ist dieser Prozess **sehr stark** ausgeprägt, z.B. in Japan. **Lediglich Irland bildet eine Ausnahme**.

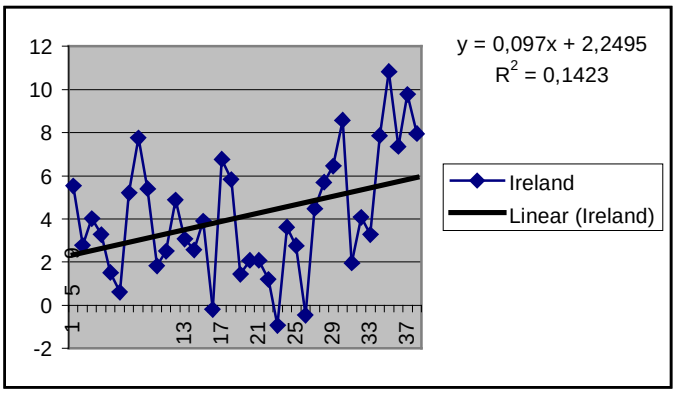


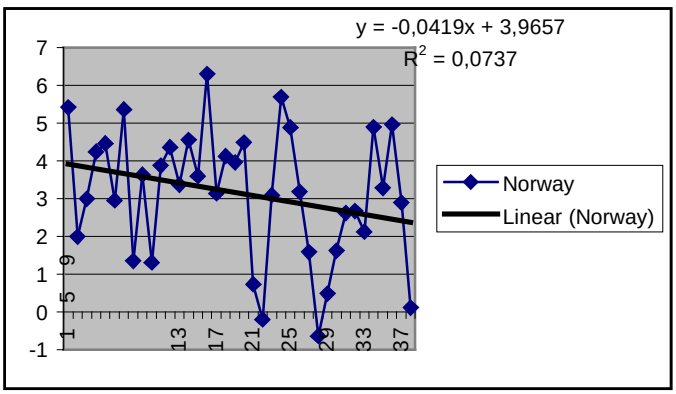


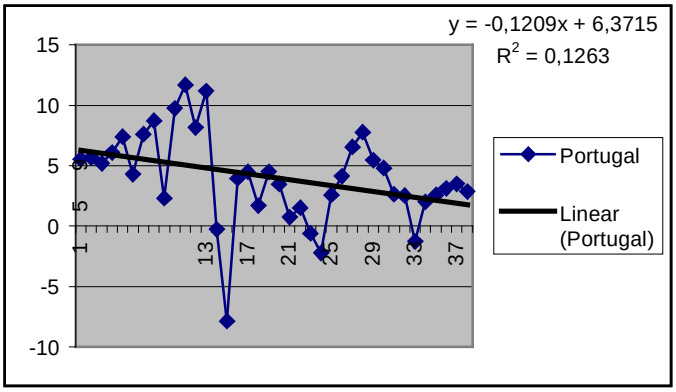


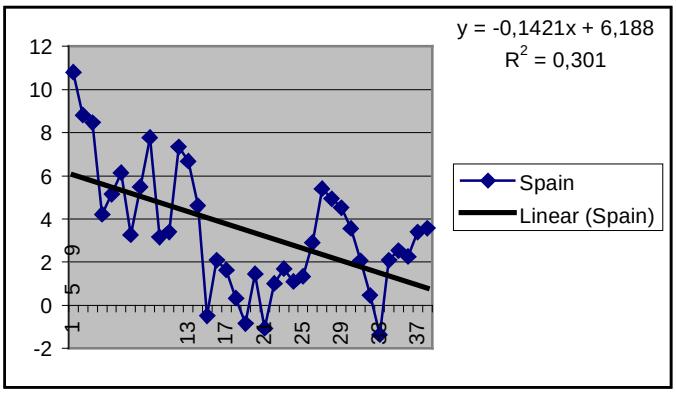

y = -0,1981x + 7,3227
R2 = 0,3839
Greece
Linear (Greece)

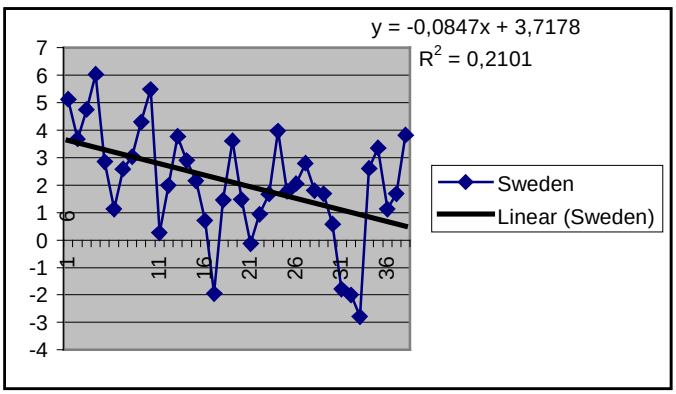

y = -0,0881x + 4,6811
R2 = 0,0611
Iceland
Linear (Iceland)

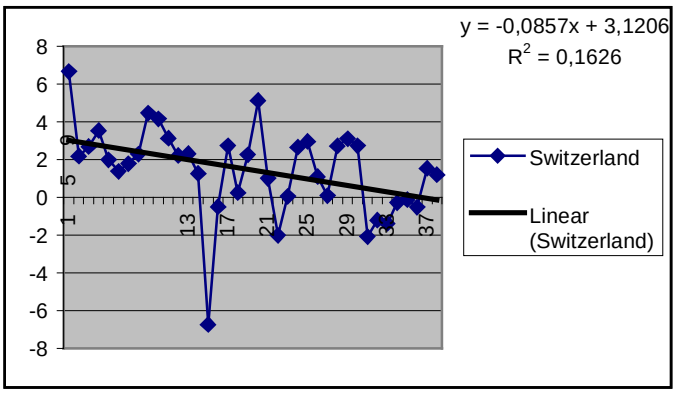

y = 0,097x + 2,2495
R2 = 0,1423
Ireland
Linear (Ireland)

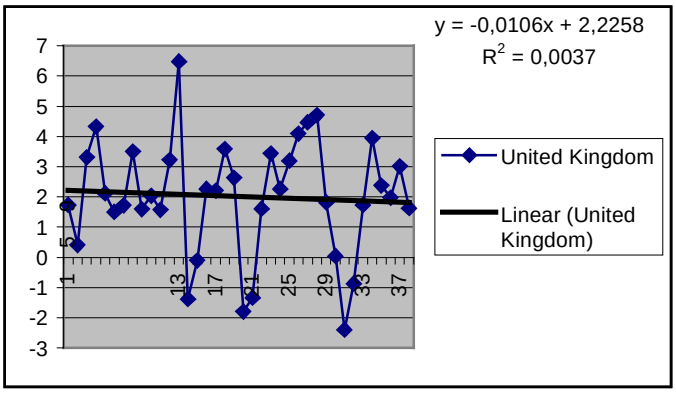

y = -0,0419x + 3,9657
R2 = 0,0737
Norway
Linear (Norway)

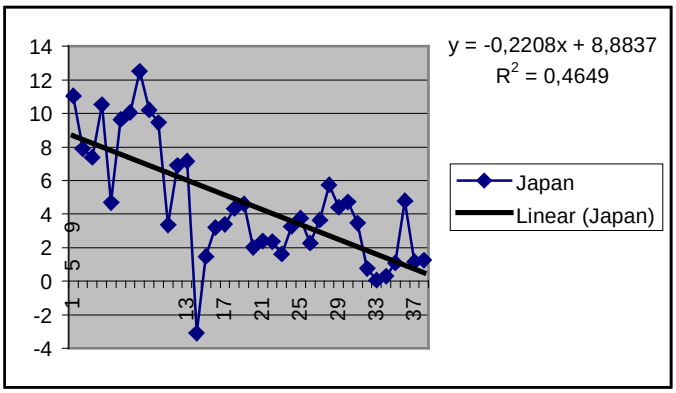

y = -0,1209x + 6,3715
R2 = 0,1263
15
10
5
0
-5
-10
1
5
9
13
17
21
25
29
33
37
Portugal
Linear (Portugal)


y = -0,1421x + 6,188
R2 = 0,301
12
10
8
6
4
2
0
-2
1
5
9
13
17
21
25
29
33
37
Spain
Linear (Spain)


y = -0,0847x + 3,7178
R2 = 0,2101
7
6
5
4
3
2
1
0
-1
-2
-3
-4
1
6
11
16
21
26
31
36
Sweden
Linear (Sweden)


y = -0,0857x + 3,1206
R2 = 0,1626
Switzerland
Linear (Switzerland)


y = -0,0106x + 2,2258
R2 = 0,0037
United Kingdom
Linear (United Kingdom)


y = -0,2208x + 8,8837
R2 = 0,4649
Japan
Linear (Japan)

Arbeitsblatt 10: Die statistischen Effekte des EU-Beitritts

Es ist auch möglich, mit den Weltbank-Daten die **Wachstumsgeschichte Europas zu zerlegen** – die **Jahre vor dem Beitritt** und die **Jahre seit dem Beitritt**. Sank bis zum Beitritt z.B. die Wachstumsrate schneller als nach dem Beitritt, hat das Land durch den Beitritt gewonnen.

Richtig ist es eigentlich, zu sagen: **der EU-Beitritt hat zumeist das langfristige Sinken der Wachstumsraten im Zeitverlauf verlangsamt oder verzögert**. Am deutlichsten war dieser Effekt in Griechenland, dort war pro Jahr mit dem EU-Beitritt die Wachstumsrate um 0,3% höher als bei geschätztem Wachstumspfad ohne EU-Beitritt. **Österreich hat durch den EU-Beitritt 0,24% pro Jahr an Wachstum gewonnen**; bei den Briten waren es nur 0,003% Wachstum. Nicht zu verwundern, wenn die Euroskepsis in GB so groß ist.

geordnet nach der Höhe des positiven Beitrittseffekts laut obigen Meßkriterien

	Korrelation Zeitachse-Wachstum („Unentrinnbarkeit“ des linearen „wirtschaftlichen Sinkfluges“ seit 1962)	Regressionsneigung gesamte Periode (Steilheit des linearen wirtschaftlichen „Sinkfluges“ seit 1962)	Regressionsneigung bis EU-Beitritt	Regressionsneigung nach EU-Beitritt	Beschleunigung-Verlangsamung nach EU-Beitritt	EWG/EG/E Beitritt
Greece	-0,62	-0,198	-0,272	0,0962	0,3684	1981
Spain	-0,549	-0,142	-0,379	-0,086	0,2933	1986
Denmark	-0,283	-0,057	-0,241	0,0019	0,2429	1973
Austria	-0,504	-0,085	-0,101	0,1414	0,2424	1995
Ireland	0,3773	0,097	-0,02	0,2125	0,2324	1973
Sweden	-0,458	-0,085	-0,144	0,0754	0,2194	1995
Finland	-0,274	-0,08	-0,164	-0,022	0,1429	1995
Portugal	-0,355	-0,121	-0,322	-0,232	0,0899	1986
United Kingdom	-0,061	-0,011	-0,013	-0,01	0,0032	1973
Australia	-0,184	-0,035	-0,035	-0,035	0	keiner
Belgium	-0,509	-0,094	-0,094	-0,094	0	1958
Canada	-0,413	-0,081	-0,081	-0,081	0	keiner
France	-0,664	-0,105	-0,105	-0,105	0	1958
Germany[28]	0,3709	0,2327	0,2327	0,2327	0	1958
Iceland	-0,247	-0,088	-0,088	-0,088	0	keiner
Israel	-0,359	-0,118	-0,118	-0,118	0	keiner
Italy	-0,581	-0,118	-0,118	-0,118	0	1958
Japan	-0,682	-0,221	-0,221	-0,221	0	keiner
Luxembourg	0,1697	0,0489	0,0489	0,0489	0	1958
Malta	-0,079	-0,03	-0,03	-0,03	0	2004
Netherlands	-0,29	-0,05	-0,05	-0,05	0	1958
New Zealand	-0,129	-0,035	-0,035	-0,035	0	keiner
Norway	-0,271	-0,042	-0,042	-0,042	0	keiner
Switzerland	-0,403	-0,086	-0,086	-0,086	0	keiner
United States	-0,092	-0,017	-0,017	-0,017	0	keiner

Arbeitsblatt 11: Die "Messlatten"

Nach der in Lissabon zu Grunde gelegten Logik würde – wie bereits erwähnt - ein Projekt eines sozial und ökonomisch konvergenten Europas aber von den durch die internationalen Behörden erhobenen Daten erwarten lassen, dass

die Beitrittsstaaten die **Kluft in der Kaufkraft**, die zum Durchschnitt der EU bestanden hat, schliessen
die Beitrittskandatenstaaten sich bei **wesentlichen Sozialindikatoren (Beschäftigungsquoten, lebenslanges Lernen, Bekämpfung des Schulabbruchs) nicht** mehr **vom EU-Durchschnitt unterscheiden. Die Beitrittsstaaten müssten eigentlich bereits in diesem Zug„nach Lissabon" unterwegs sein, wenn die Forderungen von Lissabon nach sozialer Kohärenz erfüllbar bleibt**
die **wirtschaftliche** Entwicklung, insbesondere die Budgetentwicklung, weitere **politische Maßnahmen** der **sozialen Konvergenz** finanzieren lässt
Ungleichheit und Verarmung abnehmen
die durch die Transformation bedingte **hohe Arbeitslosigkeit** nun eine **Sache der Vergangenheit** ist
die **ärmeren Regionen** mit den **reicheren Regionen in den Beitrittsstaaten** gleichziehen, insbesondere bei der Beschäftigung (Bedingung einer halbwegs ausgeglichenen Regionalentwicklung)
- will die EU mit ihrer Lissabon-Strategie, bis 2010 der dynamischste Wirtschaftsraum der Welt zu werden, erfolgreich sein -, **das wirtschaftliche Wachstum der Beitrittsstaaten überdurchschnittlich hoch** ist – auch im **Weltmaßstab**
schließlich **„harte" Indikatoren der Verarmung** – wie der Anteil der Bevölkerung, der den 40. Geburtstag nicht erlebt – **deutlich abnehmen**. Die Lebenserwartungsentwicklung sollte deutlich besser sein als der Weltdurchschnitt, unabhängig vom erreichten Entwicklungs- und Sozialniveau in der Ausgangsperiode. Gleiches gilt auch für den von den Vereinten Nationen erhobenen „Humanentwicklungsindex" (er kombiniert, Bildung, Realeinkommen und Lebenserwartung und projiziert die Werte dieser Dimensionen auf eine Skala von 0, sehr arm, bis 1, sehr reich). Klassische Armutserkrankungen wie die TBC sollten in einer erweiterten Union, die bis 2010 der dynamischste Wirtschaftsraum der Welt sein will, der Vergangenheit angehören. Darüber hinaus wäre auch zu erwarten, dass in den Beitrittsstaaten
auch die **Kluft zwischen den Geschlechtern weiter abnimmt** und
eine nachhaltige Entwicklung eingeleitet wird (Nachhaltigkeit der Pensionssysteme, aber auch allgemeine Nachhaltigkeit der Gesellschaftssysteme)

Eine Verletzung dieser 10 Grundannahmen[29], oder gar, eine zeitlich gesehen Verschlechterung der Lage in den Kandidatenstaaten würde bedeuten, dass der ökonomische Integrationsprozess vielleicht erfolgreich ist, dass aber im Prozess der **„transnationalen Integration"** leider Phänomene der **„nationalen Desintegration"** zu beobachten sind. Die hier angewandte Methode könnte mit einer Serie von 18 (statisch den Ist-Zustand der Erreichung der Lissabon-Ziele messenden) bzw. 13 (dynamisch den Konvergenz-Prozess zur Angleichung an das west-europäische Niveau messenden) „Hausaufgaben" verglichen werden, die die Beitretenden Staaten bzw. die Beitrittswerber-Staaten absolvieren müssten, wenn nach der Erweiterung Europa ein sozial homogener Raum mit einer nachhaltigen Entwicklung sein sollte.

Nun ließen sich zahlreiche Argumente vorbringen, dass das verwendete Klassifikationsschema unzureichend ist und vor allem nicht jene statistischen Methoden benutzt, die heute für die Zwecke der Dimensionsreduktion (z.B. Faktorenanalyse, Korrespondenzanalyse, Optimale Skalierung) in der modernen Sozialwissenschaft zur Verfügung stehen, um multiple Bewertungskriterien auf einfachere Dimensionen zu reduzieren.
Für den Vergleich des Reifegrades der Beitrittskandidatenstaaten wurde deshalb auch eine Faktorenanalyse der UNDP-Human Development Report-Daten aus dem Jahr 2000 berechnet. Die Daten beziehen sich auf das Jahr 1998. Die grundlegenden Charakteristika und Modellannahmen des statistischen Modells der Faktorenanalyse müssen als bekannt vorausgesetzt werden. Im Wesentlichen reduziert die Faktorenanalyse - hier berechnet mit dem Statistik-Programm-Paket SPSS - die Variablenvielzahl in einer Untersuchung auf die zugrundeliegenden statistischen Dimensionen. Die Berechnung des Modells erfolgt zumeist über die Korrelationsmatrix; die bei bloßen Durchschnitten mehrerer Variablen übliche 1:1 Gewichtung der verwendeten Variablen - wie sie etwa in der obigen Untersuchung verwendet wurde -, entfällt.
Mit der Faktorenanalyse wird also versucht, die zugrundeliegenden Variablen oder Faktoren zu bestimmen, welche die Korrelationsmuster innerhalb eines Satzes beobachteter Variablen erklären. Die Faktorenanalyse wird häufig zur Datenreduktion verwendet, indem wenige Faktoren identifiziert werden, welche den größten Teil der in einer großen Anzahl manifester Variablen aufgetretenen Varianz erklären.
Die Prozedur "Faktorenanalyse" nach dem SPSS bietet ein hohes Maß an Flexibilität: Es stehen sieben Methoden der Faktorextraktion zur Verfügung. In unsrer Untersuchung erfolgte die Extraktion der Faktoren über die Hauptkomponenten. Es sind auch fünf Rotationsmethoden verfügbar, einschließlich der sogenannten

Promax-Methode für nicht orthogonale Rotationen. In unsrer faktorenanalytischen Untersuchung extrahierten wir nur einen Faktor, es entfiel daher die Rotation. Für die Berechnung von Faktorwerten stehen drei weitere Methoden zur Verfügung. Die Werte können für weitere Analysen als Variablen auch gespeichert werden. In unsrer Analyse berechneten wir die Faktorenwerte (i.e. die Werte der Ausprägung der neuen, gewonnenen, hypothetischen Variablen) aufgrund der Regression.
Ein einfaches sozialwissenschaftliches Beispiel einer Faktorenanalyse wäre: Welche Einstellungen von befragten Personen liegen den gegebenen Antworten bei einer politischen Untersuchung zugrunde? Bei der Untersuchung der Korrelationen zwischen den Themen der Umfrage zeigen sich signifikante Überschneidungen zwischen verschiedenen Untergruppen von Themen. Fragen zu Steuern korrelieren gewöhnlich miteinander, ebenso wie Fragen zum Thema Bundesheer und so weiter. Mit der Faktorenanalyse kann man die Anzahl der zugrundeliegenden Faktoren untersuchen und in vielen Fällen die Bedeutung der Faktoren konzeptionell bestimmen. Zusätzlich kann man für jeden Fall Faktorwerte berechnen lassen, die sich dann für weiterführende Analysen verwenden lassen. Zum Beispiel kann man ein logistisches Regressionsmodell erstellen, um das Wahlverhalten auf der Grundlage von Faktorwerten vorherzusagen.

Im Modell wurden 35 Sozial-Politik-Indikatoren der Staaten der Welt gebündelt. Die MOEL-BK erreichen - mit Ausnahme Rumäniens - weit über 80% des EU-Durchschnitts. Zum Zitat aus der Originalpublikation [30]:

Factor analytical results for the 35 indicators of social policy:

Eigenvalue 13.242, explained variance 37.8%

1 Factor to be extracted - **social policy**

Principle components (Hauptkomponenten)

VAR00003	0,952	female life expectancy
VAR00046	0,947	life expectancy, 1995-2000
VAR00045	0,934	life expectancy, 1970-75
VAR00004	0,926	male life expectancy
VAR00002	0,922	human development index
VAR00005	0,816	female literacy
VAR00006	0,79	male literacy
VAR00026	0,788	contraceptive prevalence
VAR00034	0,784	daily supply of calories
VAR00018	0,703	immunization against measles
VAR00023	0,659	public health expenditure
VAR00022	0,63	doctors per inhabitants
VAR00021	0,609	average cigarette consumption
VAR00027	0,414	female tertiary students as% of male tertiary students
VAR00008	0,397	parliamentary seats held by women
VAR00007	0,377	gender empowerment
VAR00014	0,375	womens GDP per capita in purchasing power
VAR00029	0,369	growth of female economic activity
VAR00047	0,307	public education expenditure
VAR00033	0,272	women in government, ministerial level
VAR00032	0,251	women in government, all levels
VAR00010	0,224	female share in professional and technical workforce
VAR00031	0,217	women in government, subministerial level
VAR00009	0,178	female share in administrative and managerial workforce
VAR00030	-0,155	female economic activity rate as% of male economic activity rate
VAR00037	-0,203	teen-age mothers
VAR00060	-0,286	food import dependence
VAR00040	-0,297	share of top 20% compared to bottom 20% in income

[30] A. Tausch (Ed.) „The Three Pillars of Wisdom?“ zit.a.a.O.

		distribution
VAR00028	-0,408	female economic activity rate
VAR00019	-0,482	TBC cases per 100.000 inhabitants
VAR00020	-0,545	HIV rate
VAR00017	-0,569	infants with low birth-weight
VAR00013	-0,779	maternal mortality rate
VAR00011	-0,909	infant mortality rate
VAR00006	-0,917	% of people not expected to survive age 60

Faktorenwerte

	Factor score social development (35 variables)	Human Development Index Humanentwicklung	World Rank (factor scores) Weltrang In der Sozialpolitik	% of the average EU performance (EU15=100) Factor scores Faktorenwerte Sozialentwicklung EU = 100	
	Soziale Entwicklung				Humanentwicklung EU = 100
Sweden	**1,76592**	**0,923**	**1**	**110,2**	**102,4**
Norway	1,61994	0,932	2	106,3	103,3
United States	1,5794	0,927	3	105,2	102,8
Denmark	**1,54472**	**0,909**	**4**	**104,3**	**100,8**
Finland	**1,51**	**0,913**	**5**	**103,3**	**101,3**
Switzerland	1,46245	0,91	6	102	100,9
Netherlands	**1,44681**	**0,919**	**7**	**101,6**	**102**
Germany	**1,43009**	**0,905**	**8**	**101,2**	**100,4**
Canada	1,41142	0,932	9	100,7	103,4
Austria	**1,37667**	**0,901**	**10**	**99,7**	**100**
New Zealand	1,37449	0,9	11	99,7	99,9
United Kingdom	**1,37058**	**0,914**	**12**	**99,6**	**101,4**
Spain	**1,35871**	**0,891**	**13**	**99,2**	**98,8**
Belgium	**1,35205**	**0,921**	**14**	**99,1**	**102,2**
France	**1,34733**	**0,914**	**15**	**98,9**	**101,4**
Australia	1,33952	0,927	16	98,7	102,9
Israel	1,31546	0,877	17	98,1	97,3
Iceland	1,31202	0,925	18	98	102,6
Greece	**1,26202**	**0,869**	**19**	**96,6**	**96,4**
Ireland	**1,24962**	**0,896**	**20**	**96,3**	**99,4**
Italy	**1,17498**	**0,895**	**21**	**94,3**	**99,3**
Portugal	**1,16014**	**0,858**	**22**	**93,9**	**95,2**
Cuba	1,14044	..	23	93,4	
Japan	1,09326	0,916	24	92,1	101,6
Czech Republic	***1,07402***	***0,841***	***25***	***91,6***	***93,3***
Luxembourg	**1,04244**	**0,895**	**26**	**90,7**	**99,3**
Poland	***1,02336***	***0,811***	***27***	***90,2***	***89,9***
Slovakia	***1,01494***	***0,822***	***28***	***90***	***91,2***
Hungary	***0,97302***	***0,813***	***29***	***88,9***	***90,2***

Argentina	0,94738	0,824	30	88,2	91,4
Slovenia	***0,9461***	***0,857***	***31***	***88,1***	***95,1***
Costa Rica	0,91734	0,789	32	87,4	87,5
Croatia	0,88619	0,79	33	86,5	87,6
Cyprus	***0,84622***	***0,877***	***34***	***85,4***	***97,3***
Lithuania	***0,8449***	***0,785***	***35***	***85,4***	***87***
Uruguay	0,83132	0,821	36	85	91,1
United Arab Emirates	0,82835	0,793	37	85	88
Malta	***0,80997***	***0,848***	***38***	***84,5***	***94,1***
Bulgaria	***0,80813***	***0,769***	***39***	***84,4***	***85,3***
Barbados	0,80317	..	40	84,3	
Estonia	***0,79313***	***0,798***	***41***	***84***	***88,5***
Kuwait	0,77898	0,827	42	83,6	91,8
Singapore	0,77706	0,876	43	83,6	97,2
Latvia	***0,68922***	***0,77***	***44***	***81,2***	***85,4***
Korea, Rep. of	0,68647	0,847	45	81,1	93,9
Brunei Darussalam	0,66936	0,843	46	80,7	93,5
Belarus	0,6664	0,778	47	80,6	86,4
Qatar	0,64716	0,807	48	80,1	89,5
Bahamas	0,64446	0,842	49	80	93,4
Bahrain	0,64008	0,803	50	79,9	89,1
Macedonia, TFYR	0,62012	..	51	79,3	
Chile	0,60412	0,812	52	78,9	90,1
Moldova, Rep. of	0,60374	0,697	53	78,9	77,3
Trinidad and Tobago	0,57971	0,784	54	78,3	87
Panama	0,56934	0,77	55	78	85,4
Saudi Arabia	0,56671	0,715	56	77,9	79,3
Ukraine	0,55837	0,74	57	77,7	82,1
Romania	***0,53773***	***0,767***	***58***	***77,1***	***85,1***
Hong Kong, China (SAR)	0,53264	0,864	59	77	95,9
Mexico	0,52891	0,775	60	76,9	86
Venezuela	0,50882	0,763	61	76,3	84,7
Belize	0,48733	0,754	62	75,8	83,6
Lebanon	0,46302	0,718	63	75,1	79,6
Russian Federation	0,45764	0,769	64	75	85,3
Jamaica	0,44402	0,732	65	74,6	81,2
Fiji	0,42774	0,755	66	74,2	83,8
Malaysia	0,42346	0,762	67	74	84,6
Libyan Arab Jamahiriya	0,41563	0,738	68	73,8	81,9
Mauritius	0,40554	0,75	69	73,6	83,2
Colombia	0,40018	0,76	70	73,4	84,3
Suriname	0,36687	..	71	72,5	
Albania	0,3645	0,708	72	72,5	78,6
Oman	0,35047	0,697	73	72,1	77,3
Armenia	0,34008	0,718	74	71,8	79,6

Brazil	0,33917	0,736	75	71,8	81,7
China	0,33238	0,7	76	71,6	77,6
Jordan	0,32318	..	77	71,3	
Uzbekistan	0,30318	0,683	78	70,8	75,8
Kazakhstan	0,29928	..	79	70,7	
Iran, Islamic Rep. of	0,29096	0,691	80	70,5	76,6
Guyana	0,28008	0,698	81	70,2	77,4
Seychelles	0,26708	..	82	69,8	
Tunisia	0,26056	0,688	83	69,7	76,3
Azerbaijan	0,25921	..	84	69,6	
Grenada	0,25822	..	85	69,6	
Paraguay	0,24832	0,723	86	69,3	80,2
Samoa (Western)	0,24182	..	87	69,1	
Thailand	0,24001	0,741	88	69,1	82,2
Georgia	0,23631	..	89	69	
Turkey	0,2357	0,726	90	69	80,6
Ecuador	0,22592	0,701	91	68,7	77,8
Dominica	0,21617	..	92	68,5	
Cape Verde	0,20898	0,675	93	68,3	74,9
Tajikistan	0,20556	0,659	94	68,2	73,1
Turkmenistan	0,18624	..	95	67,7	
Dominican Republic	0,1741	0,72	96	67,3	79,9
El Salvador	0,16261	0,693	97	67	76,9
Kyrgyzstan	0,15009	..	98	66,7	
Philippines	0,12955	0,739	99	66,1	82
Saint Lucia	0,12135	..	100	65,9	
Antigua and Barbuda	0,08923	..	101	65	
Sri Lanka	0,08349	0,727	102	64,9	80,7
Algeria	0,08343	0,661	103	64,9	73,3
Syrian Arab Republic	0,06889	0,636	104	64,5	70,6
Saint Vincent and the Grenadines	0,06865	..	105	64,5	
Saint Kitts and Nevis	0,05702	..	106	64,2	
Honduras	0,02149	0,644	107	63,2	71,4
Peru	0,01541	0,723	108	63	80,2
Viet Nam	-0,00903	0,668	109	62,4	74,1
Mongolia	-0,02814	..	110	61,9	
Nicaragua	-0,06767	0,624	111	60,8	69,2
Maldives	-0,10354	0,72	112	59,8	79,9
São Tomé and Principe	-0,13714	..	113	58,9	
Vanuatu	-0,1704	..	114	58	
Egypt	-0,1892	0,604	115	57,5	67
Indonesia	-0,20931	0,664	116	57	73,6
Solomon Islands	-0,28572	..	117	54,9	
Morocco	-0,30366	0,57	118	54,4	63,2
South Africa	-0,34119	0,689	119	53,4	76,4

Guatemala	-0,40762	0,603	120	51,6	66,9
Iraq	-0,48354	0,548	121	49,6	60,8
Bolivia	-0,53091	0,631	122	48,3	70
Bhutan	-0,58461	..	123	46,9	
Myanmar	-0,59323	0,582	124	46,6	64,6
Ghana	-0,73198	0,552	125	42,9	61,3
Swaziland	-0,79074	0,646	126	41,3	71,7
Lesotho	-0,81189	0,556	127	40,8	61,7
Equatorial Guinea	-0,85315	0,542	128	39,6	60,1
Comoros	-0,85533	0,503	129	39,6	55,8
Namibia	-0,87395	0,624	130	39,1	69,2
Pakistan	-0,90027	0,489	131	38,4	54,2
India	-0,90209	0,545	132	38,3	60,5
Madagascar	-0,99625	0,478	133	35,8	53
Gabon	-1,04117	..	134	34,6	
Papua New Guinea	-1,04864	0,536	135	34,4	59,5
Botswana	-1,05183	0,584	136	34,3	64,8
Cameroon	-1,05679	0,518	137	34,2	57,5
Sudan	-1,0985	0,453	138	33	50,3
Cambodia	-1,11024	..	139	32,7	
Nepal	-1,13971	0,449	140	31,9	49,8
Yemen	-1,16736	0,389	141	31,2	43,2
Kenya	-1,21573	0,503	142	29,9	55,8
Angola	-1,21833	..	143	29,8	
Benin	-1,23185	0,391	144	29,4	43,4
Senegal	-1,25034	0,405	145	28,9	44,9
Congo	-1,25632	0,499	146	28,8	55,4
Zimbabwe	-1,28132	0,551	147	28,1	61,1
Guinea	-1,33726	..	148	26,6	
Djibouti	-1,33802	..	149	26,6	
Lao People's Dem. Rep.	-1,35236	0,469	150	26,2	52
Gambia	-1,35364	0,388	151	26,2	43,1
Haiti	-1,38374	0,436	152	25,3	48,3
Nigeria	-1,41754	0,425	153	24,4	47,2
Tanzania, U. Rep. of	-1,43897	0,41	154	23,9	45,5
Rwanda	-1,46774	0,377	155	23,1	41,8
Côte d'Ivoire	-1,47652	0,401	156	22,8	44,5
Togo	-1,48605	0,448	157	22,6	49,7
Congo, Dem. Rep. of the	-1,49517	0,418	158	22,3	46,4
Mauritania	-1,53561	0,441	159	21,2	48,9
Mali	-1,54457	0,371	160	21	41,2
Sierra Leone	-1,57603	..	161	20,2	
Chad	-1,5767	..	162	20,1	
Bangladesh	-1,6336	0,441	163	18,6	48,9
Burundi	-1,73896	..	164	15,8	

Uganda	-1,7563	0,401	165	15,3	44,5
Eritrea	-1,78284	0,394	166	14,6	43,7
Ethiopia	-1,80867	0,297	167	13,9	32,9
Zambia	-1,84225	0,413	168	13	45,8
Mozambique	-1,90695	0,326	169	11,2	36,1
Burkina Faso	-1,90895	0,29	170	11,2	32,2
Guinea-Bissau	-1,97317	0,298	171	9,5	33,1
Malawi	-1,97631	0,375	172	9,4	41,6
Central African Republic	-2,06697	0,359	173	6,9	39,8
Niger	-2,32398	0,28	174	0	31,1
EU average	**1,38657333**	**0,90138154**	**12**	**100**	**100**

statische Bewertung (Ist-Zustand): +1 = ja; 0 = keine Daten; -1 = nein

	stat: Verteilungsquintil-Maß besser als der EU-Schnitt (1999)	stat: Schulabbruch höchstens 10% über dem EU-Schnitt (2002)	stat: lebenslanges Lernen 2002 75% des EU-Schnitts	stat: Kaufkraft 2002 höher als 50% des EU-Schnitts	stat: Finanzierungsbasis des Sozialstaates (Maastricht-euverschuldungskriterium), 2002	stat: Dispersion der regionalen Beschäftigungsquoten wenigstens niedriger als das doppelte des **österreichischen** Wertes (6.2) - 2001	stat: Beschäftigungsquote 2000 (15-64) höher als mindestens 90% des EU-Schnitts
Slowenien	1	1	-1	1	1	0	1
Tschechien	0	1	-1	1	-1	1	1
Estland	0	1	-1	-1	1	0	1
Zypern	0	1	-1	1	-1	0	1
Malta	0	-1	-1	1	-1	0	0
Slowakei	0	1	1	-1	-1	-1	-1
Lettland	-1	1	1	-1	1	0	1
Polen	1	1	-1	-1	-1	-1	-1
Ungarn	0	1	-1	1	-1	-1	-1
Litauen	-1	1	-1	-1	1	0	1
Bulgarien	1	-1	-1	-1	1	-1	-1
Rumänien	1	-1	-1	-1	1	-1	1
Türkei	0	0	0	-1	-1	0	-1

statische Bewertung (Ist-Zustand): +1 = ja; 0 = keine Daten; -1 = nein (Fortsetzung)

	stat: Arbeitslosenquote heute niedriger als 150% des EU-Schnitts	stat:%-Satz der Bevölkerung, der weniger als 60% des Medians der jeweiligen Gesellschaft (Äquivalenzeinkommen) erhält, geringer als der EU-Durchschnitt (1999)	stat: Armutskriterium UNDP (% der Bevölkerung, der vor dem 60. Geburtstag stirbt) - Land gehört 2001 zum besseren 2/5 der Weltgesellschaft	stat: Armutskriterium UNDP (Humanentwicklungsindex, der Bildung, Realeinkommen und Lebenserwartung der Bevölkerung kombiniert) - Land gehört 2001 zum besseren 2/5 der Weltgesellschaft	stat: "gleicher Lohn" - Einkommensschere (UNDP) zwischen Frauen und Männern gehört zum besten 2/5 der Weltgesellschaft	stat: UNDP Frauenmachtbeteiligungsindex (kombiniert Daten über Zugang zu politischer Macht, Einkommen, und Spitzenposten in der Wirtschaft) besser als schlechtesten EU-Land	stat: UNDP Nachhaltigkeit des Pensionssystems - öffentliche Pensionsausgaben unter 10% des BIP	Gesamtbewertung
Slowenien	1	1	1	1	1	1	-1	9
Tschechien	1	0	1	1	-1	1	1	6
Estland	1	0	-1	1	1	1	1	5
Zypern	1	0	1	1	-1	0	1	4
Malta	1	0	1	1	0	0	1	2
Slowakei	-1	0	1	1	1	1	1	2
Lettland	-1	-1	-1	1	1	1	-1	1
Polen	-1	1	1	1	1	1	-1	0
Ungarn	1	0	-1	1	1	-1	1	0
Litauen	-1	-1	-1	1	0	0	1	-1
Bulgarien	-1	1	-1	1	0	0	1	-2
Rumänien	1	-1	-1	-1	1	-1	1	-2
Türkei	1	0	-1	-1	-1	-1	1	-5

Welche Kriterien fallen den Beitrittsstaaten in statischer Betrachtungsweise am schwersten, welche am leichtesten?

Indikator	erzielte positive Noten überwiegen die negativen Noten
stat: Armutskriterium UNDP (Humanentwicklungsindex, der Bildung, Realeinkommen und Lebenserwartung der Bevölkerung kombiniert) - Land gehört 2001 zum besseren 2/5 der Weltgesellschaft	9
stat: UNDP Nachhaltigkeit des Pensionssystems - öffentliche Pensionsausgaben unter 10% des BIP	7
stat: Schulabbruch höchstens 10% über dem EU-Schnitt (2002)	6
stat: "gleicher Lohn" - Einkommensschere (UNDP) zwischen Frauen und Männern gehört zum besten 2/5 der Weltgesellschaft	4
stat: Arbeitslosenquote heute niedriger als 150% des EU-Schnitts	3
stat: UNDP Frauenmachtbeteiligungsindex (kombiniert Daten über Zugang zu politischer Macht, Einkommen, und Spitzenposten in der Wirtschaft) besser als schlechtesten EU-Land	3
stat: Verteilungsquintil-Maß besser als der EU-Schnitt (1999)	2
stat: Beschäftigungsquote 2000 (15-64) höher als mindestens 90% des EU-Schnitts	2
stat:%-Satz der Bevölkerung, der weniger als 60% des Medians der jeweiligen Gesellschaft (Äquivalenzeinkommen) erhält, geringer als der EU-Durchschnitt (1999)	0
stat: Finanzierungsbasis des Sozialstaates (Maastricht-euverschuldungskriterium), 2002	-1
stat: Armutskriterium UNDP (% der Bevölkerung, der vor dem 60. Geburtstag stirbt) - Land gehört 2001 zum besseren 2/5 der Weltgesellschaft	-1
stat: Kaufkraft höher 2002 höher als 50% des EU-Schnitts	-3
stat: Dispersion der regionalen Beschäftigungsquoten wenigstens niedriger als das doppelte des **österreichische**n Wertes (6.2) - 2001	-4
stat: lebenslanges Lernen 2002 75% des EU-Schnitts	-8

Dynamische Bewertung (Veränderungsraten) (Gewichtung von ja und nein wie oben)

	dyn: zeitliche Abnahme der Ungleichheit der Löhne (Universität Texas, UTIP/Theil-Maß, basierend auf UNIDO) im Zeitverlauf ab 1990	dyn: zeitliche Abnahme der Ungleichheit (Quintil-Maß) im Zeitverlauf (zeitliche Korrelation < 0.0)	dyn: Zeitliche Abnahme der Arbeitslosigkeit (Korrelation über die Zeit < 0.0)	dyn: Schulabbruch - zeitliche Tendenz der Abnahme (negative zeitliche Korrelation höher als -0.5)	dyn: UNDP-Kriterium Einkommenskonvergenz - Wirtschaftswachstum 1990 - 2001 gehört zum besten 2/5 der Weltgesellschaft
Ungarn	-1	0	1	1	1
Slowenien	-1	-1	1	1	1
Litauen	1	1	-1	1	-1
Zypern	-1	0	1	1	1
Lettland	0	-1	1	0	-1
Malta	-1	0	-1	1	1
Estland	0	0	-1	1	-1
Bulgarien	-1	1	-1	-1	-1
Polen	-1	-1	-1	1	1
Slowakei	-1	0	-1	0	-1
Tschechien	-1	0	-1	0	-1
Türkei	-1	0	-1	0	-1
Rumänien	-1	-1	-1	-1	-1

Dynamische Bewertung (Veränderungsraten) (Gewichtung von ja und nein wie oben) / Fortsetzung

	dyn: lineare Projektion der bisherigen Beschäftigungsentwicklung mit Korrelationsanalyse ergibt nennenswerten Forschritt (zeitliche Korrelation von grösser als +0.5) für die Beschäftigungsquote	dyn: lebenslanges Lernen erfährt im Zeitverlauf wenigstens einen merklichen Zuwachs (zeitliche Korrelation >0.5)	dyn: Kaufkraftgewinn gegenüber 1995 bis 2002 gegenüber EU-Schnitt	dyn: Armut nach dem 60%-Kriterium - zeitliche Abnahme (zeitliche Korrelation < 0.0)	dyn: UNDP-Kriterium Einkommenskonvergenz - Wirtschaftswachstum 1990 - 2001 gehört zum besten 2/5 der Weltgesellschaft	Gesamtbewertung
Ungarn	1	-1	1	0	1	4
Slowenien	1	-1	1	-1	1	2
Litauen	-1	-1	1	1	-1	0
Zypern	-1	1	-1	0	1	0
Lettland	-1	0	1	-1	-1	-1
Malta	-1	-1	1	0	1	-2
Estland	-1	-1	1	0	-1	-3
Bulgarien	-1	-1	-1	1	-1	-4
Polen	-1	-1	1	-1	1	-4
Slowakei	-1	0	1	0	-1	-4
Tschechien	-1	0	-1	0	-1	-6
Türkei	-1	0	-1	0	-1	-6
Rumänien	-1	1	-1	-1	-1	-8

Welche Kriterien fallen den Beitrittsstaaten in dynamischer Betrachtungsweise am schwersten, welche am leichtesten?

Indikator	erzielte positive Noten überwiegen die negativen Noten
dyn: Schulabbruch - zeitliche Tendenz der Abnahme (negative zeitliche Korrelation höher als -0.5)	5
dyn: Kaufkraftgewinn gegenüber 1995 bis 2002 gegenüber EU-Schnitt	3
dyn: zeitliche Abnahme der Ungleichheit (Quintil-Maß) im Zeitverlauf (zeitliche Korrelation < 0.0)	-2
dyn: Armut nach dem 60%- Kriterium - zeitliche Abnahme (zeitliche Korrelation < 0.0)	-2
dyn: UNDP-Kriterium Einkommenskonvergenz - Wirtschaftswachstum 1990 - 2001 gehört zum besten 2/5 der Weltgesellschaft	-3
dyn: Zeitliche Abnahme der Arbeitslosigkeit (Korrelation über die Zeit < 0.0)	-5
dyn: lineare Projektion der bisherigen Beschäftigungsentwicklung mit Korrelationsanalyse ergibt nennenswerten Forschritt (zeitliche Korrelation von grösser als +0.5) für die Frauen-Beschäftigungsquote	-5
dyn: lebenslanges Lernen erfährt im Zeitverlauf wenigstens einen merklichen Zuwachs (zeitliche Korrelation >0.5)	-5
dyn: zeitliche Abnahme der Ungleichheit der Löhne (Universität Texas, UTIP/Theil-Maß, basierend auf UNIDO) im Zeitverlauf ab 1990	-9
dyn: lineare Projektion der bisherigen Beschäftigungsentwicklung mit Korrelationsanalyse ergibt nennenswerten Forschritt (zeitliche Korrelation von grösser als +0.5) für die Beschäftigungsquote	-9

Kombinierte End-Bewertung (1 = ja, 0 keine Daten, -1 nein)

	komb Kriterium: Ungleichheit - entweder ist die Ungleichheit niedriger als im EU-Schnitt, oder wenn die Ungleichheit auch noch hoch sein mag, ist sie wenigstens zeitlich im Abnehmen begriffen (-1: 2 x -1)	komb Kriterium: Schulabbruch - entweder ist der Schulabbruch ohnehin schon bereits höchstens 10% über dem EU-Schnitt, oder es gibt wenigstens erkennbare Fortschritte in die richtige Richtung (-1 = 2 x -1 bei den Kategorien statisch und dynamisch)	komb Kriterium: lebenslanges Lernen - entweder ist das lebenslange Lernen ohnehin schon in der Nähe des EU-Schnitts, oder es gibt wenigstens einen erkennbaren Fortschritt dorthin (-1 = 2 x -1 bei den Kategorien statisch und dynamisch)	komb Kriterium: Kaufkraftgewinn gegenüber 1995 vorhanden und Kaufkraft heute bereits höher als 50% des EU-Schnitts	komb Kriterium: entweder war die Armut schon niedriger als in der EU, oder, wenn die Armut noch vielleicht höher als in der EU sein mag, gibt es wenigstens einen linearen, zeitlichen Abnahmetrend (-1 = 2 x -1 bei den Kategorien statisch und dynamisch)
Slowenien	1	1	-1	1	1
Estland	0	1	-1	-1	0
Lettland	-1	1	1	-1	-1
Polen	1	1	-1	-1	1
Slowakei	0	1	1	-1	0
Zypern	0	1	1	-1	0
Malta	0	1	-1	1	0
Tschechien	0	1	-1	-1	0
Ungarn	0	1	-1	1	0
Litauen	1	1	-1	-1	1
Rumänien	1	1	1	-1	-1
Bulgarien	1	-1	-1	-1	1
Türkei	0	0	0	-1	0

Kombinierte End-Bewertung (1 = ja, 0 keine Daten, -1 nein) / Fortsetzung

	komb Kriterium: entweder war die Arbeitslosigkeit niedriger als wenigstens 150% in der EU, oder, wenn die Arbeitslosigkeit noch höher als in der EU sein mag, gibt es wenigstens einen linearen, zeitlichen Abnahmetrend (-1 = 2 x -1 bei den Kategorien statisch und dynamisch	komb Kriterium: entweder war die Humanentwicklung 2001 schon im obersten 2/5 der Weltgesellschaft, oder es gab zumindest bedeutsame Zuwächse (Rangplatzverbesserungen gegenüber 1970 gehören zu den 2/5 der Weltgesellschaft mit den raschesten Verbesserungen)	komb Kriterium: wenn schon die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern noch groß war, ist sie zumindest gegenüber 1995 rascher im Sinken als im schlechter gereihten 3/5 der Weltgesellschaft	komb Kriterium: wenn schon die Kluft in der Macht zwischen Frauen und Männern (UNDP GEM-Index) noch groß war, ist sie zumindest gegenüber 1995 rascher im Sinken als im schlechter gereihten 3/5 der Weltgesellschaft	stat: Frauenmachtbeteiligungsindex (kombiniert Daten über Zugang zu politischer Macht, Einkommen, und Spitzenposten in der Wirtschaft) besser als schlechtesten EU-Land	Gesamtbewertung
Slowenien	1	1	1	1	1	8
Estland	1	1	1	1	1	4
Lettland	1	1	1	1	1	4
Polen	-1	1	1	1	1	4
Slowakei	-1	1	1	1	1	4
Zypern	1	1	1	0	0	4
Malta	1	1	0	0	0	3
Tschechien	1	1	-1	1	1	2
Ungarn	1	1	1	-1	-1	2
Litauen	-1	1	0	0	0	1
Rumänien	1	-1	1	-1	-1	0
Bulgarien	-1	1	0	0	0	-1
Türkei	1	-1	-1	-1	-1	-4

Farbkarten

http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/pdf/map1.pdf

http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/pdf/map4.pdf

http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/pdf/interim2/maps_graphs_c_de.pdf